



# HESSISCHER LANDTAG

24. 11. 2005

## 85. Sitzung

Wiesbaden, den 24. November 2005

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	5821	Petra Fuhrmann . . . . .	5848, 5852
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	5821	Staatssekretär Gerd Krämer . . . . .	5850
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5821	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	5854
52. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Franz Josef Jungs erste Bescherung: kein Weihnachtsgeld für Wehr- und Zivildienstleistende)</b>		10. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Verlängerung befristeter Rechtsvorschriften und zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung</b>	
– Drucks. 16/4675 – . . . . .	5821	– Drucks. 16/4692 zu Drucks. 16/4195 – . . . . .	5854
<i>Abgehalten</i> . . . . .	5825	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Jürgen Frömmrich . . . . .	5821	<i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	5858
Reinhard Otto . . . . .	5822	Klaus Dietz . . . . .	5854
Michael Denzin . . . . .	5823	Dr. Andreas Jürgens . . . . .	5854
Günter Rudolph . . . . .	5824	Dieter Posch . . . . .	5855
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5825	Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	5856
 		Dr. Judith Pauly-Bender . . . . .	5856
53. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Kellereineubau am Steinberg: brutalstmögliches“ Durchregieren)</b>		Minister Jürgen Banzer . . . . .	5857
– Drucks. 16/4676 – . . . . .	5825	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	5858
<i>Abgehalten</i> . . . . .	5830	 	
Christel Hoffmann . . . . .	5825	16. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Einwände der Wirtschaft gegen Neubau des Flughafens Kassel-Calden ernst nehmen</b>	
Petra Müller-Klepper . . . . .	5826	– Drucks. 16/4071 – . . . . .	5858
Martin Häusling . . . . .	5827	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	5863
Michael Denzin . . . . .	5828	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	5858, 5863
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	5829	Dr. Walter Lübcke . . . . .	5859
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5830	Uwe Frankenberger . . . . .	5960
 		Dieter Posch . . . . .	5861, 5863
54. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Neuanfang in Berlin: eine Chance auch für Hessen!)</b>		Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	5862
– Drucks. 16/4677 – . . . . .	5830	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	5863
<i>Abgehalten</i> . . . . .	5837	 	
Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . .	5830	61. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend <b>Durchführung der Immobilientransaktion 2005 „Leo“ – Verkauf und Rückmietung eines Portfolios von 18 landeseigenen Immobilien; hier: Genehmigung der Veräußerung durch den Hessischen Landtag nach § 64 Abs. 2 LHO</b>	
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	5831	– Drucks. 16/4673 zu Drucks. 16/4603 – . . . . .	5863
Gernot Grumbach . . . . .	5832	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5874
Tarek Al-Wazir . . . . .	5833	 	
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	5834	66. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>„Sale and rent back“ von Immobilien</b>	
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5837	– Drucks. 16/4681 – . . . . .	5864
 		<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5874
37. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>bundesweite Zuständigkeit der Kommunen für Hartz IV/SGB II</b>		Sigrid Erfurth . . . . .	5864
– Drucks. 16/4647 – . . . . .	5837	Roland von Hunnius . . . . .	5865
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	5854	Marco Pighetti . . . . .	5867, 5872
Florian Rentsch . . . . .	5837, 5844, 5852		
Marcus Bocklet . . . . .	5841, 5844, 5853		
Michael Boddenberg . . . . .	5845, 5847		
Kordula Schulz-Asche . . . . .	5847		

	Seite		Seite
Ulrich Caspar . . . . .	5869	17. Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel (SPD) und Fraktion betreffend <b>medizinische Versorgung von Personen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben</b>	
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	5870	– Drucks. 16/4275 – . . . . .	5900
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	5872	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Innenausschuss, beteiligt, zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	5901
Reinhard Kahl . . . . .	5873	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	5874		
2. Regierungserklärung des hessischen Wirtschaftsministers betreffend <b>„Einfacher planen, schneller bauen – Zukunft sichern“</b> . . . . .	5874		
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	5892	46. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Grundgesetzverstoß im hessischen Strafvollzug</b>	
40. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Mobilität als wichtiger Standortvorteil – Infrastruktur generiert Wachstum</b>		– Drucks. 16/4617 zu Drucks. 16/4517 – . . . . .	5901
– Drucks. 16/4651 – . . . . .	5874	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5901
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	5892	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
70. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Berliner Koalitionsvertrag zügig umsetzen: Infrastrukturplanung vereinfachen und beschleunigen, Bürokratie abbauen</b>		47. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>PISA bestätigt hessische Schulpolitik – Erfolgskurs konsequent fortsetzen</b>	
– Drucks. 16/4687 – . . . . .	5874	– Drucks. 16/4630 zu Drucks. 16/4402 – . . . . .	5901
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	5892	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5901
72. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Mittelkürzung im Nahverkehr um 3,1 Milliarden Euro</b>		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
– Drucks. 16/4696 – . . . . .	5874	49. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Windenergienutzung in Hessen voranbringen – unberechtigte Ängste nicht weiter schüren</b>	
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	5892	– Drucks. 16/4639 zu Drucks. 16/3755 – . . . . .	5901
73. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Förderung des ÖPNV auch weiterhin auf hohem Niveau sichern</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5901
– Drucks. 16/4697 – . . . . .	5881	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	5892	50. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>hessische Windkraftpotenziale realistisch einschätzen</b>	
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	5863	– Drucks. 16/4640 zu Drucks. 16/3789 – . . . . .	5901
Reinhard Kahl . . . . .	5874	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5901
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	5875	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
Uwe Frankenberger . . . . .	5878	55. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Scheinvaterschaften entschiedener bekämpfen</b>	
Axel Wintermeyer . . . . .	5881	– Drucks. 16/4665 zu Drucks. 16/3757 – . . . . .	5901
Dieter Posch . . . . .	5881, 5891	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5901
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	5885, 5891	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
Michael Boddenberg . . . . .	5888, 5891	56. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Scheinvaterschaften wirksam bekämpfen</b>	
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5892	– Drucks. 16/4666 zu Drucks. 16/3790 – . . . . .	5901
14. Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Gesundheit von Kindern in Hessen</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5901
– Drucks. 16/4145 zu Drucks. 16/2241 – . . . . .	5892	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
<i>Antwort besprochen</i> . . . . .	5900	57. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Rücknahme der kinder- und familienfeindlichen Vorgaben im Erlass des hessischen Innenministers vom 3. August 2005</b>	
Kordula Schulz-Asche . . . . .	5892	– Drucks. 16/4667 zu Drucks. 16/4337 – . . . . .	5901
Anne Oppermann . . . . .	5894	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	5901
Dr. Thomas Spies . . . . .	5895	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5901
Florian Rentsch . . . . .	5897	15. Große Anfrage der Abg. Siebel, Pfaff, Becker (Nidda), Bökel, Frankenberger, Grumbach, Habermann, Hoffmann, Klemm, Schaub, Schmitt (SPD) und Fraktion betreffend <b>Telefongewinnspiele und Verbraucherschutz</b>	
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	5899	– Drucks. 16/4465 zu Drucks. 16/3803 – . . . . .	5900
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5900	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	5900
15. Große Anfrage der Abg. Siebel, Pfaff, Becker (Nidda), Bökel, Frankenberger, Grumbach, Habermann, Hoffmann, Klemm, Schaub, Schmitt (SPD) und Fraktion betreffend <b>Telefongewinnspiele und Verbraucherschutz</b>		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5900
– Drucks. 16/4465 zu Drucks. 16/3803 – . . . . .	5900		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	5900		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5900		

Seite	Seite
58. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Bouffier macht Kindergartenplätze teuer</b> – Drucks. 16/4668 zu Drucks. 16/4358 – . . . . . 5901 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5901 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5901	24. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Beitrittsverhandlungen mit der Türkei</b> – Drucks. 16/4557 – . . . . . 5902 <i>Dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902
59. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Kinderbetreuungsangebote sind Zukunftsinvestitionen</b> – Drucks. 16/4669 zu Drucks. 16/4405 – . . . . . 5901 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5901	23. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Sicherstellung der Altenpflegeausbildung in Hessen</b> – Drucks. 16/4521 – . . . . . 5902 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902
60. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>die Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte des Innenministers steht im Einklang mit der familienfreundlichen Politik Hessens</b> – Drucks. 16/4670 zu Drucks. 16/4442 – . . . . . 5902 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902	25. Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend <b>Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in Hessen</b> – Drucks. 16/4578 zu Drucks. 16/4140 – . . . . . 5902 <i>Antwort dem Hauptausschuss überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902
18. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>keine Sonderrechte der Landesregierung im Straßenverkehr</b> – Drucks. 16/4385 – . . . . . 5902 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902	26. Große Anfrage der Abg. Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend <b>Störungen im Atomkraftwerk Biblis</b> – Drucks. 16/4580 zu Drucks. 16/4243 – . . . . . 5902 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902
19. Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Hessischer Ausbildungspakt gescheitert – Roland Koch lässt junge Menschen im Stich</b> – Drucks. 16/4386 – . . . . . 5902 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902	27. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>7. EU-Forschungsrahmenprogramm</b> – Drucks. 16/4577 – . . . . . 5902 <i>Dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902
20. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Gründung eines Jobnetzwerkes</b> – Drucks. 16/4391 – . . . . . 5902 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902	28. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten – Einsatz von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sicherstellen</b> – Drucks. 16/4596 – . . . . . 5902 <i>Dem Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902
22. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Verbesserung der Arbeitsvermittlung bei den Optionskommunen</b> – Drucks. 16/4518 – . . . . . 5902 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902	29. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Gesundheitskarte</b> – Drucks. 16/4601 – . . . . . 5902 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902
21. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Verhandlungen über die Beziehungen zwischen EU und Türkei müssen auch die Zypern-Frage berücksichtigen</b> – Drucks. 16/4398 – . . . . . 5902 hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucks. 16/4446 – . . . . . 5902 <i>Dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 5902 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5902	30. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Durchführung von Schülerwahlen vor der Kommunalwahl 2006</b> – Drucks. 16/4602 – . . . . . 5903 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 5903 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5903
	31. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>gegen Verrohung und Gewalt an hessischen Schulen</b> – Drucks. 16/4613 – . . . . . 5903 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 5903 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 5903

	Seite		Seite
32. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Zusammenarbeit des Landes Hessen mit den afrikanischen Staaten Mali und Malawi</b>		41. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Weinhandelsabkommen EU – USA schadet heimischen Winzern und Weinkonsumenten</b>	
– Drucks. 16/4618 – . . . . .	5903	– Drucks. 16/4652 – . . . . .	5903
<i>Dem Hauptausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	5903	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	5903
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5903	Axel Wintermeyer . . . . .	5903
		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5903
33. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Interessenvertretung Hessens bei der EU stärken</b>		42. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Aufhebung der Ladenöffnungszeiten mit Ausnahme der Sonntage und gesetzlichen Feiertage</b>	
– Drucks. 16/4620 – . . . . .	5903	– Drucks. 16/4653 – . . . . .	5904
<i>Dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	5903	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	5904
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5903	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5904
34. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>endlich fördern statt nur fordern – Sicherstellung der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose in Hessen</b>		65. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Freigabe der Ladenöffnungszeiten</b>	
– Drucks. 16/4643 – . . . . .	5903	– Drucks. 16/4680 – . . . . .	5904
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	5903	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	5904
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5903	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5904
35. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am Lebensende</b>		43. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Förderung der deutschen Sprache</b>	
– Drucks. 16/4644 – . . . . .	5903	– Drucks. 16/4654 – . . . . .	5904
<i>Dem Rechtsausschuss überwiesen</i> . . . . .	5903	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	5904
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5903	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5904
36. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Vorsorge-maßnahmen und gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung gegen die drohende Vogelgrippe in Hessen</b>			
– Drucks. 16/4646 – . . . . .	5903		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	5903		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5903		

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsidentin Sarah Sorge  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
LPP Norbert Nedela  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

(Beginn: 9.02 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und bedanke mich, dass Sie gekommen sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Wir bedanken uns dafür, dass der Präsident anwesend ist!)

Ich freue mich, dass wir beschlussfähig sind. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir würden uns freuen, wenn die Mitglieder der Regierung da wären!)

– Herr Kollege Schmitt, ich möchte Sie daran erinnern, dass der kommende Sonntag der erste Advent ist. Ich bitte alle Redner, sich heute an dem Geist dieses kommenden Tages zu orientieren.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich komme zur Tagesordnung. Wir haben festzuhalten: Noch offen sind die Punkte 2, 10, 14 bis 37, 40 bis 43, 46 und 47, 49 und 50, 52 bis 61, 65, 66 und 70.

Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde.

Wir beginnen mit den drei Aktuellen Stunden unter den Tagesordnungspunkten 52 bis 54. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion je Aktueller Stunde.

Danach wird Tagesordnungspunkt 37 aufgerufen. Das ist der Antrag der FDP-Fraktion betreffend bundesweite Zuständigkeit der Kommunen für Hartz IV/SGB II.

Entschuldigt fehlt heute Herr Staatsminister Riebel,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

der in Berlin an verschiedenen Terminen zur Bundesratskoordinierung teilnehmen muss. Außerdem fehlt Frau Staatsministerin Silke Lautenschläger.

Meine Damen und Herren, das war es schon, was ich an Vorbemerkungen hatte.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wie hat die Mannschaft gespielt?)

– Die Mannschaft hat nicht gespielt. Herr Kollege Wintermeyer, sie befindet sich im Winterurlaub.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahn- tal), Axel Wintermeyer (CDU) und Norbert Schmitt (SPD))

Ich rufe **Punkt 52 der Tagesordnung** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Franz Josef Jung's erste Bescherung: kein Weihnachtsgeld für Wehr- und Zivildienstleistende) – Drucks. 16/4675 –**

Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Es beginnt Herr Kollege Frömmrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herr Frömmrich, bitte sehr.

(Norbert Schmitt (SPD): Advent, Advent! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit der Redner auch gehört werden kann.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident, Sie haben gerade eben darauf hingewiesen, dass bald der erste Advent ist. Rechtzeitig zum ersten Advent kam die Ankündigung des neuen Bundesverteidigungsministers, es sei beabsichtigt, das Weihnachtsgeld und das Entlassungsgeld für die Wehrdienstleistenden und für die Zivildienstleistenden zu streichen. Das ist ein „schöner“ Einstieg des neuen Bundesverteidigungsministers.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worum geht es eigentlich? Vermutlich meinen Sie, wir würden uns hier über riesengroße Beträge unterhalten. Ich will Ihnen einmal verdeutlichen, was ein Zivildienstleistender oder ein Wehrdienstleistender bekommt. Der Soldat bekommt 222,30 €. Der Gefreite erhält 245,40 €. Der Obergefreite bekommt 268,50 €. Der Hauptgefreite erhält ganze 291,50 €.

Man kann das auf den Punkt bringen. Wir haben das hier in Hessen auch bei der „Operation düstere Zukunft“ erlebt. Immer da, wo Ministerpräsident Roland Koch – und mit ihm Franz Josef Jung im Geleit – auftaucht, geht es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die am wenigsten haben, an den Kragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Minister hat dazu jetzt aber etwas angekündigt. Wahrscheinlich hat der neue Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Wagner, mit Franz Josef Jung telefoniert und ihm gesagt: Die GRÜNEN haben zu dem Thema eine Aktuelle Stunde im Landtag beantragt. – Der Bundesverteidigungsminister hat sich daraufhin erst einmal mit seinen Mitarbeitern besprochen. Er hat sich dann gedacht: Das kannst du nicht machen, du musst dich jetzt selbst übertreffen und fordern, dass das nicht geschieht.

Der Bundesverteidigungsminister hat mittlerweile in einer Meldung der „dpa“ angekündigt, er wolle nicht, dass es zu einer Streichung des Weihnachtsgelds komme.

Meine Damen und Herren, Sie haben immer von dem rotgrünen Chaos in Berlin gesprochen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahn- tal) (CDU))

Sie haben immer behauptet, es müsse eigentlich kein Nachbessern geben. Bei Ihnen ist die Tinte unter dem Koalitionsvertrag noch nicht trocken, da rudern Sie schon zurück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Tatsachen. Herr Kollege Häusling

(Volker Hoff (CDU): Herr Kollege Häusling!)

hat Ihnen das diese Woche schon anhand des Biodiesels erklärt.

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Abgeordneter, ich darf Sie einmal kurz unterbrechen. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einmal, ruhig zu sein. Wir haben eine Aktuelle und keine aggressive Stunde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Bitte hören Sie dem Herrn Kollegen Frömmrich zu.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das hat auch etwas mit dem Blutdruck am frühen Morgen zu tun. Aber ich will da gerne weiterhelfen.

(Volker Hoff (CDU): Was wollen Sie eigentlich?)

Herr Kollege, Ihre Parteimitglieder rudern schon wieder zurück, bevor die Tinte unter dem Koalitionsvertrag getrocknet ist.

Der Verteidigungsminister hat angekündigt, er werde überlegen, ob das Weihnachtsgeld doch nicht gestrichen wird. Das ist eine alte Taktik. Erst gehen die Finanzleute in die Öffentlichkeit und erzählen, dass sie die Finanzen in Ordnung bringen wollen. Sie kündigen dann auch Maßnahmen an. Danach fangen die Ressortminister an, zurückzurudern. Sie erklären dann, das sei alles nicht so gemeint.

Ich bin gespannt, was unter dem Strich herauskommt. Ich befürchte, auf die Wehrdienstleistenden und die Zivildienstleistenden dieses Landes wird Ungemach zukommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Mehr Geld für die Bundeswehr!)

– Es ist hier ein bisschen unruhig. – Das ist schon erstaunlich: In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie hineingeschrieben, dass Sie die Wehrpflicht erhalten wollen. Sie haben dort festgehalten, dass das alles so weitergehen soll. Ich fände, eine Debatte, in der man sich darüber auseinandersetzt, inwieweit man überhaupt noch Wehrpflichtige braucht, wäre eine auf die Zukunft gerichtete Debatte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Roland von Hunnius und Florian Rentsch (FDP) – Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Aha!)

In den Koalitionsvertrag wurde aber hineingeschrieben, dass die Wehrpflicht erhalten bleiben soll. Dabei muss man anmerken, dass heute nur noch jeder fünfte junge Mann zum Wehrdienst und zum Zivildienst herangezogen wird. Trotzdem gehen Sie her und verkünden als erste Maßnahme, dass man den Wehrdienst- und Zivildienstleistenden das Weihnachtsgeld und das Entlassungsgeld streichen wolle. Das darf nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Was hat das mit dem Hessischen Landtag zu tun?)

Ich will Ihnen gerne etwas über die Fakten erzählen.

(Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Was hat das mit dem Hessischen Landtag zu tun?)

– Frau Kollegin, mein Gott, ich kenne Sie gar nicht so.

(Heiterkeit der Abg. Birgit Zeimet-Lorz (CDU))

Im Sinne dieser wehrpolitischen Debatte würde ich dazu sagen: bitte abrüsten.

(Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Was hat das mit dem Hessischen Landtag zu tun?)

Ich komme zu den Fakten. Wer neun Monate Wehrdienst oder Ersatzdienst leistet, erhält 3.062 €. Demnächst würde er, wenn Ihre Vorschläge umgesetzt würden, nur noch 2.200 € verdienen. Sie wollen also den Verdienst um 28 % kürzen. Wir sollten das einmal auf das Gehalt der Bundeskanzlerin umrechnen

(Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Oh!)

und fordern, auch sie solle einen Beitrag in Höhe von 28 % leisten. Dann müssten wir ihr Jahresgehalt um 83.655 € kürzen.

(Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Oh!)

Das sind die Fakten. So wollen Sie mit den Wehrdienstleistenden umgehen. Wir kennen das.

(Zurufe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Frömmrich, Sie müssen langsam zum Schluss Ihrer Rede kommen.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich weiß. Aber die Kolleginnen und Kollegen haben sehr viel Unruhe hier hineingebracht.

(Beifall der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Vielleicht gestatten Sie mir noch einen letzten Satz. Ich weiß, dass Sie das trifft. Aber vielleicht darf ich noch einen letzten Satz sagen.

Wir haben Ihnen schon während der Debatte um die „Operation düstere Zukunft“ Gegenmodelle vorgelegt. Wir haben Ihnen gesagt, dass man nicht die Ärmsten und Schwächsten belasten sollte. Das kann man erreichen, indem man Deckelungen einzieht. Wenn man das tut, kann man auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Beiträge zum Sparen abverlangen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie machen aber immer das Gleiche. Sie fangen mit dem Sparen immer bei den Ärmsten und bei denen an, die am wenigsten haben. Sie lassen die ungeschoren, die mehr haben. Genau da unterscheiden wir uns.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Frömmrich, vielen Dank. Ich danke Ihnen auch für diesen letzten ausführlichen Satz.

Das Wort hat Herr Kollege Otto für die CDU-Fraktion.

**Reinhard Otto (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen schon eine große Sehnsucht nach Franz Josef Jung haben. Kaum hat er sein Mandat in diesem Hause niedergelegt, widmen sie ihm schon eine Aktuelle Stunde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, Ehre, wem Ehre gebührt!)

Der Einsatz der GRÜNEN für die Wehrdienstleistenden ist insbesondere deshalb zu loben, weil sie sonst die Wehrpflicht immer ablehnen.



(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber gerade deswegen! Wenn ich jemanden zehn Monate – – Gegenrufe von der CDU: Oh!)

Dass sich der Verteidigungsminister im Rahmen der Beratungen seines Verteidigungshaushalts mit den – von der Presse aufgegriffenen Vorschlägen der Finanz- und Haushaltspolitiker zur Konsolidierung des Haushalts – gemachten Vorschläge auseinander setzen muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass dies zu den ganz normalen Verfahrensabläufen gehört, bis es zur Verabschiedung des Haushalts kommt, sollte auch den Mitgliedern der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekannt sein. Deswegen ist auch die Formulierung, die den Gegenstand der Aktuellen Stunde beschreibt, sachlich gesehen, völlig daneben gegriffen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Wie die Bescherung – ich bin da einmal in Ihrer sprachlichen Terminologie geblieben – von Franz Josef Jung aussehen wird, werden wir nach Verabschiedung des Bundeshaushalts wissen. Denn mit der Aufstellung des Bundeshaushalts für das Jahr 2006 wird jetzt erst begonnen. Man wird dann sehen, was von den geplanten Einsparungen machbar ist.

Das heißt, die von Ihnen angeführten möglichen Kürzungen sind noch längst nicht beschlossen. Aber gerade Sie haben in diesem Haus doch immer gefordert, es müssten Einsparungen im Haushalt vorgenommen werden, bevor man die Einnahmenseite verbessert.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber natürlich!)

Jetzt wird in Berlin ernsthaft versucht, in vielen einzelnen Beiträgen Einsparungen umzusetzen. Bei jeder Umsetzung von Einsparungen – egal, wie sie aussehen – sind Sie aus Prinzip dagegen, aber eigene umsetzbare – ich betone: umsetzbare – Vorschläge von Ihnen sind immer wieder Fehlanzeige.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Während Ihrer siebenjährigen Regierungsbeteiligung in Berlin hatten Sie genügend Zeit, zumindest Versuche zu unternehmen, den Bundeshaushalt in Ordnung zu bringen. Das Resultat Ihres Wirkens muss die neue Bundesregierung jetzt anpacken, damit dieses Land wieder nach vorne kommt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wurden Einsparungen in Höhe von 1 Milliarde € im Bereich der öffentlichen Verwaltung vereinbart. Viele Einzelmaßnahmen sind notwendig und müssen umgesetzt werden. Auch wenn es im Einzelfall zu schwierigen Einschnitten kommen kann, muss das angestrebte Ziel erreicht werden. Wenn wir Deutschland wieder fit machen wollen, müssen wir einzelnen Gruppen etwas zumuten, um in der Gesamtheit voranzukommen. Die Gerechtigkeitsfrage kann man bei jeder Maßnahme stellen.

Die gesamten Steuereinnahmen reichen eben nicht aus, um alle Aufgaben zu finanzieren. Deshalb stehen fast alle Ausgaben auf dem Prüfstand. Es müssen Wege gefunden werden, die die ernste Lage der Finanzausstattung des Bundes zu ändern vermögen. Wenn die Kassen leer sind, muss man eben auch unbeliebte Maßnahmen ergreifen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 170 €!)

Die Alternative ist, Schulden zu machen, welche die nachfolgenden Generationen abzahlen müssten.

(Norbert Schmitt (SPD): Damit kennt ihr euch aus!)

Meine Damen und Herren, Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat gestern angekündigt, worauf Herr Frömmrich bereits hingewiesen hat: dass er die geplanten Sparmaßnahmen beim Weihnachts- und Entlassungsgeld für die Angehörigen der Bundeswehr rückgängig machen will.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, ach!)

Nach seiner Ansicht muss ein vernünftiger Kompromiss gefunden werden. Hier ist zu berücksichtigen, dass die Bundeswehr nicht mit dem öffentlichen Dienst im Allgemeinen gleichzusetzen ist. Er vertritt die Auffassung, dass die Wehrpflicht eine besondere Aufgabe ist.

Der Verteidigungsminister befindet sich, wenn ich das einmal in einem militärischen Sprachgebrauch ausdrücken darf, in seiner ersten Schlacht für die Wehrpflichtigen. Wie wir Franz Josef Jung kennen, wird er diese Schlacht erfolgreich beenden.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Otto. – Das Wort erhält Herr Kollege Denzin für die FDP-Fraktion.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unabhängig davon, wo wir stehen und wie wir zu Franz Josef Jung stehen, sollten wir ihm gemeinsam zunächst einmal alles Gute wünschen. Er hat sicherlich keine leichte Aufgabe.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Er hat schon deshalb eine schwierige Aufgabe, weil dieser Teil in der Koalitionsvereinbarung außerordentlich dürftig ausgehandelt wurde.

(Norbert Schmitt (SPD): Na, na!)

Er meidet in fast allen Bereichen konkrete Aussagen. Er hat, wenn er überhaupt Inhalte erkennen lässt, mehr die Position des bisherigen Verteidigungsministers als die von der CDU immer eingeforderte Position.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Das wird für den guten Franz Josef sicherlich nicht so einfach werden.

(Zuruf von der SPD: Der Franz Josef ist in diesem Punkt eben vernünftig!)

Herr Kollege Frömmrich hat versucht – die Ruth würde sagen, wie es wird, me waas es noch net –, einige Feststellungen zu Themen zu treffen, bei denen er den Gegner noch nicht richtig orten kann, denn man weiß es wirklich nicht. Angekündigt wurde, das Weihnachtsgeld und das Übergangsgeld zu streichen. Das wurde anschließend dementiert. Nun warten wir einmal den Haushalt ab.

Das einzig Vernünftige, was in diesem Teil der Koalitionsvereinbarungen steht, ist, wenn es denn so käme – übrigens haben Sie dies von der FDP übernommen, weder die

frühere SPD noch die CDU haben dies gefordert oder angestrebt –, eine Besoldung für Soldaten. Das ist konkret ausgeführt worden. Wenn ich für die Soldaten eine Besoldungsordnung schaffen will, die längst überfällig ist, ist es doch hirnrissig, vorab in blindem Aktionismus das Weihnachtsgeld oder das Übergangsgeld zu streichen, ohne dies in eine Gesamtkonzeption einzubinden. Das muss jedem einleuchten.

Deshalb kann ich dieser großen Koalition nur empfehlen: Lasst den blinden Aktionismus. Es ist weder Signal noch gar Symbol. Es bringt überhaupt nichts. Erst denken, dann handeln.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Nun ein ganz anderer Aspekt. Franz Josef Jung wurde hier als Aufhänger gewählt. Ich erinnere daran, noch vor vier oder sechs Wochen war zu lesen, Franz Josef Jung solle als „Wächter“ für den Ministerpräsidenten in die erste Reihe des Kabinetts entsandt werden. Bei vier für die CDU zu vergebenden Ministerposten hat man natürlich keine sehr große Auswahl. Es wurde die Landwirtschaft genannt. Ich könnte mir vorstellen, ohne meinem Freund Heinrich Heidel zu nahe treten zu wollen, dass man zu dem Zeitpunkt noch die Muße und Zeit gehabt hätte, eine Art Wächteramt gegenüber der Kanzlerin zu übernehmen. Aber dann haben sich die beiden auf einem Level verständigt, wie das die ganze große Koalition getan hat, nämlich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Ministerpräsident Koch bekam seine Forderung erfüllt. Franz Josef sitzt in der ersten Reihe. Tatsächlich sitzt er in der zweiten Reihe, wie ich gestern gelernt habe, aber als Verteidigungsminister sitzt er durchaus gewichtig in der – symbolisch betrachtet – ersten Reihe, Herr Ministerpräsident. Nur muss Frau Merkel keine Angst vor dem „Koch-Wächter“ haben, weil der Verteidigungsminister schon aufgrund der Organisationsaufgaben und aufgrund dessen, was ihn zwischen der Hardthöhe und Berlin bindet, überhaupt nicht dazu kommen wird, Frau Merkel zu kontrollieren. Das wird nicht funktionieren können, Herr Koch. Insofern können Sie damit leben, Frau Merkel kann damit leben und, was der Franz Josef aus den Vorgaben, die in den Koalitionsvereinbarungen festgehalten sind, machen wird, darauf bin ich sehr gespannt. Ich hoffe, dass mehr herauskommt, als jetzt drinsteht. Toi, toi, toi.

(Zurufe: Toi, toi, toi! – Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Denzin. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich um etwas mehr Ruhe, damit auch ich etwas mitbekomme. – Herr Kollege Rudolph von der SPD-Fraktion hat nun das Wort.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In populistischer Manier behauptet die Fraktion der GRÜNEN etwas, was nirgends beschlossen wurde und somit auch nicht seriös diskutiert werden kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Sind Sie mit Ihrer Rede am Ende, Herr Kollege Rudolph?

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Sie hatten in Ihrer Rede so lange innegehalten.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, ich wollte dem einen oder anderen Gelegenheit geben, das zu verinnerlichen, damit er demnächst nicht mehr solche Anträge stellt. Richtig ist das, was auf S. 67 der Koalitionsvereinbarung steht: „Die öffentliche Verwaltung leistet ihren möglichen Solidarbeitrag. Die Gesamtausgaben sollen um 1 Milliarde € reduziert werden.“

Für dieses Jahr trifft dies nicht zu. Wie ist die Sachlage in Berlin? Damit Sie in der nächsten Plenartagung keinen neuen Antrag stellen, wie es sich für den gesamten öffentlichen Dienst verhält, sollten wir das einmal im Kontext diskutieren.

Herr Frömmrich, die GRÜNEN wiederholen denselben Fehler wie die CDU im Jahr 2002. Sie picken sich einzelne Punkte aus der Koalitionsvereinbarung heraus und versuchen, sie populistisch aufzugreifen. Sie machen denselben Fehler wie damals die CDU. Deshalb betrachte ich das ganz gelassen.

(Beifall bei der SPD)

24 % der Beamten auf Bundesebene sind im mittleren Dienst. 23 % sind im höheren Dienst und 51 % im gehobenen Dienst. Es geht um 62.000 Wehrdienstleistende und um 72.000 Zivildienstleistende.

Meine Damen und Herren, wir müssen ernsthaft darüber reden. Herr Frömmrich, an einer Stelle haben Sie Recht: Wenn es um Einsparungen im öffentlichen Dienst geht – – Übrigens tragen die Zahlungen von Übergangsgeldern an ehemalige Regierungsmitglieder auch dazu bei, dass das Defizit höher wird, um das einmal sehr deutlich zu sagen. Unstreitig ist die Forderung der GRÜNEN, dass gespart werden müsse. Das sagen Sie in Hessen wie auch auf anderen Ebenen. Das ist richtig. Die Frage ist jedoch nur, wie wir das ausgestalten. Deshalb sagen wir hier in Hessen wie auch in Berlin: Die undifferenzierte Rasenmähermethode im Rahmen der „Aktion düstere Zukunft“, alle über einen Kamm zu scheren, ist falsch. Das ist der falsche Ansatz zu sparen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Es ist eben ein Unterschied, ob ein Ministerialdirigent mit B 6 weniger Weihnachtsgeld erhält oder der Beamte im mittleren Dienst mit A 5.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder der Rekrut!)

– Genau, oder der Rekrut oder der Zivildienstleistende. – Genau das müssen wir politisch ausdiskutieren. Jetzt verhalten sich Herr Kaufmann, Herr Al-Wazir und alle anderen von den GRÜNEN so, wie sich früher die GRÜNEN bei den Koalitionsverhandlungen verhalten haben: Es gibt Forderungen der GRÜNEN. Es gibt Forderungen der SPD. Ich erinnere mich an Diskussionen im Umweltbereich, in denen die GRÜNEN sehr offen und sehr zugänglich gegenüber den Forderungen der SPD waren. Also setzt man sich zusammen und diskutiert das ganz locker aus.

Da gilt, was der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in Berlin heute Morgen erklärt hat. Das müssen Sie auch zitieren. Peter Struck hat noch ein bisschen Einfluss. Er hat im Übrigen auch noch gute Verbindungen.



dungen zur Bundeswehr. Er war ein anerkannter Verteidigungsminister in den letzten Jahren, quer über alle Parteien so gesehen.

Peter Struck ... empfindet die Diskussion um die Kürzungen ... als verkürzt: So sieht der bisherige Verteidigungsminister bei Weihnachts- und Entlassungsgeld für Wehr- und Zivildienstleistende keine Streichungsmöglichkeiten.

Er werde daher seiner Fraktion den Erhalt der Zahlungen empfehlen, wenn über die Einsparungen im öffentlichen Dienst abgestimmt werde.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Sachverhalt, um den es in Berlin geht. Sie können das natürlich so machen, Sie können sich Seite für Seite an der Koalitionsvereinbarung abarbeiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht gar nicht drin!)

Das ist in Ordnung, da sind Sie ganz dicht an der FDP; denn die jammert genauso wie Sie, dass sie nicht an irgendeiner Jamaika-Koalition oder sonst wie beteiligt ist. Das können wir nachvollziehen. Das ist völlig unstrittig. Das Problem ist nur: Das müssen Sie akzeptieren, diese Regierung ist für vier Jahre gewählt. Diese Regierung ist zum Erfolg verurteilt.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Nicola Beer (FDP))

Denn eines sollten auch die GRÜNEN langsam merken, auch Frau Wagner und Frau Beer: Ich weiß, Opposition tut auch Ihnen weh. Das ist eine bekannte Tatsache.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sie haben keine Ahnung!)

– Frau Wagner, seien Sie nicht so überheblich. Sie sind erst einmal in Berlin Opposition. Das ist Fakt, das halten wir einmal deutlich fest.

(Beifall bei der SPD)

Denn die Menschen wollten nicht, dass die FDP in die Regierung kommt.

Deswegen können wir das an dieser Stelle relativ entspannt sehen. Wir sind als Politiker gemeinsam gewählt worden, um die Verantwortung für die vor uns liegenden Aufgaben zu übernehmen, um die Probleme zu lösen, und nicht, um zu glauben, mit vordergründig populistischem Erfolg etwas veranstalten zu können, was die GRÜNEN versuchen. Das ist zwar legitim, aber genauso legitim ist: Wir haben zusammen mit CDU und CSU die Verantwortung in Berlin. Wir stellen uns dieser Verantwortung, weil es um die Menschen in diesem Lande geht. Das unterscheidet uns von anderen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Wünscht noch jemand das Wort?

(Heiterkeit – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf ja nicht!)

Das ist nicht der Fall. Dann ist Tagesordnungspunkt 52 erledigt.

Ich rufe **Punkt 53** auf:

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Kellereineubau am Steinberg: „brutalstmöglicher“ Durchregieren) – Drucks. 16/4676 –**

Das Wort hat Frau Kollegin Hoffmann von der SPD-Fraktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt stimmt endlich wieder die Aufstellung!)

#### **Christel Hoffmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir kommen nach einem eher wenig geglückten Ausflug in die Bundespolitik wieder zu unseren ureigensten hessischen Angelegenheiten.

(Beifall bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): In den Keller!)

Wir müssen uns wieder einmal mit der geplanten Kellerei am Steinberg beschäftigen. Diesmal haben wir es mit dem brutalstmöglichen Durchregieren der CDU hier in Hessen zu tun.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Jetzt geht es wieder andersherum!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst drei Vorbemerkungen machen, um für die SPD-Fraktion kurz die Haltung zu den Staatsweingütern zu benennen.

Erstens. Wir wollen die Staatsweingüter in Eltville am Standort erhalten. Wir wissen, dass dort ausreichend Flächen für Erweiterungen und für Entwicklungen bestehen. Eine Außenbereichsbebauung ist überflüssig.

Die zweite Bemerkung – ich denke, das ist ein ganz wichtiger Hinweis –: Die Stadt Eltville hat ihr Einvernehmen versagt, übrigens mit den Stimmen eines standhaften CDU-Stadtverordneten.

(Gerhard Bökel (SPD): Sehr gut!)

Der dritte Punkt. Wir wissen alle, dass ein Verfahren bei der Europäischen Kommission anhängig ist. Dort wird geprüft, ob diese Investition, die zu 50 % aus der Landeskasse subventioniert wird, überhaupt statthaft ist.

Jetzt zu den Ereignissen der letzten Woche. Der Landrat wollte nach sorgfältiger Abwägung den Bauantrag der Staatsweingüter ablehnen, weil es gravierende Diskrepanzen zwischen dem Bauantrag und der Bauvoranfrage gab. Außerdem – ich habe es schon erwähnt – hatte die Stadt Eltville ihr Einvernehmen verweigert. Aber dazu ist es nicht gekommen, weil der Regierungsvizepräsident, und zwar per E-Mail – auch das ist bemerkenswert –,

(Norbert Schmitt (SPD): Verwaltungsmodernisierung! – Reinhard Kahl (SPD): Das ist modern!)

das Verfahren an sich gezogen hat. Der Grund für dieses Vorgehen ist bekannt: Die Mehrheit dieses Hauses hat erst im Oktober mit dem Dritten Verwaltungsstrukturgesetz die Verwaltungsgerichtsordnung geändert. Alle Oppositionsfraktionen in diesem Hause haben vor diesem Schritt gewarnt.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

Das führt dazu – ich lasse jetzt den Gesetzestext weg –, dass der Landrat, wenn er einen Bauantrag ablehnt, auch über den Widerspruch zu entscheiden hat. Wahrscheinlich hat die CDU-Fraktion, hat keiner von Ihnen damit gerechnet, dass Ihnen ausgerechnet beim Bauantrag der

Staatsweingüter für diese überflüssige Kellerei diese Gesetzesänderung heftigst auf die Füße fällt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber es hatten Sie alle drei Oppositionsfraktionen vor diesem Schritt gewarnt. Das ist auch in der Anhörung sehr deutlich geworden. Aber so ist das eben, wenn man nach dem Grundsatz verfährt: Mehrheit ist Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mir die Unruhe vorstellen und räume durchaus ein, dass ein bisschen Schadenfreude mitschwingt, nachdem man in den Reihen der CDU überrascht festgestellt hat, welche Konsequenzen diese Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung hat.

Ich will keine Spekulationen – zumindest ist es in der Zeitung so dargestellt – über blitzartige Kommunikationen zwischen der Kreisverwaltung, dem Geschäftsführer der Staatsweingüter und dem Regierungsvizepräsidenten anstellen. Aber genau das ist ein Beispiel dafür, wie von oben durchgegriffen wird, wie von oben durchregiert wird, um ein unsinniges Lieblingsprojekt dieses Ministerpräsidenten durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Aber kommen wir von diesem aktuellen Fall weg. Was die CDU im Oktober beschlossen hat, gilt für jeden anderen Bürger in Hessen. Es ist kaum vorstellbar, dass der Regierungsvizepräsident beim Bauantrag des Winzers X oder beim Bauantrag des Häuslebauers Y genauso verfahren würde. Das offenbart schon ein sehr merkwürdiges Rechtsverständnis in der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten dieses Verfahren. Aber weil es Ihnen opportun erscheint, wird es gerade einmal vier Wochen, nachdem es in Kraft getreten ist, wieder außer Kraft gesetzt.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Hoffmann, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Christel Hoffmann (SPD):**

Ja. – Meine Damen und Herren, der Kellereineubau am Steinberg wird nicht mitgetragen. Ein Beleg dafür war die Landratswahl im Frühjahr. Das Vorgehen in der letzten Woche ist eine Machtdemonstration gegen den Willen der Bevölkerung im Rheingau. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat die Frau Kollegin Müller-Klepper von der CDU-Fraktion.

#### **Petra Müller-Klepper (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig: Die Staatsweingüter haben eine besondere Bedeutung als Flaggschiff des Weinbaus, als Bewahrer der Kulturlandschaft – ich nenne hier nur das

Stichwort: Bewirtschaftung der Steillagen – und als Image-träger des Rheingaus.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir sind uns, so hoffe ich, ebenso einig über das Ziel, dass die Staatsweingüter schwarze Zahlen schreiben sollen, damit die Zuschüsse des Landes ein Ende haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP))

Meine Damen und Herren, dies muss die Politik durch zukunftsweisende Weichenstellungen flankieren. Das hat diese Landesregierung verantwortungsbewusst getan, und sie wird es auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CDU)

Lippenbekenntnisse allein sind wenig zielführend. Dies zeigt die rot-grüne Vergangenheit des Themas. Nicht zuletzt deshalb haben wir heute die missliche Situation, dass großer Modernisierungsbedarf besteht. Denn 20 Jahre lang wurde nichts investiert.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP))

Auch die politische Debatte, die Sie inszenieren, dient der Sache nicht. Sie schaden dem Renommee der Staatsweingüter.

(Gerhard Bökel (SPD): Alles, was Rot-Grün gemacht hat, haben wir mit Franz Josef abgesprochen!)

Sie schüren unberechtigte Ängste und heizen die Stimmung in der Region auf.

(Beifall bei der CDU)

Sie instrumentalisieren Verfahrensfragen für Ihre politischen Zwecke. Dabei ist klarzustellen, auch wenn Sie es ständig vermischen: Nicht die Politik entscheidet, ob die unterirdische Kellerei gebaut werden darf, sondern allein die zuständigen Fachbehörden entscheiden.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dabei kann und darf es nur eine Entscheidungsgrundlage geben: das geltende Recht. Die Fachaufsicht muss einschreiten, wenn es durch politische Willkür ersetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Exakt dies ist bei der Entscheidung über den Bauantrag durch den Landrat geschehen. Der Landrat hat sich eindeutig über das fachliche Votum seiner Verwaltung hinweggesetzt. Er ignoriert die positiv beschiedene Bauvoranfrage, die für das Baugenehmigungsverfahren bindend ist.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Er hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um zu verhindern, dass die Bauaufsicht des Kreises den Rechtsanspruch der Staatsweingüter auf Genehmigung bestätigt. Er ignoriert die durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung, und er setzt sich eigenmächtig über die Voten der 13 beteiligten Behörden und Ämter hinweg, die alle das Bauvorhaben positiv beurteilt haben. So begründet er seine Ablehnung mit der geplanten Lichtfuge, die das Landesamt für Denkmalpflege aber akzeptiert hat. Damit spricht der Landrat dem Denkmalschutz die Kompetenz ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Den Staatsweingütern wurde vor der Entscheidung des Landrats weder Akteneinsicht in das Rechtsgutachten noch eine Anhörung gewährt. Dies ist ein Verstoß gegen das Hessische Verwaltungsverfahrensgesetz.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ei, ei, ei!)

Es ist kein Wunder, auch keine Schikane, sondern nicht mehr als recht und billig, dass das Regierungspräsidium als obere Bauaufsichtsbehörde aktiv geworden ist. Die Staatsweingüter haben wie jeder andere Bauherr das Recht auf ein faires, ordnungsgemäßes Verfahren, und dies wird nun sichergestellt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Der Landrat und die SPD haben den Kellereineubau am Rande des Steinbergs von Anfang an abgelehnt. Da wird es nun zu einem Problem, dass alle Ergebnisse des Verfahrens, mit Ausnahme der politisch motivierten Entscheidung des Eltviller Parlaments, auf ein Ja zu dem Projekt hindeuten.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Daraufhin wird eine große Verschwörungstheorie ersonnen: Die Landesregierung – der Ministerpräsident – soll alle Behörden unter Druck gesetzt haben. Sehr geehrte Frau Kollegin Hoffmann, welches Verständnis haben Sie von staatlichen Institutionen, die nur einem verpflichtet sind, nämlich Recht und Gesetz?

(Beifall bei der CDU)

Sie können doch nicht ernsthaft glauben, dass sich alle 13 Behörden, vom Weinbauamt über die untere Naturschutzbehörde bis zur unteren Denkmalschutzbehörde, politisch infiltrieren lassen. Das ist ein Affront gegen die Mitarbeiter dieser Behörden.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): In der Steuerverwaltung haben wir gesehen, was los ist! Wir haben gesehen, was passiert, wenn jemand ausbüxt!)

In einer Pressemitteilung des Rheingau-Taunus-Kreises vom 15. November heißt es:

Landrat Albers unterstellt dem Regierungspräsidium ausdrücklich nicht, dass dieses sich durch die Interessen des Eigentümers der Hessischen Staatsweingüter GmbH, dem Land Hessen oder durch Wünsche von Ministerpräsident Roland Koch leiten lässt.

Wieso beantragen Sie dann eine Aktuelle Stunde, deren Thema auf dieser Unterstellung beruht? All das entspringt politischem Kalkül. Dazu gehört auch, dass der Landrat seine Entscheidung bis in das Vorfeld der Kommunalwahl hinausgezögert hat, obwohl bereits im Juli alle Stellungnahmen vorlagen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Petra Müller-Klepper (CDU):**

Meine Damen und Herren, die Staatsweingüter sind seit der Überführung in die Rechtsform der GmbH auf einem guten Weg. Der Bau der unterirdisch gelegenen Kellerei

wird diese Entwicklung sichern. Es wird im Steinberg keine Rebe verloren gehen, weil das Projekt auf dem Gelände des Betriebshofs verwirklicht wird. Danach werden oberirdisch weniger Gebäude vorhanden sein, und der Keller wird nicht sichtbar sein.

(Beifall bei der CDU)

Das Projekt an dem jetzigen Standort durchzuführen, wie Sie es bevorzugen, bietet weniger Entwicklungspotenzial, keine Planungs- und Investitionssicherheit und wäre zudem teurer. Der Kellereineubau in der Domäne Steinberg kann für die ganze Region eine Chance sein; denn wir brauchen kein Überstülpen einer Käseglocke.

Die Kulturlandschaft des Rheingaus lässt sich nur aktiv erhalten. Das bedeutet auch eine Weiterentwicklung. Hier können die Staatsweingüter ein markanter Eckstein sein. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Klepper. Das war Ihre erste Rede. Deswegen haben wir auch eine Minute Redezeit hinzugegeben. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Herr Kollege Häusling, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede. Aber dass Sie gleich sagen, es handele sich hier um einen Willkürakt des Landrats, halte ich für ein starkes Stück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt durchaus andere Ansichten. Wie sieht denn die Realität im Jahr 2005 aus? Der Ministerpräsident geht nach Berlin und verkündet angesichts des Bundeshaushalts das Heulen und Zähneklappern. Wenn man nach Hessen schaut, stellt man fest, dass hier alles ganz anders aussieht. Schlösser und Parkplätze in Berlin können gekauft werden. Dann kann eben auch ein Luxusweinkeller gebaut werden, und man sieht trotz allen Widerstands keinen Anlass, das Ganze infrage zu stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, das Projekt wird gegen den Willen der Winzer, gegen die Mehrheit der Bevölkerung vor Ort – sonst hätten Sie Ihre Wahlen dort nicht verloren –, gegen das Votum der Stadt Eltville und schließlich auch gegen das Votum des Landrats durchgezogen.

(Clemens Reif (CDU): Wie können Sie als nordhessischer Biertrinker so etwas sagen?)

– Herr Kollege, ich trinke auch Wein. So ist es nicht. Wenn Sie sich meinen Einsatz für die Erhaltung der Qualitätsstandards des hessischen Weins vor Augen führen, wissen Sie, dass ich mittlerweile in Südhessen angekommen bin und hier auch Wein trinke.

(Heiterkeit)

Herr Ministerpräsident, Sie sollten das ganze Projekt kritisch überdenken. Es ist Ihr Lieblingsprojekt; Sie sind ja Aufsichtsratsvorsitzender.

Frau Kollegin, wenn Sie ernsthaft meinen, aufgrund des Baus eines neuen Weinkellers werde man irgendwann schwarze Zahlen schreiben, sollten Sie sich einmal die Analysen im Haushaltsplan durchlesen, um sich klar zu machen, wann das der Fall sein wird. Irgendwann im Jahre 2020 plus x wird es dazu kommen. Von daher sind diese Argumente weit hergeholt.

Sie sagen, dieses Projekt sei ein Projekt wie jedes andere im Rheingau. Jedem Winzer treibt es die Zornesröte ins Gesicht, wenn Sie das hier sagen. Wo wird einem Winzer im Rheingau das privilegierte Bauen im Außenbereich genehmigt? Faktisch hat es das kaum gegeben.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Der Staatsweingetrieb hat anscheinend Sonderrechte. Privilegiertes Bauen im Außenbereich ist für den Staatsweingetrieb überhaupt kein Problem.

Ich möchte noch etwas zu dem Verfahren sagen, zu dem es in letzter Zeit gekommen ist. Frau Hoffmann hat es eben gesagt: Wir haben ein Verwaltungsstrukturgesetz verabschiedet. Jedem Häuslebauer ist es jetzt verwehrt, Widerspruch einzulegen. Aber für den Staatsweingetrieb genügt ein Anruf beim RP. Dann wird ein Bescheid abgefangen, und der RP setzt sich sozusagen an die Spitze des Genehmigungsverfahrens.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist eine Unverschämtheit!)

Dieses Verfahren steht in krassem Widerspruch zu dem, was Sie selbst mit Ihrem Gesetz erreichen wollten. Der Staatsweingetrieb hätte klagen müssen, wenn der Bescheid angekommen wäre. Warum scheuen Sie eine Klage? Warum scheuen Sie sich, den Rechtsweg zu gehen, den auch jeder andere an diesem Punkt einschlagen muss? Ganz einfach: Das rechtliche Verfahren wäre nicht so sicher wie das Verfahren, das Sie jetzt wählen. Es läuft sozusagen par ordre du mufti. Es gibt eine Anordnung, und dann wird das ohne Rücksicht auf Verluste gegen den Willen der Region durchgezogen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Laut Roland Koch gehören alle staatlichen Aufgaben auf den Prüfstand. Herr Koch, warum sagen Sie nicht einfach, dass auch der Bau dieses Weinkellers noch einmal auf den Prüfstand gehört? Sie behindern das Staatsweingut in seiner Entwicklung, wenn Sie nicht sagen, man könne die Einsparmöglichkeiten in anderen Bereichen nutzen und – wie wir und die Vertreter der SPD es immer gesagt haben – den Standort Eltville sanieren. Durch dieses langwierige Verfahren verhindern Sie, dass der Staatsweingetrieb schwarze Zahlen schreibt.

(Lachen bei der CDU)

Sie haben bis heute nicht erklärt, dass die Möglichkeit einer Sanierung besteht. Das ist keine Frage; alle Experten im Rheingau sagen das. Nur Sie sagen, es gehe nicht.

Frau Hoffmann hat eben auf Folgendes hingewiesen. Nach wie vor ist bei der EU-Kommission ein Verfahren anhängig, in dem geprüft wird, ob das Ganze nicht eine unzulässige Beihilfe im Wettbewerb ist. Das Verfahren läuft. Solange dieses Verfahren läuft, sollte ein Moratorium gelten. Solange dieses Verfahren nicht abgeschlossen ist und es zu millionenschweren Folgen für den Staatsbe-

trieb und das Land Hessen zu kommen droht – was man noch nicht abschätzen kann –, sollte man an diesem Punkt sagen: Wenn das nicht geklärt ist, können wir nicht weitermachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Herr Ministerpräsident, setzen Sie sich mit Herrn Greiner bei einem Gläschen Assmannshäuser Höllenberg zusammen, um sich die Sache noch einmal in Ruhe zu überlegen. Versuchen Sie nicht, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen und dieses Projekt mithilfe aller möglichen Tuschenspielertricks – auch rechtlicher Art – durchzuziehen. Überlegen Sie sich das noch einmal in Ruhe.

Wenn Sie zu neuen Überlegungen gekommen sind, können wir hier vielleicht sagen: Wenn Sie den Eltville Standort sanieren, sind wir dabei. – Wenn Sie aber das Projekt hier so durchziehen, werden Sie unseren härtesten Widerstand zu spüren bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Häusling. – Das Wort hat der Kollege Denzin, FDP-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt kommt ein Fachmann!)

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Häusling, manchmal schadet es nichts, wenn man sich vorher ein bisschen besser informiert.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, na, na!)

Sie haben davon gesprochen, durch diese Maßnahme werde verhindert, dass der Staatsweingetrieb schwarze Zahlen schreibe. Dazu komme es allenfalls im Jahre 2020. Zunächst einmal muss ich Ihnen sagen, dass diese Zahl falsch ist. Es geht um das Jahr 2012. Aber man würde auch im Jahr 2050 keine schwarzen Zahlen schreiben, wenn man diesen Keller nicht baute.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem haben Sie gesagt, dies erfolge gegen den Willen der Rheingauer Winzer. Es gibt zwei oder drei Winzer, deren Namen immer wieder auftauchen. Hinter diesen zwei oder drei Winzern stehen vielleicht zehn weitere. Es gibt im Rheingau 1.200 Winzer. Darunter befinden sich 400 Haupterwerbsbetriebe. Von diesen höre ich meist etwas ganz anderes, weil sie die Rolle des Staatsweingetriebs anders sehen.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, das erfolge gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Richtig ist – Frau Hoffmann hat verraten, was hinter dem Theater steckt –, dass es um die Wahl ging. Es ging bei der Landratswahl darum, und jetzt kommt es darauf an, sich für die Kommunalwahl zu positionieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört!)

Nur, eine Mehrheit ist das trotzdem nicht. Im vorderen Rheingau waren es 40 %. Denen stehen immer noch 60 % gegenüber, die dieses Argument nicht überzeugt hat.



Es geht hier um Baurecht. Der Antrag war so begründet. Wir müssen Folgendes klarstellen. Grundsätzlich gibt es – Gott sei Dank – in unserem Land noch ein Baurecht. Das sieht vor, dass eigentlich jeder bauen kann, es sei denn, dieses Baurecht wird durch andere Gesetze oder Regelungen des Baugesetzbuchs eingeschränkt. Dies – und sonst nichts – hat die Bauaufsicht zu prüfen.

Die Bauaufsicht hat geprüft und die Bauvoranfrage positiv beschieden. Der damals zuständige Dezernent – der heutige Landrat – hat dann entgegen dem Votum seiner Behörde einen genau gegenteilig lautenden Beschluss formuliert. Dazu muss man sagen, dass er früher selbst Mitarbeiter einer Bauaufsicht war.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

Dann hat der Regierungspräsident – was in diesem Land wahrscheinlich einmalig sein dürfte – den Dezernentenbescheid mit der Begründung, es handele sich um eine offenkundige Rechtswidrigkeit, aufgehoben.

Im Laufe des weiteren Verfahren sind Anregungen aufgenommen worden. Insofern irrt Frau Hoffmann – oder sie versucht, Ihnen etwas Falsches zu sagen –, wenn sie es hier so darstellt, als sei der Bauantrag von der Bauvoranfrage sehr abgewichen.

Er ist nicht abweichend in dem Sinne, dass man größer, weiter oder sonst etwas bauen wollte, sondern er weicht in bestimmten Punkten ab, indem er Wünschen und Anregungen der Behörden entgegenkommt. Das war die zusätzliche Leistung, die hier erbracht wurde.

Dann hat sich die Meinungsbildung in der Stadtverordnetenversammlung in Eltville, die bei der Bauvoranfrage in der Mehrheit überhaupt keine Bedenken hatte, gewandelt, weil zwei Menschen aus persönlich sehr nachvollziehbaren Gründen anders abgestimmt haben. Aber der Bürgermeister hat festgestellt – und das hätte Frau Hoffmann auch schon vortragen können –, dass diese Beschlüsse rechtswidrig sind.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

Sie sind ebenfalls in der Anfechtung. Das ist die Situation.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was ist denn das für ein Mensch, dieser Albers?)

Jetzt haben alle beteiligten Behörden zu dem Bauantrag positiv votiert. Der in der Bauaufsicht damit Befasste konnte gar nicht anders, als ihn zu genehmigen. Dann entzieht der Landrat – das wäre ein Punkt, den der Innenminister einmal prüfen müsste – im Wege seiner Organisationsgewalt dem politisch zuständigen Dezernenten diesen Einzelfall. Er belässt ihm die Aufgabe Bauaufsicht ansonsten, aber diesen Einzelfall zieht er an sich. Ich würde gern einmal prüfen lassen, ob das durch die Organisationsgewalt abgedeckt ist.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber hallo!)

Jetzt geht es weiter. Da wollen wir einmal ganz offen sein. Ich denke nicht, dass ich damit jemandem schade, weil es auch in der Presse schon bekannt ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dem Herrn Albers!)

Der Landrat sagt dem damit befassten Mitarbeiter, er möge seinen Dezernenten darüber informieren, dass er, Landrat, dem Mitarbeiter untersage, mit dem Dezernenten überhaupt nur ein Wort zu diesem Vorgang zu reden. Das kommt jetzt noch dazu.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ein Skandal! – Frank Gotthardt (CDU): Eine interessante Aktuelle Stunde! – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr interessant!)

Das Ganze ist getimt und läuft ab. Jetzt frage ich Sie – wie heißt diese Überschrift so schön –: Wo ist hier „brutalstmögliches“ Durchregieren? Ich sage Ihnen, das ist brutalstmögliches Durchregieren eines Landrats, von dem ich auch persönlich sehr enttäuscht bin. Sie merken, ich bin da etwas betroffen, weil ich ihn ganz anders eingeschätzt hatte.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Diese Landräte!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Denzin, seien Sie so lieb.

(Clemens Reif (CDU): Der Mensch ist durchgeknallt!)

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, ich höre.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Nicht mehr viel hören, es ist rum.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Ich höre, ich soll aufhören.

(Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Trick ist gut!)

Aber ich denke, das kann ich jetzt auch machen. Die Sache ist klar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Denzin. Das haben Sie gerade noch hinbekommen. – Das Wort hat der Landwirtschaftsminister, Staatsminister Dietzel.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat dieser nordhessische Biertrinker dazu zu sagen?)

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Nur kein Neid. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entscheidung über den Fortgang der Planungs- und Baumaßnahmen bezüglich des Kellereineubaus für die Hessische Staatsweingüter GmbH am Steinberg ist derzeit allein noch eine Frage der baurechtlichen Zulässigkeit dieses Vorhabens. Die grundsätzlichen Argumente für und wider dieses Projekt, das einen einschneidenden Meilenstein in der Entwicklung der Staatsweingüter darstellt, sind zuvor sehr intensiv untersucht, erörtert und abgewogen worden. Daher finde ich die Art und Weise unverständlich, mit der eine einzelne Abgeordnete dieses Hauses wieder einmal versucht, politisch in ein bauaufsichtsrechtliches Genehmigungsverfahren einzugreifen und sich ohne eine weitere rechtliche Würdigung



in ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren einzuschalten.

(Beifall bei der CDU)

Ich vermag nicht zu erkennen, dass in der Diskussion der letzten Tage ein einziges juristisches Argument vorgetragen wurde, das die Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens angezweifelt hätte. Den in dem Antrag der SPD-Fraktion enthaltenen Vorwurf des „brutalstmöglichen“ Durchzergens weise ich für die Landesregierung entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Aber er stimmt!)

Diese Baumaßnahme wird, wie andere Maßnahmen auch, von der Verwaltung nach Recht und Gesetz beurteilt, und entsprechend werden die notwendigen Verfahrensschritte eingeleitet. Für die Landesregierung bestand und besteht kein Anlass, in dieses laufende Baugenehmigungsverfahren einzugreifen oder dieses heute oder an einer anderen Stelle zu kommentieren. Ich meine daher, wir sollten uns um mehr Sachlichkeit in der Diskussion bemühen und den Vorgang, obwohl es um Weinbau geht, nüchtern betrachten.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Weil es um Weinbau geht!)

Allerdings betone ich ausdrücklich auch, dass die Hessische Landesregierung den Neubau der Kellerei für ökonomisch dringend erforderlich hält und der Auffassung ist, dass dieser am Steinberg ökologisch vertretbar zu realisieren ist.

Eine leistungsfähige Hessische Staatsweingüter GmbH, die qualitativ hochwertigen Wein produziert, wird nach meiner Überzeugung ihrem Auftrag nur gerecht, wenn sie über einen modernen Betrieb verfügt. Diesen Auftrag sehen wir zum einen in der Vorbildfunktion für den heimischen Anbau und zum anderen in der hervorragenden Marketingwirkung für den hessischen Weinbau, dessen Position im heimischen wie auch im europäischen und internationalen Weinhandel es zu festigen und zu stärken gilt. Die aktuelle Diskussion um das Weinhandelsabkommen zwischen der EU und den USA zeigt wieder, wie wichtig es ist, solche Stützpfeiler für den hessischen Weinbau zu errichten.

Nur über eine starke Positionierung unseres Weinbaus werden wir uns auf Dauer gegenüber den Billigimporten oder industrieähnlicher Weinproduktion behaupten können. Wir wollen die Hessische Staatsweingüter GmbH als verlässlichen Partner an der Seite aller hessischen Weinbaubetriebe für diesen Markt stark machen, und dafür wollen wir auch streiten. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt ebenfalls abgehandelt.

Ich rufe **Punkt 54** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Neuanfang in Berlin: eine Chance auch für Hessen!) – Drucks. 16/4677 –**

Das Wort hat Herr Dr. Wagner, Vorsitzender der CDU-Fraktion.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die große Koalition in Berlin unter Führung der Bundeskanzlerin Angela Merkel bedeutet eine Chance für Deutschland und eine Chance für Hessen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Sie bedeutet eine Chance für die Sanierung der öffentlichen Haushalte in unserem Land, im Bund, in den Ländern und auch in den Kommunen. Meine Damen und Herren, sie ist für mich ein Neuanfang bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland.

(Michael Siebel (SPD): Ihr Ministerpräsident hat heute Morgen im Radio etwas anderes gesagt!)

Die Ausgangslage, die Bilanz nach sieben Jahren Rot-Grün ist katastrophal:

(Norbert Schmitt (SPD): Ach du lieber Gott!)

Erstens haben wir seit Jahren im Europavergleich eine der niedrigsten Wachstumsraten.

(Norbert Schmitt (SPD): Seit 1993, machen Sie sich einmal sachkundig! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ihr seid doch Koalitionsfreunde! – Norbert Schmitt (SPD): Meine Freunde suche ich mir schon selbst aus, und der gehört sicherlich nicht dazu!)

Zweitens haben wir eine Massenarbeitslosigkeit in nie gekanntem Maße, Herr Kollege Schmitt, 5 Millionen Arbeitslose und dazu noch einmal eineinhalb Millionen Menschen in versteckter Arbeitslosigkeit. Das sind 6,5 Millionen. Diese Zahlen werden Sie natürlich nicht gern hören.

Drittens. 40.000 Firmenpleiten jedes Jahr.

Viertens. Die Energiekosten in Deutschland sind um 30 % höher als im EU-Durchschnitt – ein riesiger Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft und damit auch eine Ursache von Arbeitslosigkeit.

Fünftens. Eine dramatische Haushaltslage, eine strukturelle Lücke zwischen den Einnahmen und Ausgaben in der Größenordnung von etwa 64 Milliarden €.

Sechstens. Eine fortschreitende Bürokratisierung, die die Wirtschaft in unserem Land gelähmt hat. Ich erinnere nur an das Antidiskriminierungsgesetz, das zum Glück nicht mehr in Kraft treten konnte, weil die Wahlperiode zu Ende war.

Meine Damen und Herren, das ist eine dramatische Ausgangslage. Ein Umsteuern ist dringend erforderlich. In dieser Situation, die ich eben in wenigen Sätzen beschrieben habe, ist der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD ein Aufbruchsignal für die Wirtschaft und für Arbeitsplätze in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Für das Protokoll: verhaltener Beifall bei der CDU!)

Liebe Ruth Wagner, ich will gern einräumen, dass wir in einer Koalition mit der FDP noch mehr Zeichen der Hoffnung hätten setzen können.

(Beifall bei der FDP)

Aber man muss immer sehen, was machbar ist. Unter dem Gesichtspunkt des Machbaren ist das, was Union und SPD geschaffen haben, durchaus sehr respektabel.

Das Hauptziel der großen Koalition ist die Wiederbelebung der Wachstumskräfte in Deutschland und damit ein deutlicher Abbau von Massenarbeitslosigkeit. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist beschlossen worden. Ich will hier nur einige wenige Punkte nennen: Senkung der Lohnzusatzkosten,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt nicht!)

stärkere Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und damit auch endlich wieder eine Chance für ältere Arbeitslose, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und auf diese Art und Weise auch Arbeit zu finden;

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt auch nicht, das hat der EuGH aufgehoben!)

Stärkung von Wachstum und Beschäftigung durch Einsatz von 25 Milliarden € in den nächsten Jahren, außerdem eine Förderung von Existenzgründungen; Erhöhung der Mittel für Forschung und Innovation um 6 Milliarden €. Auch hier müssen wir zusätzliche Akzente setzen, damit wir im internationalen Wettbewerb wieder mithalten können.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung des Mittelstandes und von Betrieben, die sich in der Gründung befinden. Ich nenne hier die Erleichterung der Unternehmensnachfolge. Ich nenne nur stichwortartig das neue Unternehmenssteuerrecht, mit dem Kapital- und Personengesellschaften weitgehend gleichgestellt werden, die Befreiung der Unternehmen von bürokratischen Auflagen und dergleichen mehr. Deregulierung, Aufgabenabbau und die Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten sind unverzichtbare Bausteine, damit sich unternehmerisches Handeln in unserem Land wieder entfalten kann, Arbeitsplätze neu entstehen und Deutschland als internationaler Wirtschaftsstandort wieder attraktiver und wettbewerbsfähiger wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge hinzu: Es ist fast schon viel gewonnen, wenn der Staat nicht durch eine Überregulierung, durch überflüssige Vorschriften den Unternehmungen bei ihrer Arbeit in die Speichen greift.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, für Hessen bedeutet der Koalitionsvertrag wieder verlässliche Steuereinnahmen. Ich will das am Rande noch einmal ausdrücklich erwähnen. Wir haben angesichts unserer Sparbemühungen, die uns immer wieder kritisch vorgehalten werden, deutlich gemacht: Wir haben in unserem Landeshaushalt kein Ausgabenproblem, wir haben ein Einnahmenproblem. Wir hoffen, dass mit den Verabredungen zwischen Union und SPD auch die öffentlichen Einnahmen im hessischen Landeshaushalt wieder zunehmen – eine existenzielle Frage.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Meine Damen und Herren, wir erhoffen uns auch für Hessen von dieser Koalitionsverabredung, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur durch zahlreiche Maßnahmen wieder nachhaltig und besser als in der Vergangenheit gefördert wird.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Dr. Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Wir werden als Union nicht nachlassen, auch in den kommenden Jahren dafür einzutreten, dass diese vernünftige Koalitionsverabredung Schritt für Schritt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und im Interesse Hessens umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Das Wort hat die Frau Kollegin Ruth Wagner, FDP-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Machen wir mal Wagner gegen Wagner!)

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst meine Freude zum Ausdruck bringen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2005 erstmals eine Bundeskanzlerin hat,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

nachdem die Frauen 1918 das Wahlrecht erhalten haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, GRÜNE!)

– Ich will Ihnen einmal etwas sagen, junger Mann: Sie haben gar keine Veranlassung, in diesem Zusammenhang zu schreien. Ich will nämlich gerade sagen: Ich gratuliere Frau Dr. Angela Merkel, dass sie sich gegen junge und alte Männer in ihrer eigenen Fraktion, ihre Konkurrenten, durchgesetzt hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich auch!)

Das werden wir doch in diesem Parlament einmal sagen dürfen.

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Roland, das ist gegen dich gerichtet!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, es gilt, ihr Respekt zu bezeugen für ihre bisherige Lebensleistung, was für Menschen aus dem deutschen Osten mit Sicherheit in den letzten 15 Jahren schwieriger war als für alle Männerbündnisse im Westen.

Meine Damen und Herren, ich hätte das noch überzeugter getan, wenn sie auch die Politik machen würde, die sie vor der Wahl versprochen hat.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb, verehrte Kollegen von der CDU und CSU – so sage ich einmal mit schönem Gruß nach München –, wird sie ein Glaubwürdigkeitsproblem bekommen.

Was für uns noch viel gewichtiger ist: Sie hätte das, was für Deutschland 2005 wirklich nötig wäre, auch anders tun können, als sie das in dieser Koalition jetzt vorträgt. Wer am 6. September 2005 gemeinsam mit der FDP im Deutschen Bundestag sagt, dass eines der zentralen Ziele der nächsten Jahre die Haushaltspolitik sei, um mehr Wachstum zu generieren, mehr Arbeitsplätze zu schaffen – durch eine ausgeglichene Haushaltspolitik, durch eine Absenkung der Staatsquote, durch die Begrenzung der Steuer- und Abgabenlast – und jetzt das Gegenteil tut, der hat jetzt schon ein Glaubwürdigkeitsproblem, Herr Kollege Wagner.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Roland Koch und Sie eben auch, Herr Wagner, gesagt haben, es sei gleichgültig, ob man die Einnahmesituation des Staates verbessere oder die Staatsausgaben reduziere, dann sagen Sie

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Habe ich nicht gesagt!)

– doch, das hat er in einem Interview gesagt; ich kann es Ihnen vorlesen – das Gegenteil dessen, was Sie versprochen haben.

(Beifall bei der FDP)

CDU und FDP waren jahrelang der Meinung – und wir sind es noch immer –, dass wir eine nachhaltige Steuerentlastung der Bürger und eine Haushaltssanierung brauchen. Dazu braucht man aber den Mut, meine Damen und Herren, die Staatsaufgaben zu reduzieren, die Grundsatzfrage zu stellen: Welche Hoheitsaufgaben hat der Staat zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch? Das vermischen wir in der Tat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Ihre Vorstellung! Da kommt es heraus!)

Das hat nichts mit dem zu tun, was die SPD gestern in ihren Anträgen gesagt hat.

Diesen Mut hatte die CDU weder in den Ländern noch auf Bundesebene. Wer 3 % mehr Mehrwertsteuer von allen Menschen als Einnahmeverbesserung will, der hat sein eigenes Versprechen gebrochen. Die SPD hatte die Mehrwertsteuererhöhung total abgelehnt.

Es ist zudem auch wirkungslos. Jedes Jahr weniger Kaufkraft für alle Menschen in Deutschland und dann das Versprechen, bis zum Jahr 2009 20 Milliarden € für ein kleines Investitionsprogramm auszugeben, das ist die falsche Politik. Sie wird wirkungslos sein.

(Beifall bei der FDP)

Dass der Ministerpräsident in Wahrheit meiner Meinung ist, das hat er heute Morgen in einem Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“ gesagt. Sie können es nachlesen: 24.11.; Überschrift: „Roland Koch: SPD und Union passen nicht zusammen“.

(Beifall bei der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

In dem Artikel sagt er: CDU/CSU und SPD sind so diametral entgegengesetzt in ihrer Programmatik, dass sie zusammen keine großen Reformen auf den Weg bringen können. – Richtig so.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) und Clemens Reif (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Er sagt weiter: „Das ist völlig ausgeschlossen. Wenn das deutsche Volk das in den nächsten Jahren merkt, ist das kein Fehler.“

(Jürgen Walter (SPD): Was hätten wir denn machen sollen? Hätten wir den Wähler beschimpfen sollen?)

Meine Damen und Herren, wir haben es gemerkt. Und ich sage Ihnen: Mehr als 40 % der Bürger in Deutschland haben das gemerkt. Sie brauchen mehr Mut, um daraus auch Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Sie haben sich verweigert! Von wegen, Mut!)

Das tun Sie nicht. Sie, Frau Merkel, Herr Platzeck und Herr Müntefering, verkünden als Ihre Hauptziele, Sie wollen sanieren. Meine Damen und Herren, Sie tun das nicht nachhaltig genug. Das ist nur eine Überschrift. Die Instrumente, die Sie zeigen, werden nicht zu einer Sanierung der Haushalte führen.

Sie sagen zweitens, Sie wollen reformieren. Sie sagen: Das geht nicht mit der SPD, die sind nicht mutig genug, die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren. Und Sie sagen: Wir wollen investieren, und die SPD ist nicht konsequent genug.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Ich habe es gemerkt; ich bin im Schlusseinlauf.

(Heiterkeit bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte deutlich machen, dass es eine Möglichkeit gegeben hätte, mutiger zu sein, eine wirkliche Reformpolitik zu machen, sie eventuell auch mit den Mehrheiten auszutarieren, die es im Deutschen Bundestag gibt.

Deshalb sage ich Ihnen: Diese Koalitionsvereinbarung ist kein Neuanfang für die Bundesrepublik, und das ist auch keine Chance für Hessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Grumbach, SPD-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist der Schaub des Südens! – Norbert Schmitt (SPD): Das sagt das Hähnchen aus der Wetterau!)

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Meine Damen und Herren! Frau Wagner, ich verstehe, dass Sie an dieser Stelle getroffen reagieren; denn die Verliererinnen und Verlierer dieser Wahl sind in allen Parteien vertreten, aber in der FDP besonders.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das einmal so flapsig.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wer hat denn eigentlich Stimmen verloren? Die SPD ist der Verlierer!)

Die Menschen, die in dieser Gesellschaft wollen, dass die soziale Sicherung reduziert wird, haben allesamt verloren. Dazu gehört auch in der CDU der eine oder andere. Herr Merz gehört dazu. Bei den GRÜNEN gehört auch Herr Metzger dazu.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat aber gar nicht kandidiert!)

In der SPD gibt es auch den einen oder anderen, der verloren hat. Wir müssen damit leben, und ihr müsst damit leben.

Jetzt lassen Sie uns bitte auf den Punkt zurückkommen. Ich finde es ja schon ganz spannend, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU eine große Koalition als Chance für Hessen ankündigt. Was sind denn das für neue Verhältnisse? Wo ist die Bescheidenheit her? Bisher war die CDU die Chance für Hessen: „In Hessen mit Roland Koch“. Jetzt ist sie es nicht mehr, jetzt braucht sie eine Bundeskoalition. Mit Verlaub: neue Bescheidenheit, sehr nett.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dann ausgeführt wird „Chance für die öffentlichen Finanzen“: danke für die Kehrtwendung. Hier in diesem Landtag haben wir darüber geredet, dass es die Hessische Landesregierung war, die die Chancen, die sie jetzt begrüßt, alle verbaut hat. Die Hälfte der Maßnahmen, über die wir hier reden, haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

An der Stelle ist es schon eine Rückkehr zur Realität, und ich glaube, aus dieser Realität lässt sich etwas machen. Dann lassen Sie uns darüber reden, wie wir die Chancen in Hessen selber nutzen. Die Frage ist dann, ob wir uns wirklich auf das Gebiet begeben, glücklich darüber zu sein, dass wir heute mit Rheinland-Pfalz im Wettbewerb über Wachstumsraten sind, mit Rheinland-Pfalz im Wettbewerb sind über die Zahl der Arbeitslosen und mit Rheinland-Pfalz im Wettbewerb sind um die jungen Menschen, die Beschäftigung kriegen oder nicht.

Ich finde es schon spannend, wenn sie jetzt, statt Ihre eigene Verantwortung zu beschreiben, statt zu beschreiben, dass diese Landesregierung nicht in der Lage war, mit ihrer Sorte von Ausbildungspakt genügend Ausbildungsplätze zu schaffen, sagen: „Wir brauchen jetzt Berlin.“ Das finde ich sehr faszinierend.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, die Chancen für Hessen werden hier in der Debatte, in diesem Parlament und in diesem Land entstehen. Die Chancen in Hessen werden dadurch entstehen, dass wir darüber reden, dass wir eine bestimmte Form von Politik, die Kinder von weiterführender Bildung ausgrenzt, beenden müssen. Darin bestehen Chancen für die Kinder, Chancen für Hessen.

Da wird der Spielraum, der in der großen Koalition nicht besteht – bei uns gibt es da durchaus auch sehr differenzierte Meinungen; wir haben das bei der Föderalismusdebatte beredet –, auch für eine Bildungspolitik genutzt werden können, in der Menschen Chancen bekommen und

die Chancen für Hessen nicht darin bestehen, dafür zu sorgen, dass Ihre Haushaltsdefizite jetzt durch den warmen Segen, den andere für Sie organisiert haben, ausgeglichen werden. Das ist die Chance, auf die Sie setzen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wagner, Sie haben in Ihrem Interview gesagt, die CDU in Hessen stehe für freiheitliche, christliche und konservative Politik. Sie haben nur die Freiheit derer im Sinne, die es sich leisten können. Das haben Sie mit der FDP gemeinsam. Sie haben an christlicher Politik jedenfalls das Mitleid und die Hilfe für die Schwachen nicht im Sinne, und Sie haben mit dem Begriff „konservativ“ eigentlich relativ wenig am Hut; denn Sie haben das zerstört, was Menschen in Hessen an Infrastruktur im sozialen Bereich aufgebaut haben.

Die Chance in Hessen, meine Damen und Herren, besteht darin, diese Regierung abzulösen, und nicht in der großen Koalition in Berlin. In Hessen werden wir selber Politik machen und nicht über irgendwelche anderen Ebenen reden müssen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Wagner hat gesagt, sie finde es gut, dass eine Frau Kanzlerin ist. Sie hat auf meinen Zwischenruf, dass ich das auch gut finde, gesagt, ich solle nicht so schreien. Ich wollte Ihnen zustimmen, Frau Kollegin Wagner,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Vorsicht, Vorsicht!)

wobei ich Wert darauf lege, dass es nicht unbedingt Angela Merkel hätte sein müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich lege aber Wert auf die Feststellung, dass Angela Merkel eigentlich sagen müsste: „Danke, GRÜNE!“ Denn ohne 25 Jahre grüne Frauenpolitik wäre es nicht möglich, dass sie heute Kanzlerin ist.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU – Unruhe)

Frau Wagner, im Übrigen wäre es auch nicht möglich – –

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Einen Moment, Herr Kollege Al-Wazir. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit. Der Redner ist nicht zu verstehen.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Im Übrigen wäre es ohne 25 Jahre grüne Politik auch nicht möglich, dass zu Angela Merkels 50. Geburtstag Guido Westerwelle seinen Freund mitbringt und ihn neben Edmund Stoiber setzt.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Die CDU-Fraktion – das ist die erste Erkenntnis in dieser Aktuellen Stunde – ist noch ein wenig unsortiert. Eigentlich hätte man am Montag merken müssen, dass am Dienstag ein Setzpunkt mit genau dieser Frage für Mittwochmorgen anberaumt worden ist. Aber bitte sehr, die Kollegen Wagner und Wintermeyer sind noch in der Ausbildungsphase.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Deswegen dachte ich eigentlich, dass wir heute nicht viel zu reden haben. Ich bin Ihnen aber doch dankbar, dass Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben, weil ich mir schon die Frage gestellt habe: Worin besteht die Chance für Hessen? Ich weiß nicht, ob sich der „Neuanfang“ in Berlin auf die innerparteiliche Aufarbeitung bezieht, ob Sie damit vielleicht den Abgang des Vorsitzenden des Freundeskreises leidender Hunde, Regionalgruppe München, gemeint haben,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

oder ob Sie noch einmal debattieren wollen, was Sie vor der Wahl an katastrophaler Blockadepolitik im Bundesrat organisiert haben. Ich bin aber, ehrlich gesagt, heute Morgen völlig durcheinander gekommen, als ich das Interview mit Roland Koch gelesen habe. Frau Wagner hat nicht das ganze Interview zitiert.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wenn ich länger Zeit gehabt hätte!)

– So ist das, Frau Wagner. – Es heißt hier: Hessens Ministerpräsident Roland Koch hält es für unmöglich, dass die neue Bundesregierung große Reformen auf den Weg bringt. – Worin besteht dann die „Chance“ für Hessen, sehr verehrter Herr Kollege Wagner?

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es heißt weiter: Mit der großen Koalition könne sich nichts Tiefgreifendes ändern. Ein großer Wurf sei völlig ausgeschlossen. – Ist das die „große Chance“ für Hessen, Herr Kollege Wagner? Ich verstehe es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Roland Koch sägt schon am Stuhl von Angela Merkel!)

Wir GRÜNEN haben natürlich über die Frage diskutiert, wie wir die große Koalition bewerten. Es ist kein Geheimnis: Wir halten den Koalitionsvertrag für in vielen Punkten nicht gelungen. Aber selbst wir hätten dieser Regierung 100 Tage gegeben. Wenn aber selbst Roland Koch der großen Koalition keine 100 Tage gibt, was sollen wir dann sagen?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Al-Wazir, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Wagner?

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nicht bei fünf Minuten Redezeit. – Ich habe schon gestern gesagt: Die CDU hat bis heute die Tatsache, dass sie am 18. September das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 eingefahren hat, nicht aufgearbeitet. Es wäre gut, wenn Sie es einmal aufarbeiten würden, denn eines ist klar – da gebe ich dem Kollegen Grumbach Recht –: Der neoliberale und marktradikale Ansatz ist gescheitert. Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein Gutes hat die Große Koalition allerdings: Es wird Roland Koch nicht mehr möglich sein, aus der Regierung heraus einen Oppositionswahlkampf zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir werden im Jahre 2008 eine Debatte darüber haben, wie die Bilanz dieser Landesregierung aussieht. Das ist das einzig Gute an der großen Koalition.

Der letzte Satz des genannten Interviews ist allerdings eine Katastrophe. Da wird nämlich die Frage gestellt: Wann kann Hessen einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen? Darauf antwortet Roland Koch: „Wir werden es so bald wie möglich versuchen. Dass wir dieses Ziel schon 2007 erreichen, ist schwierig, trotz Mehrwertsteuererhöhung“. Dazu sage ich Ihnen: Die Diskussion über die Bilanz der Arbeit dieser Regierung wird sehr spannend werden. Wenn sich die beiden großen Parteien auf der Berliner Bühne gegenseitig blockieren, dann führen wir eine Debatte über die Bilanz der Arbeit Ihrer Regierung, Herr Ministerpräsident. Auf diese Diskussion freue ich mich mehr als auf eine Aktuelle Stunde vor dem Ablauf des 100-Tage-Zeitraums.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht ist das Spannende an einer solchen Debatte, dass sie sich ein bisschen zwischen Selbstfindung und pawlowschen Reflexen bewegt – und zwar durch alle Reihen, weil sich alle ein Stück weit neu orientieren müssen. Deshalb kann keiner ganz aus seiner alten Haut, und keiner ist ganz sicher, wie die neuen Konstellationen aussehen.

(Michael Siebel (SPD): Geben Sie Orientierung!)

Herr Kollege Al-Wazir, deshalb will ich Ihnen ausdrücklich bestätigen: Die Hessische Landesregierung freut sich außerordentlich darüber, dass sehr viele Argumente dafür sprechen, dass wir im Jahre 2008 mehr über unsere Landespolitik als über alles andere streiten werden. Ich gehe davon aus, dass wir das mit großer Freude und mit einer sehr optimistischen Einschätzung bezüglich der Haltung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu dem, was ihnen als Politik von den unterschiedlichen Seiten dargestellt und angeboten wird, tun können.

(Beifall bei der CDU)



Das ist deshalb durchaus eine Chance für Hessen, weil wir in dieser Konstellation möglicherweise ruhiger und auch etwas freier arbeiten können. Darüber haben wir am vergangenen Dienstag gesprochen. Wir werden umso eher freier und ruhiger arbeiten können, je schneller das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenerfüllung im Haushalt vernünftig gestaltet werden kann. Das gehört alles dazu, sodass wir sagen: Das ist, auch im Hinblick auf das Jahr 2008, für uns in der Debatte spannend, die wir in den nächsten zweieinhalb Jahren führen werden.

Das ist aber auch deshalb spannend, weil wir in der Bundesrepublik Deutschland eine außerordentlich bedrohliche Situation haben. Die Frage ist, welche Antwort man darauf gibt. Diese Antwort ist verdammt schwer zu geben. Deshalb wird man nicht zu den einfachen pawlowschen Reflexen zurückkehren können.

Ich bin sehr froh, dass es diese Bundesregierung gibt. Ich habe mich sehr darum bemüht, dass sie zustande kommt. Ich werde dem deutschen Volk aber nicht erzählen, dass all das, was wir in den letzten 40 Jahren über die prinzipiellen Unterschiede zwischen sozialdemokratischer und christdemokratischer Politik gesagt haben, Unsinn gewesen ist. Das haben die Journalisten erzählt, das habe nicht ich erzählt.

(Beifall bei der CDU)

Sie können in einer endlosen Zahl von Interviews und Diskussionen nachlesen – Gott sei Dank haben das auch die meisten Sozialdemokraten immer gesagt –: Die beiden großen Parteien müssen in der Lage sein, in einer kritischen Phase, die durch verschiedene Ursachen entstehen kann – z. B. aufgrund der ökonomischen Verhältnisse oder aufgrund von Wahlergebnissen, die andere Regierungskonstellationen schwierig machen –, zusammenzuarbeiten und sich dem Land nicht zu verweigern. Ich bin sehr froh, dass es Angela Merkel und der CDU gelungen ist, Gerhard Schröder zu erklären, was das im konkreten Fall aufgrund des Wahlergebnisses bedeutet, und dass wir dann zusammen gekommen sind.

Dabei hat es manche Rauferei gegeben. Da sind sich Leute begegnet, die bisher immer dachten, sie könnten sich nur mit dem Schwert begegnen. Diese Leute mussten jetzt Verträge miteinander schließen. Auch das hat zu Prozessen zwischen Selbstfindung und pawlowschen Reflexen geführt.

Daraus ist auf nationaler Ebene ein Regierungsvertrag entstanden, aber kein Regierungsvertrag der großen Würfe. Wir sollten aufhören, den Menschen etwas anderes zu erzählen. Unter den Voraussetzungen, die die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer demokratischen Entscheidung herbeigeführt haben, ist das aber die beste Regierung, die es geben kann. Es ist eine Regierung, zu der ich sage: Ich glaube, man kann etwas daraus machen. Deshalb lohnt es sich, damit anzufangen, etwas daraus zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir Euphorie erzeugten nach dem Motto, das sei eine neues Projekt, dann würden wir die Menschen in der Tat täuschen, auch die Anhänger der Sozialdemokraten und der Christdemokraten. Das stimmt nämlich nicht. Wenn wir eine gemeinsame gesellschaftspolitische Vision hätten, gäbe es die Geschichte des Streites nicht – auch keinen Streit unter dem Blickwinkel Individuum und Kollektiv –, wie ihn Sozialdemokraten und Christdemokraten seit mehr als 100 Jahren miteinander austragen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Auch das sind ja mehr als 100 Jahre, Frau Fuhrmann. Wenn ich Ihnen ein Kompliment machen darf: Man sieht es Ihnen gar nicht an.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Auch diese Unterschiede nicht zu verschweigen gehört zu den Voraussetzungen für die nächsten Wahlen. Ich weiß nicht, ob es in der CDU oder in der SPD jemanden gibt, der davon träumt, dass wir in Zukunft immer große Koalitionen haben. Ich träume davon nicht. Jetzt will ich Ihnen den ganzen Satz aus dem Interview vorlesen, den finde ich nämlich sehr gut.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das hat der Metz wieder gut gemacht! – Heiterkeit)

Auf die Aussage: „Legen Sie die Messlatte nicht zu niedrig. Die Menschen erwarten, dass sich im Lande etwas verändert“, habe ich geantwortet:

Wollten die Bürger wirklich, dass sich etwas ändert? Die Wähler haben sich für die Große Koalition entschieden. Mit der großen Koalition kann sich nichts Tiefgreifendes ändern. CDU/CSU und SPD sind so diametral entgegengesetzt in ihrer Programmatik, dass sie zusammen keine großen Reformen auf den Weg bringen können. Das ist völlig ausgeschlossen. Wenn das deutsche Volk in den nächsten Jahren das merkt, dann ist das kein Fehler.

Ich habe hinzugefügt – das haben Sie weggelassen –: „In dieser Konstellation können die Parteien zwar keine großen Reformen beschließen, zumindest aber das Land nach den rot-grünen Jahren vor Schaden bewahren.“ Das ist in der Tat mein Ansatzpunkt, von dem ich glaube, dass wir erfolgreich sein können.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass es dann, wenn man anfängt, in der Sache zu diskutieren, eine Menge Punkte gibt, mit denen man das erklären kann. Dann würden wir nämlich, was die GRÜNEN ärgert, über Genehmigungen und über die Industriepolitik reden, und über die Frage, wie man Flughäfen, Straßen und anderes bauen kann, um den Abstand des Landes im wirtschaftlichen Wettbewerb wieder zu verringern. Dann kann man über Entbürokratisierung reden, dann kann man über die Frage reden, ob europäischen Richtlinien in Deutschland immer anders angewandt werden müssen als in den anderen europäischen Ländern, oder ob sie eins zu eins umgesetzt werden sollten, sodass wir im Wettbewerb wieder bestehen können. Dann kann man über die Frage reden, wie wir es hinbekommen, eine Unternehmensteuer zu beschließen, die Personengesellschaften – die ein besonderes Gut Deutschlands sind – nicht länger finanziell kaputtmacht, sondern diese mit Körperschaften gleichstellt.

(Beifall bei der CDU)

All das ist in einer solchen Regierung durchaus möglich. Es ist eine Chance und sehr viel mehr als der bisherige Stillstand, auch wenn es sicherlich nicht die gemeinsame gesellschaftspolitische Vision ist, die CDU/CSU und Liberale vielleicht gehabt hätten und in einem Programm ein Stück weit hätten aushandeln können. Das ist der Unterschied. Wenn man über diesen Unterschied nicht offen redet, wird man neuen Verdruss erzeugen.

Wenn man offen über diesen Unterschied redet, dann kann man für die Politik eine Qualität erzeugen, bei der am Ende die politischen Parteien – im schlimmsten Falle sogar die beiden, die nicht dabei sind – unter dem Gesichtspunkt ein Stück Autorität gewinnen, dass man mit ihnen angemessen und vernünftig umgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist, glaube ich, ein äußerst wichtiges Ziel, und das muss man verfolgen.

Eine letzte Bemerkung, die ich mit dem Privileg, länger als zwei Minuten reden zu dürfen, hinzufügen darf. Betrachten wir die Debatte über Finanzen. Die ist für alle in der Bundesrepublik Deutschland extrem herausfordernd. Ich räume Ihnen ein, in dieser Debatte stehen auch wir – egal, ob das die Landesregierung oder ich und die CDU/CSU sind – in einem schwierigen Konflikt. Denn einerseits ist es richtig, dass die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in Summe zu hoch sind. Darüber braucht – jedenfalls mit mir – niemand zu streiten.

Das andere Problem ist, dass wir das schon seit Jahren wissen und nicht in der Lage waren – vielleicht alle miteinander, lassen wir einmal die Schuldzuweisungen für eine Sekunde weg –, die Tatsache, dass das im Wesentlichen durch die kollektiven Sozialausgaben bestimmt wird, die exorbitant höher sind als in jedem anderen Industrieland der Welt,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja, das ist es!)

zu ändern. So haben wir eine Situation geschaffen, die uns – und das betrifft auch uns als Land – in der Politik dazu geführt hat, zu versuchen, das zu kaschieren, indem man – ich nehme jetzt Rot-Grün, die haben das in den letzten Jahren gemacht – die Steuerquote permanent gesenkt hat, weil man sich nicht angemessen getraut oder in der Lage gesehen oder es für objektiv unmöglich gehalten hat, was auch immer, an die Sozialquote heranzugehen. Das heißt, wir haben heute immer noch eine der höchsten Staatsquoten der Welt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Das lähmt unsere Wirtschaft. Zugleich haben wir die niedrigste Steuerquote aller modernen Industrieländer.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und woran liegt das? Was haben Sie eigentlich die letzten Jahre im Bundesrat gemacht?)

Das heißt, die Wirtschaft ist geschädigt, und die staatliche Handlungsfähigkeit ist eingeschränkt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat uns denn daran gehindert, die Steuerquote zu erhöhen?)

Gerade für ein Bundesland ist es extrem schwierig, diese beiden Befunde zusammenzubringen.

Herr Kollege Al-Wazir, ich halte die Steuersenkungen für richtig.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat uns denn am Subventionsabbau gehindert?)

Verstehen Sie, ich halte die Steuersenkungen für richtig. Aber wenn man dann – wie das in den letzten Jahren zunehmend geschehen ist; das ist etwas, was wir gerade in der großen Koalition gemeinsam zu beenden versuchen – immer mehr Lasten der Sozialsysteme zusätzlich in das

Steuersystem verlagert, dann bedeutet die niedrige Steuerquote, dass mehr als ein Drittel des Bundeshaushalts in Wahrheit Sozialabgaben ersetzt, weil es in Wahrheit Rente ist. Dazu kommen nochmals 40 Milliarden €, also die Hälfte, sodass Sie bei fast 50 % des gesamten Bundeshaushalts sind, den Sie für Dinge ausgeben, die mit der Steuerquote eines Landes, wie etwa der Vereinigten Staaten von Amerika oder Großbritannien, in der Form eigentlich nichts zu tun hat.

Auf diese Weise entsteht das Problem dieses Bundeslandes, nämlich dass wir uns fragen müssen: Kürzen wir bei den Lehrern, bei der Hochschule, bei der Polizei, bei der Justiz, oder nehmen wir hin, dass wir in dieser Haushaltssituation mit den vorhandenen Einnahmen nicht auskommen? Das ist die Ausgangsposition der deutschen Bundesländer heute.

(Norbert Schmitt (SPD): Das nehmen Sie hin!)

Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle auch sehr klar: Es ist notwendig, dort eine Neudefinition herbeizuführen. Den Kollegen von der FDP sage ich, man muss nach meiner Ansicht aufpassen, dass man die Bewusstseinspaltung zwischen Regierungsbeteiligung hier und Oppositionsrolle dort nicht überzieht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wo ist eine Bewusstseinspaltung?)

Wenn ich sehe, wie der neue stellvertretende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen argumentiert,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Guter Mann!)

wenn ich sehe, wie der stellvertretende Ministerpräsident von Niedersachsen argumentiert, dann ist es doch in gewisser Hinsicht notwendig, einfach die Realität ein Stück weit anzuerkennen. Das war auch das Problem der Diskussion des Bundeshaushalts. Der Bundeshaushalt ist nicht innerhalb eines Jahres sanierbar.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Leider Gottes ist das objektiv ausgeschlossen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Im September hat Roland Koch noch anders gesprochen!)

Der Antrag, dafür die nationale Erdölreserve aufzulösen, ist – bei aller Freundschaft – zwar ein hilfreicher Hinweis. Das muss auch gemacht werden. Aber bei den Menschen die Illusion zu erwecken, das sei kurzfristig möglich, ist nicht redlich, denn das ist durch die Zahlen nicht gedeckt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Na, na, na!)

Das ist wohlfeil, aber es ist nicht möglich. Deshalb werden wir an dieser Stelle und an diesem Punkt die Auseinandersetzung suchen müssen. Ich sage das so klar, weil die Selbstgewissheit, mit der da mit Zahlen gearbeitet wird – wenn man da nachliest, wie zwei und zwei zu vier gemacht wird, was im richtigen Leben einfach nicht aufgeht – dem Problem leider Gottes nicht gerecht wird.

Ich kann nicht gleichzeitig an jeder Stelle sagen, wie wichtig Bildung, Hochschulwesen, Sicherheit und die anderen Leistungen sind, andererseits aber hergehen und sagen, die verschwenden das Geld. Nein, wir müssen die Ausgaben und Einnahmen wieder zusammenbekommen.

Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle erneut: Auch an dieser Stelle ist, so schwierig und kompliziert es für uns ist, diese große Koalition auch eine Chance. Denn sie bringt die Dinge wieder auf ein normales Verhältnis.

Letzte Bemerkung. Jedenfalls die CDU und die hier von ihr getragene Regierung haben es an einem Punkt leicht: Wir haben den Wählerinnen und Wählern vor der Bundestagswahl – sehr im Unterschied zur FDP, das ist völlig in Ordnung – sehr klar gesagt, wir halten es für ausgeschlossen, die Staatsfinanzen ohne eine Steuererhöhung wieder in Ordnung zu bringen. Wir haben das für ausgeschlossen gehalten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber die Mehrwertsteuer sollte nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern genutzt werden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Problem ist sicherlich bei dem, was wir uns angeschaut und heute als gemeinsame Analyse gewonnen haben, noch sehr viel schlimmer geworden. Dies jetzt in Ordnung zu bringen, anstatt den Menschen weiter etwas vorzugaukeln, was nicht hilft, ist ein schwieriger Prozess – wieder zwischen Selbstfindung und Pawlow, möglicherweise auch ein Stück für uns selbst und in den eigenen Reihen.

Ich glaube, dass das, was jetzt im Finanziellen geschieht – sowohl für den Bundeshaushalt als auch für die Landeshaushalte – erstmals eine Chance ist, zu einer soliden Basis zurückzukommen. Es ist auch eine Chance, dass im Bundeshaushalt wie in den Länderhaushalten die jeweils nächste Regierung nicht mehr hinter defizitären Haushalten herlaufen wird, sondern wenigstens wieder auf den Punkt kommen kann – und das ist in dieser Krisenlage ein verdammt ehrgeiziges Ziel –, die Haushalte im Rahmen der Verfassung abzuschließen. Denn die Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist dramatisch. Es ist zurzeit nicht möglich, kurzfristig in die Grenzen der Verfassung zurückzukehren. Das ist – im Konflikt mit den Sozialdemokraten – durchaus auch ein Stück Erbe von Rot-Grün, das wir übernehmen, im Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten.

(Widerspruch des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich glaube, es ist möglich, dieses Erbe in einer Wahlperiode zu beseitigen. Auch das empfinde ich durchaus als eine Chance für Deutschland und für Hessen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich darf die Geschäftsführer der Fraktionen zu mir bitten.

(Die vier Geschäftsführer begeben sich zum Präsidenten und beraten.)

Meine Damen und Herren, ich habe mich gerade mit den Geschäftsführern abgestimmt, denn der Ministerpräsident hat doch etwas länger gesprochen, und es liegt auch noch eine Wortmeldung vor.

Frau Kollegin Wagner, in der Aktuellen Stunde dürfen Sie zu einem Punkt sowieso nur einmal sprechen. Deshalb kann ich Ihnen das Wort gar nicht mehr erteilen. Die vier Geschäftsführer sind sich einig, dass es keine zweite Runde gibt.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Kollegin Wagner, ich kann es Ihnen nur so mitteilen. Sie dürfen sowieso nicht sprechen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Damit bin ja einverstanden!)

Die vier Geschäftsführer haben mir jetzt bestätigt, es gibt keine zweite Runde. – Ich habe keine anderen Geschäftsführer als diese vier, und die sind mir sehr lieb.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Die haben das jetzt bestätigt. Damit ist dieser Punkt abgeschlossen.

(Zurufe)

– Ja, es ist so viel schade.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 37** auf:

#### **Antrag der Fraktion der FDP betreffend bundesweite Zuständigkeit der Kommunen für Hartz IV/SGB II – Drucks. 16/4647 –**

Vielleicht gibt es jetzt einen FDP-Kollegen, der sprechen möchte – und auch darf. – Kollege Florian Rentsch hat das Wort. Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte schon überlegt, ob ich die Kollegin Wagner zu diesem Punkt sprechen lasse. Dann hätte sie das vortragen können, was ihr am Herzen liegt.

(Heiterkeit und Zurufe)

Gestatten Sie mir zu diesem Punkt zwei Vorbemerkungen.

(Unruhe)

– Es ist momentan etwas unruhig, aber nichtsdestotrotz, Herr Ministerpräsident, muss man vielleicht ganz kurz zwei Vorbemerkungen machen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Präsident! – Unruhe)

– Ich will nicht stören. Ich habe ja 15 Minuten Zeit.

(Unruhe)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit. Beruhigen Sie sich. Machen Sie vielleicht einige Übungen mit Ihren Fingern, aber seien Sie bitte ruhig, damit der Redner hier zu Wort kommen kann.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, trotz des Respekts vor Ihrer neuen Rolle – –

(Unruhe)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, bitte einen Moment. – Darf ich bitten, dass die Kollegen, die zuhören wollen, sich setzen, und die Kollegen, die nicht zuhören wollen, Ihre Gespräche irgendwo anders führen und nicht den Redner hier stören? Seien Sie so lieb. – Das Wort hat der Kollege Rentsch.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Ministerpräsident, trotz des Respekts vor Ihrer neuen Rolle in dieser großen Koalition ist es schon erstaunlich, dass Sie derjenige sind, der jetzt das Prinzip ausgibt, dieses Land durch Steuererhöhungen zu sanieren,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

anstatt einmal über die Frage nachzudenken, was auf der Leistungsseite geschehen muss.

Ich muss ganz ehrlich sagen, das hat meine Achtung gerade vor Ihrer Politik nicht erhöht.

(Beifall bei der FDP)

Das Zweite ist: Am Anfang Ihrer Rede haben Sie gesagt, alle in diesem Haus müssen sich neu orientieren. – Ich kann Ihnen versichern, dass das Navigationssystem der FDP heute genauso in Ordnung ist wie vor der Bundestagswahl und dass wir auch noch wissen, was wir vor der Bundestagswahl gesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Hartz IV wurde vor der Bundestagswahl von einem Teil des Hauses so diskutiert und nach der Bundestagswahl etwas anders – jedenfalls hat man dieses Gefühl, wenn man den Koalitionsvertrag liest. Deshalb bin ich traurig darüber, dass Ministerin Lautenschläger heute Morgen nicht hier ist. Aber sie ist aus gutem Grund entschuldigt, weil sie in Berlin für Hessen für die Revisionsklausel kämpft. Dort ist sie heute Morgen sehr gut aufgehoben, keine Frage. Aber ihr Fehlen ist deshalb schade, weil Frau Ministerin Lautenschläger auch eine Kronzeugin bei dem Thema ist, wie man mit Hartz IV umgeht. Das Gute daran ist, dass wenigstens der Ministerpräsident hier ist, der zweite Kronzeuge in dieser Frage, wie wir bei Hartz IV weitermachen wollen. Wenigstens das ist heute Morgen eine positive Erscheinung.

Meine Damen und Herren, vor langer Zeit gab es in Deutschland einen Ministerpräsidenten, der den deutschen Arbeitsmarkt in Schwung bringen wollte. Auf seinen Reisen durch die Welt kam er irgendwann in ein Land in Amerika – Wisconsin –, und dort informierte er sich über die Systematik des Arbeitsmarktes, darüber, wie die Leute in Wisconsin den Arbeitsmarkt in den Griff bekommen haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wer nicht arbeitet, soll nicht essen!)

Man muss gar nicht so viel durch die Welt reisen. Die Bertelsmann-Stiftung hat einen wunderbaren Band herausgegeben, in dem sie aufführt, wie die verschiedenen Länder der Welt ihren Arbeitsmarkt in den Griff bekommen haben. Dort steht alles. Aber wenn man schon von Wisconsin redet, sollte man sich einmal die Grundidee von Wisconsin vergegenwärtigen. In Wisconsin gab es die Idee, Sozialhilfeprogramme zu ersetzen – nicht indem man Sozialhilfeempfängern keine Hilfe mehr zuteil werden lassen wollte, sondern man wollte, dass diese Menschen Arbeit oder Hilfe zur Arbeit bekommen. Das war das Stichwort und auch das Erfolgsrezept von Wisconsin.

Ein weiterer Erfolgsfaktor von Wisconsin war, dass die Menschen in den Modellen der Kommunen, in denen sie sich in Wisconsin befunden haben, in einer Art Wettbewerb gestanden haben. Die Gebietskörperschaften standen in der Arbeitsvermittlung in einem Wettbewerb. Dieser Wettbewerb hat dazu geführt, dass kreative und inno-

vative Modelle erfunden worden sind, wie man Menschen in Arbeit bekommen kann. Das ist eines der Erfolgsrezepte von Wisconsin gewesen, und einen Teil dieses Erfolgsrezeptes haben wir auch für Deutschland übernommen.

Für die Öffnung für die Kommunen, die wir vor ungefähr einem Jahr – vor Weihnachten letzten Jahres – verhandelt haben, hat die FDP immer gestritten, seit Beginn der Debatte. Die Bundestagsfraktion hat deshalb auch dem Kompromiss auf Bundesebene nicht zugestimmt, in dem nur 69 Kommunen die Möglichkeit eingeräumt worden ist, die Vermittlung von Arbeit selber zu übernehmen. Wir haben das abgelehnt, weil wir von Anfang an der Meinung waren, dass es richtig gewesen wäre, allen Kommunen in Deutschland diese Aufgabe zu übertragen, weil es nicht nur die Erfahrung aus Wisconsin ist, die wir für Deutschland übernehmen können. Es ist auch die Erkenntnis aller anderen Länder, die einen erfolgreichen Arbeitsmarkt haben und eine erfolgreiche Reform durchgeführt haben.

Meine Damen und Herren, aber der Kompromiss hat auch etwas Gutes, denn er hat gezeigt, dass die 69 Kommunen, denen die Verantwortung übergeben worden ist, es besser, genauer und effizienter machen und dass die Menschen, die dort in der Arbeitsvermittlung sind, und dass die Menschen, die dort in der Qualifikation sind, davon profitieren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, darum muss es uns gehen. Um die Menschen, die in Deutschland von einem der schwersten Probleme betroffen sind – von Arbeitslosigkeit –, muss es gehen. Die Menschen müssen von den Maßnahmen profitieren, nicht die Politik. Deshalb dieser Paradigmenwechsel, den wir durchgeführt haben. Es war ein Paradigmenwechsel. Er hat nicht von Anfang an überall fehlerfrei geklappt. Das ist absolut unbestritten. Wenn man einen Paradigmenwechsel im Arbeitsmarkt durchführt, muss man den Kommunen auch Zeit geben. Diese Zeit haben wir den Kommunen gegeben. Es zeigt sich jetzt, am Ende des Jahres 2005, dass es richtig war, weil wir endlich ein verkrustetes System aufgebrochen haben. Diese Erfolgsgeschichte muss und soll weitergehen.

Weiterhin sprechen auch die Zahlen, die wir in Hessen haben – beispielsweise vom Landkreistag – dafür, dass es richtig war, den Optionskommunen die Verantwortung zu übertragen. Im ersten Halbjahr – so die Zahlen des Hessischen Landkreistages – registrierten die Optionskommunen 4.419 Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt. Allein im Verlauf des dritten Quartals gelangen dagegen schon fast 6.000 Integrationen. Das zeigt, dass die Idee immer besser angenommen wird und dass das immer erfolgreicher wird, was die Optionskommunen da machen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist nicht selbstverständlich, wenn man aus einem wirklich verkrusteten System – gesteuert durch die BA in Nürnberg – ausbricht, dass man auf einmal so einen Erfolg hat. Es ist auch völlig unbestritten, dass die linke Seite dieses Hauses den Optionskommunen lange Zeit diesen Erfolg wirklich nicht gegönnt hat, weil sie an ihrem verkrusteten System der BA festhalten wollte.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Erzähle doch nicht so einen Blödsinn, Florian!)



Sie wollten daran festhalten. Wir werden wahrscheinlich gleich in Ihrem Redebeitrag sehen, Frau Kollegin Fuhrmann, dass Sie wieder versuchen, die gute Arbeit der Optionskommunen an dieser Stelle madig zu machen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ein Blödsinn!)

Diese Idee hat nicht nur die FDP vorgeführt. Nicht nur wir haben dafür gekämpft, es war auch der Hessische Ministerpräsident, der große Kritik an den Arbeitsgemeinschaften und an der verkrusteten zentralen Politik aus Nürnberg geübt hat. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich ein Zitat von Ministerpräsident Roland Koch bringen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Du brauchst das nicht!)

Die Optionskommunen haben sich mit ihren eigenen, auch ökonomischen Risiken auch ausdrücklich unter dem Gesichtspunkt einer größeren Freiheit von zentralen Vorgaben beworben. Ihnen muss die Möglichkeit gelassen werden, in einer größeren Mobilisierung ihrer eigenen Kreativität und Möglichkeiten zu handeln. Sie dürfen vom Zentralisierungsglauben und der Zentralisierungstendenz der Bundesagentur nicht auch noch erfasst werden.

Frau Ministerin Lautenschläger hat ebenfalls immer dafür gekämpft, dass die Optionsidee nicht nur auf 13 Kommunen in Hessen beschränkt bleibt. Sie hat in einem – wie ich fand – viel beachteten Interview am 29. Oktober in der „Welt“ gesagt:

Es gilt der alte Satz Helmut Kohls:

– da hat sie meine Unterstützung –

Entscheidend ist, was hinten herauskommt. Wichtig ist mir, dass wir am Schluss eine neue Optionsregelung bekommen,

– Achtung –

die es allen Kommunen erlaubt, auf freiwilliger Basis die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in die eigenen Hände zu nehmen.

(Beifall bei der FDP)

In den Kommunen, die das jetzt schon tun,

– dann kommt der Widerspruch in ihrer eigenen Aussage –

sind die Erfolge deutlich größer als dort, wo die BA oder die ARGen tätig sind.

Meine Damen und Herren, vor der Bundestagswahl war es immer noch Glaube der Union, dass wir überall in Deutschland ein verpflichtendes Modell der Option bekommen, eine verpflichtende Zuständigkeit der Kommunen. In dem Interview rudert Frau Ministerin Lautenschläger schon ein Stück zurück. Sie sagt: Nur noch freiwillig – wer es freiwillig machen will, soll es tun. – Womit hat das zu tun? Möglicherweise hat es damit zu tun, dass die CDU einen Koalitionsvertrag unterschreiben musste, den sie eigentlich nicht unterschreiben wollte.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir nehmen zur Kenntnis, dass die FDP den Zwang für ein Mittel der Politik hält!)

Der Koalitionsvertrag sieht vor, das ist wirklich der Skandal – Frau Kollegin Fuhrmann, wenn Sie weiter Scherze machen, sollten Sie sich einmal mit den Leuten unterhalten, die von der BA betreut werden, und einmal fragen, wie die sich fühlen, weil sie nämlich genau merken, dass die Menschen, die in den Optionskommunen betreut wer-

den, deutlich besser dran sind. Darüber kann man keine Scherze machen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da kann man auch zu seiner alten Position stehen. Das ist doch völlig unbestritten. – Frau Kollegin Schulz-Asche, versuchen Sie doch einmal, nicht immer so zu schreien. Versuchen Sie doch einmal, wenn Sie nachher hier vorne reden, Argumente vorzutragen. Aber es ist nicht in Ordnung, immer nur quer durch den Raum zu schreien, zumal ich es hier vorne leider auch nicht verstehen kann.

Meine Damen und Herren, das Problem war, dass die Union einen Koalitionsvertrag unterschreiben musste. Ich muss ehrlich sagen: Das geht noch über das hinaus, was wir vorhin in der Debatte gehört haben. Das ist gar nicht mehr nachzuvollziehen. Die Union hat einen Koalitionsvertrag unterzeichnet, in dem sie über die bis jetzt festgelegte Experimentierphase bis 2010 weitere drei Jahre drauflegt. Ich will das einmal zitieren:

Nach dem Koalitionsvertrag soll die geltende Regelung für Kommunen, zu optieren, nach dem 31.12.2010 um weitere drei Jahre verlängert werden, wenn es bei der bis 2008 anstehenden Evaluation zu keiner gemeinsamen Schlussfolgerung kommt.

Meine Damen und Herren, wie diese Evaluation mit Beteiligung der SPD und der starken BA an der Seite der SPD aussieht, ist doch völlig klar. Die SPD wird natürlich sagen: Wir müssen mit den Arbeitsgemeinschaften, mit der Zentralisierungswut aus Nürnberg weitermachen. – Dann ist klar, dass wir bis 2013 zwei parallel bestehende Systeme nebeneinander herlaufen haben. Das ist wirklich noch ein Rückschritt gegenüber dem, was wir sonst von der Union bis jetzt erwarten konnten.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss sagen: Das verwirrt mich wirklich, weil sich der Ministerpräsident z. B. auf dem Kongress zum kommunalen Optionsmodell stark für die Idee des Optionsmodells ausgesprochen hat. Weitere Beispiele habe ich auf dem Platz liegen. Sie können endlos nachlesen, warum die Union immer für das Optionsmodell in Deutschland gekämpft hat, und zwar für eine flächendeckende Option, eine flächendeckende Verantwortung der Kommunen. Warum dann dieser Koalitionsvertrag, Herr Ministerpräsident?

(Petra Fuhrmann (SPD): Weil es halt ein Koalitionsvertrag ist, ganz einfach! Das ist kein CDU-Programm und kein SPD-Programm!)

Ist es richtig, dass die CDU ihre arbeitsmarktpolitische Kompetenz der SPD geopfert hat? Ist es richtig, dass die CDU ihre arbeitsmarktpolitischen Kämpfe der BA geopfert hat? Sind das die Ergebnisse aus dem Koalitionsvertrag? – Ich glaube, ja.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, es ist eine Aufgabe Ihrer eigenen Position. Es ist eine Aufgabe dessen, was Ihnen wirklich wichtig war. Meine Damen und Herren, ich habe für vieles Verständnis. Ich habe für Kompromisse Verständnis. Ich habe vor allem für Kompromisse in einer großen Koalition Verständnis.



(Michael Boddenberg (CDU): Das merkt man jetzt nicht!)

– Herr Boddenberg, aber wenn man in dieser großen Koalition nicht mehr versteht, was Ihnen wirklich wichtig ist, dann brauche ich auch demnächst nicht mehr die CDU, wenn ich nicht mehr das bekomme, was ich vor der Wahl versprochen bekommen habe.

(Beifall bei der FDP)

Aber vielleicht war es auch die hessische CDU, die sich im Konzert der anderen Landesverbände nicht durchsetzen konnte. Das ist möglich. Das kann ich nicht beurteilen. Wenn das so gewesen sein sollte, dann helfen wir Ihnen mit unserem Antrag heute sehr gern, aus diesem Konzert auszubrechen. Wenn wir für Sie der Befreiungsschlag sein können, Herr Kollege Boddenberg,

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der CDU)

dann nehmen Sie uns bitte als Befreiungsschlag. Nehmen Sie uns als Alibi – nicht nur, weil es das bessere Modell ist, sondern vor allen Dingen, weil es besser für die Menschen in unserem Lande ist. Wenn man ganz sachlich über die Situation redet und die beiden Systeme vergleicht, will ich nicht sagen, dass das, was in den Arbeitsgemeinschaften passiert ist, alles schlecht gewesen ist. Ich will das deswegen nicht sagen, weil die Arbeitsgemeinschaften ein großes Problem haben. Das merkt man, wenn man sich dort mit den Leuten unterhält. Aber die sagen das natürlich immer nur inoffiziell.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Feiglinge!)

Aber diese Gespräche habe ich geführt. Die BA und die Arbeitsgemeinschaften haben das Problem, dass sie immer noch unter dem Zentralisierungswahnsinn aus Nürnberg leiden. Herr Kollege Boddenberg, ich will einmal zitieren, was Sie selber gesagt haben. Wir haben in einem Interview mit der „FAZ“ gesagt:

Es wird notwendig, dass in Frankfurt endlich die Stadt die Führung des Jobcenters übernimmt.

Das haben Sie doch nicht deshalb gesagt, weil die Nürnberger so gut wissen, was für die Frankfurter notwendig ist, oder? Sie haben das doch deshalb gesagt, weil Sie der Meinung sind, dass Sie deutlich näher an den Problemen der Menschen sind. Wer diese Position hat, der kann konsequenterweise nur für die Option und für nichts anderes sein.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der ganzen Debatte stört mich, das ist eigentlich das Erstaunliche – Herr Kollege Boddenberg, ich will Sie noch einmal ansprechen, weil Sie sich gerade so engagiert auf Ihrem Platz bewegt haben –,

(Zurufe des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass es die linke Seite dieses Hauses geschafft hat – die GRÜNEN sind gar nicht mehr beteiligt, aber sie haben es anscheinend mit bewirkt –, dass der Schutzschild über die BA, den wir jahrelang hatten, noch größer geworden ist. Der Schutzschild ist mittlerweile so hoch, dass bei der BA gar nichts passiert. Die BA hat sich auf allen Gebieten durchgesetzt. Wir hatten uns als FDP und als CDU viel für diese Bundestagswahl vorgenommen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber ihr seid nicht gewählt worden, Florian, euer Modell ist nicht gewählt worden!)

Wir hatten uns gerade für die Arbeitsmarktpolitik viel vorgenommen. – Frau Kollegin Fuhrmann, Sie haben Recht, wir sind nicht dabei. Aber es muss doch trotzdem möglich sein, dass das, was die CDU vor der Wahl gesagt hat, auch noch nach der Wahl gilt. Was sollen die Menschen glauben, wenn die CDU vor der Wahl ein ganz anderes Programm vertritt als das, was sie jetzt im Bereich des Arbeitsmarktes durchgelassen hat?

(Petra Fuhrmann (SPD): Die CDU hat eine Koalitionsregierung – es ist doch abenteuerlich!)

Ich glaube, dass es richtig ist, dass die Menschen merken, dass die Politik die Aussagen, die sie vor der Wahl gemacht hat, auch nach der Wahl einhält. Herr Kollege Boddenberg, vielleicht können Sie dazu einmal Stellung nehmen, warum Ihnen das nicht gelungen ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, warum sollen wir eigentlich bis 2013 warten, bis wir eine richtige Arbeitsmarktreform durchführen? Warum sollten wir warten, bis in den Büchern steht, was wichtig ist, dass es bei den Kommunen die Möglichkeit gibt, die Arbeitsverwaltung selber zu übernehmen? Warum sollten wir bis 2013 warten, bis wir das endlich durchsetzen? Warum sollten wir bis 2013 warten, wenn wir sehen und hören – Herr Staatssekretär Krämer hat es z. B. im Sozialpolitischen Ausschuss gesagt –: „Die Optionsidee ist in Hessen erfolgreicher“? Warum sollten wir bis 2013 warten, bis wir allen Menschen in Deutschland die Möglichkeit geben, sich in einer Option in Arbeit vermitteln zu lassen?

(Beifall bei der FDP)

Warum sollten wir warten? Nur weil sich die SPD gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit durchgesetzt hat? – Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein. Es kann doch nicht sein, dass die Konsequenz aus dieser ganzen Debatte ist, dass wir bis 2013 warten und das Spiel der BA gemeinsam mit der SPD fortsetzen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Lieber Kollege Rentsch, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Kompromisse sind häufig notwendig. Das ist uns klar. Aber sie sind gefährlich, Herr Kollege Boddenberg, wenn sie Rückschritt und Stillstand manifestieren. Stillstand wäre schon schön gewesen. Aber das ist wirklich ein Rückschritt. Wer bis 2013 etwas festschreibt, woran er selber nicht glaubt, der kann nicht erwarten, dass die Menschen an diese Politik glauben. Wir Liberale stehen zu dem, was wir vor der Bundestagswahl gesagt haben, auch nach der Bundestagswahl.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist in der Opposition auch einfacher!)

Das werden die Wählerinnen und Wähler bei der nächsten Bundestagswahl sicherlich in ihre Entscheidung mit einbeziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Bocklet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP scheint vor allem für eines zu stehen, wenn ich auf Ihren Redebeitrag eingehen darf, Herr Kollege Rentsch, nämlich dafür, dass sie relativ beratungsresistent über die Situation in einem Land wie Hessen bezüglich Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen urteilen. Das ist absolut beratungsresistent. Ich komme noch einmal gern auf die Zahlen und die Vergleiche bezüglich Optierer und ARGEn zurück.

(Michael Denzin (FDP): Dann muss man sich einmal umgucken! Dann sieht man, dass er Recht hat!)

Wir haben ja auch ein paar Minuten Zeit. Aber lassen Sie mich noch einmal in einer Vorbemerkung konstatieren, worum es eigentlich ging. Dann wird man auch merken, wo Ihr Strickfehler liegt, Herr Kollege Rentsch.

Es ist doch so gewesen, dass wir vor der Hartz-IV-Reform festgestellt haben, dass wir zwei nebeneinander existierende Systeme haben, nämlich das der Sozialhilfe und das der Arbeitslosenhilfe. Es war doch, so dachte ich, gesellschaftlicher Konsens, dass dies völliger Quark war und dass es an der Zeit war, dass es mit einer Fusionierung dieser beiden Systeme endlich dazu kommt, dass erwerbslose Sozialhilfeempfänger, Langzeitarbeitslose, endlich die Chance haben, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Das war doch einer der entscheidenden Erfolge von Hartz IV.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das will, dann muss man die beiden Systeme auch zusammenbringen – egal, ob einem das gefällt oder nicht. Es ist natürlich richtig, dass die Arbeitsgemeinschaften den schwierigen Weg gegangen sind und gesagt haben: Wir als Sozialämter mit dem Know-how für die Sozialhilfeempfänger und die lokalen Bundesagenturen mit dem Know-how für die Zugänge zum Arbeitsmarkt und für die Instrumente des Arbeitsmarktes kommen zusammen, um den Langzeitarbeitslosen zu helfen. Das ist und bleibt doch der richtige Schritt, Herr Kollege Rentsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Jetzt geht es doch nicht darum, darüber akademisch zu diskutieren. Das ist der Irrweg Ihres Antrages und Ihrer Politik genauso wie der Irrweg der Ministerin Lautenschläger und des Ministerpräsidenten Koch. Sie ziehen die Debatte über Organisationsformen derartig in die Länge, dass einem der Blick für das Wesentliche verstellt bleibt, nämlich die Förderung von Langzeitarbeitslosen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt kriegen wir die Zahlen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging. Vielleicht sagen Sie dazu noch einmal etwas.

(Florian Rentsch (FDP): Gerne!)

Es haut einen doch vom Stuhl, wenn man mitbekommt, dass über die Hälfte der Mittel für Eingliederungshilfen nicht ausgegeben wird. Das sind die Gelder, die dafür gedacht waren, dass den Langzeitarbeitslosen geholfen wird, dass der allein Erziehenden Mutter wieder die Möglichkeit zu einer Fortbildung gegeben wird, dass Langzeitarbeitslosen geholfen wird, die eben keine Weiterqualifizierung mehr haben konnten, dass all diesen betroffenen Langzeitarbeitslosen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie wieder fit werden für den ersten Arbeitsmarkt. All das ist doch immens wichtig. Was stellen wir heute fest? – Über die Hälfte der Mittel wird nicht ausgegeben. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Das mögen Sie offensichtlich nicht hören. Sie führen in der Bundesrepublik eine Diskussion, die da lautet: Langzeitarbeitslose Menschen sind im Prinzip Abzocker, sie betrügen und erschleichen sich Sozialleistungen, und sie erhöhen den Druck im Sozialbudget. – Sie tun diesen Menschen Unrecht. Andererseits stellen Sie aber nicht fest, was Realität ist, dass nämlich diesen Menschen überhaupt noch nicht geholfen wird. Das ist doch der entscheidende Punkt dabei, was es aussagt, dass die Eingliederungshilfen nicht ausgeschöpft werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Schlimmer noch: Jetzt haben wir doch viele Errungenschaften in der Hartz-IV-Gesetzgebung gehabt. Was passiert jetzt in der schwarz-roten Bundesregierung? – Ich sage es Ihnen. Bevor diese Eingliederungshilfen greifen, bevor wir es schaffen, die 280.000 ALG-II-Empfänger in Hessen zu qualifizieren, wieder fit zu kriegen, bevor das passiert, mäht man schon einmal richtig mit der Leistungssense.

Schon jetzt sagen Sie, dass bei den Rentnern die Beiträge von 78 € auf 40 € gekürzt werden.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Nicht Sie, Entschuldigung. Natürlich die Bundesregierung. Ich gucke nur in Ihre Richtung. Sie können sich an den rechten Rand setzen, wenn Ihnen das nicht passt.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter 25 Jahren haben wir doch jahrelang dafür gekämpft, dass ihre Selbstständigkeit gefördert wird. Was macht jetzt die Bundesregierung in Ihrem Koalitionsvertrag?

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist ja wohl der Hammer! Das ist nicht zu glauben!)

Sie streicht die Zuschüsse für diese Jugendlichen. Das führt dazu, dass Kinder wieder zu einem Armutrisiko werden. Das ist genau das Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Dritter Punkt. Wenn Sie sich Frankreich anschauen, Herr Kollege Boddenberg, werden Sie feststellen, dass ein Teil der sozialen Konflikte eine Folge davon ist, dass die Integration von Ausländern bzw. von Franzosen oder Deutschen mit Migrationshintergrund nicht funktioniert hat. Die Menschen in Frankreich – sie waren Franzosen, hatten aber einen Migrationshintergrund – sind nicht integriert worden, weil sie unter anderem auch nicht von dem

System und den Fördersystemen erfasst worden sind. Jetzt lautet der vierte Punkt in Ihrem Bundesprogramm: EU-Ausländer dürfen zukünftig nicht mehr gefördert werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Was glauben Sie denn? – Das steht genau so drin. Ich kann es Ihnen auch zitieren. Ich weiß sogar fast die Seite auswendig. Wenn langzeitarbeitslose EU-Ausländer nicht mehr die Möglichkeit haben, mit den Instrumenten des Arbeitsmarktes gefördert zu werden, dann haben Sie genau das Problem, dass Sie eine weitere Segregation in der Gesellschaft haben werden, die dann natürlich auch zu sozialen Konflikten führen wird. Deswegen müssen auch EU-Ausländer weiterhin das Recht haben, gefördert zu werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es hat in der Tat eine bundespolitische Dramatik. Wir haben das angedeutet. Auf Hessen heruntergebrochen haben wir doch eigentlich ein ganz anderes Problem. Warum läuft eigentlich die Sozialministerin durch die Lande und erklärt, die Optionskommunen seien nach wie vor das bessere Modell? Sie haben das vorhin zitiert. Ich sage das noch einmal. Herr Kollege Rentsch hat gesagt: Dort, wo die Kommunen jetzt schon die Vermittlung in eigene Hände nehmen, sind die Erfolge größer als dort, wo die Bundesagentur und die Arbeitsgemeinschaften tätig sind.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Herr Rentsch klatscht. Das ist sozusagen die vorzeitige Freude.

Sie haben doch einen Dringlichen Berichts Antrag gestellt. Jetzt versuchen wir, uns noch ein bisschen intellektuell zu konzentrieren, denn das hat etwas mit Zahlen zu tun.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Es war nämlich so, dass wir gesagt haben: Wir lassen uns eines Besseren belehren. Wir GRÜNE sind im Gegensatz zu Ihnen von der FDP lernfähig. – Wir haben gesagt: Jetzt sagen Sie uns doch einmal die Zahlen, die belegen, wo das besser war. Wo waren denn jetzt die besseren Resultate der Optionskommunen? Zeigen Sie uns das doch einmal. – Nach dem Motto „Mach nicht jeden Fehler selbst, sondern gib auch anderen einmal eine Chance“ kam in Vertretung von Frau Lautenschläger der Herr Staatssekretär in den Sozialpolitischen Ausschuss und hat Folgendes gesagt.

(Florian Rentsch (FDP): Wir mögen den Staatssekretär!)

Damit jeder hier im Raum, der nicht im Sozialpolitischen Ausschuss war, das versteht, sage ich noch einmal, dass wir gefragt haben, wie hoch denn die Vermittlungsquoten in der Arbeitsgemeinschaft und wie hoch sie in den Optionskommunen waren. Wir haben gefragt: Wie hoch waren die Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, in die Arbeitsgelegenheiten und in die Weiterqualifizierung? Diese Fragen haben wir gestellt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie waren dabei. Wir haben tief gebeugt und in den Bart nuschelnd eine Antwort bekommen, die da lautete: Präzise Zahlen haben wir jetzt aber noch nicht. – Sie erinnern sich vielleicht.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich habe hier das Protokoll. Das macht es auch so schick, wenn ich das einmal zitieren darf.

(Michael Boddenberg (CDU): Lesen Sie aber alles vor! – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Die erste und einzige Zahl, die er genannt hat, war folgende – wir haben einen Taschenrechner, vielleicht auch Sie zu Hause –: In den Arbeitsgemeinschaften waren 180.000 ALG-Empfänger gemeldet. Davon wurden insgesamt 14,7 % in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Dann kommen die Optionskommunen. Da waren 113.000 gemeldet, und davon wurden 8,8 % in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

Herr Rentsch, auch ich habe zwar nur ein hessisches Abitur, aber ich sage Ihnen: 8 % bei den Optierern und 14 % bei den Arbeitsgemeinschaften – das sind vorläufige Zahlen. Aber ich mache mich auch nicht zum Zahlenpapst und behaupte, die einen oder die anderen könnten es besser. Das tun Sie. Aber wenn man feststellt, dass die Optierer nur 8 % Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt haben, die Arbeitsgemeinschaften aber 14 %, wie kann man dann behaupten, dass die Optierer erfolgreicher sind? Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ging das ganz witzig hin und her. Dann sagte der Staatssekretär: Ich muss aber noch einmal den Hinweis auf die Erfolge der Optionskommunen geben. Das ist auch richtig. Ich bestätige ausdrücklich, was die Ministerin sagt. – Dann hat der Abg. Bocklet nach den genauen Zahlen gefragt. Darauf sagt der Staatssekretär: Ich gebe ja zu, dass wir noch keine präzisen Zahlen haben. Es gibt immer noch nur erste Hinweise. Und außerdem haben wir vereinzelt Probleme mit der Datenübermittlung sowie Umstellungs- und Auswertungsprobleme.

Da denkt man: Na gut, das kann ja einmal passieren. – Dann wird weiter nachgefragt: Aber die Ministerin hat doch gesagt, sie seien erfolgreicher gewesen. – Da sagt er: Nein, sie waren sehr erfolgreich. – Der Vergleich schubbert dann irgendwie weg. Dann fragt der Abg. Bocklet: Sie wollen also sagen, dass die Optionskommunen nicht unbedingt erfolgreicher waren? Sie haben ja keine genauen Zahlen. Sie waren nur so erfolgreich. – Doch, doch, sie waren erfolgreich. – Sagen Sie doch jetzt noch einmal die Zahlen. – Dann sagt der Staatssekretär: Ja, so genaue Zahlen haben wir nicht. Die letzten vier Fragen können wir nämlich nicht beantworten. Aber wir waren erfolgreicher.

Es gibt ein gutes Sprichwort, das da lautet: Wenn du in einem Loch steckst, grabe nicht mehr weiter. – Diesen Rat möchte ich Ihnen geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das erinnert mich an die kleine Anekdote von dem Disput zwischen Fidel Castro und Ronald Reagan. Herr Castro fragte: Herr Präsident, warum regen Sie sich so auf und machen da so eine Zahlenhuberei? – Da sagte Ronald Reagan: Im Januar hatten Sie gesagt, Sie hätten nur 200 kubanische Militärberater in Nicaragua. Jetzt im Mai begrüßen Sie die ersten 1.000 von den 200 Militärberatern, die wieder zurückgekehrt sind.

So ähnlich wie Herrn Reagan geht es auch mir. Das waren 1.000 von 200. Mit den Zahlen hält man es also nicht so genau. Man meint, man brauche es damit auch nicht so genau.



nau zu halten. Im Prinzip weiß man schon, was man will. Die Optionskommunen sollen als das Vorzeigemodell implementiert werden.

(Zuruf)

– Ich komme jetzt gleich auf das zu sprechen, was ich will. Ich danke für den Zwischenruf. Wer war es? – Es war Herr Grüttner.

Wir wollen, dass endlich das gemacht wird, was in § 11 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Sozialgesetzbuch steht. Wir wollen, dass Sie Ihrer Aufsichtspflicht nachkommen. In dem Paragraphen steht, dass das zuständige Ministerium dafür zuständig ist, dafür zu sorgen, dass alle, also Arbeitsgemeinschaften wie Optionskommunen, endlich ihrer Pflicht zur Umsetzung der Hartz-IV-Gesetzgebung nachkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rentsch, ich habe für Sie übrigens noch mehr Zahlen, die ich, wenn Sie das unbedingt wollen, nachher noch nennen kann.

Was geschieht denn? In Hessen wird die Umsetzung verschleppt. Die verschleppte Umsetzung erfolgt auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen. Denn das führt dazu, dass den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen die Erreichung des Ziels, nämlich die Eingliederung, umfassend verweigert wird. Das ist doch das Problem. Deswegen wollen wir, dass die Ministerin endlich ihrer Aufsichtspflicht nachkommt und bestimmt, dass die Optionskommunen und die Arbeitsgemeinschaften endlich ihre Etats zur Wiedereingliederung sinnvoll verplanen und ausgeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich möchte Ihnen jetzt etwas als Mitglied eines Aufsichtsrats einer Arbeitsgemeinschaft sagen. Ich habe nicht vor, rechthaberisch hinsichtlich der Frage zu sein, wer von den beiden besser arbeitet. Wir GRÜNE sagen: Die Organisationsform ist sekundär. – Entscheidend ist aber, dass das Geld für die Betroffenen ausgegeben wird.

Ich habe meine Kollegen aus der Arbeitsgemeinschaft ebenso wie die Kollegen aus den Optionskommunen gefragt: Wieso geben Sie die Eingliederungshilfe eigentlich nicht für die Menschen, die sie brauchen, aus? – Ich bekam zur Antwort: Na ja, wir haben nicht genug Fallmanager. – Das sind die Menschen, die Menschen beraten sollen.

Herr Boddenberg, wissen Sie, warum es nicht ausreichend Fallmanager gibt? Es gibt sie nicht, weil sie nicht eingestellt wurden. So einfach ist das.

Warum wurden sie nicht eingestellt? – Derjenige, der immer eins zu eins denkt, meint dann: Die hatten nicht genug Geld für das Personal. – Das ist aber nicht der Fall. Es gibt genug Geld für Personal. Es gibt genug Mittel für die Wiedereingliederungshilfe. Aber Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen werden vor Ort nicht tätig. Das kritisieren wir. Die Ministerin muss da tätig werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollte da etwas unternehmen, anstatt durch die Welt zu reisen. Stattdessen haben ihre Reden aber denselben Tenor wie die von Ihnen. Auch sie ist der Auffassung, dass das mit den Optionskommunen das Allheilmittel ist. Das Allheilmittel wäre aber folgendes: Sie müsste die Geschäftsführer einbestellen und fragen: Wo bleiben eure Pläne zur Wiedereingliederung der Menschen? Wo sind

eure Fallmanager? – Außerdem müsste sie sagen: Ich würde gerne eure Ziele wissen. Ich würde gerne wissen, wie ihr die Langzeitarbeitslosen so qualifiziert, dass sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen uns keine Illusionen. Diesen Satz habe ich in Richtung der Mitglieder der SPD gesagt. Herr Clement hat einen entscheidenden strategischen Fehler gemacht.

(Zuruf: Nur einen?)

Er hat immer wieder die Illusion geschürt, mit der Hartz-Gesetzgebung könnten Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist reine Illusion. Eines konnte man aber machen: Man konnte die Chancen der Langzeitarbeitslosen auf Arbeit erhöhen. Man konnte die Vermittlung verbessern. Das ist klar.

Man muss sich nur die Zahlen in Hessen ansehen. Wir haben 290.000 Arbeitslose. Es gibt aber nur 40.000 offene Stellen. Es ist doch klar: Selbst wenn ich jeden Arbeitslosen so fit machen könnte, wie es der Herr Staatssekretär ist, muss man doch feststellen, dass wir auch dann keine ausreichende Zahl an Stellen haben.

Insofern ist doch Folgendes klar: Wir werden einen schnelleren Durchlauf zur Vermeidung der Langzeitarbeitslosigkeit nur erreichen können, wenn die Menschen wieder schneller integrierbar werden. Das ist die eine Seite.

Eines möchte ich noch einmal in Ihre Richtung sagen: Hinsichtlich der Optionskommunen machen Sie einen entscheidenden Fehler. Wenn Sie sich bei den Optionskommunen umhören, werden Sie feststellen, dass ihnen der Sachverstand derjenigen fehlt, die für die Vermittlung zuständig waren. Sie kannten auch die Instrumente der Arbeitsmarktförderung.

Sie sollten sich einmal den Inhalt Ihres eigenen Antrags ansehen und das, was Sie darin gefordert haben. Ihren Antrag haben Sie aber leise dahindämmern lassen. Sie wollten, dass die Optionskommunen untereinander ein Jobnetzwerk aufbauen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Bocklet, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen. Ihre Redezeit ist um.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Dass die Optionskommunen miteinander ein Jobnetzwerk gründen sollen, zeigt doch, dass Sie sich das lokal begrenzt vorstellen. Das ist der falsche Weg.

Der richtige Weg wäre folgender: Die Arbeitsgemeinschaften erhalten das Know-how, das zuvor bei der Bundesagentur für Arbeit war. – Wir wollen, dass das mehrheitlich so gemacht wird, damit das Strukturchaos ein Ende hat.

Wir verlangen von der Hessischen Landesregierung, dass sie endlich aktiv wird. Sie sollten diese blöde Debatte über die Organisation nicht noch unendlich in die Länge ziehen. Die Menschen haben das verdient. Es kann den Langzeitarbeitslosen nicht mehr länger zugemutet werden, dass diese Diskussion zu ihren Lasten geführt wird. Sie und die Ministerin müssen also aktiv werden. Die Gel-



der müssen bei den Menschen ankommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Zu einer Kurzintervention erhält Herr Kollege Rentsch das Wort.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Kollege Bocklet, vielen Dank. Sie haben uns gerade eben aufgefordert, uns für diesen intellektuellen Austausch noch einmal zu konzentrieren. Wenn Sie sich dann gerade eben konzentriert und eine intellektuelle Leistung vollbracht haben wollen, dann kann ich dazu nur sagen: Glückauf den GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP)

Ich will noch eine andere Vorbemerkung machen. Sie haben in Ihrer Rede immer vom Abg. Bocklet gesprochen. Andere Kollegen haben Sie dann aber ohne den Titel Abgeordneter angesprochen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das denn?)

Das sollte dann nicht nur für den Abg. Bocklet, sondern auch für die Abg. Rentsch, von Hunnius usw. gelten.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ein wesentlicher Beitrag zur Sache!)

– Herr Kaufmann, darauf musste ich schon einmal eingehen. Man muss das nicht alles so verpuffen lassen. Das, was Herr Kollege Bocklet da erzählt hat, war auch durchaus amüsant.

Entscheidend an dem, was Sie gesagt haben, ist Folgendes. Sie haben gesagt: Entscheidend ist, dass das Geld unter den Menschen verteilt wird. – Herr Kollege Bocklet, dazu haben wir eine völlig andere Auffassung. Für uns ist entscheidend, dass das Modell erfolgreich arbeitet.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Rafael Reißer (CDU))

Herr Kollege Bocklet, wenn Sie der Meinung sind, dass es bei der Hartz-IV-Gesetzgebung allein um das Geldverteilen geht, dann haben Sie, weiß Gott, die gesamte Diskussion nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich kann verstehen, dass Sie heute Morgen sauer sind, weil wir Ihren Antrag nicht mitdiskutieren. Herr Kollege Bocklet hat aber die Begründung Ihres Antrags heute schon vorweggenommen. Er hat nämlich fast nur zu Ihrem Antrag gesprochen. Er hat aber auch etwas verschwiegen. Er ist nicht konkret auf die Zahlen eingegangen, die jetzt schon vorliegen.

Herr Kollege Bocklet, es ist richtig: Wir haben keine konkrete Auswertung der Zahlen. Denn bei der Auswertung der Zahlen muss natürlich berücksichtigt werden, wie sich die Wirtschaft in einem Kreis oder einer Stadt entwickelt. Das muss geschehen, wenn wir die Zahlen bewerten wollen.

Wir können da aber schon einiges sehen. Herr Kollege Al-Wazir, ich muss ehrlicherweise schon sagen, dass Ihre Arroganz da sicherlich fehl am Platz ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na!)

Wir können nämlich schon eine Tendenz erkennen. Bei den Optionskommunen hat sich das in den letzten Monaten immer besser entwickelt. Wer die Tendenz erkennt, dass es bei den Optionskommunen immer besser wird, darauf nicht eingeht und dann noch sagt, die Diskussion gehe nur um die Organisationsformen, der hat den Inhalt der Debatte wirklich nicht verstanden.

Ich komme zu meiner letzten Bemerkung. Es ist nicht so, dass die Optionskommunen sich nicht des Sachverstandes

--

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

**Florian Rentsch (FDP):**

Ich komme zu meinen letzten Sätzen. – Es ist nicht so, dass sich die Kommunen nicht des Sachverstands der Bundesagentur für Arbeit bedient hätten. Das trifft auch auf die Kommunen zu, die die Option gezogen haben. Als Beispiel möchte ich den Kollegen McGovern anführen. Ich glaube, er gehört den GRÜNEN an. Er leistet in einer Optionskommune relativ erfolgreiche Arbeit. Sie sollten sich einmal mit ihm über die Zeiten unterhalten, als die Bundesanstalt für Arbeit immer noch gesagt hat, was da stattzufinden hat.

Herr Kollege Al-Wazir, abschließend will ich noch Folgendes sagen: Wir können vielleicht einmal gemeinsam zu Herrn McGovern fahren. Ich weiß nicht, ob Sie ihn auf Ihrem Parteitag nicht gesehen haben. Ich biete mich aber gerne für eine Vermittlung an. Ich bin gerne bereit, zwischen ihnen zu vermitteln. Von Herrn McGovern kann man in diesem Zusammenhang nämlich wirklich noch etwas lernen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Bocklet, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Rentsch, liebe Anwesenden! Innerhalb der zwei Minuten Redezeit werde ich Ihnen nur Folgendes sagen können. Das ist aber in der Tat so: Unabhängig davon, ob es sich um Arbeitsgemeinschaften oder um Optionskommunen handelt, kann man feststellen, dass die Vermittlungsrate bei 4 %, 2 %, 8 % oder 10 % liegt. Das beste Ergebnis hat der Landkreis Kassel mit einer Rate von 12 % der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Alle Zahlen zeigen, dass die Vermittlungsrate in den ersten Arbeitsmarkt zwischen 4 und 12 % liegt. Dabei ist die Organisationsform unerheblich.

Entscheidend ist aber, welche regionalen Bedingungen man vorfindet. Es ist also entscheidend, ob es sich z. B. um einen Landkreis mit hoher Arbeitslosigkeit und einer geringen Fähigkeit zur Integration in den ersten Arbeits-

markt handelt. Dadurch ergeben sich die entscheidenden Unterschiede, aber nicht durch die Organisationsform.

Ich will Ihnen jetzt noch eines sagen: Das, was Sie da an den Tag gelegt haben, ist nicht zu überbietend unterirdisch. Es kommt doch nicht darauf an, dass das Geld verteilt wird.

(Florian Rentsch (FDP): Das haben Sie aber doch gesagt!)

– Hören Sie mir doch zu. Dann bekommen Sie das mit. Vielleicht verstehen Sie es am Ende sogar. Es ist zu befürchten, dass Sie es verstehen werden.

Es ist doch nicht so, dass die Mittel dafür da sind, aus dem Fenster geschauelt zu werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Ein bisschen hat es sich aber danach angehört!)

Man hätte das den Mitgliedern der FDP und der CDU erklären müssen. Die Mittel sind nicht dafür da, verausgabt zu werden, weil es so schön ist, Geld auszugeben. Es gibt sie, weil die Langzeitarbeitslosen qualifiziert werden müssen. Sie brauchen Fortbildung. Dafür brauchen wir die Gelder.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In Hessen gibt es 280.000 Personen, die Mittel nach Hartz IV empfangen. Was glauben Sie denn, warum die langzeitarbeitslos sind? Sie sind es garantiert nicht, weil sie Zahnärzte oder Mitglieder der FDP sind. Vielmehr sind sie langzeitarbeitslos, weil sie keine Chance haben. Es geht in dieser Debatte also um Chancengleichheit.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie sind langzeitarbeitslos, weil Arbeit zu teuer ist! Das ist das Problem! Dafür haben Sie mit gesorgt!)

Es geht um Gerechtigkeit und Chancengleichheit in diesem Land. Dazu gehört auch, dass die Mittel den Menschen helfen, dass es sinnvolle Maßnahmen und eine sinnvolle Planung gibt. Das Gespür dafür ist Ihnen komplett abhanden gekommen. Das ist zu rügen. – Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Als nächster Redner spricht Herr Boddenberg für die Union. – Herr Boddenberg, bitte sehr.

### **Michael Boddenberg (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erinnere mich noch an die Debatte – ich glaube, Sie werden das auch tun –, die vor etwa drei Jahren in der gesamten Bundesrepublik für große Aufmerksamkeit und bei vielen Leuten auch für Empörung gesorgt hat. Die Debatte ging um die Effektivität der Bundesanstalt für Arbeit. Damals hieß sie noch so. Damals waren alle darüber empört, dass ein so gewaltiges Unternehmen, das über 90.000 Beschäftigte hatte, gerade einmal 15.000 Menschen mit der Aufgabe betraute, die wir eigentlich für die Schwerpunktaufgabe der Bundesanstalt gehalten haben, nämlich die Vermittlung der Menschen in die Arbeitsmärkte. So muss man das sagen. Aber nach unserer Auffassung geht es natürlich zunächst einmal um die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

Man hat dann näher hingeschaut und gefragt: Was machen die mit den vielen Menschen? Was machen sie mit dem vielen Geld? – Da fiel dann ein großer Posten auf. Es ging dabei um einen Betrag von etwa 25 Milliarden €. Herr Bocklet, dieser Betrag wurde damals von der Bundesagentur für Arbeit verwaltet und für Aus- und Weiterbildung ausgegeben. Das sind die Mittel, über die Sie heute gesprochen haben. Aufgrund der Art und Weise, wie Sie darüber gesprochen haben, bin ich der Auffassung, dass man Ihnen vorwerfen darf, dass Sie schon ein bisschen den Eindruck vermitteln, Sie wollten zunächst einmal nur etwas zur Beruhigung der Betroffenen machen, in dem Sie sagen: Wir tun etwas für euch, wir geben für euch Geld aus, damit es euch irgendwann einmal gelingt, eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu realisieren.

Wir haben damals dazu einige Worte gehört. Jemand bezeichnete diesen Vorgang als „Weiterbildungsindustrie“. Ich finde, diese Bezeichnung erfolgte nicht ganz zu Recht. Aber Sie haben damit deutlich gemacht, dass es dort auch massive Interessen der Anbieter gibt.

Ich finde das zunächst einmal völlig in Ordnung, Herr Bocklet. Man kann natürlich über das eine oder andere streiten, wenn notwendige Maßnahmen unterbleiben. Sie haben in Frankfurt, wenn ich es richtig gelesen habe, einzelne Punkte zu Recht kritisiert. So pauschal, wie Sie es hier machen, gelangt man zu der Auffassung, dass Sie im Grunde genommen eine Fortsetzung dessen wollen, was wir früher hatten. Dazu sage ich: Man muss mit den knappen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, so umgehen, dass sie uns nützen und nicht nur als Placebo in der Debatte in der Öffentlichkeit gelten.

(Beifall bei der CDU)

Zu Herrn Rentsch möchte ich nur einige wenige Bemerkungen machen. Zunächst einmal möchte ich feststellen, Herr Rentsch, dass wir selbstverständlich bei unserer Position bleiben und diesbezüglich nichts zu korrigieren haben. Ich gehe gleich darauf ein. Wie Sie wissen, stimme ich auch vielen Ihrer Argumente zu. Insofern werden Sie sich auch künftig Ihrer wichtigen Aufgabe hier im Landtag widmen können, wie auch Ihrer neuen Aufgabe beim SV Wiesbaden. Das wurde mir heute von einem bundesweit bekannten Sportmoderator zugetragen. Auch dieser Aufgabe werden Sie sich mit ganzem Engagement widmen können. Wir brauchen Sie nicht als Ratgeber, Herr Rentsch. Sie haben zu Recht gesagt, dass der Ministerpräsident und die Sozialministerin bei der neuen Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik federführend waren. Wir brauchen Sie nicht als Treiber. Ich gestatte Ihnen selbstverständlich, dass Sie hin und wieder das kommentieren, was Sie nicht für richtig halten.

In jeder dieser Debatten muss man hin und wieder in Erinnerung rufen, welches die Zielsetzung von Hartz IV ist. Übrigens habe ich dieser Tage überlegt, ob wir nicht gemeinsam zu der Auffassung gelangen sollten, eine andere Kurzformel für die Bezeichnung dieser Gesetze zu finden. So diskreditiert, wie die Persönlichkeit, die hinter der Namensgebung steht, sind die Dinge im Vollzug in diesem Jahr nun doch nicht verlaufen.

Aber im Ernst: Wir haben uns vorgenommen, zu einer besseren Betreuung zu kommen. Wir alle wissen, dass das dringend notwendig ist. Aber auch hier sage ich, Herr Bocklet: Es macht keinen Sinn, nur der Zahlen wegen zu sagen, wir hätten das Ziel erreicht, ohne wirklich qualitativ etwas erreicht zu haben. Deswegen ist es für uns an vielen Stellen, wenn auch nicht an allen, nachvollziehbar,

dass noch nicht alles umgesetzt ist, was der Gesetzgeber vorschreibt, zumal wir zugeben müssen: Die klamme Haushaltslage in allen Kassen führt dazu, dass wir im internationalen Vergleich in der Frage des Betreuungsquotienten immer noch nicht so aufgestellt sind, wie wir uns das grundsätzlich vorstellen.

In dieser Debatte ist auch wichtig, deutlich zu machen – das hat etwas mit der politischen Stimmungslage in den letzten beiden Jahren zu tun –, dass alles, worüber wir hier reden, nicht Teil der Leistung der Arbeitslosenversicherung ist. Das muss hin und wieder vor dem Hintergrund in Erinnerung gerufen werden, dass Menschen, die in eine Versicherung einzahlen, in der Regel auch eine Gegenleistung für sich erwarten. Wir reden hier aber ausschließlich über Steuergelder. Das kann man nicht oft genug wiederholen, damit diejenigen, die mit dem Argument Ansprüche stellen, sie hätten doch eingezahlt, relativiert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt der Zielsetzung, den wir von der grundsätzlichen Ausrichtung her erreicht haben, war der, dass die Verschiebehöfe zwischen den Sozialämtern und der Arbeitsverwaltung aufhören. Sicherlich wird man über die Frage streiten können, wo es besser angesiedelt ist.

Der Staatssekretär wird nachher sicherlich noch einiges dazu sagen, ich war ja in der Ausschusssitzung anwesend, und er wird auch die Zahlen, die Herr Bocklet zitiert hat, mit dem hinterlegen, was dort zusätzlich ausgeführt wurde. Wir sind der festen Auffassung, dass die örtliche Nähe und die persönliche Kenntnis der Probleme wie auch der Chancen von Arbeitsmärkten vor Ort die bessere Lösung sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir gemeinsam diese Erkenntnis nach dem ersten Evaluierungsschritt in Hessen im Dezember auf der Grundlage der nackten Zahlen gewinnen werden.

Herr Rentsch, ich will Sie beruhigen. Sie haben den Koalitionsvertrag zitiert, in dem steht, dass wir evaluieren. Das ist weiterhin Bestandteil der Verabredung. Es war auch immer klar, zu gegebener Zeit zu evaluieren, ob das Optionsmodell oder das ARGE-Modell das jeweils erfolgreichere Modell ist. Wenn es so ist, wie Sie und ich es hier vortragen, nämlich dass die optionale Lösung der Kommunen die wesentlich erfolgreichere ist, bin ich ziemlich beruhigt hinsichtlich des Erkenntnisgewinns in der SPD in den nächsten zwei oder drei Jahren.

Mit anderen Worten ausgedrückt, heißt das: Da wir beide – wie viele mit uns – der Meinung sind, sehr viel effizienter auf lokaler Ebene zu sein und einen wesentlichen Vorteil in der Erfolgsquote bezüglich der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu haben, bin ich der Überzeugung, dass die SPD am Ende nicht an diesen Zahlen vorbeikommen wird. Die von Ihnen genannten zeitlichen Horizonte bis ins Jahr 2013 sind die Mindestverabredung dessen, was man aus heutiger Sicht bei einem gemeinsamen Vertrag zwischen zwei großen Parteien, die unterschiedliche Auffassungen vertreten, eingehen kann. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass die Praxis in den nächsten Jahren zu einem anderen Ergebnis führen wird.

Ich finde nicht ganz unwichtig, darauf hinzuweisen, dass wir seit dem 1. Januar enorme Umstrukturierungsprozesse und Veränderungen für die Menschen haben, die sich in diesem Feld bewegen.

Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass viele von der CDU, wie auch ich, immer wieder betont haben: Wenn wir über die Bundesagentur reden, reden wir über die Agentur in ihrer Organisationsstruktur, aber nicht über mangelndes Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie können schließlich nichts dafür, dass sie in diesem Apparat dort sind, wo sie sind. Ein wichtiger Punkt in diesem Koalitionspapier, den Sie nicht angesprochen haben, ist, dass wir mit sehr hoher Geschwindigkeit nachbessern und verändern müssen. Das ist überhaupt keine Frage, denn am Ende wird es weiterhin eine Bundesagentur geben. Sie haben zwar eine grundsätzlich andere Auffassung, meine Damen und Herren. Sie wird es – in welcher Form auch immer – geben, weil es nationale und internationale Arbeitsmärkte gibt, die Sie lokal natürlich nicht managen können. Hier aber befinden wir uns in dem Zeitraum der ersten zwölf Monate oder der ersten Wochen einer Arbeitslosigkeit oder einer drohenden Arbeitslosigkeit und nicht bei der Gruppe, über die wir hier heute reden.

Ich werde den Vorteil bestätigen, den man jetzt schon ablesen kann. Dazu hat der Staatssekretär schon einiges gesagt. Das war auch die Position der Ministerin, die hier häufig bemüht worden ist vor dem Hintergrund, dass sie jetzt schon etwas zu ihren Eindrücken sagt, die sie gewonnen hat. Ich finde es völlig richtig, dass Sie das tun. Eine Arbeitsgemeinschaft ist ein zentralistisch gesteuerter Teil einer Organisationsstruktur, die wir nicht wollen, weil sie sich in der Vergangenheit nicht bewährt hat.

Ich komme auf die Zahlen zurück, die Herr Bocklet hier vorgetragen hat. Wir wissen zunächst einmal, dass viele Kommunen seit dem 1. Januar erstmals mit diesen Fragen konfrontiert wurden. Die Vermittlungszahlen aus dem ersten Halbjahr erklären sich aufgrund der Tatsache, dass sie bei null angefangen haben. Aufgrund der Tatsache, dass die Optionskommunen 4.400 Menschen im ersten Halbjahr in eine Arbeit vermittelt haben – nachweislich durch ihre Vermittlungstätigkeit – und dass im dritten Quartal 5.800 Vermittlungen vorliegen, will ich doch nicht die Kurve extrapolieren und sagen, im vierten Quartal werden es 25.000 Vermittlungen sein.

Ich gebe zu, dass es anfänglich Schwierigkeiten gab; diese waren teilweise bedingt durch eine nicht allzu kooperative Haltung einiger Stellen der Bundesagentur. Es muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass längst nicht alle Probleme beseitigt sind. Kurzum kann man aber feststellen, dass wir eine sehr positive Entwicklung haben.

Wenn Sie sich die Zahlen der nicht optierenden Kommunen, also der Arbeitsgemeinschaften, ansehen: 5.800 Vermittlungen stehen 7.700 Vermittlungen aufseiten der Arbeitsgemeinschaften gegenüber. Diese Zahlen sind nicht ausschließlich durch die Vermittlungsleistung erzielt, sondern es sind Zahlen, die sich aus der Statistik ergeben. Große Teile dieser Zahlen sind dadurch zustande gekommen, dass sich Menschen selbst bemüht haben, eine Anstellung zu finden. Insofern gebe ich Ihnen Recht. Ich bin einverstanden damit, dass wir natürlich den Dezember abwarten müssen. Es gibt aber viele gute Gründe dafür, dass wir in der Frage der kommunalen Zuständigkeit auf dem richtigen Weg sind.

Hier sitzt ja ein bis vor wenigen Tagen noch dafür zuständiger kommunaler Landrat, der sicherlich viel darüber berichten kann, dass die Motivation der Menschen auf der kommunalen Ebene natürlich eine andere ist, weil sie mehr eigene Kreativität entwickeln und mehr persönliche Kontakte zu Arbeitgebern und zu potenziellen neuen Ar-



beitgebern pflegen können, als das derjenige kann, der die Direktive aus Nürnberg erhält. Immer dann, wenn Sie mit den Beteiligten der Arbeitsgemeinschaften sprechen, werden Sie in Vier-Augen-Gesprächen Hunderte von Beispielen dafür genannt bekommen, dass diese zentrale Steuerung an vielen Stellen Probleme fördert und keine Probleme beseitigt, Frau Fuhrmann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ein Glaube, den Sie immer wiederholen!)

Ich will Ihnen einmal anhand eines konkreten Beispiels die Probleme benennen, die dadurch entstehen, dass sich ein ehemals in der Bundesagentur für Beratung zuständiger Mitarbeiter qualifiziert hat und nun in der Arbeitsgemeinschaft für höherwertige Tätigkeiten zuständig ist. Da ist jemand Leiter für die steuerlichen Fragen und die Budgetfragen in einer Arbeitsgemeinschaft. Wenn er sagt, er hätte ganz gern die Gegenleistung für diese höherwertige Tätigkeit, und es aus Nürnberg heißt, nein, das Personal-konzept lasse das nicht zu, würde ich mich nicht wundern, wenn er nach zwei oder drei Jahren zu der Erkenntnis gelangt: Ich erhalte das Geld von früher, als ich eine „einfache“ Sachbearbeiterfunktion wahrgenommen habe, obwohl ich jetzt die dreifache Verantwortung trage und zu 30 bis 50 % mehr arbeite. – Ich verstehe, dass das wenig mit Motivation zu tun hat. Das ist eines von Hunderten von Beispielen, die wir dafür benennen können, dass das national vorgegebene Korsett nicht passt.

Von Flensburg bzw. Mecklenburg-Vorpommern bis Garmisch-Partenkirchen ist die Welt unterschiedlich, Herr Schäfer-Gümbel. Das wissen auch Sie. Das ist auch innerhalb Hessens so. Deswegen wollen wir die lokale Zuständigkeit. Darauf arbeiten wir hin. Ich bin sehr sicher, Herr Schäfer-Gümbel und Frau Fuhrmann, dass wir gemeinsam mit der SPD – die SPD ein bisschen später als die CDU – zu dieser Erkenntnis gelangen werden.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Zu einer Kurzintervention erhält Frau Schulz-Asche das Wort.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich deswegen zu einer Kurzintervention gemeldet, weil Herr Kollege Boddenberg recht interessante Ausführungen gemacht hat im Hinblick auf die wenigen Zahlen, die wir im Moment zur Einschätzung der Landesregierung haben. Herr Kollege Bocklet hat es schon gesagt: Im Sozialpolitischen Ausschuss haben wir eine einzige Zahl bekommen, und die hieß: Die Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt betrug 8 % bei den optierenden Kommunen und 14 % bei den Arbeitsgemeinschaften.

Dazu hätte ich gerne an dieser Stelle etwas von Ihnen gehört. Sie haben angefangen, darüber zu reden. Im Gegensatz zu der Einschätzung, dass die Optierenden so viel besser sind, was die bisherige Position der Landesregierung war, haben Sie gesagt: Natürlich gab es bei den optierenden Kommunen Anlaufschwierigkeiten, und zwar deswegen, weil sie erst am 1. Januar angefangen haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Einige!)

Herr Kollege Boddenberg, dann möchte ich Ihnen gerne die Debatte, die wir vor ungefähr einem Jahr in diesem

Hause geführt haben, in Erinnerung rufen. Da ging es um die Auswahl der optierenden Kommunen. Wir alle im Hause waren der Meinung, dass es einige Kommunen gibt, die aufgrund der Vorerfahrung der Modellversuche durchaus in der Lage sind, an der Option teilzunehmen. Wir waren der Meinung, dass es eine ganze Reihe von Kommunen gibt, die überhaupt nicht die Voraussetzung haben. Wir haben Ihnen damals vorausgesagt, dass es in diesem Bereich Probleme geben wird. Dazu gehört z. B. der Hochtaunuskreis, bei dem uns nicht klar war, warum er auf der Auswahlliste so weit oben gelandet war. Sie haben uns niemals die Kriterien für die Bewertung der Optionskommunen genannt, warum sie in der Reihenfolge aufgestellt wurden.

Aber jetzt sagten Sie: Natürlich haben optierende Kommunen anfangs Schwierigkeiten gehabt, weil sie nicht genug vorbereitet waren. – Wir werden die Protokolle noch einmal ganz genau nachlesen. Meiner Meinung nach haben Sie jetzt zugegeben, dass damals die Öffentlichkeit getäuscht wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Petra Fuhrmann (SPD): Das war verräterisch!)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen wollte und auf den Sie überhaupt nicht eingegangen sind – –

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Sie müssten ganz schnell zum Ende kommen, Frau Schulz-Asche.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Noch einen letzten Satz. – Es geht um die Fördermittel. Sie reden von Fördern und Fordern. Wir fordern, dass die Förderung endlich einsetzt. Wir haben in Hessen keine Zahlen, und wir verlangen Zahlen, weil uns nicht klar ist, inwieweit die Arbeitslosen in Hessen gefördert werden. Das ist für uns die zentrale Frage, und darauf möchte ich eine Antwort haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Boddenberg, zur Erwidern.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Frau Kollegin Schulz-Asche, Fördern und Fordern ist eine ureigene Forderung der hessischen CDU, des Ministerpräsidenten. Es ist übrigens ein Thema, das er nicht nur, wie Herr Rentsch das beschrieben hat, von seinen Auslandsreisen mitbringt, sondern das natürlich seit Jahrzehnten wichtiger Teil der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der CDU ist. Wir haben immer gesagt: Natürlich müssen wir neben der Förderung, die über viele Jahre und Jahrzehnte bei diesen Themen im Mittelpunkt stand, mehr zur Forderung kommen.

Ich habe es eben zwar nicht angesprochen, aber ich will an der Stelle sagen: Ich bin der früheren Bundesregierung bzw. dem zuständigen Bundesminister an einer Stelle nicht ganz undankbar. Ich finde es in Ordnung, dass er kurz vor Ende seiner Amtszeit das Thema Missbrauch ausgesprochen hat. Man kann darüber streiten, ob es die richtige Wortwahl war. Aber es gehört mit zur Debatte. In



diesem Fall bleibe ich dabei: Wir müssen eine Neuakzentuierung finden und trotzdem zu dem kommen, was Sie zu Recht fordern, dass nämlich das Fördern gleichermaßen funktioniert.

Wir haben heute Morgen aber eine Debatte, die sich damit beschäftigt, ob es sinnvoll ist, wie in der Vergangenheit weiter mit der Gießkanne zu arbeiten. Wir meinen, dass wir an dieser Stelle eher vorsichtig mit den Mitteln der Steuerzahler umzugehen haben.

Zweitens. Sie können gerne jedes Protokoll herausuchen. Ich fordere Sie sogar dazu auf. Natürlich ist es so, dass zum 1. Januar einige Kommunen angefangen haben bzw. dass sie sich in der Lage gefühlt und sich deswegen beworben haben. Aufgrund ihrer Voraussetzungen sind sie am Ende als Optionskommune genehmigt worden. Das erklärt den einen Punkt, den Sie ansprechen.

Ich rede darüber, dass wir dort, wie prognostiziert – deswegen sind es Optionskommunen geworden –, eine sehr gute Entwicklung haben. Sie würden jetzt sofort eine Steigerungsgeschichte um mehrere hundert Prozent daraus machen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin da eher vorsichtiger und sage, wenn wir von 4.500 im ersten Halbjahr auf 5.800 im dritten Quartal kommen, dann ist das in etwa eine Verdreifachung oder eine Zweieinhalbfachung der Erfolgsquote. Wenn wir das gedanklich weiterführen, sind wir sicher, dass am Ende das herauskommen wird, was wir in den Debatten vor einem Jahr gesagt haben.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Boddenberg, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Letzter Satz, Frau Präsidentin. – Ich lade Sie dazu ein, dass wir natürlich weiterhin diese Gefechten im Ausschuss und im Hessischen Landtag führen. Aber ich schlage vor, dass wir uns diese Zahlen im Januar gemeinsam angucken. Ich überlasse es jetzt dem Staatssekretär, das richtig zu stellen, was Sie teilweise falsch aus dem Ausschuss zitiert haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Zunächst hat aber Frau Fuhrmann für die SPD-Fraktion das Wort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der Staatssekretär muss noch warten!)

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Die Zahlen des Staatssekretärs müssen noch einen Moment warten.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich zu dem Antrag der FDP spreche, an drei Punkte anknüpfen, die hier vorgetragen wurden. Herr Kollege Boddenberg, ich habe mit Interesse gehört, dass die CDU immer schon der Meinung gewesen sei, Fördern und Fordern sei der richtige Ansatz. Weil ich

ein relativ gutes Gedächtnis habe, kann ich mich erinnern, wie die Debattenbeiträge der CDU waren, als wir das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ als Landesprogramm aufgelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da war genau dieser Grundsatz des Förderns und Forderns in ein Programm gegossen, mit Geld ausgestattet und den Kommunen zur Verfügung gestellt worden. Damals hat die CDU eine ganz andere Meinung dazu vertreten.

Zweitens. Es wurde vom Kollegen Bocklet etwas gesagt, was hier nicht so stehen bleiben kann. Er hat gesagt, dass man jungen Menschen die Selbstständigkeit nimmt. Ich möchte deswegen mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Koalitionsvertrag zitieren. Dort steht:

Unter 25-Jährige, die erstmals eine eigene Wohnung beziehen wollen, können künftig nur noch Leistungen erhalten, wenn sie vorher die Zustimmung des Leistungsträgers einholen. Damit wollen wir verhindern, dass Bedarfsgemeinschaften nur zu dem Zweck gegründet werden, um höhere Arbeitslosengeld-II-Ansprüche geltend zu machen.

Dazu kann ich nur sagen: Das halte ich für richtig, Herr Kollege Bocklet, und zwar in jedem einzelnen Satz.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Es kann nicht sein, dass junge Menschen, die erwerbslos sind und noch kein eigenes Geld verdienen, mit 19 sagen: Ich ziehe jetzt in die Nachbarstraße meiner Eltern und bilde eine eigene Bedarfsgemeinschaft. – Der Leistungsträger wird die Zustimmung aber selbstverständlich nicht verweigern, wenn es darum geht, eine Ausbildung in einer anderen Stadt aufzunehmen. Insofern habe ich an dieser Formulierung nichts zu kritisieren, angesichts der Tatsache, wie wir heutzutage finanziell aufgestellt sind.

Spannend fand ich das, was Frau Kollegin Schulz-Asche angesprochen hat: die Auswahl der Optionsmodelle. Wir haben damals sehr intensiv über die Frage gesprochen, ob der Kreis Groß-Gerau und der Hochtaunuskreis von ihrer Voraussetzung und von ihren Strukturen her geeignet sind.

Herr Kollege Boddenberg, Sie haben mir in gewisser Weise Recht gegeben, dass einige bei null angefangen haben und deswegen nicht ganz so schnell waren oder sind.

Jetzt zu dem Antrag, den Herr Kollege Rentsch begründet hat. Ganze elf Monate sind vergangen, Herr Kollege Rentsch, und Sie sind ganz nervös und sagen: Das ist das Nonplusultra, hier ist der Stein des Weisen. Deswegen müssen wir jetzt eine Entscheidung treffen, die Kommunen allein zuständig zu machen.

(Florian Rentsch (FDP): Bitte jetzt anhalten! An dieser Stelle! Ab hier wird es falsch!)

Ich kann verstehen, dass Sie sich auf den Oppositionsbänken hier in Hessen und dann auch noch in Berlin nicht so recht wohl fühlen und dass Sie meinen, ein bisschen Aufmerksamkeit erregen zu müssen. Sie wollen auf Landesebene auch mitgestalten. Aber ich sage Ihnen: Es ist hart in der Opposition, aber damit müssen Sie jetzt umgehen.

Der Antrag kommt aber auch aus der Ecke, dass Ihr Bundesgeschäftsführer – ich weiß nicht, welche Bezeichnung richtig ist – einmal Sachbearbeiter bei der BA war

und offensichtlich ganz schlechte Erfahrungen gemacht hat, möglicherweise im persönlichen Bereich.

(Florian Rentsch (FDP): Das heißt auch bei Ihnen Generalsekretär!)

Jedenfalls ist das sein einziges Thema, das er immer und überall von sich gibt, die BA müsse abgeschafft werden. Aber das ist ein bisschen wenig.

Niemand hat behauptet und niemand behauptet, dass die Umsetzung der Arbeitsmarktreform in der Praxis unproblematisch ist. Niemand hat behauptet, dass die Bilanz nach einem Jahr schon so ist, wie wir sie uns vorgestellt haben. Niemand bezweifelt, dass die optierenden Landkreise und die Arbeitsgemeinschaften gute Arbeit machen und individuelle Betreuung garantieren.

(Florian Rentsch (FDP): Dann stimmen Sie zu?)

Insofern führen Sie schon eine Gespensterdiskussion, Herr Kollege Rentsch.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sagen aber auch eindeutig: Die optierenden Kommunen sind nicht grundsätzlich und pauschal besser, sondern einige sind besser. Auch da möchte ich auf die SPD-Arbeitsmarktpolitik verweisen. Ich denke, dort, wo die Strukturen vorhanden waren und bereits „Arbeit statt Sozialhilfe“-Projekte gelaufen sind, ist es relativ problemlos angelaufen, und das ist auch gut so.

(Beifall der Abg. Heike Habermann (SPD))

Wir können also nach elf Monaten in keiner Weise davon sprechen, dass die Kommunen grundsätzlich besser geeignet sind. Das wurde eben schon gesagt, insofern ist es ein bisschen ärgerlich, als Letzte zu reden.

Der Kollege Staatssekretär im Sozialministerium hat keine einzige Zahl genannt, und ich möchte gern zitieren – wenn ich es finde –, was die Ministerin in einem Interview in der „Welt“ gesagt hat. Sie hat gesagt, grundsätzlich sind die Optionskommunen besser, und das würden die bisherigen Zahlen hergeben. – Das ist jetzt sinngemäß zitiert.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt die Antwort von Herrn Forell!)

– Genau. – Dann kommt die Erwiderung von Herrn Forell. Er hat eindeutig gesagt, es gibt keine belastbaren Zahlen, die diese Meinung der Ministerin in irgendeiner Art und Weise beweisen würden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Danke für den Beifall. Ich finde den Artikel jetzt nicht, er ist weg. – Auch dies hat der Staatssekretär im Ausschuss eindeutig bestätigt: Wir haben keine Zahlen. Man hat sich zwischen der Landesregierung und der Bundesagentur geeinigt, Kennziffern zu entwickeln, anhand derer Vergleichbares verglichen wird, nicht Äpfel mit Birnen, nicht unterschiedliche Räume. Es sind Kennziffern entwickelt worden, und aufgrund dieser Kennziffern wird Ende des Jahres abgerechnet. Es wird geguckt: Was ist in diesen ersten zwölf Monaten passiert in Hofgeismar, in Kassel oder in Wiesbaden? Das halte ich für einen seriösen Weg. Ich fordere Sie eindeutig auf, zu diesem seriösen Weg zurückzukehren. Denn es hat überhaupt keinen Sinn, irgendwelche Schimären in die Welt zu setzen und zu sagen, die sind Klasse und die sind schlecht. – Es gibt solche und solche.

Es gibt hervorragend laufende ARGEn, es gibt auch ARGEn, wo es hakt und öst und wo es Klagen über die Bundesagentur und den Zentralismus gibt.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Das ist überhaupt keine Frage, Herr Kollege Rentsch. Das ist kein Widerspruch. Es gibt aber auch Optionskommunen, in denen mir gesagt wird: Moment, wo gibt es denn hier Fachkompetenz, z. B. für die Betreuung Behinderter? Wir hätten gerne wieder eine gute Fachagentur.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Es gibt Optionskommen, in denen behinderte Kinder nicht in eine Werkstatt für Behinderte eingegliedert werden, weil sich keiner für zuständig erklärt. Herr Kollege Rentsch, das sind die Probleme, über die wir uns streiten sollten. Im Interesse der Menschen müssen wir dieses Knirschen sowohl in den Optionskommunen als auch in den Arbeitsgemeinschaften abschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche mir wirklich, dass wir im Rahmen dieser Debatte nicht immer nur darüber sprechen, wie wir effektiv, schnell und gut qualifizieren und wieder eingliedern können – obwohl auch das wichtig ist –, sondern dass wir uns auch damit beschäftigen, wo wir die Menschen eingliedern. Der erste Arbeitsmarkt ist nicht so aufnahmefähig, wie wir alle uns das wünschen. Auch das gehört zur Wahrheit.

Sie haben vorhin gesagt, dass der Herr Ministerpräsident aus Wisconsin zurückkam. Herr Kollege Rentsch, ich habe schon in der damaligen Debatte Folgendes gesagt.

(Unruhe)

– Florian, hörst du mir noch zu, oder hast du das jetzt aufgegeben? Es fällt ihm wirklich schwer.

Vorhin wurde gesagt, der Herr Ministerpräsident sei aus Wisconsin zurückgekommen und habe etwas gelernt. Wie ich schon damals gesagt habe, hat der Herr Ministerpräsident nicht das Richtige gelernt. Er hat gelernt, dass derjenige, der nicht arbeitet, auch nicht essen solle. Er solle in Gemeinschaftsunterkünfte ziehen. Das ist nicht das Ziel, das die SPD-Fraktion anstrebt.

(Ministerpräsident Roland Koch: Ach du liebe Güte, Frau Fuhrmann!)

– Herr Ministerpräsident, wir haben, was die Wahrnehmung der Wirklichkeit betrifft, völlig unterschiedliche Voraussetzungen. Wisconsin litt unter einem sehr großen Arbeitskräftemangel. Deswegen war das Programm „Wisconsin works“ sehr erfolgreich. Wir haben fünf Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist ein kleiner, aber feiner und wichtiger Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Rentsch, ich wünsche mir wirklich, dass Sie nicht immer wieder versuchen, über das Gleiche zu diskutieren, sondern dass Sie erst einmal darauf warten, dass Fakten vorgelegt werden. Ende Dezember oder im Januar werden wir vergleichbare Zahlen für Hessen haben. Ich hoffe, wir werden auch im Bund vergleichbare Zahlen haben. Wir werden sehen, dass es Unterschiede zwischen dem Hochtaunuskreis und Mecklenburg-Vorpommern gibt. Wir werden auch feststellen, dass es in Kassel anders aussieht als in Wiesbaden. All das können wir aber erst anhand einer soliden Datengrundlage feststellen.

Ich fordere Sie auf: Hören Sie auf, Schaufensteranträge zu stellen. Sie wissen ganz genau, dass momentan in dieser Richtung überhaupt nichts passiert, weil wir uns in Berlin darauf geeinigt haben, eine ordentliche Evaluation durchzuführen. Im Interesse der Menschen ist das notwendig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Krämer das Wort.

#### **Gerd Krämer, Staatssekretär im Sozialministerium:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum haben wir über Arbeitsmarktformen in Deutschland diskutiert? Das haben wir getan, weil die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit vielen Jahren kontinuierlich angestiegen ist und weil wir festgestellt haben, dass die bisherigen Systeme nicht wirksam genug waren, um die Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen. Das war die Voraussetzung.

Ministerpräsident Koch hat, als er seine Erfahrungen aus Wisconsin mitgebracht hat, sozusagen einen Stein ins Wasser geworfen. Diese Erfahrungen sind aber fundiert und lassen sich auch in vielen anderen Ländern sammeln, ob Sie nun nach England, in die Niederlande oder nach Dänemark fahren.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist schon sehr unterschiedlich!)

– Herr Schäfer-Gümbel, zusammen mit einigen anderen Kollegen hatten wir letztes Jahr das Vergnügen, in Dänemark Erfahrungen zu sammeln. – Überall dort haben wir festgestellt, dass vor allem eine Erkenntnis die Arbeitsmarktpolitik prägt. Zunächst einmal ist es nicht sinnvoll, Verschiebebahnhöfe zu organisieren. Diese Verschiebebahnhöfe hatten wir in Deutschland.

(Petra Fuhrmann (SPD): In großer Zahl! Deswegen haben wir das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ aufgelegt!)

Es stellt sich die Frage, warum die BA, als sie allein dafür zuständig war, mit all ihrem großen Know-how nicht in der Lage war, das Problem zu lösen.

Außerdem gibt es die Erkenntnis, dass die Arbeitsmärkte, die geeignet sind, Langzeitarbeitslose aufzunehmen, regionale Arbeitsmärkte sind.

(Wortmeldung der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Fuhrmann, ich möchte gern erst ausreden. – Der Fall, dass ein gering qualifizierter und mit weiteren Vermittlungsproblemen belasteter Arbeitsloser aufgrund des überregionalen Know-hows der Bundesagentur von Mecklenburg-Vorpommern ins Rhein-Main-Gebiet – oder umgekehrt – vermittelt wird, gehört in das Reich der Legende. Die Arbeitsplätze für die Langzeitarbeitslosen, die wir hier heute haben, müssen in der Region zu finden sein. Sie können dort auch gefunden werden.

Viele Menschen – das war das Interessante an dem vorherigen System – sind in der Sozialhilfe angekommen. Die Sozialhilfeträger – sprich: die Kommunen – haben sich den einzelnen Menschen erst einmal intensiv vorgenommen und herauszufinden versucht, wo die Vermittlungs-

hemmnisse liegen. Sie haben mit ihrem ganzen Know-how versucht, diese Vermittlungshemmnisse abzubauen und gleichzeitig aufgrund der besseren Kenntnis des regionalen Arbeitsmarkts Arbeitsplätze für diese Menschen zu finden.

Der beste, weil prominenteste Akteur – der bundesweit herumgereicht wird – ist Landrat Pipa. Aber Sie wissen, dass dies in vielen anderen Landkreisen, ob dies der Hochtaunuskreis, der Main-Taunus-Kreis oder ein anderer Kreis ist, schon vorher genauso erfolgreich gelaufen ist.

Das wiederum war die ausschlaggebende Erkenntnis dafür, dass wir gesagt haben, die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit könne am besten in kommunaler Verantwortung geschehen. Diese Seite des Hauses hat sich immer anders entschieden. Sie sah die Verantwortung bei der Bundesagentur.

Dieser Landesregierung ist im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren, das den inzwischen unrühmlichen Namen „Hartz“ trägt, einiges zu verdanken. Herr Boddenberg, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, man müsse darüber nachdenken, ob der Name noch beibehalten werden solle. Vielleicht sollte man es einmal mit „Schröder I“ bis „Schröder IV“ probieren. Das ist sicherlich unbelasteter.

In diesem Zusammenhang ist es auf die Initiative dieser Landesregierung zurückzuführen, dass wir wenigstens die Chance haben, in Deutschland einen Wettbewerb der Systeme durchzuführen. Die Erfahrungen in den 13 Optionskommunen in Hessen sind in der Tat so ausgefallen, dass wir sagen können, dass dieses Modell erfolgreich ist.

Herr Kollege Bocklet, Sie haben die Diskussion im Ausschuss sehr lebendig, aber nicht umfassend wiedergegeben. Es ist schließlich sehr schwierig, eine einstündige Diskussion in einer Ausschusssitzung in einer Viertelstunde zusammenzufassen. Das schaffen auch Sie nicht.

Ich habe aber darauf hingewiesen, dass wir noch keine gemeinsamen Kennzahlen und Parameter haben, dass wir sehr unterschiedliche Arbeitsmärkte vergleichen und dass bei den Zahlen der BA noch nicht genau zwischen denen, die selbst eine Betätigung gefunden haben oder aus anderen Gründen herausgefallen sind, und den reinen Vermittlungszahlen der Optionskommunen unterschieden wird.

(Petra Fuhrmann (SPD): Dann können Sie auch keine seriöse Aussage machen!)

Ich habe darauf hingewiesen, dass es nicht zuletzt aufgrund der Softwareprobleme, die durch die BA verursacht worden sind, in den Optionskommunen am Anfang außerordentlich schwierig war, die Zahlen in einer Form zu erfassen, die für die BA nutzbar war. Diese Schnittstellenprobleme hat die BA zu verantworten, und sie arbeitet daran.

Wir treffen uns regelmäßig mit den Vertretern der Optionskommunen – Herr Bocklet, insofern kommen wir unserer Aufsichtsfunktion von Anfang an intensiv nach – und mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften. Bei diesen Treffen sind auch Vertreter der Regionaldirektion der Bundesagentur anwesend. Die Regionaldirektion der Bundesagentur ist eigentlich der Ansprechpartner, wenn es um die in den Arbeitsgemeinschaften auftauchenden Probleme geht.

Die Arbeitsgemeinschaften klagen bis zum heutigen Tag über den nicht endenden Zentralismus der Bundesagentur für Arbeit, der ihnen das Arbeiten in der Region schwer macht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Alle Geschäftsführer, mit denen ich in diesem Rahmen gesprochen habe, haben immer wieder betont, es liege nicht an den Kollegen vor Ort oder an dem Arbeitsamtsdirektor – eine alte Bezeichnung, die wir alle noch kennen. Vielmehr liegt es daran, dass von Nürnberg aus nach wie vor durchregiert wird.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

Das hat selbst die alte rot-grüne Bundesregierung im Spätsommer erkannt.

(Petra Fuhrmann (SPD): „Durchregieren“ sagt Frau Merkel!)

Dann hat sie gesagt, sie könne sich vorstellen, dass die kommunale Seite in den Arbeitsgemeinschaften die Mehrheit erhält. Das sieht auf den ersten Blick gut aus. Der Landkreistag, der früher für die Mehrzahl der Sozialhilfeempfänger zuständig war und deshalb auch die Mehrzahl der Kommunen vertritt, die hier im Geschäft sind, hat die Vereinbarung nicht unterschrieben, weil er erkannt hat, dass die Grundproblematik auch nach dem neuen Modell des kommunalen Hutes nicht abgeschafft war. Auch bei diesem Modell gibt es immer noch die inhaltlichen Vorgaben aus Nürnberg, die verhindern, dass vor Ort flexible und regionalisierte Antworten gefunden werden,

(Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

die notwendig sind, um das Problem anzupacken und Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Deshalb ist und bleibt das eine Fehlkonstruktion.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Nein!)

Wir müssen einen erheblichen Aufwand darauf verwenden, den kommunalen Vertretern in den Arbeitsgemeinschaften zu helfen, damit sie ihre Arbeit machen können. Sie sind genauso engagiert wie alle anderen.

Sie sind auch hoch kompetent, genauso wie alle anderen. Sie arbeiten genauso mit großem Elan daran, arbeitslosen Menschen wieder zu Arbeit zu verhelfen, weil das das Ziel ist. Aber die Rahmenbedingungen, die sie vorfinden, sind schlechter als die in den optierenden Kommunen, weil dort die Zuständigkeiten klar sind, weil dort das Know-how gebündelt ist und weil man dort die Flexibilität und die unbürokratische Regelungskompetenz hat, die notwendig sind, um zu einem Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Rentsch, wir freuen uns für die Begleitung. Wir freuen uns über das Lob, und wir freuen uns über den Ansporn, den Sie uns geben.

(Florian Rentsch (FDP): Über den Antrag – wenn Sie das noch gesagt hätten!)

– Über den Antrag freue ich mich deshalb, weil er uns Gelegenheit gibt, hier über dieses wichtige Thema zu diskutieren.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wir sehen im Moment keine Notwendigkeit und keine Möglichkeit, eine Bundesratsinitiative einzubringen. Sie haben heute Morgen in der Debatte das Interview des Ministerpräsidenten zitiert. Das ist einer dieser Punkte. Hier ist mit den Kollegen der Sozialdemokraten nicht zu einer gemeinsamen Überzeugung zu kommen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es! – Florian Rentsch (FDP): Das ist erschreckend!)

Die Sozialdemokratie sieht nach wie vor in dem gefundenen Organisationsmodell die bessere Lösung.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie müssen schon richtig zitieren!)

Herr Rentsch, insofern ist der Koalitionsvertrag kein Rückschritt. Nach dem alten Koalitionsvertrag war die Option als Versuch befristet. Wie Herr Boddenberg glaube ich nicht, dass wir nach der Evaluation zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich am Ende der Evaluation zeigen wird, dass die kommunale Vermittlung die erfolgreichere Vermittlung ist. Das werden die Zahlen zeigen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Immer diese Glaubenssätze!)

Denn auch die sozialdemokratischen Kollegen haben ein großes Interesse daran, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu reduzieren. Da sind wir uns im Ziel einig.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Es ist schön, dass Sie das auch einmal sagen! – Reinhard Kahl (SPD): Das ist richtig! Aber wir arbeiten nicht mit Glaubenssätzen!)

Wir streiten über den richtigen Weg. Wir sind uns aber über das Ziel einig. Darüber sollten wir Konsens erzielen.

Aber angenommen, wir kämen nicht dazu, dann wäre danach die Option verfristet, weil das Projekt ausgelaufen wäre. Die Verlängerung dieser Frist im Koalitionsvertrag sorgt dafür, dass auch bei einer unterschiedlichen Bewertung in der nächsten Legislaturperiode neu nachgedacht werden kann. Es liegt an uns, die Menschen gegebenenfalls davon zu überzeugen, dass wir auch hier gemeinsam die richtige Überzeugung haben, lieber Herr Kollege Rentsch.

Wir hätten uns mehr erwünscht, als im Koalitionsvertrag festgehalten wurde. Daraus haben wir keinen Hehl gemacht. Die Hessische Landesregierung hat mit dem Existenzgrundlagengesetz einen Entwurf vorgelegt, der eine wirklich tief greifende und alle Aspekte umfassende Reform des Arbeitsmarktes angepackt hätte, bis hin zu den Kombilöhnen und bis hin zu der Frage, ob es sinnvoll ist, Menschen dafür zu bezahlen, dass sie nicht arbeiten, oder ob es gescheiter ist, den Menschen zu helfen, wenn sie wieder Arbeit finden, und diese Arbeit gegebenenfalls zu unterstützen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

weil sie auf dem freien Markt nicht so gut bezahlt werden kann. Dann können die Menschen davon leben, und es wird ihnen ein Ausweg aus einer steuerfinanzierten Existenz ermöglicht. Das war ein Teil unseres Existenzgrundlagengesetzes.

Aber wir bleiben ganz fest dabei, dass die richtige Antwort zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eine kommunale Lösung ist, weil auch die Arbeitsmärkte regional sind und die Flexibilität nur in den Kommunen gegeben ist. Im Moment gibt es dafür keine politische Mehr-



heit. Wir sahen es deshalb als unsere Aufgabe und Verpflichtung an, zumindest diesen Systemwechsel über den Tag einer neuen Bundestagswahl hinaus zu retten, falls es nicht gelingt, in der Zwischenzeit die Sozialdemokraten aufgrund der Ergebnisse davon zu überzeugen, dass die kommunale Lösung die bessere ist. Ich bin optimistisch, dass uns das gelingen wird und auch die Sozialdemokraten am Ende sagen: Derjenige, der in Deutschland will, der soll optieren. – Sollte das am Ende der Evaluation wider Erwarten aber nicht der Fall sein, dann wird kein Schaden angerichtet, sondern dann sorgt der Koalitionsvertrag dafür, dass die gute Lösung in Deutschland erhalten bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Rentsch das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Staatssekretär, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wir haben heute Morgen eine sehr heftige Diskussion geführt. Ich fand nicht immer, dass wir über den Antrag der FDP gesprochen haben. Frau Fuhrmann, ich bin gar nicht so weit von dem entfernt, was Sie gesagt haben,

(Petra Fuhrmann (SPD): Das wundert mich jetzt!)

weil auch ich sehe, dass es bei den Optionskommunen und bei den ARGEn verschiedene Problemlagen gibt. Wir erkennen aus den Zahlen aber einen Trend. Dieser Trend heißt für uns, dass die Optionskommunen die bessere Lösung sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, Herr Kollege Boddenberg, da sind wir uns einig. Das unterscheidet uns etwas von den Kollegen von Rot und Grün, die etwas anderes wollen. Dafür habe ich aber Verständnis. Es ist völlig legitim, das zu fordern.

Herr Krämer, zum Abschluss will ich aber ganz kurz noch sagen, dass es doch nicht sein kann, dass Sie hier eine Lobeshymne auf die Optionsidee halten.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir geben Ihnen völlig Recht hinsichtlich der historischen Herleitung der Optionsidee. Aber ist es nicht ein bisschen wenig für eine Partei, die sich gerade bei dem Thema Arbeitsmarkt eine besondere Kompetenz zuweist, die immer darauf achtet, vorzugeben, dass sie dort – gerade die hessische Union – die innovative Partei ist,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

die viele Erfolge zu verzeichnen hat, zu sagen: „Das konnten wir mit der SPD nicht machen“?

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Nach dieser Debatte frage ich mich noch mehr, was die Union in diesem Koalitionsvertrag überhaupt durchsetzen konnte.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe mittlerweile wirklich das Gefühl, dass sich die SPD an allen Ecken und Enden durchgesetzt hat. Mein Respekt vor der SPD an dieser Stelle.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir bedanken uns für das Lob!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Boddenberg, wir – das sage ich auch als Bürger dieses Landes – hätten uns mehr von der Union erhofft. Wir hätten uns erhofft, dass sie sich in diesen Fragen, bei denen sie mit der FDP auf einer Linie liegt, mehr durchsetzt. Schade, dass es nicht so gekommen ist, Herr Kollege Boddenberg.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, zur Redezeit. Frau Fuhrmann hat noch Redezeit aus eigenständigem Recht der Fraktion. Herr Bocklet, bei Ihnen wäre es nur dann zuzulassen, wenn die Regierung ihre Redezeit überschritten hätte. Sie hat sie aber unterschritten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, fünf Minuten nach der Regierung immer!)

– Dann stimmt unsere gedruckte Geschäftsordnung immer noch nicht. Das haben wir irgendwann im Ältestenrat nachentschieden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg, ich möchte Sie bitten, dass die parlamentarischen Geschäftsführer noch einmal darüber reden, was in § 73 der Geschäftsordnung steht.

(Nicola Beer (FDP): Abs. 2!)

– Bitte klären Sie es in der Zwischenzeit. – Frau Fuhrmann, Sie haben das Wort.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Es wird sich irgendwann einschleifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, vielen Dank für das Lob. Aber ich glaube, dass Sie nicht begriffen haben, was eine Koalition ist. Der Politikansatz von FDP und CDU mit den marktradikalen Vorstellungen ist jedenfalls von der Bevölkerung nicht gewählt worden. Die CDU konnte sich die FDP auch nicht dreimal klonen, damit es für eine Mehrheit reicht. Was macht man in solchen Fällen? Eine Koalition. Dann gibt es einen Koalitionsvertrag. Das ist weder das CDU-Parteiprogramm, noch ist es das SPD-Parteiprogramm, sondern es ist an allen einzelnen Stellen ein Kompromiss, den man schließen muss. Meine Damen und Herren, so geht Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu dem, was hier kritisiert wurde. Natürlich knirscht es in den Arbeitsgemeinschaften. Das habe ich vorhin in meiner Rede auch ausdrücklich gesagt. Es gibt Klagen über Zentralismus und irgendwelche verrückten Sachbearbeiter. Aber ich möchte die Koalitionsvereinbarung hier ganz klar zitieren: „Ein so komplexes und umfangreiches Reformvorhaben“ – das muss man wirklich einmal sagen, es ist das größte der Nachkriegsgeschichte – „erfordert allerdings flexible Anpassungen und Verbesserungen. Wir werden daher durch detaillierte und passgenaue Veränderungen auf die Erfahrungen dieses Jahres

reagieren und den gesamten Harz-IV-Prozess optimieren.“

Genau das werden wir tun, und zwar abwägend, die CDU und die SPD. Wir werden sehr genau gucken, was wir verbessern müssen, damit es noch besser läuft. Ich habe vorhin einige Beispiele genannt.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich habe übrigens das Zitat von Herrn Forell wieder gefunden. Das ist nicht unwichtig. Deswegen möchte ich seine Pressemitteilung zitieren. Er hat gesagt:

Selbst wenn man die Zahlen der Optionskommunen so akzeptiert, wie die Ministerin sie unterstellt hat, kann hieraus in keinem Fall eine Überlegenheit des Optionsmodells abgeleitet werden. Selbst wenn man die umstrittene Kenngröße der Hessischen Landesregierung,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, ich zitiere –

nämlich Integration in den Arbeitsmarkt je 100 Arbeitslose, zugrunde legen würde, würden zwei Arbeitsgemeinschaften besser abschneiden als die beste optierende Kommune, und die letzten drei Plätze würden von Optionskommunen eingenommen werden.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das!)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns schon der Wahrheit stellen. Die Wahrheit haben wir, wie gesagt, noch nicht endgültig auf dem Tisch. Deswegen wundert es mich sehr, Herr Staatssekretär, dass Sie immer wieder mit großer Überzeugung ein Glaubensbekenntnis ablegen. Ich glaube, wir sollten uns an die Fakten halten, und insbesondere die Regierung sollte sich an die Fakten halten.

Nächster Punkt. Die Landesregierung sagt immer, die Landkreise wollen die Option. Das stimmt. Ein größerer Teil der Landkreise möchte die Option. Es gibt aber auch andere Kommunale Spitzenverbände. Die müssen wir auch berücksichtigen. Hier habe ich auch ein Zitat. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sagte: „Ein solcher Systemwechsel würde den Reformprozess ins Stocken bringen und damit den verbreiteten Unmut über die eigentlich richtige Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe noch vergrößern.“ So weit der Städte- und Gemeindebund.

Der Deutsche Städtetag bzw. der Präsident desselben, Christian Ude, hat das im Hartz-IV-Gesetz verankerte Engagement des Bundes bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit als richtig bezeichnet und einer Rekommunalisierung des Themas eine klare Abfuhr erteilt.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Also, meine Damen und Herren: Wir müssen bei solchen Reformen natürlich auch immer die Kommunalen Spitzenverbände fragen, ob sie sich der Aufgabe wirklich alle stellen wollen – und das ist eben zum Teil nicht der Fall.

Letzter Punkt. Der Staatssekretär hat vorhin in seiner Rede gesagt, man habe vor fünf Jahren festgestellt, dass sich die Bundesagentur nicht ausreichend um Langzeitarbeitslose kümmert. Herr Staatssekretär, damals war die Bundesagentur dafür eben nicht zuständig.

(Beifall bei der SPD – Reinhard Kahl (SPD): Genau das ist der Punkt!)

Das war ja genau das Problem. Die Bundesagentur war nur für die Arbeitslosen zuständig, nicht für die Langzeitarbeitslosen. Die sind dann bei den Kommunen in der Sozialhilfe gelandet,

(Reinhard Kahl (SPD): Genau da!)

egal, ob sie arbeitsfähig oder nicht arbeitsfähig waren. Das haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten damals zum Anlass genommen, zu sagen: „Diesen Verschiebepark darf es nicht weiterhin geben“,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

und das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ ausgelöst, um sozusagen zu fördern, zu fordern und gleichzeitig klarzumachen: Arbeitsfähige Menschen gehören nicht in die Sozialhilfe. Das war der Grund dafür, und deswegen sage ich Ihnen: Das ist alles gar nicht neu. Man hätte es damals nicht so wütend bekämpfen müssen. Wir sind vielleicht gemeinsam auf einem guten Weg.

Noch ein abschließender Satz. Das Interview von Herrn Koch hat mich doch schon sehr erstaunt. Die Frau Präsidentin hat heute gesagt: Immerhin, es ist eine Frau gewählt worden. Das ist ein bemerkenswerter Prozess. – Wengleich ich sagen muss, dass ich jede Mitwirkung an der Wahl von Frau Merkel abstreite,

(Heiterkeit bei der SPD)

muss ich doch auch sagen: Das Interview ist schon sehr erstaunlich. Die Solidaritätsbekundungen von Herrn Koch sind noch nicht drei Tage alt, und sie ist erst einen Tag im Amt. Dann zieht er ihr mit diesem Interview aber so etwas den Stuhl unter dem Hintern weg. So etwas habe ich selten erlebt. Das muss ich wirklich sagen. Aber das muss Herr Koch mit ihr abmachen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Bocklet, Sie haben das Wort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Entspannung!)

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich finde es schon nachhaltig überraschend, wie die FDP, wie die CDU und der Staatssekretär argumentieren, obgleich die Zahlen vorliegen. Herr Boddenberg, Sie gehen ja auch manchmal zur Eintracht. Wenn man 2 : 0 verliert, kann man doch nicht hinausgehen und sagen: Wir haben 2 : 2 gespielt, oder: Wir haben 2 : 0 gewonnen. – Da muss man doch sagen: Hallo, machen Sie sich doch einmal die Mühe, die Zahlen schlicht zur Kenntnis zu nehmen. Es sind doch nicht meine oder die der GRÜNEN, das sind die offiziellen Zahlen der Optierer und die offiziellen Zahlen – natürlich die vorläufigen – der Arbeitsgemeinschaft. Die sagen nach den eigenen Aussagen des Staatssekretärs: 6,9 und 7,1 % im Vergleich als Vermittlungsquote. „Etwa gleich“, sagt er. Ich habe noch eine andere ausgerechnet. Da waren es 8 : 14. Aber egal, wie es ist, ob gleich oder besser für die Arbeitsgemeinschaft: In keinem Falle kommt heraus, dass die Optionskommunen besser sind, Herr Rentsch. Das ist ja nahezu beratungsresistent. Sie weigern sich festzustellen, dass die Optierer nicht besser sind. Nehmen Sie es jetzt endlich einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ideologie!)

Wir haben Probleme vor Ort. Was wir wollen, ist, dass Sie von der Landesregierung und auch alle anderen Freiwilligen, von mir aus auch die FDP, sich daran beteiligen, dass der politische Druck darauf erhöht wird, dass gefördert wird, dass den Menschen wieder geholfen wird. Das muss der Fokus sein und nicht die intellektuell abtrünnige Debatte darüber, welche Organisationsform womöglich den Titel gewinnt. Das muss man doch einmal kapierten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Florian Rentsch (FDP): Ich sinke danieder!)

Ein letzter Punkt. Herr Rentsch, Sie sinken danieder. Ich glaube, da sollten Sie auch bleiben. Ich sage Ihnen auch gerne, warum: Wir sind einer Meinung, dass vor Ort – nehmen Sie sich noch drei Sekunden Zeit, mir zuzuhören – tatsächlich der Sachverstand vorhanden ist. Aber wir haben Hartz IV deshalb gemacht, weil wir zwei nebeneinander herlaufende Systeme von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe hatten. Die sollten fusionieren. Jetzt haben wir sie zusammen, und es gibt Probleme. Nun muss man sie lösen.

Aber wenn man Ihrem Antrag folgt

(Petra Fuhrmann (SPD): Weiß man gar nichts!)

und die Optionskommunen bundesweit flächendeckend einführt, was machen wir dann? Dann schmeißen wir doch genau die Agenturen wieder raus und haben wieder zwei nebeneinander herdümpelnde Systeme. Das ist doch der Unfug, den wir verhindern wollten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen ist die Position der GRÜNEN auch recht eindeutig. Das haben wir auch in Frankfurt konkret so beantragt, und ich bin mir sicher, in Gießen auch. Herr Schäfer-Gümbel, ich habe da auch schon einen Antrag im Schacht gesehen. Da gibt es Probleme wie Räumlichkeiten und Stellen, die bei der GIAG, bei der Arbeitsgemeinschaft, nicht vorhanden sind.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Mit der FDP zusammen machen Sie das, ja?)

Das Problem ist, dass dort die Kommunen nicht die Mehrheit haben. Achtung, aufgepasst. Die haben nicht die Mehrheit, um das Patt aufzulösen. Sie brauchen die Mehrheit, um dieses Patt aufzulösen und organisatorische Schwierigkeiten schneller zu lösen. Was sie aber nicht brauchen, ist, den Sachverstand der Bundesagentur wieder rauszuschmeißen. Dann haben wir wieder die alten Zustände wie vorher in der alten Sozialhilfe.

Genau das wollten wir ja nicht. Deswegen ist Ihr Weg ein falscher Weg. Der richtige Weg ist, den politischen Druck auf das Fördern zu verstärken. Da höre ich nichts von Ihrer Aufsichtspflicht, der Sie nachkommen, dass Sie die einbestellen und fragen: Wo werden denn die Personalschlüssel erfüllt, 1 : 75 bei Jugendlichen, 1 : 175 bei den Erwachsenen? Fast keine der in Hessen arbeitenden zuständigen Behörden hat diesen Schlüssel bisher erfüllt. Und das sind Personalberatungsschlüssel für die Menschen, für die Langzeitarbeitslosen. Die müssen sie erfüllen, und da erwarten wir, dass der Druck auf das Fördern – ich wiederhole es – erhöht wird, weil es sonst zum Schaden der Langzeitarbeitslosen ist. Denen wollten wir helfen, und denen wollen wir GRÜNEN nach wie vor helfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren! Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist hier vorgeschlagen, dass der Antrag der FDP betreffend bundesweite Zuständigkeit der Kommunen für Hartz IV/SGB II, Drucks. 16/4647, an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen wird. Alle einverstanden? – Danke.

Ich rufe damit **Tagesordnungspunkt 10** auf:

### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Verlängerung befristeter Rechtsvorschriften und zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung – Drucks. 16/4692 zu Drucks. 16/4195 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Dietz.

### **Klaus Dietz, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Hauptausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unter Berücksichtigung des Änderungsantrages Drucks. 16/4686 in der aus der Anlage – das bezieht sich auf die Drucks. 16/4692 – ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Hauptausschuss, federführend, und dem Innenausschuss, beteiligt, in der 74. Plenarsitzung am 13. Juli 2005 zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf zuletzt in seiner Sitzung am 8. November 2005 behandelt und einstimmig dem federführenden Hauptausschuss die Formulierung einer Beschlussempfehlung an das Plenum überlassen.

Der Hauptausschuss hat zu dem Gesetzentwurf im Oktober 2005 eine schriftliche Anhörung durchgeführt und sich zuletzt in seiner Sitzung am 22. November 2005 mit dem Gesetzentwurf befasst. Der Hauptausschuss ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem oben genannten Votum gelangt.

Durch die Annahme des Änderungsantrages Drucks. 16/4686 hat sich der Änderungsantrag Drucks. 16/4645 erledigt. – Vielen Dank.

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, es liegt mir für die Aussprache und die Redezeit von zehn Minuten

(Reinhard Kahl (SPD): Fünf Minuten!)

– ja, für die Redezeit von fünf Minuten – zunächst die Meldung von Dr. Jürgens für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Vielleicht können die Geschäftsführer inzwischen klären, was wir mit dem Punkt 14 machen, ob der noch vor der Mittagspause aufgerufen wird.

### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst für meine Fraktion der Befriedigung Ausdruck ge-



ben, dass durch die vorgenommene Änderung, die Sie gerade im Bericht gehört haben, von allen anderen drei Fraktionen einer Forderung gefolgt worden ist, die ich für meine Fraktion bereits in der ersten Lesung von diesem Pult aus formuliert habe. Aus der Formulierung der Beschlussempfehlung geht das ja nicht so ganz eindeutig hervor, aber ich möchte schon noch einmal betonen, dass das, was jetzt gemacht worden ist, auf eine GRÜNEN-Initiative zurückgeht. Darüber freuen wir uns natürlich sehr, dass wir schlussendlich Erfolg hatten.

Es geht um Folgendes: In der ersten Fassung des Gesetzentwurfes war ja noch eine Änderung des § 1 des Gesetzes über Volksabstimmungen vorgeschlagen, wo aufgenommen werden sollte, wann eine Abstimmung zu einer Änderung der Verfassung stattfinden muss. Dieses Ganze sollte mit dem Zusatz versehen werden: „die der Zustimmung des Volkes bedarf“.

Ich habe schon bei der ersten Lesung gesagt: Es kann nicht sein, dass der Gesetzgeber etwas vorwegnimmt, was der Verfassungsgeber bisher nicht beschlossen hat. Denn es ist so – das wissen wir alle – in der Verfassung vorgegeben, dass bisher jede Änderung der Verfassung einer Abstimmung durch das Volk bedarf.

Ich habe von Anfang an gesagt: Es ist nicht zulässig, dass der Gesetzgeber im Vorgriff auf eine mögliche Änderung tätig wird. Das war ja das Diskussionsergebnis in der Enquetekommission, dass auch eine qualifizierte Mehrheit des Landtages möglicherweise die Verfassung ohne nachfolgende Volksabstimmung ändern kann. Wenn dies aber gerade der Verfassungsgeber, das Volk selbst, bisher nicht beschlossen hat, dann darf der Gesetzgeber es auch nicht vorziehen.

Wir wissen seit der Stellungnahme von Herrn Prof. Wieland aus Frankfurt: Das wäre ein eklatanter Verstoß gegen den Vorrang der Verfassung gewesen und damit gegen ein Fundamentalprinzip unserer Demokratie. Er hat mit dieser Stellungnahme bestätigt, was wir schon immer gesagt haben, und die jetzt vorgenommene Änderung folgt dem ja auch.

Vielleicht kann man daraus auch etwas lernen, insbesondere in der Mehrheitsfraktion: Sie sollten vielleicht künftig gelegentlich die Argumente der Opposition ernst nehmen, abwägen und tatsächlich auch darüber nachdenken. Für uns bedurfte es jedenfalls nicht der Stellungnahme eines namhaften Professors, um den Respekt vor der Verfassung zurückzugewinnen. Bei uns war das von vornherein klar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir könnten nach dieser vorgenommenen Änderung an sich dem Gesetz, dem Art. 1, ohne weiteres zustimmen. Ich habe das in der ersten Lesung schon gesagt. Für uns sind die weiteren vorgenommenen Änderungen am Gesetz über die Volksabstimmung unproblematisch. Daran hat sich auch durch die Einwände, die teilweise in der schriftlichen Anhörung vorgetragen worden sind, nichts geändert, weil wir die – ich habe nicht ausreichend Zeit, das auszuführen – im Ergebnis jedenfalls für nicht stichhaltig halten.

Gleichwohl können wir dem Gesetz nicht zustimmen, weil es in den übrigen Artikeln Bestimmungen enthält, die wir nicht mittragen können. In den nachfolgenden Artikeln werden die Laufzeiten der dort angeführten Gesetze ausschließlich verlängert. In der Begründung heißt es jeweils lapidar: „Die Befristung der Gesetze wird nach erfolgreicher

Evaluierung um ... verlängert.“ Wir wissen aus der Besprechung in den Ausschüssen, insbesondere aus der Besprechung im Hauptausschuss, dass im Grunde genommen – wenn überhaupt – allenfalls eine Scheinevaluierung stattgefunden hat. Eine fundierte Evaluierung hat jedenfalls nicht stattgefunden. Der Hessische Städtetag hat in seiner Stellungnahme ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er sehr bereit gewesen wäre, sich an einer Evaluierung zu beteiligen, es habe ihn aber niemand gefragt.

Wir sind nicht der Auffassung, dass alle in dem Gesetzentwurf genannten Gesetze, die einfach verlängert werden sollen, auf der Höhe der Zeit sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir glauben das nicht vom Altenpflegegesetz, wir glauben das nicht vom Naturschutzgesetz, wir glauben das nicht vom Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheide. Daher sind wir der Auffassung, dass eine schlichte Verlängerung von Gesetzen ohne eine ausreichende Evaluierung dem Grund der Befristung nicht gerecht wird. Deshalb können wir im Ergebnis dem Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht geben. Art. 1 des Gesetzentwurfs hätten wir hingegen zustimmen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Posch das Wort.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Einbringung dieses Gesetzentwurfs zurückkommen. Seinerzeit hat Herr Staatsminister Wagner gesagt, es handle sich um einen parlamentarischen Routinevorgang. Ich habe für die FDP-Fraktion dieser Aussage widersprochen, denn es geht nicht um einen parlamentarischen Routinevorgang, sondern um die Frage: Macht es Sinn, Gesetze weiterhin zu befristen, oder nicht?

(Beifall bei der FDP)

Sie wissen, dass wir in der vorigen Legislaturperiode beschlossen haben, Gesetze zukünftig zu befristen – wohl wissend, dass es eine sehr intensive Diskussion gab, ob das Sinn macht oder nicht. Es gab eine Diskussion darüber, ob es „Ewigkeitsgesetze“ gibt, die man immer braucht, und Gesetze, die man tatsächlich einer Befristung unterwerfen sollte.

Ich habe damals gesagt: Es geht nicht, dass wir keine ausreichenden Erfahrungsberichte über das bekommen, was die Ressorts dazu veranlasst hat, uns vorzuschlagen, die Laufzeit bestimmter Gesetze zu verlängern. Deswegen kann ich der Landesregierung den Vorwurf nicht ersparen, dass erst eine parlamentarische Initiative dazu geführt hat, dass Herr Staatsminister Grüttner im Hauptausschuss die Vorlage einer Evaluation nachgeholt hat. Ich kann nur bitten, in Zukunft eine wirkliche Überprüfung und Bewertung vorzunehmen und die Verlängerung der Laufzeit von Gesetzen eben nicht zu einem parlamentarischen Routinevorgang zu machen, denn sonst wird das Ansinnen, das wir mit der ursprünglichen Beschlussfassung verfolgt haben, beim besten Willen nicht gewährleistet.



(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann der Landesregierung einen zweiten Vorwurf nicht ersparen. Ich habe in der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass ein wesentliches Essential des Gesetzentwurfs die Tatsache war, dass man in dem Gesetz über die Volksabstimmung bereits einen Stimmzettel für die Abstimmung über die Frage entworfen hat, wie man eine Verfassungsänderung vornehmen kann, per Einzelabstimmung oder in Form einer Abstimmung über alle vorgelegten Änderungen. Man hat dies getan, wohl wissend, dass die Enquetekommission überhaupt keinen Vorschlag vorgelegt hat, der für eine Verfassungsänderung relevant gewesen wäre. Es ist ein Armutszeugnis, dass die CDU-Fraktion in Kenntnis sowohl dieses Sachverhalts als auch der Argumente, die Kollege Dr. Jürgens vorgetragen hat, das nun aus dem Gesetz herausnehmen will. Wenn das ordentlich vorbereitet gewesen wäre, hätten wir uns das ersparen können. Dieser bürokratische Aufwand wäre entbehrlich gewesen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir, nachdem die Erfahrungsberichte vorliegen, dem Gesetzentwurf zustimmen werden. Ich gebe allerdings zwei Aspekte zu bedenken. Wir müssen in Zukunft darüber nachdenken, wie wir den Meinungsbildungsprozess darüber, ob ein Gesetz noch benötigt wird oder nicht, verfeinern und verbessern können. Das, was wir jetzt machen, reicht unseres Erachtens in Zukunft nicht mehr aus.

Herr Dr. Jürgens, einer Ihrer Aussagen widerspreche ich. Sinn der Entscheidung darüber, ob die Laufzeit eines Gesetzes verlängert wird, ist nicht, bei der Gelegenheit gleich eine Aktualisierung des betreffenden Gesetzes vorzunehmen. Wenn es einen konkreten politischen Anlass gibt, ein Gesetz zu ändern, dann ist auch ein konkreter politischer Anlass dafür gegeben, dieses Gesetz zu novellieren. Beim Ablauf der Befristung eines Gesetzes geht es ausschließlich um die Frage: Brauchen wir dieses Gesetz überhaupt noch, oder können wir es substanziell ändern, beispielsweise verkürzen, um Beschleunigungseffekte zu erzielen?

Ich sage das deswegen noch einmal, weil wir über die Frage diskutieren, wie wir das künftig beantworten, ob wir wirklich jedes Gesetz befristen oder die alte Debatte über „Ewigkeitsgesetze“ und befristbare Gesetze wieder aufgreifen. Die FDP-Fraktion will an dem Reformvorhaben, Gesetze zu befristen, nach wie vor festhalten. Es reicht aber nicht aus, einer Verlängerungsentscheidung ausschließlich die Meinungsbildung der Ressorts zugrunde zu legen.

Das sind die Überlegungen, die uns in dieser Sache bewegen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir die Notwendigkeit sehen, dass die Gesetze, die von der Landesregierung zur Verlängerung vorgeschlagen werden, in der vorgesehenen Form verlängert werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU.

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte gern noch einmal auf die Einbringung dieses Gesetzentwurfs, auf die erste Lesung zurückkommen. Dort wurden von den anderen Fraktionen im Wesentlichen zwei Kritikpunkte vorgetragen.

Der erste Kritikpunkt betraf die Evaluation. Herr Posch hat das richtig dargestellt. Es ist eine Evaluation nachgeliefert worden. Ich bin schon ein wenig erstaunt, Herr Dr. Jürgens, wenn Sie plötzlich erklären, es würde Ihnen nicht ausreichen, was Herr Staatsminister Grüttner an Evaluation nachgeliefert hat. In der Ausschussberatung ist nirgendwo zum Ausdruck gebracht worden, dass diese Evaluation nicht hinreichend sei.

Herr Posch, auch ich hätte mir ein anderes Ergebnis der Evaluation gewünscht. Sie haben gesagt, Ziel der Befristung der Gesetze sei es, zu prüfen, ob man sie noch brauche oder nicht. Nach der Evaluation müssen wir feststellen, dass die Laufzeit fast aller Gesetze, die in diesem Gesetzentwurf genannt sind, durch bundesgesetzliche Vorgaben oder durch europarechtliche Vorgaben festgelegt ist. Ich hatte erhofft, dass man die Laufzeit des einen oder anderen Gesetzes nicht verlängern müsse. Leider sind aber die Vorgaben der EU und des Bundes anders. Auch ich hätte mir ein anderes Ergebnis gewünscht, aber auch das sind Erkenntnisse, die man erst bei einer Evaluation gewinnen kann.

Der zweite Kritikpunkt betraf den § 1 des Volksabstimmungsgesetzes. Die anderen Fraktionen haben vorgetragen, dass hier eine mögliche Verfassungsänderung vorgezogen werden sollte. Wir haben dies zum Anlass genommen, lieber Herr Dr. Jürgens, einen Änderungsantrag zu stellen. Ich muss heute feststellen, dass wir es Ihnen aber auf keinen Fall recht machen können. Einerseits sagen Sie, wir seien stur und würden im Gesetzgebungsverfahren die Anhörungen nicht nutzen, um zu anderen Erkenntnissen zu kommen. Sie sagen, wir würden die Gesetze „stur durchhauen“. Wenn wir das – Ihrer Meinung nach – nicht tun, dann machen Sie uns den Vorwurf, wir hätten doch gleich auf die GRÜNEN hören sollen. Wenn ich mir das unter dem Strich betrachte, dann muss ich eigentlich zu der Feststellung kommen: Auf die GRÜNEN können wir gar nicht hören, weil es sowieso verkehrt ist, was wir tun.

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollen den kritisierten Halbsatz herausnehmen, sodass Sie eigentlich zustimmen könnten, zumal Ihre Kollegen und Sie in den Ausschüssen an den Ergebnissen der Evaluation nichts zu kritisieren hatten. Heute haben Sie eine Pirouette gedreht, um begründen zu können, warum Sie dem Gesetzentwurf doch nicht zustimmen können. Ich freue mich aber, dass offensichtlich eine breite Mehrheit in diesem Hause bereit ist, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Darüber freue ich mich, und dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Pauly-Bender das Wort.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Zeimetz-Lorz, Herr Dr. Jürgens, ich wundere

mich ein bisschen darüber, wessen Urheberschaft Sie für die notwendigen Änderungen, die die Landesregierung noch eingebracht haben, reklamiert haben. Die SPD-Fraktion hat im Hauptausschuss nicht nur einmal vorgebracht, dass wir der Auffassung sind, dass Gesetze unterhalb der Verfassung mit der Hessischen Verfassung in Einklang stehen müssen. Wir haben moniert, dass die vorgeschlagene Änderung in § 1 des Volksabstimmungsgesetzes, die auch von den GRÜNEN streitig gestellt worden ist, diese Grundregel missachtet. Zukünftig soll von zwei Formen der Verfassungsänderung die Rede sein.

In der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung waren wir diejenige Fraktion, die gesagt hat,

(Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

es ist für uns ein hoher Wert der hessischen Verfassungskultur, dass das Volk der Souverän, der Verfassungsgeber ist. Das Parlament darf zwar Vorschläge machen, aber der Souverän – klar bestimmt – ist das Volk. Deshalb konnten wir es nicht hinnehmen, dass – ich will noch nicht einmal sagen: in vorauseilendem Gehorsam, sondern: verfassungswidrig – unterhalb der Verfassung eine andere Regelung gefunden werden soll. Deshalb haben wir dies streitig gestellt.

Frau Zeimetz-Lorz, wir haben es für einen sehr normalen Akt gehalten, dass die Landesregierung – nachdem sie darauf aufmerksam gemacht wurde – diese verfassungswidrige Gesetzesänderung in dem Entwurf zurückgezogen hat.

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD))

So konnten wir uns dann mit dem Thema Evaluierung befassen. Frau Zeimetz-Lorz, es ist ebenfalls nicht zutreffend, dass in keinem der Ausschüsse über das Thema „Wie wird im Lande Hessen evaluiert?“ gesprochen wurde. Vielmehr gab es einen Ausschuss, der verlangt hat: Wenn Rechtsvorschriften auslaufen und über ihre Zukunft entschieden wird, dann muss eine Evaluierung stattfinden.

Wir räumen als SPD-Fraktion ein, dass wir uns hier in Neuland befinden, denn wir praktizieren diese Gesetzgebungsmethode in Hessen noch nicht allzu lange. Jetzt läuft sozusagen ein erster Schwung aus, ein nächster kommt zum Ende des nächsten Jahres. Deshalb haben wir eine Evaluierung gefordert.

Meine Damen und Herren, das war auf drei Seiten eine Zusammenfassung von Evaluierungen, von denen wir den Eindruck haben, dass sie nach zwei Fragen erhoben wurde, etwa so: Wird das Gesetz genutzt? Und: Geht es einigermaßen so weiter?

Meine Damen und Herren, so können wir das in Zukunft nicht praktizieren. Frau Zeimetz-Lorz, bei Ihnen reklamieren wir hier nicht nur den Respekt vor dem Verfassungsgesetzgeber – wie zu dem ersten Punkt –, sondern wir reklamieren bei Ihnen den Respekt vor dem Souverän Gesetzgeber. Wenn wir uns nach Mitteln so ausstatten, dass die Evaluierung von Gesetzen der Regierung obliegt und das Parlament praktisch am Regierungswissen partizipieren muss, dann müssen wir zu Qualitätsmaßstäben der Evaluierung kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, heute – im November dieses Jahres – sind wir in der Situation, zu wissen, dass bereits zum 31.12. des nächsten Jahres ein weiterer Schwung Gesetze ausläuft. Zu diesem Schwung wird auch bereits evaluiert. Ich möchte einmal die steile These hier in den

Raum stellen, dass die verehrte und immer sehr gut informierte Geschäftsführerschaft jetzt nicht ad hoc sagen könnte, welche Gesetze zum 31.12.2006 auslaufen. Daran können wir schon sehen, dass es sehr wichtig ist, das Parlament rechtzeitig zu informieren.

(Reinhard Kahl (SPD): Das würde ich auch sagen!)

Frau Zeimetz-Lorz, das hat unser Fraktionsvorsitzender im Hauptausschuss auch angesprochen. Man kann das nicht in Gesetzen festschreiben, aber wir appellieren an den Landesgesetzgeber,

(Reinhard Kahl (SPD): Das sind wir!)

diese vernünftige Gesetzgebungstechnik – Gesetze auf den Prüfstand zu stellen – so seriös zu betreiben, dass alle den Eindruck haben, dass die Souveränität der Entscheidung beim Parlament liegt.

Aus anderen Gründen wurde heute sehr oft Wisconsin erwähnt. Als Sozialpolitischer Ausschuss haben wir uns damals nicht nur mit dem Thema Arbeitsförderung in Wisconsin beschäftigt, sondern wir haben auch wissenschaftliche Institute besucht, die – weil das in Wisconsin einen anderen Vorlauf hat und dort eine andere Praxis herrscht – sich mit dem Thema Evaluierung von Gesetzen befasst haben. Wenn man diese Freundschaften pflegt, könnte man sich vielleicht auch einmal über die Evaluierungskriterien in anderen Ländern unterhalten, um in Hessen dazuzulernen.

So haben wir also hier einen Appell an die Hessische Landesregierung zu hinterlegen. Weil das in Hessen Neuland ist – aber auch nur deshalb – und wir mit Herrn Posch der Auffassung sind, dass eine solche Verlängerungsprüfung nicht in jedem Falle die Freigabe für Diskussionen über den Gesetzeszweck insgesamt sein kann – sonst kämen wir nämlich zu jedem Jahresende in eine wilde Turbulenz –, sind wir mit den ansonsten vorgeschlagenen Verlängerungen einverstanden, hoffen aber sehr, dass die Hessische Landesregierung den Respekt vor dem hessischen Verfassungsgeber ernst nimmt und den Respekt vor dem hessischen Parlament als Gesetzgeber bei solchen Prüfungen in Zukunft beherzigt.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Hessische Landesregierung hat Herr Staatsminister Banzer das Wort.

#### **Jürgen Banzer, Minister der Justiz:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße zunächst einmal, dass diese neue Gesetzestechnik ganz offensichtlich insgesamt für einen Fortschritt gehalten wird. Ich denke, dass wir in den nächsten Jahren auch etwas Übung bekommen, wie wir damit umgehen.

Diesmal sind es immerhin schon zwölf Gesetze, die zur Verlängerung anstehen. Im Einzelnen sind dies das Gesetz über die Volksabstimmung – Art. 1 – und das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid – Art. 2. Beide Gesetze sollen um sechs Jahre verlängert werden, damit wir erreichen können, dass die hessischen Wahlgesetze zum 31. Dezember 2011 insgesamt zur Verlängerung anstehen.

Die Geltungsdauer des Hessischen Altenpflegegesetzes – das wurde eben angesprochen, Art. 5 – wird bis zum 31. Dezember 2007 befristet, weil zum 1. Januar 2008 eine neue gesetzliche Regelung im Sinne eines hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesaltenpflegegesetz erfolgen wird.

Schließlich soll, auch das wurde angesprochen, das Hessische Naturschutzgesetz – Art. 10 – in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe Verwaltungsvereinfachung lediglich bis zum 31. Dezember 2006 verlängert werden, weil hier eine gesetzliche Neuregelung vorgesehen ist.

Alle anderen Vorschriften werden bis zum 31. Dezember 2010 verlängert.

Ich glaube, die Diskussion um Art. 1 ist inzwischen für alle befriedigend beantwortet. Insgesamt sieht man daraus, dass hier nicht schematisch verlängert wurde, sondern dass man sich doch mit den konkreten Situationen der einzelnen Gesetze beschäftigt hat. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

Ich bitte Sie, diesem Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsantrags der CDU-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Über den Antrag wird in der Fassung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses – der CDU, SPD und FDP zugestimmt haben – abgestimmt.

Wer diesem Gesetzentwurf in der genannten Fassung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD – –

(Zurufe von der SPD: Nein!)

– Ihr habt zugestimmt? Also wie im Hauptausschuss? Die eine Hälfte hat abgestimmt, die andere Hälfte hat nichts gemacht.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir haben zugestimmt, selbstverständlich!)

– Also wie im Hauptausschuss: CDU, SPD und FDP haben diesem Gesetzentwurf in der genannten Fassung zugestimmt und ihn damit zum Gesetz erhoben.

Meine Damen und Herren, die Geschäftsführer haben sich verständigt, dass Tagesordnungspunkt 14 jetzt nicht behandelt wird, sondern **Tagesordnungspunkt 16:**

#### **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einwände der Wirtschaft gegen Neubau des Flughafens Kassel-Calden ernst nehmen – Drucks. 16/4071 –**

Die Redezeit pro Fraktion beträgt fünf Minuten. Zur Begründung des Antrags hat Herr Mathias Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten haben sich die Einwände aus der Wirtschaft, aber auch von anderen Verbänden, gegen den geplanten Ausbau des Flughafens Kassel-Calden –

genauer muss man sagen: des Neubaus des Flughafens Kassel-Calden – verstärkt. Wir meinen, der Hessische Landtag sollte diese Einwände ernst nehmen, sich mit ihnen beschäftigen und im Rahmen einer Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr darüber beraten, ob der geplante Neubau des Flughafens Kassel-Calden tatsächlich so erfolgen soll – angesichts der erheblichen Bedenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige dieser Bedenken möchte ich Ihnen vortragen.

Aus den jüngsten Tagen gibt es eine Resolution der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen. Unter der Überschrift „Kein Bedarf“ schreibt sie:

Im Einzugsbereich des geplanten Flughafens Kassel-Calden gibt es bereits drei leistungsstarke Flughäfen: Hannover, Erfurt, Paderborn-Lippstadt. Der internationale Flughafen Frankfurt ist von Kassel in 90 Minuten zu erreichen. Damit werden schon jetzt in ausreichendem Umfang Leistungen des nationalen und internationalen Luftverkehrs angeboten.

Ich zitiere eine weitere Bemerkung.

(Clemens Reif (CDU): Kronzeugen!)

Der Staatssekretär im Düsseldorfer Verkehrsministerium – Herr Kollege Reif, ein Angehöriger Ihrer Partei –

(Clemens Reif (CDU): Wir sind nicht unfehlbar!)

spricht im Zusammenhang mit diesem Flughafen Calden von einer „Fehlallokation“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Das verstehe ich sehr gut, Herr Kollege!)

Jetzt könnte man immer noch sagen, das sind Vertreter aus anderen Bundesländern, die verfolgen vielleicht andere Interessen.

(Clemens Reif (CDU): Richtig!)

Aber der Widerstand, die Einwände kommen doch auch aus Hessen. So schreibt der Bund der Steuerzahler unter der Überschrift „Millionengrab Kassel-Calden: eine Luftnummer, die keiner will“:

(Clemens Reif (CDU): Der schreibt auch, dass Sie zu viel Geld bekommen!)

„Die Zweifel an dem Projekt werden immer stärker.“

Das Urteil von Daniel Stelter, Boston Consulting Group: Gemessen an den Kosten pro Arbeitsplatz seien derlei Subventionen schlimmer als im Kohlebergbau. – Meine Damen und Herren, das müssen wir hier in diesem Haus doch ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Reif, die Einschläge kommen näher. Der Landrat des Landkreises Waldeck-Frankenberg

(Lachen des Abg. Clemens Reif (CDU))

sagt zu Kassel-Calden: keine Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg.

Wenigstens die Einwände Ihrer eigenen Parteifreunden sollten Sie vielleicht doch ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Auch die Vertreter der Fluggesellschaften – die sollen diesen Flughafen doch wohl irgendwann nutzen – sagen, dass sie keinen Bedarf für diesen Flughafen sehen. So sagt Joachim Hunold, Chef von Air Berlin: „Wir brauchen keine Nonsens-Airports wie Hof, Plauen oder Kassel-Calden. Die Quittung bekommen dann die Steuerzahler.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Karlheinz Weimar: Sind Sie der Anwalt von Air Berlin?)

– Herr Finanzminister, ich bin nicht der Anwalt von Air Berlin, aber Sie sollten der Anwalt der Steuerzahler in diesem Land sein und nicht 151 Millionen € im Sand versenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Der Sprecher von dba sagt: „Wir planen derzeit nicht, Kassel-Calden anzufliegen.“

(Minister Karlheinz Weimar: Klar!)

Die Lufthansa sagt, bei diesem Vorhaben sollen rund 150 Millionen € in einen nicht benötigten Ausbau des Flughafens gesteckt werden,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

obwohl nach Expertenmeinung keine Nachfrage nach einem Regionalflughafen in Kassel besteht.

So weit alles kritische Äußerungen aus der Wirtschaft zu diesem Projekt. Ich verstehe die Aufregung der CDU an diesem Punkt überhaupt nicht.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist ein Beleg für die Qualität Ihrer Rede!)

– Herr Weimar, wenn das, was Sie hier dazwischenrufen, gelassen ist, dann will ich nicht erleben, wenn Sie aufgeregt sind – Herr Weimar, wirklich nicht.

(Minister Karlheinz Weimar: Das rate ich Ihnen auch!)

– Ach, wie goldig, jetzt wollen Sie auch noch drohen. – Aber ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht. Herr Kollege Boddenberg, wenn Sie sich Ihrer Sache so sicher sind,

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

wenn Sie glauben, dass die Argumente für dieses Projekt so bestechend sind, dann werden Sie auch den Mut haben, sich einer Anhörung zu diesem Thema im Wirtschaftsausschuss zu stellen. Dann können wir die Argumente wägen. Nichts anderes beantragen wir. Wenn Sie sich so sicher sind, dann können Sie – Herr Boddenberg und der Rest der Fraktion – mit Sicherheit unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir tun gut daran, bevor wir 150 Millionen € an Steuergeldern in ein solches Projekt investieren, dass wir uns mit den Einwänden, die vorgebracht wurden, beschäftigen und eine solche Anhörung machen,

(Zuruf von der CDU)

damit uns Leute, die Einwände gegen dieses Projekt haben, diese Einwände vortragen können. Dann können wir

– jeder für sich – immer noch auf der Grundlage des Ergebnisses der Anhörung entscheiden, welche Konsequenz aus der Anhörung zu ziehen ist.

(Clemens Reif (CDU): Warum denn eine solche Anhörung?)

– Herr Kollege Reif, wenn man diese Argumente noch nicht einmal zur Kenntnis nehmen will,

(Clemens Reif (CDU): Das machen wir doch!)

dann zeigt das, dass Ihre Befürwortung für dieses unsinnige Projekt auf sehr tönernen Füßen steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächster Redner: Herr Lübcke für die Fraktion der CDU.

(Clemens Reif (CDU): Das war ein suboptimaler Auftritt!)

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wagner, wenn es keines weiteren Beispiels Ihrer Unfähigkeit des wirtschaftlichen Sachverständes und Denkens bedurft hätte, dann war es heute – wie Sie das vorgetragen haben – der Fall.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?)

Der vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie Sie ihn formuliert haben, zeigt einmal mehr, dass Sie Kronzeugen heranziehen, die Sie an anderen Orten – z. B. in Frankfurt – ablehnen. Sie müssen sich einmal entscheiden, ob Sie die Lufthansa als Kronzeugen anführen oder nicht. Sie müssen sie selbstverständlich auch für Frankfurt zulassen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie aber auch!)

– Selbstverständlich, Herr Wagner. Nur, wenn Sie sehen, welche Unternehmen – die IHK Ostwestfalen-Lippe – Sie angeführt haben: Die haben sicher ein klares Interesse für ihren Standort in Paderborn. Genauso der Landrat von Waldeck-Frankenberg,

(Reinhard Kahl (SPD): Dazu sagen Sie etwas!)

der mit seinem Nordkreis sicher näher an Paderborn als an Calden liegt. Das muss man regional sehen. Ich glaube, dass die Landesregierung mit der Entscheidung, in Nordhessen, in Kassel-Calden, diesen Flughafen zu bauen, einen Leuchtturm setzt, wozu wir bewusst sagen: Wir wollen diese Region weiterentwickeln und dafür sorgen, dass Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Für die zukünftige Entwicklung der gesamten Region Nordhessen ist der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionalflughafen von immenser Bedeutung.

(Dieter Posch (FDP): Also doch!)

Flughäfen sind nicht nur ertragsabhängige Unternehmen, sondern sie haben auch eine weitere Aufgabe. Diese macht sie zumindest ebenso bedeutend wie Autobahnausfahrten, Straßenbahnhaltstellen oder ICE-Bahnhöfe.



Herr Wagner, alle diese Einrichtungen schaffen Verbindungen, und zwar Verbindungen zwischen Menschen, und sie bringen Güter zu den Menschen. Darin liegt der eigentliche Nutzen von Verkehr.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn keiner fährt, nicht!)

Wer den Flugverkehr auf wenige Standorte in Deutschland beschränken will, der beschränkt damit auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen, die abseits von den Ballungsgebieten liegen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Calden boomt bislang!)

Es ist völlig klar: Je weniger Flughäfen die ständig wachsenden Passagierzahlen auffangen, desto wirtschaftlicher können die anderen arbeiten. Diese Einsicht steht aber im Gegensatz zu der Erfahrung, dass Wirtschaftsstandorte ohne zeitgerechte Verkehrsanbindung im europäischen Konzept keine Rolle spielen werden.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Unsinn! Es gibt doch Anbindungen!)

Wir haben als verantwortungsvolle Politiker diesen Konflikt zu lösen. Wir, die CDU-Fraktion, stehen dafür, dass Nordhessen eine Zukunft hat und dass Nordhessen zeitgerecht wettbewerbsfähige Verkehrsbedingungen bekommt, Herr Jürgens.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann endlich haben Sie vor, Nordhessen ans Meer anzubinden?)

Ich sage, dass wir im Konzert der europäischen Regionen hiermit eine Chance eröffnet bekommen. Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sind gegen den Bau der Startbahn in Frankfurt, ohne die dieser Flughafen nicht die Jobmaschine wäre, die er im Rhein-Main-Gebiet ist. Herr Jürgens, Sie waren übrigens ganz persönlich, wahrscheinlich mit Ihren grünen Freunden, gegen die ICE-Neubaustrecke Hannover – Würzburg mit dem Halt in Kassel. Ihr Umweltminister Fischer hat damals dagegen geklagt. Herr Jürgens, Sie nutzen diesen Bahnhof genauso wie ich. Schauen Sie sich an, was sich in den vergangenen 20 Jahren rund um den Bahnhofsneubau Wilhelmshöhe entwickelt hat und wie die gute Verkehrsinfrastruktur gerade durch den ICE-Halt in Kassel die wirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflusst hat.

Sie sind gegen den Neubau der A 44 und der A 49. Schauen Sie sich an, wie bestehende Standorte, die an entsprechende Infrastruktur angebunden sind, sich entwickeln. Herr Jürgens, Sie können jetzt die alten Salzstraßen nennen, die Kreuzpunkte waren, an denen sich große Städte gebildet haben. Wir haben heute nur die Chance, dass wir Nordhessen im Logistikbereich ausbauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich danke der Regierung Koch im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich dafür, dass sie hier den Schwerpunkt setzt. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass es mit Karlheinz Weimar einen Finanzminister mit besonderen Aktivitäten gibt. Wir freuen uns, dass es hier vorangeht. Herr Posch hat früher auch schon entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Herr Jürgens, Sie – die GRÜNEN – haben dagegen bewiesen, dass es Ihnen, nicht um die Menschen in Nordhessen und nicht um die Zukunft der Menschen geht.

Die Tatsache, dass Sie als Quellen Wirtschaftsunternehmen heranziehen, die kein deutliches Interesse an zusätzlichen Wettbewerbern und Konkurrenz haben, disqualifiziert Sie in diesem Raum. Darüber hinaus zeigt die Geschichte der Verkehrsanbindungen in Europa, dass Ihre Behauptung, der Neubau würde keinen Beitrag zur Entwicklung der Region leisten, schlicht unwahr ist.

Meine Damen und Herren, wir sind in Nordhessen der Hoffnung, dass dieses Projekt möglichst rasch umgesetzt wird, dass wir unsere Chancen nutzen und nicht durch eine Verhinderungstaktik der GRÜNEN nach hinten gestellt werden. Wir warten darauf. Schauen Sie sich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Arbeitsamtsbezirk Kassel zu den umliegenden Regionen an. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich in Nordhessen schon anders als in den umliegenden Regionen. Wir werden dort dank des Schwerpunktes Logistik ein weiteres Anwachsen an Arbeitsplätzen finden.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu brauchen wir Kassel-Calden nicht!)

Der Flughafen Kassel-Calden gehört zum Konzert. Herr Jürgens, ich freue mich auf Ihren ersten Abflug in irgendwelche Urlaubsgebiete. Ich hoffe, dass Sie dann den Wert des Flughafens persönlich zu schätzen wissen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion der SPD hat Herr Frankenberger das Wort.

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wagner, wenn die Einwände, die Sie eben vorgetragen haben, wirklich neue Argumente wären, dann könnten wir über eine Anhörung reden. Aber das ist doch alles Altbekanntes, was Sie hier zitiert haben. Das ist doch nichts Neues. Damit befassen wir uns schon seit sechs Jahren, seitdem bekannt ist, dass die Region einen Ausbau dieses Flughafens in ihrer großen Mehrheit will.

Meine Damen und Herren, was wir derzeit bei der Diskussion um den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden erleben, ist leider typisch für die Art und Weise, wie mit derartigen Infrastrukturprojekten umgegangen wird. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass wir bei der Diskussion um den Flughafenausbau zuerst den Fokus auf die Chancen richten sollten, die dieses Projekt für die Region bietet. So sind wir auch in der Region an dieses Projekt herangegangen. Dann gilt es, Chancen und Risiken, die es bei solchen Großprojekten – wir wollen das gar nicht bestreiten – immer gibt, sorgfältig miteinander abwägen. Wir sind nach sorgfältiger Abwägung zu dem Schluss gekommen, dass die Risiken vertretbar und die Chancen, die der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden der Region bietet, ungleich größer sind und dass wir sie auch nutzen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Auseinandersetzung um Kassel-Calden erinnert mich an die Diskussion über die zwei größten Infrastrukturprojekte der letzten 40 Jahre in

der Region Nordhessen. Als sich die damalige Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Georg-August Zinn

(Günter Rudolph (SPD): Guter Mann!)

für die Gründung einer Hochschule in Kassel einsetzte, gab es damals schon die Bedenkenträger, die wir alle heute so gut kennen.

(Jürgen Walter (SPD): Aber nicht von den GRÜNEN! – Minister Karlheinz Weimar: Die gab es noch nicht!)

– Die GRÜNEN gab es damals noch nicht. Das gestehe ich Ihnen zu, Herr Walter.

Ein ganz anderes Argument, was damals immer vorgetragen wurde, war: Es gibt doch in Marburg und in Göttingen zwei renommierte Universitäten; wozu brauchen wir dann in Kassel noch eine Hochschule? – Die Uni Kassel hat heute einen festen Platz in der Region, und niemand wird ernsthaft bestreiten, dass sich gerade diese Universität um die Entwicklung der Region große Verdienste erworben hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen. Auch bei der Diskussion um den Neubau der ICE-Strecke Würzburg – Fulda und der Anbindung an Kassel gab es – meine Damen und Herren von den GRÜNEN, unter Ihrer starken Beteiligung – Gruppen, die die Meinung vertreten haben, eine Anbindung an das ICE-Netz sei nicht nötig, denn mit Göttingen gebe es einen in erreichbarer Nähe liegenden ICE-Bahnhof. Irgendwie kommen einem die Argumente doch bekannt vor.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Niemand, auch die GRÜNEN nicht, möchten heute den ICE-Anschluss missen, weil wir alle wissen, dass er große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung von Kassel und der Region hat. Übrigens, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, habe ich Sie noch nie nach der Wirtschaftlichkeit des ICE-Bahnhofes Kassel fragen hören. Es wäre interessant, einmal zu schauen, ob die eigenen Projekte, die Sie so vehement vertreten, auch den von Ihnen gesetzten Maßstäben einer Wirtschaftlichkeitsbeurteilung standhalten würden.

(Minister Karlheinz Weimar: Er verdient sein Geld in Fernverkehrsprojekten!)

Ähnliches gilt auch für die Kurhessen-Bahn – ein weiteres wichtiges Infrastrukturprojekt, das übrigens wesentlich teurer als die geplante Maßnahme in Kassel-Calden war.

(Minister Karlheinz Weimar: So ist das!)

Meine Damen und Herren, wie ist denn die Ausgangslage, damit der heute stattfindende Geschäftsreiseverkehr durchgeführt werden kann? Zum Erhalt des Status quo sind Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen beim Flughafen Kassel-Calden von 25,5 Millionen € notwendig. Dann ist aber noch keine einzige Verbesserung erreicht worden, und wir wissen, dass der Flughafen immer defizitär arbeiten würde.

Das bedeutet, meine Damen und Herren von den GRÜNEN – das war Ihr Vorschlag –, Sie wollen 25,5 Millionen € für einen Flughafen ausgeben, von dem wir wissen, dass er auf keinen Fall schwarze Zahlen schreiben wird.

Was das mit seriöser Wirtschaftlichkeit zu tun hat, bleibt jedenfalls mir verschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise darauf hin, dass dann noch kein einziger neuer Arbeitsplatz am Flughafen Kassel entstanden ist. Wir haben dann zwar 25,5 Millionen € ausgegeben, aber noch kein einziger neuer Arbeitsplatz ist entstanden, und die Zukunft der über 600 Arbeitsplätze bei den am Flughafen angesiedelten Unternehmen ist ungewiss.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, hören Sie jetzt bitte genau zu. Der Ausbau von Kassel-Calden wurde von der Bundesregierung, und damit meine ich die ehemalige Bundesregierung – der Tagesordnungspunkt ist schon etwas älter –, also von der rot-grünen Bundesregierung als vordringlich eingestuft.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Quatsch! Vom roten Verkehrsministerium, aber nicht von der ganzen Bundesregierung!)

Die Begründung ist: Regionalflyer gehören zur Verkehrsinfrastruktur wie Schiene, Straße und Wasser.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

(Zuruf von der SPD: Obwohl es gut ist, was er sagt!)

Gerade im Logistikbereich hat Nordhessen ein Potenzial von 33.000 Arbeitsplätzen. Hier gilt es, die Chancen, die der Ausbau von Kassel-Calden gerade in diesem Bereich bieten kann, zu nutzen, weil wir hier Arbeitsplätze generieren können, die diese Region dringend braucht. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Posch das Wort.

**Dieter Posch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über das Thema Kassel-Calden haben wir uns in diesem Landtag schon häufig unterhalten. Ich möchte das Für und Wider jetzt gar nicht weiter darstellen. Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, dass es den GRÜNEN offenbar gerade recht ist, jedes Argument aufzugreifen, um das, was sie an jeder Stelle sagen, hier noch einmal wiederholen zu dürfen. Das ist in der Tat nicht der adäquate Platz, das hier im Hessischen Landtag wiederholt zu tun.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das möchte ich an Ihre Adresse einmal sagen. Deswegen nur so viel zu den Argumenten: Herr Wagner, wenn Sie darauf hinweisen, dass man das aus Paderborner Sicht, aus Hannoveraner Sicht und aus Erfurter Sicht kritisch sieht, dann ist das doch völlig selbstverständlich, weil wir

da natürlich Flughäfen haben, die sich einem neuen Wettbewerb ausgesetzt sehen.

Aber jetzt will ich auf Ihr eigentliches Petikum zurückkommen. Sie sagen jetzt auf einmal, der Landtag beauftragt den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, sich in einer Anhörung mit den Einwänden der Wirtschaft zu beschäftigen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt läuft ein Planfeststellungsverfahren, in dem genau alle diese Aspekte geprüft werden. Es ist nicht die Aufgabe des Hessischen Landtags, anstelle eines Planfeststellungsverfahrens – dies ist ein Verwaltungsverfahren – parallel eine Anhörung durchzuführen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Es geht Ihnen nur darum, eine zusätzliche Stelle zu schaffen, an der Sie polemisieren können. Hier findet gerade ein Verwaltungsverfahren statt, das mit einem Verwaltungsakt, einem Planfeststellungsbeschluss endet, und das gehört nicht in die Zuständigkeit des Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Dr. Jürgens, Sie sind immer einer derjenigen, die ihre juristischen Kenntnisse glänzen lassen. In diesem Fall wäre es sinnvoll gewesen, Herrn Wagner einmal darauf hinzuweisen, dass die Zuständigkeit des Hessischen Landtags für eine Anhörung nicht gegeben ist, wenn ein Planfeststellungsverfahren läuft.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Land ist Bauherr!)

Ich möchte einmal wissen, was für ein rechtsstaatliches Verständnis Sie haben. Hier geht es um exekutives Handeln. Im Rahmen dieses exekutiven Handelns ist genau dieser Abwägungsprozess vorzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie wollen an die Stelle dieses exekutiven Handelns parlamentarischen Firlefanz stellen. Das ist Ihre Absicht, nichts anderes.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage das deswegen so deutlich, weil unsere Verfassung bestimmte Zuständigkeiten kennt. Ein Parlament muss sich auch einmal selbst beschränken, wenn es keine Zuständigkeit hat.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jawohl!)

Es muss akzeptieren, dass in einem Planfeststellungsverfahren sämtliche Aspekte einer Abwägung zugeführt werden.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der FDP: Sehr gut!)

Wir werden uns nachher in anderem Zusammenhang mit der Frage des Genehmigungsrechts auseinandersetzen. Ich bin der Auffassung, dass man parlamentarische Aktivitäten in solche Planungsprozesse einbinden muss. Aber hier geht es Ihnen um nichts anderes als darum, ein Spektakel zu machen und das abzulassen, wobei es Ihnen bislang nicht reicht, Ihre Pressemitteilungen zu diesem Thema zu veröffentlichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD: Da hat er Recht!)

Deswegen ist es für mich eine grundsätzliche Frage, wenn Sie etwas verlangen, was mit unseren rechtsstaatlichen

verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht in Einklang zu bringen ist.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Rhiel das Wort.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis auf den Antragsteller haben alle Fraktionen eben noch einmal mit allen möglichen Argumenten deutlich unterstrichen, dass die Entscheidung, den Flughafen Kassel-Calden auszubauen, die richtige Entscheidung ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist die richtige Entscheidung für die Region und für die Wirtschaftsstruktur. Sie stärkt den Wettbewerb, auch den Wettbewerb zwischen den Regionalflughäfen. Im Masterplan, bei dem auch die Flughafengesellschaften mitgewirkt haben, wird für die Zukunft des Flugverkehrs in Deutschland noch einmal deutlich unterstrichen, dass gerade die regionalen Fluglinien eine zusätzliche Bedeutung bei der Erschließung des Marktes bekommen werden, insbesondere bei der mittelbaren Wirkung für die Ansiedlung von Infrastruktur.

Deswegen tut die Landesregierung gut daran, dem Flughafen Kassel-Calden entsprechende Möglichkeiten zu geben, damit er auch in Zukunft leben und die Rolle wahrnehmen kann, die man von einem Regionalflughafen erwarten muss. Deswegen ist diese Investition, die im Vergleich zu anderen Verkehrsinvestitionen relativ gering ist, gerechtfertigt, und sie wird ihre Früchte tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das andere, was die Landesregierung in diesem Zusammenhang zu verantworten hat, ist, dass wir das Planfeststellungsverfahren zügig vorantreiben, dass wir im Rahmen der Erörterungstermine der Anhörung alle Bedenken aufnehmen und dass wir auch die kritischen Stimmen nicht nur hören, sondern sie auch abwägen. Abwägen heißt aber, dass es auch positive Effekte gibt, die eingebracht werden.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dafür steht insbesondere die Aussage der regionalen Wirtschaft, sowohl der verfassten wie beispielsweise der IHK als auch der vielen Unternehmen in Nordhessen, die dringend auf dieses wichtige Zeichen zur Fortentwicklung der Infrastruktur warten. Es haben nur wenige daran geglaubt, dass der nordosthessische Logistikstandort sich so mit allen positiven Konsequenzen, gerade für den Arbeitsmarkt, entwickeln kann. Ich glaube, dass mit diesem Impuls für Kassel-Calden eine ähnliche Entwicklung eingeleitet werden kann. Bleiben wir also auf dem Weg. Führen wir das zielstrebig zu Ende. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Wagner das Wort.

(Zurufe von der CDU: Eieiei!)

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal auf ein paar Argumente, so es welche waren, die hier genannt wurden, eingehen. Herr Posch, Sie haben hier eine Philippika gehalten, der Hessische Landtag solle nicht in exekutives Handeln eingreifen. Sie übersehen aber eines, Herr Kollege Posch. Antragsteller und Eigentümer dieses Flughafens ist zu einem erheblichen Anteil das Land Hessen. Finanziert werden soll dieser Neubau des Flughafens aus Landesmitteln. Es ist das vornehmste Recht eines Parlaments, über den Haushalt zu beraten. Das ist keine Einmischung in exekutives Handeln, sondern die Wahrnehmung unserer grundlegenden Aufgabe in diesem Land, Herr Kollege Posch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Clemens Reif und Michael Boddenberg (CDU))

Wir müssen in diesem Landtag entscheiden, wofür wir Steuergelder ausgeben wollen oder nicht. Herr Kollege Posch, liebe Kollegen von der CDU, die Sie so schreien, ich finde es gut, wenn man solche Entscheidungen auf der Grundlage von Fakten trifft und nicht auf der Grundlage von Ideologie und Gesinnungsbeschlüssen, die besagen, dass Verkehrsinfrastruktur a priori Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Was heißt da a priori?)

– Da wird dazwischengefragt, was „a priori“ heißt. A priori bedeutet „vor jeder Erkenntnis“. Genau das wollen Sie hier machen, wenn Sie noch nicht einmal eine Anhörung zu diesem Thema zulassen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Dann sagen Sie, man müsse die Kritik aus Paderborn und Erfurt einordnen. Ja, natürlich muss man die Kritik aus Paderborn und Erfurt einordnen. Das ist doch gar keine Frage. Natürlich haben die auch Angst vor einem Wettbewerber. Aber was wir uns doch fragen müssen, ist, ob in einem so engen Raum, wo im Umkreis von 70 bis 80 km so viele Flughäfen existieren, diese Flughäfen tatsächlich eine Existenzchance haben oder ob wir nicht ein dauerhaftes Subventions- und Zuschussgeschäft produzieren. Wenn wir zu dieser Erkenntnis kommen, dann sollten wir es lassen. Darum geht es doch bei dieser Abwägung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Dann wird immer die Regio-Tram als Beispiel genannt. Ja, die Regio-Tram ist eine Infrastruktur. Das ist gar keine Frage. Das ist sie genauso, wie der Flughafen Kassel-Calden eine Infrastruktur ist. Aber die Analogie zu diesem Flughafen wäre doch folgende: Wir haben bestehende Flughäfen, und wir haben eine bestehende Regio-Tram. Was Sie beim Flughafen vorschlagen, würde – bezogen auf die Regio-Tram – bedeuten, dass man neben der bestehenden Regio-Tram-Trasse in 20 km Entfernung eine weitere Trasse bauen würde. Das wäre die richtige Analogie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

Da sehen Sie, wie unsinnig Ihre Vorschläge hier sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Der nächste Redner ist Herr Posch.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Kollege Wagner, ich bin immer noch davon ausgegangen, dass man eine Anhörung dann beantragt, wenn die Anzuhörenden dazu beitragen können, dass man sich eine Meinung bildet. Nach dem, was Sie hier abgesondert haben, haben Sie eine Meinung. Dann brauchen Sie keine Anhörung.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, mir liegen keine – –

(Zurufe)

– Will noch einer reden? – Nein, das ist nicht der Fall.

Mir liegen also keine weiteren Wortmeldungen vor. Wie durch Vorgespräche geklärt, soll der Antrag, Drucks. 16/4071, dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Vormittagssitzung angelangt. Wir werden ab 14 Uhr weiter tagen. Wir werden dann Tagesordnungspunkt 61 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 66 beraten. – Guten Appetit.

(Unterbrechung von 13.00 bis 14.04 Uhr)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich nach der Mittagspause.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Mittelkürzung im Nahverkehr um 3,1 Milliarden €, Drucks. 16/4696. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Ich sehe, es erhebt sich kein Widerspruch. Also wird die Dringlichkeit bejaht. Damit wird der Dringliche Entschließungsantrag, Drucks. 16/4696, Tagesordnungspunkt 72. Wenn dem nicht widersprochen wird, kann er zusammen mit den Tagesordnungspunkten 2, 40 und 70 aufgerufen werden.

(Minister Karlheinz Weimar: Das machen wir so!)

Vereinbarungsgemäß kommen wir damit jetzt zu **Tagesordnungspunkt 61:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Durchführung der Immobilientransaktion 2005 „Leo“ – Verkauf und Rückmietung eines Portfolios von 18 landeseigenen Immobilien; hier: Genehmigung der Veräußerung durch den Hessischen Landtag nach § 64 Abs. 2 LHO – Drucks. 16/4673 zu Drucks. 16/4603 –**



Berichterstatter ist Herr Caspar. – Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

(Heiterkeit der Abg. Sigrid Erfurth und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich gehe davon aus, dass auf die Berichterstattung verzichtet wird.

Zudem rufe ich **Tagesordnungspunkt 66** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend „Sale and rent back“ von Immobilien – Drucks. 16/4681 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. – Als erste Rednerin hat sich Frau Abg. Erfurth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es hier mit einer bisher einmaligen Transaktion zu tun. Das betrifft sowohl die Größenordnung als auch die Auswirkungen, die diese Transaktion für die Zukunft haben wird. Insofern stimme ich den Ausführungen des Finanzministers zu, die er in dieser Angelegenheit gemacht hat. Deshalb haben wir auch den Antrag gestellt, diesen Veräußerungsvorgang nicht nur im Haushaltsausschuss, sondern auch hier im Plenum zu behandeln.

Wir haben über eine Weichenstellung zu entscheiden, die die von der CDU geführte Landesregierung als Zukunftsmodell für die Sanierung der öffentlichen Haushalte empfiehlt. Finanzminister Weimar bezeichnet diese Finanztransaktion stolz als gelungen und überaus erfolgreich.

(Zuruf: Das ist ein guter Mann!)

Es handelt sich um eine Weichenstellung, die dem Land nach § 63 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung eigentlich verboten ist. Dort heißt es nämlich:

Vermögensgegenstände dürfen nur veräußert werden, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben des Landes in absehbarer Zeit nicht benötigt werden.

Eine ähnliche Formulierung findet sich auch in der Hessischen Gemeindeordnung. Die Regierung Koch hat sich mit dem Haushaltsgesetz für das Jahr 2005 die Erlaubnis geholt, auch solche Gebäude verkaufen zu dürfen, die das Land eigentlich noch braucht.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Damit geben Sie den Kommunen ein schlechtes Beispiel, denen der Verkauf der Rathäuser immer noch verboten ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Eigentlich ist der Verkauf von benötigtem Grundbesitz immer die letzte Verzweiflungstat. Das ist bei Privatpersonen so. Bevor jemand sein selbst genutztes Häuschen verkauft, muss es schon ziemlich dicke kommen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das ist auch bei Unternehmen so. Bei Unternehmen ist der Verkauf betriebsnotwendigen Vermögens entweder der letzte Rettungsversuch, der meistens schief geht,

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

oder es wird damit zu einem Steuertrick gegriffen, um über verschachtelte Konstruktionen Einkünfte oder Vermögen schadlos zu halten.

Ich frage mich: Womit haben wir es hier zu tun? – Wir haben es mit einer Landesregierung zu tun, bei der der Finanzminister das Finanzministerium, das Innenministerium, Regierungspräsidien, Finanzämter, ein funkelnelnagelneues Polizeipräsidium und Behördenhäuser verkauft. Dies sind alles Gebäude, die das Land zur Erfüllung der ihm durch Gesetz übertragenen Aufgaben noch sehr lange brauchen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Reinhard Kahl und Norbert Schmitt (SPD))

Diese Einschätzung lässt sich leicht aus der Laufzeit der Mietverträge ablesen. Bei der Mehrzahl der Objekte wurden Mietverträge über 25 oder 30 Jahre abgeschlossen. Das gilt auch für die großen und teuren Objekte, wie etwa das Polizeipräsidium in Frankfurt oder das Finanzministerium. Herr Weimar, ich glaube, im Finanzministerium wollen Sie oder Ihre Nachfolger noch recht lange den Regierungsgeschäften nachgehen. Für uns wäre es natürlich besser, ein Nachfolger würde dem Regierungsgeschäft nachgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie argumentieren damit, es würde sich mehr Flexibilität ergeben. Aus meiner Sicht ist ein 30-jähriger Mietvertrag etwa so flexibel wie eine Eisenbahnschiene.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist ein schönes Bild!)

Herr Minister, Sie argumentieren, das sei wirtschaftlich. Das sehe ich in der Tat auch so. Allerdings sehe ich diese Wirtschaftlichkeit nicht beim Land, sondern beim Käufer gegeben. Der Käufer ist eine 100-prozentige Tochter der Commerzbank. Das sind Banker. Die werden das gut durchgerechnet haben.

(Zuruf von der CDU: Was dachten Sie denn?)

Sie haben einen Mieter, der die nächsten 30 Jahre garantiert die Miete zahlt.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es wäre ein Armutszeugnis, wenn die das nicht berechnet hätten!)

Die Mieten werden aufgrund einer Mietpreisbindung auch steigen. Herr Boddenberg, die werden sich das ausgerechnet haben. Der Mieter bewirtschaftet die Immobilie auf eigene Kosten. Er kommt für die Instandhaltungen im Inneren, wie etwa die Malerarbeiten, die Erneuerung der Fußbodenbeläge oder die Renovierung der Treppenhäuser auf. Außerdem finanziert dieser Mieter die erforderlichen technischen Umbauten selbst. So einen Mieter muss man lange suchen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Ich denke, die Käufer werden sich ausgerechnet haben, dass das für sie ein Abschluss ist, der sich wirtschaftlich rechnet. Die Käufer können mit einer Verzinsung des Kaufpreises von garantiert über 5 % rechnen. Auch daran sieht man, dass das ein gutes Geschäft ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Reinhard Kahl und Norbert Schmitt (SPD))

Man muss dabei auch bedenken, dass die Verkäufer nicht nur die Zinsen haben. Nein, ihnen gehören jetzt auch die Grundstücke, die sich zum Teil in sehr guten Lagen befinden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Woher wollen Sie das wissen?)

– Ob es sich dabei um Heuschrecken handelt, sollten wir vielleicht an anderer Stelle diskutieren.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich frage den Finanzminister: Gibt es vielleicht auch noch andere – –

(Zurufe und Gegenrufe)

– Frau Beer, wenn Sie ein Zwiegespräch führen wollen, können Sie das nachher gerne tun. Ich möchte aber meine Ausführungen jetzt gerne fortführen.

(Weitere Zurufe und Gegenrufe)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin. – Danke schön.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche und Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage in diesem Zusammenhang den Finanzminister: Kommen diesen Käufern vielleicht auch noch Steuertricks zugute, die diesen Kauf, wirtschaftlich gesehen, noch sinnvoller werden lassen? Ich warte mit Spannung auf die Antwort auf eine Kleine Anfrage, die ich Anfang Oktober 2005 zu diesem Themenkomplex gestellt habe.

Herr Weimar, Sie haben in der Sitzung des Haushaltsausschusses versucht, uns die Wirtschaftlichkeit dieser Transaktion vorzurechnen. Sie haben dafür sehr viel Papier aufgewandt und wissenschaftlich verbrämte Rechnungen vorgelegt. Es ist Ihnen gelungen, uns vorzurechnen, dass der Verkauf nach der von Ihnen gewählten Systematik wirtschaftlich sinnvoll ist. Ich betone: nach der von Ihnen gewählten Systematik. – Das hat uns nicht wirklich überrascht.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Schließlich stand ein politischer Auftrag hinter diesem Geschäft. Der politische Auftrag hat dazu geführt, dass Ihre Rechnung ergeben hat, dass z. B. das Polizeipräsidium in Frankfurt in 30 Jahren nur noch rund ein Drittel des jetzigen Kaufpreises wert sein soll. Bei anderen Gebäuden soll nach Ende der Mietzeit nur noch der Bodenwert anzusetzen sein. Möglicherweise kann man das so rechnen. Sicherlich lassen sich für solche Berechnungsmethoden auch wissenschaftliche Begründungen finden. Alle Menschen, die schon einmal mit Immobilienverkäufen zu tun hatten, wissen aber, dass solche Berechnungen mit der Lebenswirklichkeit nicht viel zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

An diesem Punkt möchte ich eine Anmerkung in Richtung der FDP machen, die die Verkäufe grundsätzlich bejaht. Herr von Hunnius, ich hatte das Gefühl, auch bei Ihnen gab es ein gewisses Unbehagen über die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Landesregierung. Anders kann ich Ihren Vorstoß nicht verstehen. Sie meinten, der Landesrechnungshof solle für jedes einzelne Objekt die Wirtschaftlichkeit des Verkaufs und auch die Berechnungspa-

rameter überprüfen. Sie wollten das sicherlich als Rückversicherung für die Politik haben. Ich habe aber meine Zweifel, ob der Landesrechnungshof das leisten kann und ob er uns aus der politischen Verantwortung nehmen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe meine Zweifel, ob er uns von der Verantwortung freisprechen kann, die sich ergibt, wenn man betriebsnotwendiges Vermögen verkauft. Ich habe jetzt die Begrifflichkeit gewählt, die bei Unternehmen üblich ist. Ich denke, das geht nicht. Da müssen wir Politikerinnen und Politiker schon selbst Flagge zeigen.

Ich habe gefragt: Worin liegt der tiefer gehende Grund dafür, dass sich die Landesregierung entschieden hat, diese Gebäude zu verkaufen? – Für mich und die Mitglieder meiner Fraktion ist die Antwort klar: Der tiefer gehende Grund der Landesregierung, dies zu tun, ist der, dass es sich dabei um eine politische Weichenstellung handelt. Sie wollen verkaufen, weil Sie keine andere Möglichkeit mehr sehen. Sie sehen keine andere Möglichkeit mehr, das finanzpolitische Desaster abzuwenden, in das Sie sich durch Ihre Ausgabenpolitik hineinmanövriert haben.

Sie wollen sich im Haushalt Luft verschaffen und nehmen in Kauf, dass die Haushalte der nächsten 30 Jahre mit Mietzahlungen belastet werden, die als neuer Kostenblock im Haushalt stehen werden. Landesvermögen, das diesen Kosten gegenübersteht, werden wir dann auch nicht mehr haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Debatte um die Verkäufe haben wir immer wieder gehört, dass Hessen Vorreiter und Modell für alle anderen Bundesländer und – wen wundert – natürlich auch für den Bund sein möchte. Der Herr Ministerpräsident hat das Modell des Ausverkaufs öffentlichen Vermögens auch als Heilmittel in den Koalitionsvertrag eingebracht. Wir sind sehr gespannt darauf, wie das die SPD auf Bundesebene diskutieren wird. Bisher habe ich nur vernommen, dass sie dieses Modell nicht mittragen werde. Ich bin gespannt, wie das weitergehen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Erfurth. – Als nächster Redner erhält Herr Kollege von Hunnius für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Angelegenheit, mit der wir uns heute beschäftigen, ist vom Grundsatz her keine neue. Es ist keine neue Debatte. Wir haben uns im Haushaltsausschuss sehr ausführlich über diese Transaktion ausgetauscht. Es gab eine wirklich umfangreiche zu nennende Dokumentation. Ich habe 189 Seiten gezählt, die zur Begründung der Transaktion herangezogen wurden. Insofern wird der Neuigkeitsreiz von Argumenten am heutigen Tag sicherlich etwas begrenzt sein. Natürlich ist es das gute Recht, das Thema in diesem Hause zu diskutieren. Das wollen wir gern machen.

Lassen Sie mich zunächst einmal auf den Grundsatz zu sprechen kommen. Frau Kollegin Erfurth hatte gesagt,

dies sei notwendiges Vermögen, man dürfe so etwas überhaupt nicht tun. Wenn das so wäre, dürfte das Umweltministerium nicht zur Miete wohnen. Das hat es aber bereits getan, als die Umweltminister der GRÜNEN-Partei angehört haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verkaufen ist etwas anderes, als anzumieten, wenn man nichts hat!)

Wenn man das akzeptiert, Herr Kollege Kaufmann, muss man auch akzeptieren, dass der Zustand gewechselt werden kann. In der Logik dieser Überlegung liegt, dass man etwas anmieten kann, was man zuvor im Eigentum hatte.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sagen Sie einmal einem Privatmann!)

Das Land wird daran gemessen werden, ob es seine Aufgaben erfüllen kann, aber nicht daran, ob diese Aufgaben in eigenen oder in angemieteten Gebäuden erfüllt werden. Das ist kein grundsätzliches Hindernis.

Außerdem gibt es einen zweiten Punkt. Fast alles ist besser, als neue Schulden zu machen. Wenn dem Land über 1 Milliarde € zugeführt werden können und die Neuverschuldung in diesem Land, die ohnehin zu hoch ist, dadurch um diesen Betrag verringert werden kann, ist das ein Wort zum Sonntag. Das bedeutet nämlich, dass in entsprechendem Umfang, sagen wir einmal, in Höhe von 20 bis 30 Millionen € pro Jahr, weniger Zinsen anfallen. Natürlich muss die Miete finanziert werden. Hier muss man aber die Differenz zwischen dem Mietzins und den sonstigen Aufwendungen rechnen. Insofern rechnet sich das auf jeden Fall.

(Beifall bei der FDP)

Unabhängig von dem Liquiditätseffekt muss sich natürlich jedes einzelne Objekt rechnen, wie der Rechnungshof zu Recht verlangt hat. Es reicht eben nicht, eine Gesamtüberlegung anzustellen, sondern jedes einzelne Objekt muss durchgerechnet werden. Deshalb sind die Objekte im Einzelnen durchgerechnet und bewertet worden.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Fakten werfen. Es sollen für einen Zeitraum zwischen 15 und 30 Jahren 18 Liegenschaften verkauft und zurückgemietet werden, die vom Land Hessen genutzt werden. Es gibt drei Eckwerte: Kaufpreis 1,1 Milliarden € – ich lasse den Mehrerlös weg, weil ich mich auf die Vorlage beziehe –, Miete 55,3 Millionen € pro Jahr. Daraus kann man durch einfache Division ermitteln, dass der Erlös das 19fache der Jahresmiete beträgt. Das ist eine Relation, die in Immobilienkreisen mehr als auskömmlich ist. Ab dem 14fachen des Kaufpreises ist das in Ordnung. Es gibt eine Wertermittlung vom Hessischen Baumanagement in Höhe von 814,8 Millionen €. Unser Zwischenfazit lautet daher: Der Erlös liegt über der Wertermittlung, und der Erlös liegt hinsichtlich der Relation zur aufzuwendenden Miete über der Rentabilitätsschwelle.

Zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit ist ein Vergleich zwischen der Situation der Fortführung in Eigentum und Nutzung auf der einen Seite und Verkauf und Rückmiete auf der anderen Seite angestellt worden. Aus diesem Vergleich ergibt sich ein Barwertvorteil in Höhe von 250 Millionen €.

(Norbert Schmitt (SPD): Nach dieser Berechnungsmethode!)

– Nach dieser Berechnung, ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Kollege. Man muss als Haushälter schon

sehr gute Argumente haben, um 250 Millionen € auszuslagern. – Das ist ein schlecht wegzudiskutierendes Argument.

(Beifall bei der FDP)

Diese Rechnung ist entscheidend besser, als das bei der Gutleutstraße der Fall war. Dort war die Rechnung in bestimmten Teilen grenzwertig. Der Rechnungshof hat gesagt, dass die Annahmen an der oberen Kante der Wahrscheinlichkeit gemacht worden seien. Außerdem wurden, anders als im Fall der Gutleutstraße, differenzierte Werte für den Endzeitpunkt der Miete angenommen und nicht in jedem Fall null, wie das bei der Gutleutstraße der Fall gewesen ist. Bewerten wir dies aufgrund der hinzugefügten Informationen, ist festzustellen: Der Liquiditätszufluss beträgt mehr als 1 Milliarde €, der Barwertvorteil beträgt 250 Millionen €.

Wir hören immer wieder aus den Kreisen von SPD und GRÜNEN, der Mietzins sei höher als der Kapitalmarktzins. Darauf antworte ich: Natürlich ist der Mietzins höher als der normale Zins, den man erhält, wenn man Geld anlegt. Das muss auch so sein, weil der Miete ganz andere Leistungen für den Mieter gegenüberstehen, als es bei normalen Geldanlagen der Fall ist. Dieser Vergleich ist vielleicht zulässig, aber er ist nicht ergiebig und nicht aussagekräftig.

Ich komme auf den entscheidenden Punkt zu sprechen. Der entscheidende Punkt ist die politische Entscheidung über die Frage: Wollen wir uns hinsichtlich der künftigen Nutzung der Liegenschaften auf die hier dargestellten Zeiten festlegen? Im Grunde genommen entscheiden wir jetzt, dass wir das Objekt für das Land Hessen 15, 20, 25 oder 30 Jahre – je nachdem, was individuell festgelegt wird – nutzen, vielleicht auch für einen anderen Zweck. In einigen Fällen, wie beim Polizeipräsidium, ist die Nutzung auf den polizeilichen Einsatz begrenzt. Man muss ganz deutlich sehen, dass das natürlich ein Verlust an Flexibilität ist. Das ist für mich eines der wichtigen Gegenargumente, die ins Kalkül zu ziehen sind. Man muss überlegen, ob wir in 15, 20 oder 30 Jahren immer noch den Bedarf haben werden. Über diese Entscheidung kann man durchaus streiten.

Ich komme nun auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung zu sprechen, die Herr Kollege Schmitt angesprochen hat. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung ist von ihrem Ergebnis her eine Folge erstens des Systems, das angelegt wird, und zweitens der Prämissen, die zugrunde gelegt werden. So einfach ist das. Das System hat der Rechnungshof für in Ordnung befunden. Das war zumindest die Aussage, die im Haushaltsausschuss gemacht worden ist. Insofern haben wir als Abgeordnete keinen Grund, daran zu zweifeln.

Was die Prämissen angeht, ist die eine oder andere Prämisse schon zu hinterfragen. Eine Prämisse ist, dass sich die Inflationsrate bei 1,25 % einpendeln wird, weil sich in der Zukunft die Ölpreise beruhigen werden. Diese Einschätzung kann man so teilen, muss man jedoch nicht unbedingt. Die zweite Prämisse betrifft die Markteinschätzung bis zu 30 Jahren. Man kann zu diesen beiden Punkten viele sachverständige Meinungen haben und zu anderen Schlussfolgerungen kommen. Aber als Abgeordnete des Hessischen Landtags sind wir von der politischen Seite her nicht in der Lage, zu sagen, der Ölpreise werde vermutlich nicht weiter steigen, sondern er werde sich stabilisieren. Wir sind auch kaum in der Lage, vorauszuse-



hen, wie sich der Immobilienmarkt entwickeln wird. Hier sind wir auf Expertenwissen angewiesen.

(Beifall bei der FDP)

Das Expertenwissen ist durch die umfangreiche Stellungnahme nachgewiesen worden. Wir halten es für richtig – damit komme ich zum Antrag der FDP-Fraktion –, dass die einzelnen Fragen unabhängig betrachtet werden. Insbesondere sollten die Annahmen und Berechnungsparameter überprüft werden. Ich stelle mir das nicht so vor, dass der Hessische Landesrechnungshof alle Rechnungen im Einzelnen nachvollzieht, sondern dass er sagt: Die zugrunde liegenden Annahmen erscheinen uns realistisch, und die Berechnungsparameter erscheinen uns nach dem, was wir für das Land Hessen aufgrund unserer Erfahrung und unseres Wissens für richtig halten, angemessen. Diese beiden Bestätigungen hätte ich gern.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie ist es mit der Frage des Risikos?)

Diese Überlegung gilt vom Grundsatz her. Wir wollen unseren Antrag so verstanden wissen, dass er im Falle seiner Annahme – möglicherweise nach einer Ausschussüberweisung – für künftige Transaktionen dieser Art zur Anwendung kommt.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Verantwortung dadurch überhaupt nicht überwälzen, Frau Kollegin Erfurth. Das können wir nicht. Das dürfen wir nicht. Es wäre feige, wenn wir das wollten. Wir als Abgeordnete möchten jedoch Sicherheit für unsere Überlegung gewinnen und eine zweite Meinung einholen. Das ist legitim. Wir wollen erreichen, dass diese Transaktionen, die in der Öffentlichkeit natürlich immer sehr stark beleuchtet und kritisch hinterfragt werden, dadurch stärker akzeptiert werden, dass der Rechnungshof als unabhängige Instanz per se einen Blick darauf wirft.

Ferner erhoffen wir uns, dass zumindest mittelfristig Entscheidungen der Landesregierung stärker abgesichert zustande kommen werden.

Ich fasse die Stellungnahme der FDP-Fraktion zu dem Projekt „Leo“ – das ist ein schöner Name – wie folgt zusammen:

(Zurufe von der CDU)

– Der Name „Leo“ ist doch wunderschön. Welchen schöneren Namen könnten wir für ein hessisches Projekt überhaupt finden, Herr Kollege?

Erstens. Wir sagen Ja zu diesem Verkauf, zu Sale and rent back. Für Frau Kollegin Wagner, auch wenn sie jetzt nicht im Saal ist: Verkauf und Rückanmietung.

Zweitens bitten wir Sie, dem FDP-Antrag zuzustimmen, dass künftig für ähnliche Verfahren eine zweite Meinung eingeholt wird, sodass wir auf der Basis von zwei Meinungen, die hoffentlich übereinstimmen, eine gesicherte Entscheidung treffen können. Ich glaube, mit dem zweiten umfangreichen Projekt, das hier vorgelegt wurde, leveln wir uns auf ein Prozedere ein, das künftig Bestand haben kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege von Hunnius. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Pighetti für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

### **Marco Pighetti (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Durchführung einer umfangreichen Immobilientransaktion, den Verkauf mit anschließender Rückmiete von 18 landeseigenen Immobilien unter dem forschen Titel „Leo“. Was heißt eigentlich „Leo“? Lassen Sie mich am Ende darauf zurückkommen und zunächst das Geschäft genauer unter die Lupe nehmen.

Das Land verkauft 18 größere Immobilien für knapp über 1 Milliarde €, um damit die Neuverschuldung zu senken. Im ersten Moment könnte man auf die Idee kommen, darüber zu streiten, ob der Verkauf von Tafelsilber der richtige Weg ist, die schon lange vorhandenen strukturellen Haushaltsprobleme zu lösen.

(Florian Rentsch (FDP): Wir erinnern Sie einmal daran!)

Diese Diskussion ginge aber am Thema vorbei; denn es handelt sich bei den Immobilien nicht um irgendwelche Gebäude des Landes, sondern um Behörden, die auf absehbare Zeit als Arbeitsplatz für die Mitarbeiter und somit als Dienstgebäude des Landes benötigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dementsprechend zieht das Land unmittelbar nach dem Verkauf als Bewohner in sein ehemaliges Eigentum ein und bezahlt Miete dafür. – Hiermit ist ein erster Punkt ganz offensichtlich: Es handelt sich bei dieser Transaktion nicht um einen Verkauf von Landeseigentum zur Schuldenreduktion, nein, es handelt sich eindeutig um eine versteckte Art der Kreditaufnahme.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gläubiger ist hierbei nicht mehr die Bank, sondern der Vermieter. Aber da es sich bei dem Käufer um die Commerzbank handelt, stimmt selbst das nicht so ganz. Man kann vielmehr sagen: Normalerweise gibt die Bank das Geld und behält zur Sicherheit eine Grundschuld. Bei der weimarschen Art der Kreditaufnahme gibt die Bank Geld und erhält die Gebäude dafür sofort. Für die Bank ist es offensichtlich ein Vorteil.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Müsste sie sich im Falle eines Zahlungsverzugs oder sogar einer Zahlungsunfähigkeit des Landes als Kreditgeber mit allen anderen Gläubigern über die zu pfändenden Objekte und Werte streiten, kann ihr das bei dieser Art der Kreditvergabe nicht blühen. Die Gebäude gehören ihr bereits.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist die Kreditaufnahme aus Landessicht zu beurteilen? Hierzu liegt uns eine 17-seitige Wirtschaftlichkeitsberechnung mit Anhang vor. Es kam noch das eine oder andere hinzu, wie Herr von Hunnius schon bemerkt hat. Da wird versucht, zu belegen, dass der Verkauf mit anschließender Rückmiete letztlich für jedes der 18 Gebäude rentierlicher sei als eine entsprechende Neuverschuldung im Falle des Verbleibens der Gebäude beim



Land. Wer sich jetzt Aufklärung von diesem Papier erhofft, wird schnell ernüchert sein; denn eines muss man zur Klarheit und Verständlichkeit dieser Vorlage sagen. Die Macher sind strikt dem Prinzip gefolgt: Wenn du nicht überzeugen kannst, dann verwirr wenigstens.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das soll natürlich nicht heißen, dass man komplizierte Sachverhalte immer einfach darstellen kann. Aber das Gutachten des Rechnungshofs zur Gutleutstraße hat sehr wohl gezeigt, dass man komplexe Sachverhalte zumindest so darstellen kann, dass der normale Landtagsabgeordnete eine Chance hat, sie nachzuvollziehen. Deswegen wollen wir uns auf diesem Wege der Frage nähern, wie wirtschaftlich die Transaktion wohl sein wird.

Aus dem Gutachten zur Gutleutstraße wissen wir, dass zum Vergleich der Optionen Verkauf oder Neuverschuldung ein Zins-versus-Miete-Vergleich angestellt werden muss. Zur Ermittlung des so genannten Diskontierungssatzes wird der aktuelle Basiszins genommen und dazu ein Risikoaufschlag addiert, Risikoaufschlag deshalb, weil die Risiken, die sich aus dem Besitz eines Gebäudes ergeben, von dem Land mit dem Verkauf auf den Verkäufer übergehen. Das ist so weit nachvollziehbar. Wer ein Gebäude nicht mehr besitzt, kann es weder durch eine Naturkatastrophe verlieren, noch hat er ein Vermarktungsrisiko damit.

Wenn man sich nun ausrechnet, wie rentierlich der Verkauf eines Gebäudes ist, dann ist klar, egal nach welchem finanzmarkttechnischen Modell es gerechnet wird: Je höher der Risikofaktor, desto sinnvoller und damit rentierlicher erscheint der Verkauf. Genau das hat sich aus dem Gutachten zur Gutleutstraße ergeben. Da solche Risiken immer zukünftige Risiken sind und somit nur eine Schätzung sein können, war dort sinnvollerweise eine Bandbreite angegeben. Die Landesregierung – wir erinnern uns – hat damals einen Wert am obersten Ende der Skala genommen. Man ging vom fast größtmöglichen Risiko für das eigene Gebäude aus und kam so mit Mühe und Not zu dem gewünschten Ergebnis, dass sich der Verkauf rentiert. Da fast jedes andere Risikoszenario zum umgekehrten Ergebnis führen würde, muss man festhalten: Das Geschäft rentiert sich mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich will das einmal in ein anderes Bild fassen. Jemand will in der Stadt ein Geschäft aufmachen und Regenschirme verkaufen. Er überlegt sich, ab wann das rentierlich ist, und findet heraus: Wenn es mindestens 145 Regentage im Jahr gibt, kann man das Geschäft mit Gewinn betreiben. Man weiß aufgrund der langfristigen Statistik, dass die Anzahl der Regentage im Jahr zwischen 100 und 150 liegt. Wenn dieser Mensch dann sagt, in Zukunft wird es immer 148 Regentage und mehr geben, dann ist er ein riesen-großer Optimist und wird an seinem Geschäft nicht allzu lange Freude haben.

Wie ist es jetzt mit den Risikozuschlägen bei den zu verkaufenden 18 Objekten? Im Fall der Gutleutstraße gab der Rechnungshof eine realistische Bandbreite zwischen 0,6 und 1,1 % an. Bei den hiesigen 18 Gebäuden liegen die Risikozuschläge zwischen 1,75 und 4,25 %. Das heißt, alle Gebäude, inklusive das Polizeipräsidium in Frankfurt, werden mit einem deutlich höheren Risikozuschlag in Rechnung genommen – es ist der zwei- bis fünffache Satz.

Wer das andere Gutachten angeschaut und gesehen hat, welchen Unterschied selbst Zehntelprozente ausmachen, der ahnt, wie günstig hier zu rechnen versucht worden ist.

Man muss sich fragen, wie man auf diese großen Risikounterschiede kommt. Das Verlustrisiko kann nicht allzu sehr voneinander abweichen. Beim Vermarktungsrisiko kann man, wenn man die langfristigen Mietverträge und die geringen Restwerte sieht, mit denen die Gebäude veranschlagt werden, nur zu dem Ergebnis kommen: Hier wurde mit Gewalt schön gerechnet, damit es so richtig passt.

Man muss sich die absoluten Zahlen vergegenwärtigen. Bei einer Verkaufssumme von 1 Milliarde € sollen dem Land im Falle eines Verbleibs 250 Millionen € in den nächsten 15 bis 30 Jahren als Barwertvorteil entstehen. Wenn man den gleichen Anteil der Bank als Käufer zu rechnet – das ist das Mindeste, was man bei solch einem Geschäft tun muss –, dann entsteht durch diese Transaktion sage und schreibe ein Gewinn von 0,5 Milliarden € bei einem Verkaufspreis von 1 Milliarde €, nur durch Verkauf und Rückmiete. Herr Weimar, da glaube ich eher an den Weihnachtsmann. Das glauben Sie wirklich selbst nicht.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deswegen stimme ich an dieser Stelle explizit der FDP-Fraktion zu: Derartige Geschäfte müssen in Zukunft immer durch den Rechnungshof überprüft und plausibilisiert werden. Denn der Glaube, dass aus dem Nichts der Goldesel aufgetaucht ist, ausgerechnet Karlheinz Weimar in den Stall gerannt ist und nun für den hessischen Finanzminister Dukaten legt, ist geradezu absurd.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu einem weiteren wunden Punkt bei dieser Sache. Der Finanzminister betont immer wieder, wie gut die Relation zwischen der Jahresmiete und dem Verkaufspreis ist. Herr Finanzminister, womit wollen Sie dieses Geschäft vergleichen außer mit der Gutleutstraße? Bei 11 der 18 verkauften Immobilien ist eine Mietvertragslaufzeit von 25 bis 30 Jahren vereinbart. Gesicherte Mieten bis 2035, als Mieter ein Bundesland – welches Geschäft bietet einem privaten Unternehmen größere Sicherheiten? Das heißt, rentabel ist die Sache wirklich, und zwar für den Käufer und Vermieter.

Was aber noch schwerer wiegt: In einer Zeit, in der Veränderungen immer schneller vor sich gehen, in der Umstrukturierungen in der Verwaltung und beim Personal an der Tagesordnung sind, in der selbst der Staatsaufbau einem Wandel unterzogen ist, in einer solchen Zeit gießt die Hessische Landesregierung das Behördenzentrum Wetzlar bis zum Jahre 2035 in Beton, legt die Nutzung des Behördenzentrums Fulda für 30 Jahre fest, zementiert das Behördenzentrum Wiesbaden bis tief in dieses Jahrhundert, usw. usw.

Herr Finanzminister, wie kommen Sie eigentlich in Anbetracht der ganz offensichtlichen Veränderungsnotwendigkeiten im öffentlichen Sektor schon in den nächsten zehn Jahren darauf, die Dinge auf 30 Jahre festzulegen? Mit welchem Recht verstellen Sie Ihren Nachfolgern und Nachnachfolgern die Möglichkeit, auf Veränderungen flexibel zu reagieren?

(Beifall bei der SPD)

Wenn sie in 15 Jahren feststellen, dass die Gebäude nicht mehr gebraucht werden, wird dann weitere 15 Jahre sinnlos Miete gezahlt? Man stelle sich nur vor, der Bundesfinanzminister hätte im Jahr 1985 entschieden, alle Ministerien in Bonn zu verkaufen und für die nächsten 30 Jahre dort anzumieten.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Das stelle man sich einen Augenblick vor, und dazu muss man gar nicht mehr allzu viel ausführen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, Festlegungen in eine Zeit hinein zu treffen, in der mit größter Sicherheit ganz andere Bedingungen und Notwendigkeiten herrschen werden als heute, dazu bedarf es hellseherischer Fähigkeiten. Über die verfügen Sie nicht und auch sonst niemand. Dementsprechend sind solche Geschäfte schlichtweg anmaßend und verantwortungslos.

(Zuruf von der CDU: Was ist denn für eine Redezeit vereinbart?)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Pighetti, darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

#### **Marco Pighetti (SPD):**

Ich komme zum Ende. – Es hat sich auf jeden Fall gezeigt, welches die wahren Antriebsfedern für dieses Geschäft sind. Es geht nicht um seriöse oder strategische Finanzpolitik, sondern es ist die pure Not, die Sie treibt und die zu solch leichtfertigen, die zukünftige Entwicklung ignorierenden Geschäften führt.

Herr Finanzminister, Sie haben diese Immobilientransaktion „Leo“ genannt. Es fällt mir daher leicht, das Fazit in einem einzigen Satz zu ziehen: „Leo“ – letztlich ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank Herr Pighetti. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Caspar von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

#### **Ulrich Caspar (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Pighetti, Sie haben Recht gehabt,

(Reinhard Kahl (SPD): Das war eine sehr gute Rede!)

als Sie gesagt haben, dass Sie die Ausführungen des Finanzministeriums hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsberechnung sehr verwirrend fänden. Ich glaube nämlich, dass Sie die Ausführungen von der Sache her nicht verstanden haben. Das ist auch in Ordnung. Es ist kompliziert, und nicht jeder muss das verstehen. Die Frage ist nur, ob man dann zu diesem Thema reden muss.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ihr Vergleich mit den Regenschirmen hat mich hingegen sehr überzeugt. Das heißt, wenn die SPD-Fraktion Sie in

Zukunft zum „regenschirmpolitischen“ Sprecher ernennen würde, fände ich das in Ordnung.

Warum sage ich das? Wenn man sich die Dinge anschaut, stellt man fest, dass es völlig anders ist. Sie haben als Begründung vor allem angeführt, der Fehler bestehe darin, dass die Mietverträge, die zwischen 15 und 30 Jahren liefen – mit dem Schwerpunkt 25 bis 30 Jahre –, das Land langfristig bänden und daher zu einem Problem werden würden.

Wenn Sie sich aber mit dem Immobilienmarkt beschäftigten, wüssten Sie, dass er gewissen Zyklen unterliegt und dass wir momentan in einer Phase sind, in der die Mieten, historisch gesehen, sehr niedrig sind. Das heißt, es ist außerordentlich klug, dass sich das Land die Mietvertragsverhältnisse zu den heutigen niedrigen Mietkonditionen langfristig sichert. Das bedeutet auch – so viel zum Thema Flexibilität –, dass, wenn ein Standort in einigen Jahren aufgegeben werden muss, das Land die Möglichkeit haben wird, einen Untermieter hineinzunehmen, der vermutlich mehr Miete zahlt, als das Land heute selbst zahlen muss. Das ist ein Plus-Geschäft, das in der Wirtschaftlichkeitsberechnung überhaupt noch nicht enthalten ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Polizeipräsidium!)

Deswegen ist das ein großartiges Vertragswerk. Herr Minister Weimar, vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU)

Frau Erfurth, mich hat etwas überrascht, dass Sie das Thema Privatisierung so kritisch sehen. Wenn Sie wissen wollen, was die rot-grüne Bundesregierung zu dem Thema gesagt hat, müssen Sie sich nur die Internetseiten des Bundesministeriums der Finanzen anschauen. In der betreffenden Passage gibt es, inhaltlich und die Formulierung betreffend, überhaupt keinen Unterschied zwischen dem, was veröffentlicht wurde, als Eichel Minister war, und dem, was jetzt, da Peer Steinbrück Minister ist, dort steht. Dort heißt es nämlich:

Die Bundesregierung hat sich für die Schaffung eines effizienten und bürgerfreundlichen Staates ausgesprochen.

Weiter steht dort:

Dazu gehört auch, dass sich die öffentliche Hand nicht dort betätigt, wo private Initiative diese Aufgaben zumindest ebenso gut erfüllen kann.

Führen Sie sich jetzt einmal vor Augen, dass das Zurverfügungstellen von Büroflächen eine wirtschaftliche Dienstleistung ist, die die private Hand mindestens so gut erfüllen kann wie der Staat. Oder haben Sie irgendwelche Zweifel daran, dass dann genug Büroflächen zur Verfügung stehen würden, sodass der Staat zum Großinvestor bei der Schaffung von Büroflächen werden müsste? Frau Erfurth, ich kann gar nicht verstehen, warum Sie ein solch großes Problem damit haben. Dort, wo die GRÜNEN an der Regierung beteiligt waren, haben sie diese Position jedenfalls immer mitgetragen.

Ich darf noch erwähnen, dass der Bund allein im letzten Jahr für 669 Millionen € Immobilienwerte veräußert hat. Das war also nicht nur die Theorie auf der Internetseite, sondern auch die Praxis. Insoweit ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum Sie das Ganze so kritisch sehen.

Was ist in Hessen erfolgreich gemacht worden? 18 Immobilien sind veräußert worden. Vorher wurde ausgeschrieben, dass ein möglicher Investor einen Mietertrag von etwas über 55 Millionen € zur erwarten hat. Das Hessische Baumanagement – darauf hat Herr von Hunnius schon hingewiesen – hat das Ganze mit 815 Millionen € bewertet. Im Haushaltsplan wurden aus Gründen der Vorsicht 800 Millionen € veranschlagt. Aufgrund sehr professioneller Arbeit und dadurch, dass man sich schon in der Vorbereitungsphase professionelle Hilfe vom Markt geholt hat, ist es gelungen, durch die Veräußerung dieses Immobilienpakets insgesamt 1 Milliarde 70 Millionen € zu erzielen. Das ist ein ganz beachtlicher Erfolg.

Wenn Sie die Äußerungen der Immobilienfachleute hören, egal ob es sich um Norbert Müller von Jones Lang LaSalle oder um Patric Fiegle von ATIS REAL handelt, stellen Sie fest, dass diese unisono gesagt haben, hier sei ein außerordentlicher Spitzenpreis erzielt worden. Der Immobilienbestand ist zum 19,4fachen der Jahresnettomiete veräußert worden. Das ist ein hervorragendes Ergebnis.

Ich weiß nicht, was die Opposition gesagt hätte, wenn zwar 800 Millionen € im Haushaltsplan gestanden hätten, man diesen Betrag aber nicht hätte erzielen können. Es sind sogar 270 Millionen € mehr erzielt worden. Das Vorgehen war also so erfolgreich, dass es – das wurde vorhin angesprochen – tatsächlich Vorbildcharakter hat.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Es hat schon seinen Grund, dass das Land Hamburg dies nunmehr in ähnlicher Weise macht, dass das Land Baden-Württemberg das Thema Privatisierung der Immobilienbestände aktiv angeht und dass, wie Sie wissen können, auch Bundesfinanzminister Steinbrück entsprechende Überlegungen anstellt, um zu einer Aktivierung des Immobilienbestandes zu kommen. Meiner Ansicht nach ist das ein vernünftiger und richtiger Weg.

Wir schlagen vor, den FDP-Antrag an den Haushaltsausschuss zu überweisen, um dort beraten zu können, in welchem Umfang und in welcher Form das in Zukunft zu behandeln ist. Der Antrag bezieht sich nicht auf diesen konkreten Fall. Insofern gibt es auch keine Notwendigkeit, heute schon darüber zu entscheiden. Daher regen wir an, den Antrag zur Beratung an den Haushaltsausschuss zu überweisen.

Es bleibt festzuhalten, dass dies die größte Büroimmobilientransaktion in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war und dass sie außerordentlich professionell vorbereitet worden ist. Für die CDU-Fraktion möchte ich nicht nur Herrn Minister Weimar dafür danken, sondern auch den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, die diese Transaktion mit ihrer sehr guten Arbeit zu einem Erfolg geführt haben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Transaktion ist so erfolgreich – wer die Materie versteht, kann dem nur zustimmen –, dass ich nur wünschen kann, es möge in den nächsten Jahren genauso erfolgreiche Aktivitäten geben. Das vorletzte Mal ging es um das Behördenzentrum, diesmal um „Leo“.

(Marco Pighetti (SPD): Dann sind wir noch schneller bankrott!)

Die CDU-Fraktion weiß, dass das bei Herrn Minister Weimar in sehr guten Händen ist; sie kennt das professionelle Vorgehen und das gute Handling in dieser Frage.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Caspar. – Für die Landesregierung hat nun Finanzminister Weimar das Wort.

### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich für die – überwiegend, wie ich an der Stelle sagen muss – professionelle und sachliche Beratung bedanken. Dass Herr Pighetti so gesprochen hat, wie er eben gesprochen hat, ist mir deshalb etwas unangenehm, weil wir Gäste haben, die in diesem Bereich tätig sind. Seine Rede bewegte sich aber nicht auf dem durchschnittlichen Debattenniveau des Hessischen Landtags, wenn es um eine solche Frage geht.

(Zurufe von der SPD, unter anderem: Das ist unmöglich! – Ein Schnösel, dieser Weimar!)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten. Herr Finanzminister Weimar hat das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Dieser Finanzminister ist eine Beleidigung für das Land und gibt eine solche Erklärung ab! Ein mieseres Aushängeschild als diesen Finanzminister gibt es nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Schmitt, ich bitte Sie. – Herr Minister, fahren Sie fort.

### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Vielen Dank. – Ich dachte, dieses Pult sei der Ort, an dem solche Äußerungen zulässig sind; denn es ist meine feste Überzeugung, dass die Rede dem durchschnittlichen Qualitätsniveau nicht entspricht.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist ja noch schlimmer! – Norbert Schmitt (SPD): Meine feste Überzeugung ist, dass es niemals einen mieseren Finanzminister in diesem Land gegeben hat! – Gegenruf von der CDU: Sie sollten um Entschuldigung bitten!)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Schmitt, ich darf Sie wirklich sehr bitten.

(Zurufe von der SPD)

### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Kollege Schmitt, wenn Sie das sagen, wird die Qualität meiner Arbeit dadurch geadelt. Ich bin ganz zufrieden damit.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Solch ein Übermaß an Arroganz! – Weitere Zurufe von der SPD)

Lassen wir das auf sich beruhen. Ich möchte einige Bemerkungen zur Sache machen. Es geht um zwei Punkte: zum einen um das Geschäft selbst, zum anderen um den strategischen Punkt in dieser Frage – weil das hier immer zusammengefasst wird.

Im vorigen Jahr hatten wir die Situation, dass wir für das Behördenzentrum in der Gutleutstraße das 16,8fache des



Jahresmietpreises erzielt haben. Dieses Jahr haben wir, wenn Sie die Transaktionskosten abziehen, das 19,35fache erzielt. Das heißt, wenn Sie hochrechnen, was wir im Vorjahr erzielt hätten und in diesem Jahr erzielt haben, dann stellen Sie fest, dass wir 132 Millionen € mehr Erlöst haben. Ich bin darüber informiert worden – ich habe den Markt nicht selbst über die Jahre beobachtet –, dass das nach der Beobachtung des Marktes das höchste Transaktionsergebnis ist, das je in Deutschland erzielt worden ist. Bei Transaktionen dieser Größenordnung war nach meiner Kenntnis bisher das 14,5fache des Jahresmietpreises üblich. Wir haben das 19,35fache erzielt. Meine Damen und Herren, die gesamte Branche hat uns zu dem Ergebnis gratuliert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Reinhard Kahl (SPD): Das glauben wir! Sie haben einen Eid auf das Land Hessen abgelegt! – Jürgen Walter (SPD): Für den Käufer! – Norbert Schmitt (SPD): Für die Commerzbank!)

Denn das Land Hessen hat ein außerordentlich gutes Ergebnis erzielt. – Meine Damen und Herren, Sie können hier solche Männchen machen, aber das 19,35fache ist noch nicht annähernd irgendwo erzielt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was zeichnen Sie für Bilder? Schauen Sie, welche Veräußerungserlöse auf dem privaten Immobilienmarkt erzielt werden. Wir haben ein außerordentlich gutes Ergebnis erzielt, noch deutlich besser als das im vorigen Jahr, welches schon als profitabel für das Land Hessen bezeichnet worden ist.

Meine Damen und Herren, die Frage, wie hier berechnet wird, ergibt sich aus der Situation heraus. Es sollte nicht nur das Gesamtportfolio betrachtet werden, das an sich schon außergewöhnlich erfolgreich ist, sondern jede einzelne Immobilie sollte betrachtet werden. Deswegen wurden die einzelnen Bereiche professionell dargestellt.

Lassen Sie mich noch etwas zu dem 19,35fachen sagen. Das Ergebnis ist dadurch noch besser, dass wir in diesem Jahr bei einer Mietanpassungsklausel aufgrund einer Inflationsrate von 7,5 % liegen, während wir im vorigen Jahr 5 % hatten, und dass wir darüber hinaus Mietverträge von 15, 20, 25 Jahren und nicht von 30 Jahren abgeschlossen haben. Das heißt, das Ergebnis verbessert sich nochmals deutlich dadurch, dass die Konditionen für uns in toto besser geworden sind. Deswegen zeigt allein die Betrachtung dieser beiden Bereiche, dass wir ein ungewöhnlich gutes Geschäft gemacht haben. Da können Sie schreien und machen, was Sie wollen. Das ist so.

Das ist sicher auch der Marktsituation geschuldet. Das muss man nüchtern sagen. Wir haben eine ungewöhnlich gute Marktsituation gehabt. Wir hatten einen Bieterwettbewerb, in dem alles, was national und international an Investoren vorhanden ist, bei uns angetreten ist. Wir haben die Rendite dafür bezogen, dass wir die Ersten sind, die am Markt ein solch strukturiertes Portfolio angeboten haben. Meine Damen und Herren, viele andere werden nachziehen. Die SPD wird in dieser Frage ganz allein dastehen. Möglicherweise wird es im Laufe der Zeit auch nicht mehr solche Ergebnisse geben.

Gerade deshalb bin ich stolz darauf, dass das Land Hessen dieses Jahr – das wird von allen Beobachtern so gesehen – ein wirklich ausgesprochen professionelles Verfahren durchgeführt hat, nachdem wir bereits im Vorjahr den

Verkauf des Behördenzentrums in der Gutleutstraße professionell abgewickelt haben. Ich bin PwC und Richard Ellis sehr dankbar dafür, dass sie uns in dieser hervorragenden Weise begleitet und ein gutes Stück zu dem Ergebnis beigetragen haben. Denn wir haben von ihnen eine hochklassige Beratung erfahren. Das muss man an der Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Barwertvorteil von 270,68 Millionen € beziehungsweise die Differenz von 248 Millionen zu dem Verbleib ist so überzeugend, dass es selbst dann, wenn Sie die Parameter verändern, wie Sie es anmahnen, immer noch deutlich rentabel bleibt. Sie hätten also einen beachtlichen Spielraum, schlechtere Parameter anzunehmen – die aber nicht realistisch sind. Selbst wenn Sie schlechtere Parameter annehmen, werden Sie immer noch einen deutlichen Barwertvorteil errechnen. Sie sollten sich dieser Mühe unterziehen, weil es ein riesiges und gutes Geschäft ist.

Den zweiten Punkt in diesem Zusammenhang möchte ich noch ein bisschen näher beleuchten. Es ist eine grundsätzliche Frage, ob man Immobilien behält oder ob man sie nicht behält. An der Stelle müssen Sie mehrere Punkte im Blick behalten.

Erster Punkt. Diese Immobilien sind in dem Portfolio gewesen, denn wir werden nach wie vor an zentraler Stelle Behördenflächen brauchen. In dem Fall waren es 396.000 m<sup>2</sup>. Das ist nur ein Bruchteil dessen, was das Land an Büroflächen hat. Wir werden die verschiedenen Aktivitäten der Landesverwaltung in diesen Zentren dauerhaft konzentrieren. Das ist doch völlig klar. Wenn wir in solchen Immobilien verschiedene Ressorts zusammenfassen, hilft dies mit. Die Synergien innerhalb eines solchen Hauses können genutzt werden, indem z. B. die Telefonanlagen, der Botendienst und die Infrastruktur sonstiger Art gemeinsam genutzt werden. Das ist ein riesiger Vorteil.

Ich hatte Ihnen schon gesagt: Wir werden im Gutleutzentrum in Frankfurt die Justiz unterbringen. Dann haben wir andere Flächen, die sehr, sehr teuer zu sanieren wären, zum Verkauf zur Verfügung. Das bringt für das Land Hessen dauerhaft einen Riesenvorteil. Damit machen wir in mehrfacher Hinsicht ein sehr gutes Geschäft. Zum einen schaffen wir optimale Arbeitsbedingungen für die Beteiligten. Durch Synergien schaffen wir infrastrukturelle Verbesserungen, und gleichzeitig müssen wir nicht mehr in Bereiche investieren, wo es für das Land Hessen unglaublich teuer werden würde.

Ich komme zum nächsten Punkt. Ich will meine Bauverwaltung doch nicht dafür kritisieren, dass wir sehr teuer bauen.

(Reinhard Kahl (SPD): Darum geht es doch gar nicht!)

Wir haben doch folgende Regeln: Wir müssen ausschreiben, wir können nicht nachverhandeln. Das alles ist zäh. Ein privater Investor ist dazu besser in der Lage, als wir es sind. Das ist keine Kritik gegenüber meiner Verwaltung, sondern eine schlichte Beschreibung der Realitäten. Allein die Tatsache, dass sie ausschreiben und nachverhandeln können, dass sie größere Freiheiten haben, beinhaltet ganz andere Möglichkeiten. Das heißt, sie sparen sehr viel Geld, weil sie nicht nach unseren Regeln agieren – davon abgesehen, dass es bei dem Immobilienbestand eines Landes immer sehr schwierig ist.



Ich glaube, da haben wir gewaltig etwas hin zum Positiven verändert. Trotzdem ist es bei der internen Verteilung des Geldes an die richtige Stelle immer schwierig, die Sanierungsschritte in die Wege zu leiten oder an der richtigen Stelle kleinere Schäden auszugleichen. Gelegentlich wird dadurch, dass es länger dauert, aus einem kleinen Schaden ein großer Schaden und irgendwann ein Sanierungsfall.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, als freundlicher Hinweis: Die Redezeit für die Fraktionen ist abgelaufen.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Ich werde gleich aufhören. – Das heißt, an der Stelle haben wir eine verbesserte Situation.

Wir haben an einer dritten Stelle eine verbesserte Situation. Meine Damen und Herren, die Arbeitsweise der Verwaltung – nicht nur hinsichtlich der demographischen und sonstigen Entwicklung – wird sich sehr ändern. Deswegen ist es klug und sinnvoll, in bestimmten Bereichen zu bündeln, sich von anderen Bereichen zu trennen und zu gucken, bis wann wir diese Immobilien noch brauchen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Das Polizeipräsidium in Frankfurt, das neu gebaut ist, ist z. B. so angelegt, dass es eine hohe Plausibilität gibt, dass wir dort noch in 30 Jahren vernünftige Arbeitsbedingungen haben. Ob wir sie anschließend noch haben – das soll mein letzter Satz sein –, das müssen wir dann entscheiden. Wir müssen dann entscheiden, ob wir weiter mieten, oder ob wir nicht weiter mieten, weil sich die Bedingungen geändert haben, ob wir uns etwas Neues bauen lassen oder von mir aus auch selbst etwas bauen, wenn die Beteiligten in 30 Jahren sagen, dass wir dazu kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben doch eine Riesenchance. Wenn das Land Hessen nach 15 oder 20 Jahren Mietablauf neue Mietverhandlungen mit dem Eigentümer durchführt, wird das Land Hessen in einer hervorragenden Situation sein. Wenn wir in dem Objekt bleiben wollen, wenn es noch unseren Voraussetzungen entspricht, werden wir in einer hervorragenden Situation sein, weiter zu mieten. Insofern sind diese Geschäfte strategisch richtig. Sie sind außerordentlich wirtschaftlich. Am Ende – auch das sei gesagt – helfen sie uns dabei, eine deutliche Delle bei den Einnahmen auszugleichen, um damit z. B. bei den Schulen, den Hochschulen und der Infrastruktur das machen zu können, was wir für die Zukunft brauchen.

Meine Damen und Herren, ich bitte herzlich um Zustimmung. Ich bin ganz stolz auf dieses Geschäft. Uns ist etwas ganz Hervorragendes gelungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, Herr Pighetti hat sich zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet. Dann hat zunächst Herr Pighetti das Wort. Die Redezeit für die Kurzintervention beträgt zwei Minuten.

**Marco Pighetti (SPD):**

Ich will gar nicht auf die großzügigen Bewertungen des Herrn Weimar und des Herrn Caspar eingehen. Aber auf einen Punkt möchte ich doch eingehen. Herr Finanzminister, Sie haben sich wiederholt hierher gestellt und haben erklärt, der Verkauf des Behördenzentrums Gutleutstraße sei das größte aller Geschäfte. Ich will versuchen, Ihnen das in Ihren Worten zu erklären.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der Verkauf des Behördenzentrums Gutleutstraße wird in der Stellungnahme des Hessischen Rechnungshofs wie folgt bewertet:

Im Ergebnis können alle für Immobilienbewertungen gewählten Diskontierungsfaktoren zwischen 5,11 und 5,76 v. H. als plausibel angesehen werden. ... Der in dem Wirtschaftlichkeitsvergleich des HMdF verwendete Diskontierungssatz in Höhe von 5,7 v. H.

– also ganz knapp unter der obersten Grenze –

führt zu einem Barwertvorteil der Alternative „Verkauf des Behördenzentrums Gutleutstraße“ in Höhe von 824.566 €. ... Bei Reduzierung des Diskontierungssatzes auf 5,65 v. H.

– also um 0,05 –

wäre die Alternative „Verbleib des Behördenzentrums Gutleutstraße im Landeseigentum“ mit einem Barwertvorteil in Höhe von 842.209 € vorteilhaft.

Das heißt, bei einer Absenkung um 0,05 ist der Vorteil schon weg.

(Beifall der Abg. Norbert Schmitt und Reinhard Kahl (SPD))

Das Intervall liegt zwischen 5,11 und 5,76. Sie haben 5,7 angewendet. Man kann sich gesundrechnen. Man kann sich auch immer für den Größten halten. Aber die Ergebnisse der Finanzpolitik sprechen eine ganz andere Sprache. Das haben Ihre eigenen Leute gemacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Als nächster Redner hat sich jetzt Herr Kollege Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, die Debatte war Ihnen offensichtlich zu sachbezogen. Die Argumente haben Sie sachlich zu stark getroffen, und dann haben Sie hier Tumult angeregt.

(Lachen bei der CDU – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das war doch ganz eindeutig: Im sachbezogenen Argumenteaustausch haben Sie schlecht ausgesehen, und dann haben Sie angefangen, den Kollegen Pighetti zu beleidigen, um anschließend die entsprechende Reaktion hervorzurufen. Das spricht, um es einmal ganz nüchtern und

deutlich zu sagen, Herr Finanzminister, ganz deutlich gegen Ihre Verkaufsvorlage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

All die angeblich so guten Argumente – das sollten Sie sich in einer ruhigen Stunde einmal selbst überlegen – haben Sie damit auch kaputtgemacht.

Nun ist es ja so, dass wir die Argumente auch nicht für gut halten. Deswegen will ich einige noch einmal kurz aufgreifen.

Erster Punkt. Es wurde hier dargestellt, dass der Verkaufserlös um 270 Millionen € höher läge als die Wertermittlung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht alle, die hier anwesend sind, wissen das: Wir haben gerade eine Bewertung durch den Hessischen Rechnungshof über die Qualität der Wertermittlung des Hessischen Bau-Managements vorliegen. Da wurden ungefähr 50 Fälle untersucht, und nur in einem einzigen Fall – dabei handelt es sich um eine Garage – wurden eine Wertermittlung und ein Verkaufserlös in gleicher Höhe festgestellt. In allen anderen Fällen gab es eine erhebliche Wertdifferenz zwischen der ermittelten Zahl und der im anschließenden Verkaufsgeschäft erzielten Zahl, teilweise unterhalb, teilweise oberhalb. Insoweit sollte man sich auf ein Wertermittlungsdatum nicht stützen, wenn man damit irgendwas begründen will.

Zum Zweiten. Wir haben einen gewissen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Händen, wenn es um die Bewertung von Immobilienvermögen geht. Meine Damen und Herren, wir erinnern uns alle noch sehr gut, dass der Ministerpräsident mehrfach in diesem Zusammenhang gesagt hat: Vermögen gegen Vermögen. Das heißt, Vermögensverkäufe kommen nur in dem Maße infrage, wie an anderer Stelle auch Vermögen erzeugt wird. Was wir in diesem Falle wie auch schon im vergangenen Jahr beobachten müssen, ist: Vermögen wird verkauft, und am Ende werden die Erlöse – man könnte umgangssprachlich sagen: verfrühstückt; aber ich will es feiner formulieren – im konsumtiven Teil des Haushalts verbraucht. Das Vermögen ist weg, und die Schulden sind nach wie vor noch da.

Meine Damen und Herren, wenn das Land Hessen ein Unternehmen wäre, dann wäre das betrügerischer Bankrott: Ich habe Grundstücke gekauft, die ich mit Krediten finanziert habe. Ich verkaufe sie wieder und bediene jetzt nicht die Kredite, sondern ich kaufe mir von den Erlösen etwas anderes. In der Privatwirtschaft geht das nicht. Weil viele das aber gerne täten, ist im privaten Bereich dann die grundbuchliche Sicherung der Kredite üblich. Die ist beim Land nicht üblich, weil das Land Hessen nicht Pleite machen kann. Das ist aber auch der einzige Grund. Die Bürgerinnen und Bürger als letztendlich die Eigentümer des Vermögens des Landes werden auf diese Weise geschädigt.

Wir haben heute Morgen in anderem Zusammenhang auch über die Frage von Interessenwahrnehmung und Interessensichten gesprochen. Insoweit ist das Argument, Herr Finanzminister, die Branche gratuliere zu dem Verkaufsergebnis, nicht besonders verwunderlich, weil diejenigen, die an Immobiliengeschäften Interesse haben, hier versuchen, weitere Geschäfte anzulocken und zu propagieren.

Ich will nur eines sagen: Wir haben auch Risikozinssätze gehört. Das ist ja vom Kollegen Pighetti eben gerade noch

einmal dargestellt worden. Natürlich spielt der Faktor zwischen Verkaufserlös und Miete auch eine Rolle bei der Risikobewertung. Das ist doch keine Frage. Wenn ich einen „nicht Pleite gehbaren“ 30-jährigen Mieter habe, dann ist natürlich auch für den Erwerber das Risiko kleiner, und er kann es bei sich entsprechend in die Rechnung einbeziehen.

Das Wundersame ist: Der nimmt eher ein sehr kleines Risiko, um zu der Bewertung zu kommen, sprich: das 19,35fache von den Mieterlösen ist der Verkaufserlös. Umgekehrt nehmen wir sehr hohe Risikozinssätze, und zwar alle miteinander oberhalb der Obergrenze, die beim letzten Mal vom Rechnungshof in der Spannbreite erwähnt wurde, um das Geschäft schönzurechnen. Meine Damen und Herren, das macht die Unterschiede aus.

Ich kann nur eines sagen: Im Sinne einer nachhaltigen Vermögenswirtschaft liegt das, was hier geschieht, nicht. Sie wollen „Leo“ verkaufen, wir wollen „Leo“ behalten. Denn die Hessinnen und Hessen brauchen „Leo“ noch. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Kahl für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens meiner Fraktion weise ich die beleidigende Äußerung des Ministers gegenüber den Kollegen Pighetti und Schmitt eindeutig zurück.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben angemahnt, dass über diese Frage sachlich zu diskutieren wäre, und der erste Satz war weiter nichts als Beleidigungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein solcher Stil, den Sie hier praktizieren, richtet sich gegen Sie selbst und nicht gegen uns, um das auch klar und deutlich zu sagen.

Sie wissen sehr genau, dass sich gerade der Kollege Pighetti in den Beratungen des Haushaltsausschusses und auch in seiner Rede hier sehr klar und sachlich mit dem Thema auseinandergesetzt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen kann ich nur sagen: Die Argumente haben weggetan, und dann reagieren Sie so, wie wir Sie kennen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Um es auch ganz klar und deutlich vorweg zu sagen: Es geht nicht um die Frage von Neubauten. Es geht nicht um die Frage der Bereitstellung von zusätzlichen Büroräumen. Wir haben uns für PPP ausgesprochen. Wir haben auch nichts dagegen, dass, wenn die Verwaltung zusätzliche Räume braucht, man die anmieten kann. Um die Frage geht es hier überhaupt nicht.

Dass Private ein gutes Immobilienmanagement machen können, ist auch nicht die Frage dabei. Die Frage, die sich hier klar stellt, ist vielmehr: Muss man Vermögen des Landes Hessen, das man weiterhin braucht, verkaufen, um damit schlicht die strukturellen Probleme des Haushalts zu überdecken? Das ist die Kernfrage, um die es in dem Zusammenhang geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, die LHO hat über Jahrzehnte hinaus sehr klar zum Ausdruck gebracht: Das Land Hessen kann nur Vermögen verkaufen, das es mittel- und langfristig nicht mehr braucht. Das war ein Grundsatz, ein guter Grundsatz und ein richtiger Grundsatz.

Zur Frage der Wirtschaftlichkeit. Ich habe mir jetzt verschiedene Wirtschaftlichkeitsberechnungen angesehen. Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen haben alle das Manko, dass sie so berechnet werden, dass sie jeweils stimmen sollen.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Jetzt belegen Sie uns, dass der Verkauf und die Zurückmietung die wirtschaftliche Lösung sei. Bei der Staatskanzlei haben Sie genau das Umgekehrte auch mit Argumenten untermauert und haben uns genau das Umgekehrte nahe gebracht. Den Widerspruch müssen Sie an dieser Stelle einmal erklären.

Wenn Sie sagen, Herr Minister, Sie haben ein gutes Geschäft gemacht, es sei ein gutes Geschäft geworden, dann sage ich: für den Verkäufer ja wohl. Ob es für das Land Hessen ein gutes Geschäft ist, das wird sich noch erweisen. Aber dann sind Sie nicht mehr Finanzminister. Das ist auch die Realität.

Ich will einmal darauf hinweisen: Was bedeutet das denn haushaltsmäßig? Darüber wird ja hier überhaupt nicht diskutiert. Sie haben nach wie vor ein strukturelles Defizit oberhalb von 2,2 Milliarden €. Das, was Sie verkaufen, überdeckt dies im Grunde genommen nur. Solche Maßnahmen zur „Haushaltskonsolidierung“ können Sie immer nur einmal machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Strohfeuer!)

Aber das strukturelle Defizit bleibt.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Wird größer!)

Kollege Kaufmann hat schon zu Recht darauf hingewiesen: Was ist denn aus dieser Regierung geworden, die mit dem Grundsatz angetreten ist: „Vermögen gegen Vermögen“? Das sind doch alles nur noch Sprüche von vor einigen Jahren. Das ist nackte Not aufgrund Ihrer Haushaltspolitik, die dazu führt, dass Sie das machen müssen, was Sie jetzt tun.

(Norbert Schmitt (SPD): Aus Unvermögen wird Vermögen verkauft!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen, indem ich sage: An der Stelle verstehe ich die FDP überhaupt nicht, die für Verkäufe ist. Aber was ist denn das Ergebnis dieses Verkaufs in dieser Größenordnung? Am Ende des Jahres können wir schlicht sagen: Das Vermögen ist weg, die Schulden sind höher geworden,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geld ist auch weg! – Norbert Schmitt (SPD): Das Unvermögen in dieser Landesregierung bleibt!)

und die Belastung auf Dauer durch höhere Mieten steht auch an.

Wer das einer Privatperson als geschickte Finanzpolitik verkaufen will, ich glaube, der hat überhaupt keine Chance, dies zu tun. Das ist das Gegenteil von seriöser Finanzpolitik; denn Sie lösen Ihre Probleme nicht, sondern Sie verschärfen die Probleme, und deswegen sind wir gegen diesen Verkauf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kahl. Wir haben keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Damit kommen wir zur Abstimmung: Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses, Drucks. 16/4673 zu 16/4603. Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung gibt, den bitte ich um Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen gibt es keine. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Es wurde vorgeschlagen, Tagesordnungspunkt 66 an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Dann verfahren wir so.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Regierungserklärung des hessischen Wirtschaftsministers betreffend „Einfacher planen, schneller bauen – Zukunft sichern“**

Dieser Tagesordnungspunkt wird aufgerufen mit **Tagesordnungspunkt 40:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Mobilität als wichtiger Standortvorteil – Infrastruktur generiert Wachstum – Drucks. 16/4651 –**

und **Tagesordnungspunkt 70:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Berliner Koalitionsvertrag zügig umsetzen: Infrastrukturplanung vereinfachen und beschleunigen, Bürokratie abbauen – Drucks. 16/4687 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 72:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Mittelkürzung im Nahverkehr um 3,1 Milliarden € – Drucks. 16/4696 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 20 Minuten. – Herr Kahl zur Geschäftsordnung.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kündige für meine Fraktion zu dem aufgerufenen Themenkomplex die Vorlage eines weiteren Dringlichen Antrags an. Ich bitte, ihn im Laufe der Debatte nach der Feststellung der Dringlichkeit mit aufzurufen.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Dann verfahren wir so. – Wir beginnen mit der Rede des Herrn Wirtschaftsministers. Die vereinbarte Redezeit ist 20 Minuten. Herr Rhiel, Sie haben das Wort.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und gilt gleichzeitig als Motor der Wirtschaft. Der Grad der Mobilität ist mit ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes. Das gilt für die Qualität aller Verkehrsträger und Verkehrssysteme.

Die heutige Situation in Hessen belegt, dass in Regionen mit stark ausgeprägten Verkehrsstrukturen auch die wirtschaftliche Ertragskraft stark ist. Arbeitsplätze entstehen dort, wo der Zugang zu den Verkehrsträgern gut gelöst ist. Mobilität ist somit ein elementarer Standortfaktor. Die jetzige Situation auf Deutschlands Verkehrswegen behindert jedoch wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Dynamik. Der tägliche Stau in Deutschland ist eine nicht hinnehmbare Geld- und Zeitvernichtungsmaschinerie, von der ökologischen Belastung einmal ganz abgesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Studien belegen, dass die Anforderungen an die Mobilität wie auch die individuellen Kosten für die Mobilität steigen werden. Ein Bundesland wie Hessen, das sich in Europa in absolut zentraler Lage befindet, ist daher gut beraten, wenn es vor diesem Entwicklungshorizont schon jetzt Strategien und Maßnahmen entwickelt und umsetzt, um dem wirtschaftlichen Dynamisierungsprozess entsprechend Räume zu öffnen – zum Nutzen der Wirtschaft, aber auch der einzelnen Menschen.

Die Hessische Landesregierung stellt sich dieser Herausforderung für beide Zielgruppen. Zum einen müssen wir für die regionalen Verkehre – besonders in den Ballungsräumen, aber auch für die überregionalen Pendlerströme – die Angebote zügig ausbauen. Zum anderen sind wir als Transitland mitten in Deutschland und in Europa mit wichtigen Verkehrsdrehkreuzen besonders gefordert. Der Bundesverkehrswegeplan belegt, dass der Personenverkehr bis zum Jahre 2015 um 15 %, der Güterverkehr sogar um 60 % zunehmen wird.

Hessen geht bei der Lösung dieser Probleme komplexe, aber geradlinige und ideologiefreie Wege. Wir bevorzugen keine Verkehrsträger, wir benachteiligen aber auch keine, sondern wir führen sie nutzerorientiert zusammen. Wir setzen auf die Verkehrsträger, die jeweils besonders geeignet sind, um die Angebotsstrukturen im Sinne von mehr Mobilität für die Menschen und Warenströme zu verbessern. Wir werden noch intensiver vernetzte Strukturen schaffen. Für uns steht fest: Der einzelne Verkehrsteilnehmer wird künftig je nach Reiseziel und fallweise zwischen den einzelnen Verkehrsträgern stärker wechseln können. Das bedeutet mehr Möglichkeiten zu individueller Aufwand-Nutzen-Optimierung für die Verkehrsteilnehmer bei gleichzeitiger Schonung der gesamtwirtschaftlichen und ökologischen Ressourcen. Das ist unsere Zielsetzung.

Für uns steht weiter fest: Es wird dabei nicht einen einzigen großen Wurf bei der Problemlösung geben. Wir brauchen vielmehr ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel, das sich aus den Kernbereichen Planen, Bauen und intelligentem Verkehrsmanagement rekrutiert und aus dem die Verkehrsangebote Zug um Zug erwachsen.

Dies alles ist ein kundenorientierter evolutionärer Prozess – frei von Glaubensüberzeugungen, verknüpft mit dem Bewusstsein, dass die Verkehrsinfrastruktur nie

Selbstzweck ist, sondern dass der Verkehr eine dienende Funktion hat. Genau dies ist die Richtschnur des verkehrspolitischen Handelns dieser Landesregierung.

Wir alle wissen, die Herausforderungen sind groß und erfordern schnelles Handeln. Die Verkehrspolitik muss die Umwelt-, Raumordnungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie nicht zuletzt die Wünsche der Bürger und der Unternehmen berücksichtigen. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen, bauen Bürokratie ab und wollen die Verfahren beschleunigen. Genehmigungsverfahren müssen nicht zwangsläufig teuer, kompliziert und zeitaufwendig sein.

(Beifall bei der CDU)

Verfahren mit schneller Entscheidungsfindung sollen die Auftragsbücher der Wirtschaft füllen und nicht die Gerichts- und Behördenkassen.

(Beifall bei der CDU)

Die zur Verbesserung des Planungsprozesses von Herrn Ministerpräsidenten Koch und mir eingesetzte Kommission unter Leitung meines Vorgängers, Herrn Kollegen Posch, hat bereits konkrete Vorschläge zur Verfahrensbeschleunigung auf den unterschiedlichsten Ebenen entwickelt. Sie können zeitliche Einsparpotenziale von sage und schreibe bis zu vier Jahren mit sich bringen. Deshalb möchte ich auch hier der Kommission für ihre wertvolle Arbeit danken.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Straffung und Beschleunigung des Planungswesens geschieht in dem Wissen, dass auf allen Ebenen und in allen Bereichen ein hohes Maß an Rechtssicherheit gegeben sein muss. Auch der Koalitionsvertrag in Berlin enthält die Verfahrensbeschleunigung als politisches Ziel. Hessen wird dieses Vorhaben der Bundesregierung unterstützen. Konzentriertes Planen bedeutet, zielgerichtet zu planen, schnell zu bauen, Kosten zu sparen und die Wirtschaft zu stärken. Unser Ziel ist, dass in Deutschland bereits ab dem nächsten Jahr ein neues, ein schlankes und einfaches Planungsrecht in Kraft tritt.

Trotz der engen Korsettstangen des bisherigen Planungs- und Finanzierungsrechts wird aber für jedermann in Hessen sichtbar: Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird in allen Landesteilen intensiv vorangetrieben. Wir haben gerade in den letzten Monaten scheinbar unlösbare Probleme gelöst. Frankfurt und das Umland werden rechtzeitig zur WM mit dem sechsstreifigen Ausbau der A 66 zwischen Wiesbaden und Frankfurt die dringend notwendige Kapazitätserweiterung erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Dies bedurfte hartnäckiger und langwieriger Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium, die positiv abgeschlossen werden konnten, wie wir alle dankbar zur Kenntnis genommen haben.

Auch am anderen Ende der A 66, zwischen Schlüchtern und Fulda, ist das gesteckte Ziel erreicht. Hier ist mittlerweile der gesamte Lückenschluss bis zur A 7 im Bau, so dass in 2007 weitere 8 km fertig gestellt werden und in wenigen Jahren nach dem Bau der letzten 7 km eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen Frankfurt und der A 66 zur A 7 bestehen wird.

(Beifall bei der CDU)



Meine Damen und Herren, damit geht ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung.

Wir haben auch den Bau den A 44 vorangetrieben, und zwar sehr konkret. Zwischen Hessisch-Lichtenau und Weilburg fließt seit mehr als einem Monat der Verkehr.

(Beifall bei der CDU)

Genauso wichtig ist: Es geht weiter. Noch vor Weihnachten werde ich für den nächsten Abschnitt das Baurecht herstellen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Auch hier zahlt sich unsere Hartnäckigkeit aus. Das gilt auch für die Planung und die Realisierung der A 49. So konnte ich jetzt eine neue Trassenführung durch den Herrenwald vorstellen, auf der trotz des Kammmolchaufkommens in der Nachbarschaft Baurecht geschaffen werden kann.

Die Anbindung der A 49 an die A 5 stärkt vor allem Mittelhessen. Sie ist in greifbare Nähe gerückt.

Gemeinsam mit den betroffenen Landräten und der heimischen Wirtschaft – es ist mir wichtig, das zu unterstreichen – haben wir den Ausbau der A 4 zwischen Olpe und Hattenbach wieder auf die Agenda geholt. Auch sie kann für wesentliche Teile Nordhessens, nicht zuletzt auch Mittelhessens zu einer zusätzlichen Lebensader für die wirtschaftliche Entwicklung werden.

Ein weiteres Beispiel: Der Erörterungstermin für den Bau des Riederwaldtunnels ist gestern abgeschlossen worden. Ich bin zuversichtlich, dass im nächsten Jahr der Planfeststellungsbeschluss gefasst werden kann.

All das gilt auch für die Bundesstraßen. Auch hier hat sich unser Handeln, hat sich unser Einsatz gelohnt. Vor allem bei den dringend notwendigen Ortsumfahrungen sind wir große Schritte vorangekommen. Ob in Friedberg, Bürstadt-Bobstadt, Höchst im Odenwald, Limburg/Wetzlar, Haiger oder Hungen: Überall haben wir uns nicht vertragen lassen und erfolgreich um die Finanzierung und Realisierung gekämpft. Es geht weiter mit dem Straßenbau in Hessen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit nicht genug. Weitere Projekte wurden fortgeführt, neue Projekte sind in Planung. Im nächsten Jahr können wir gemeinsam wieder viele Maßnahmen starten. Es geht also voran.

Was für die Autobahnen gilt, was für die Bundesstraßen gilt, gilt für eine noch viel größere Zahl von hessischen Landesstraßen. Seit 1999 werden die Versäumnisse der früheren rot-grünen Landesregierung sukzessive und konsequent bereinigt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben den Knoten gemeinsam durchschlagen und den Stillstand aufgelöst.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur wenige Zahlen dazu: Gemessen an den Ausgaben in Höhe von nur 27 Millionen € im Jahr 1998 ist der Umfang der Investitionsprogramme mit jeweils 55 Millionen € bereits in den Jahren 2002 und 2003 mehr als verdoppelt worden.

Im Jahr 2005, also im laufenden Jahr, hat der Bauetat nach einer kleinen Delle im Jahr 2004 jetzt mit 65 Millionen € eine neue Höchstsumme erreicht. Er wird im nächsten Jahr nochmals um 10 Millionen € auf insgesamt 75 Millionen € aufgestockt.

(Beifall bei der CDU)

Dafür bin ich dem Hessischen Landtag besonders dankbar. Dem liegt ein zusätzliches Sonderstraßenbauprogramm mit einem Gesamtvolumen von 50 Millionen € zugrunde. Insgesamt werden dadurch 133 Einzelmaßnahmen finanziert.

Meine Damen und Herren, Sie alle – egal ob von der Regierungsfraktion oder von der Opposition – wissen doch: Während jedes Plenums haben wir Besprechungen, in denen Sie mit Bürgerinitiativen kommen und bitten, ob wir dies oder jenes machen können. Wir haben den Stau aufgelöst – 133 zusätzliche Maßnahmen allein dafür. Für diese Mittel bin ich dankbar.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis dahin wird auch das Kommunaleinteressenmodell – das damals unter der Verantwortung von Herrn Kollegen Posch initiiert wurde – erfolgreich abgeschlossen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit 55 Projekten und einem Gesamtvolumen von 111 Millionen € wurden in diesem Modell Vereinbarungen abgeschlossen; für sechs weitere Projekte stehen sie unmittelbar bevor. So konnten in Hessen neben den Radwegen – die übrigens ebenfalls damit finanziert wurden – 39 Landesstraßen mit einem Volumen von mehr als 97 Millionen € als Ortsumfahrungen oder als Neugestaltung von Ortsdurchfahrten frühzeitig realisiert werden.

Wenn wir schon bei Spitzenwerten sind, so möchte ich noch einen hinzufügen. Summa summarum werden wir im Jahr 2006 für Straßenbauinvestitionen in Hessen – übrigens dank der guten Vorarbeit der Straßenbauverwaltung, die wir weiter modernisieren wollen – voraussichtlich gut 500 Millionen €, also über eine halbe Milliarde €, ausgegeben: Investitionen, die eben nicht nur den Verkehrsteilnehmern, sondern der gesamten hessischen Bauwirtschaft zugute kommen werden. Daran sehen wir: Verkehrspolitik ist auch Investitionspolitik. Um diese Innovationen planerisch bewältigen zu können, werden wir im nächsten Jahr, zunächst mit Zeitverträgen, zusätzlich 50 Ingenieure einstellen – also ein weiterer Effekt auf dem Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren, auch von hier aus muss die Aufforderung an den Bund gehen, Investitionsmittel gemäß den Zielen des Bundesverkehrswegeplans ausreichend und kontinuierlich zur Verfügung zu stellen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine spannende Aussage!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so weit der Straßenbau. Alle Anstrengungen für den Straßenbau haben im Rahmen des von der Landesregierung verfolgten integrativen Konzepts jedoch nur dann Sinn – da haben Sie sich eben zu Recht zu Wort gemeldet, allerdings verfrüht –, wenn wir unser Engagement ebenso auf die anderen Verkehrsträger lenken, wenn wir Schiene und ÖPNV gleichermaßen vorantreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch das ist in Hessen sichtbar der Fall. Mit der ICE-Strecke Köln – Rhein-Main ist das Land Hessen zentral in das Hochgeschwindigkeitsnetz der DB eingebunden. Hiervon profitiert das Rhein-Main-Gebiet, aber vor allem der Bereich Limburg.

Gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg treiben wir derzeit die weitere Planung der ICE-Strecke Frankfurt – Darmstadt – Mannheim voran. Meine Damen und Herren, hier darf es keinen Stillstand der Planungen geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

DB AG und Bund sind ebenso aufgefordert, den zunehmenden Engpass zwischen Frankfurt und Fulda/Würzburg zu beseitigen, indem sie schnell eine Einigung mit den Ländern und den betroffenen Kommunen über den Trassenverlauf herbeiführen. Denn ein gut ausgebautes Schienennetz ist zwingende Voraussetzung für ein optimales Verkehrsangebot.

Aber nicht allein die Hochgeschwindigkeit ist das Entscheidende, sondern die tatsächliche Reisezeit. Das bedeutet, Fern- und Nahverkehr sowie Bus und Bahn müssen noch mehr zu einem koordinierten Fahrplansystem finden. Zur Steigerung der Attraktivität dieses vernetzten Angebots müssen die Strukturen der Haltepunkte mit Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Plätzen sowie mit Bushaltestellen und zentralen Omnibusbahnhöfen ausgestattet werden – wie das mustergültig bei der neuen S-Bahn im Rodgau gelöst worden ist.

Meine Damen und Herren, in bester Übereinstimmung mit den hessischen Verkehrsverbänden gehen wir diesen Weg auf der Basis eines Masterplans für das integrierte Verkehrsmanagement. Das hessische Konzept des Schienenpersonennahverkehrs und des ÖPNV sind dabei besonders erfolgreich. Wir entwickeln dies auf der Basis des bewährten Regionalisierungskonzeptes. Die unmittelbare Verantwortungsübertragung auf die Kommunen innerhalb der Verkehrsverbände und deren kundenorientierte Qualitätssicherungssysteme führen zur Steigerung von Attraktivität und Akzeptanz des ÖPNV. Die Investitionsleistungen des Landes – hier bitte ich, gut zuzuhören –, z. B. die Odenwaldbahn, die im Dezember neu eröffnet wird, die Regio-Tram in und um Kassel und viele weitere Maßnahmen, betragen pro Jahr 100 Millionen €.

Meine Damen und Herren, das rechnet sich auch. So stiegen z. B. die Fahrgastzahlen allein beim RMV von 530 Millionen Fahrten im Jahr 1997 auf 634 Millionen Fahrten im Jahr 2004 kontinuierlich an, und die Entwicklung geht weiter nach oben. Weitere Stichworte in diesem Zusammenhang sind das Investitionsvorhaben Rhein-Main plus, neue S-Bahn-Strecken und -Stationen im Rhein-Main-Gebiet sowie die Lossetalbahn und die Kurhessenbahn, deren Bau und Erweiterung beschlossen ist – ganz wichtig für Nordhessen.

Meine Damen und Herren, das neue ÖPNV-Gesetz stärkt die kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger, bündelt die Finanzierung und fördert so für die Zukunft eine weitere wichtige qualitative Verbesserung des ÖPNV, bei höheren betriebswirtschaftlichen Effizienzen.

Das ist, kurz zusammengefasst, die Quintessenz dieses Konzeptes. Der Schlüssel hierfür liegt vor allem in der Vergabepraxis, der grundsätzlich eine Ausschreibung vorgehen soll. Nur dadurch können die Reserven gehoben werden, mit denen wir hoffen, mögliche Kürzungen – die derzeit seitens des Bundesverkehrs- und Bundesfinanz-

ministers bei den Regionalisierungsmitteln diskutiert werden – annähernd kompensieren zu können.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

Auch der Radwegebau gehört dazu. Auch hier sind wir neue Wege gegangen: Übertragung der Unterhaltung und Kontrolle des Netzes an den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club in Hessen, mit entsprechender finanzieller Dotierung. Für den Bau und Ausbau der Radwege seit 1999 haben wir 140 Millionen € investiert, auch im Interesse des Tourismus, beispielsweise – Herr Kahl ist gerade nicht da – für den Ederseeradweg, eine ganz neue und wichtige Attraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben Straße und Schiene gibt der Luftverkehr dem Land Hessen und seiner Verkehrsinfrastruktur ein herausragendes Profil. Deshalb stärken wir die Drehscheibe Frankfurt/Rhein-Main. Er ist die Jobmaschine in Hessen. Er ist die größte lokale Arbeitsstätte Deutschlands. 68.000 Menschen sind – wie Sie alle wissen – dort beschäftigt. Im vergangenen Jahr gab es dort allein 1.600 zusätzliche Arbeitsplätze. Im Ausbauszenario werden dort etwa 95.000 direkte und rund 125.000 mittelbare Arbeitsplätze prognostiziert – Grund genug, diese Angelegenheit ernsthaft zu betreiben.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, als freundlicher Hinweis: Die vereinbarte Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich brauche nur noch wenige Minuten.

Meine Damen und Herren, das Stichwort A 380 brauche ich als solches nur anzusprechen. Wir haben Baurecht geschaffen, das vor allen Gerichten gehalten hat. Deshalb gehen wir mit der Arbeitsweise meines Hauses – nämlich Genauigkeit vor Schnelligkeit – auch bei den großen Verfahren so voran. Wir brauchen diese Erweiterungsmaßnahme, um Fraport international wettbewerbsfähig zu halten.

Der Flughafen selbst ist nicht nur ein Jobmotor, sondern er gibt Impulse für alle Institutionen: für Hochschulen, für Einrichtungen aller Art, für Unternehmen in der ganzen Region. Ihr Mobilitätsbedarf ist gleichzeitig der Katalysator für Investitionen und Arbeitsplätze.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Amen!)

Meine Damen und Herren, für die Bedeutung des Luftverkehrs für Wirtschaft und Arbeitsplätze stehen auch die Regionalflughäfen. Nehmen wir z. B. Egelsbach. In diesem Jahr werden wir dort rund 85.000 Flugbewegungen verzeichnen, 6,5 % mehr als im Jahr 2004. Übrigens sind auch dort 700 Menschen beschäftigt – neue Beschäftigungsfelder im Sinne neuer, zusätzlicher Mobilität. Diese Entwicklung dort belegt, dass sich die Investition schon allein unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur rentiert.

Kurz vor der Mittagspause haben wir heute diskutiert, dass genau dies der Begründungszusammenhang dafür ist, dass wir Kassel-Calden zielstrebig ausbauen.

Meine Damen und Herren, wegen der zunehmenden Vernetzung der weltweiten Produktionsstandorte und des wachsenden, grenzüberschreitenden Austauschs und Umschlags von Produkten hat diese Landesregierung den Ausbau des Logistikstandorts Hessen forciert. In der Cargo City Süd sind mittlerweile mehr als 250 Airlines, Speditionsunternehmen und andere Dienstleister tätig und bewegen derzeit jährlich rund 1,6 Millionen t Frachtgut. Nach den Ausbauplänen der Fraport soll dieses Volumen bis 2015 auf 2,8 Millionen t steigen, mit entsprechendem Arbeitsplatzgewinn.

Die Attraktivität der Logistikstandorte in Hessen resultiert aus ihrer Lage, aber auch aus dem integrierten Angebot mehrerer Verkehrsträger und -strukturen.

Wir vernetzen unsere Verkehrsstrukturen und schaffen damit Anreize für neue Investitionen. Mit dem Trimodalport in Frankfurt-Höchst haben wir eine optimale Vernetzung, ebenso mit dem im Jahre 2003 eröffneten Güterverteilzentrum in Kassel, das gerade für die Wirtschaftsregion Nordhessen einen weiteren Impuls gibt. Der Logistikstandort Nord- und Ostkassel ist – das erleben wir inzwischen – international anerkannt.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist eine Erfolgsgeschichte ohne Gleichen. Die europaweit optimalen Standortbedingungen, die durch die Hessische Landesregierung weiter verbessert werden – siehe A 49, A 44 –, haben in Nordhessen internationale Unternehmen aus der Logistik- und anderen Branchen mit allen positiven Konsequenzen für Wachstum und Arbeitsplätze angezogen. Meine Damen und Herren, dennoch können 60 % mehr Güterverkehr, 15 % mehr Personenverkehr nicht ausschließlich über den Bau neuer Verkehrswege aufgefangen werden. Das muss uns klar sein. Deshalb ist es nicht wenig wichtig, die vorhandenen Räume, vor allem die Straßenräume, durch intelligente Technik besser zu nutzen und damit kapazitativer auszuweiten. Hessen hat sich aus dieser Erkenntnis zum Vorreiter der Verkehrstelematik entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Das Projekt „Staufreies Hessen“ bündelt alle Innovationen, die ein modernes Verkehrsmanagement braucht. DIANA, Cox – Sie kennen die Schlagworte –, dynamische Verkehrswegweiser oder die bereits sehr erfolgreiche Seitenstreifenmitbenutzung auf der A 5 und der A 3 und künftig auf weiteren Strecken der Bundesautobahnen stehen für die zielstrebige Modernisierung der hessischen Verkehrsinfrastruktur. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit den Hochschulen, mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in Hessen. Hier wird die ganze Standortkraft Hessens genutzt, um mehr Mobilität und damit mehr Wirtschaftskraft zu erreichen. Der Standort Hessen wird eine im Konzert der Wirtschaftsregionen Europas führende Rolle spielen.

Ich komme zum Schluss. Die Landesregierung entwickelt und verbessert deshalb zielstrebig, verlässlich und mit modernen Instrumenten die Verkehrsinfrastruktur, weil sie zutiefst von deren Bedeutung für Innovation, für Wachstum, für Arbeitsplanung und schließlich für die soziale Sicherung der Menschen in Hessen überzeugt ist. Somit ist Verkehrsinfrastruktur ein integraler Bestandteil einer ganzheitlich angelegten Politik. Die Menschen in Hessen können an jedem Tag miterleben: Hier wird gebaut, hier ist Dynamik, hier in Hessen wird gehandelt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Minister Rhiel. – Als nächster Redner Herr Frankenberger für die SPD-Fraktion.

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, Sie haben eben weit über die vereinbarte Redezeit geredet.

(Michael Boddenberg (CDU): Also so was! – Minister Dr. Alois Rhiel: Drei Minuten!)

Wir fragen uns: Was wollten Sie uns eigentlich mit dieser Regierungserklärung sagen? Das können wir nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Herr Frankenberger, Ihnen ein bisschen Mut machen!)

Die Erwartungen – ich gebe es zu – waren nach dem Titel der Erklärung „Einfacher planen, schneller bauen – Zukunft sichern“ hoch. Herr Dr. Rhiel, den Erwartungen, die sich hinter diesem Titel verbergen, sind Sie mit Ihrer Erklärung in keinsten Weise gerecht geworden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, wir sind es schon gewohnt, dass wir hier, seitdem Sie die alleinige Regierung stellen, unsere wertvolle Zeit immer mit Abfeiern von CDU-Jubelanträgen vergeuden müssen. Wir haben eigentlich Besseres zu tun. Aber wenn ich diesen Antrag anschau, kann ich nur feststellen: Heute ist es wieder einmal so weit.

(Michael Boddenberg (CDU): Gut, dass Sie noch etwas haben!)

Diese Erklärung des Wirtschaftsministers war eine Aufzählung von altbekannten Absichtserklärungen und Allgemeinplätzen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Sie hat nichts substantiell Neues geboten, und sie hat keine Perspektiven für das Land Hessen aufgezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung beansprucht wieder einmal ein Erstvertretungsrecht, wo es ihr überhaupt nicht zusteht –

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Bleib ehrlich!)

dieses Mal zum Thema Planungsverfahren. Hier steht offenbar, wie so oft, mehr die politische Effekthascherei im Vordergrund als die Aufgaben, die in Hessen angegangen werden müssen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Komm doch zur Sache!)

Herr Dr. Rhiel ist in seiner Rede auf die Notwendigkeit eingegangen, Verfahren in Zukunft zügiger abzuwickeln.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Hast du etwas dagegen?)

Das stellt doch keiner hier infrage. Es stimmt, der Ausbau von Infrastruktur sichert Lebensqualität, generiert Wirtschaftswachstum. Die meisten von uns sind sicher einig,



die Verfahrensdauern von der Planung bis zur Umsetzung von Großprojekten sind einfach zu lang. Zu lange Umsetzungszeiten sind schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung, wie an dem Beispiel der A 44 in Nordhessen deutlich wahrzunehmen ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Die einen sagen es so, die anderen sagen es so!)

Das ist eine Zumutung für die betroffenen Anwohner.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Lübcke (CDU): Das habt ihr doch verändert!)

Herr Kollege Dr. Rhiel, meine Wahrnehmung ist: Wenn Sie sagen, Sie wollten das Verfahren jetzt zügig vorantreiben, klingt das in der Region wie eine Drohung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch wir Sozialdemokraten wollen Planung und Bau von Infrastruktur erleichtern und beschleunigen. Nach dem üblichen Eigenlob der Landesregierung und der CDU-Fraktion macht diese Erklärung nur eines deutlich: Die Hessen-CDU und der Ministerpräsident rennen gerade beim Thema Beschleunigung von Planungsverfahren hinter einem fahrenden Zug her, statt rechtzeitig eingestiegen zu sein.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie bitte? Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Was Roland Koch mit großem Getöse der Presseerklärung sogar in Begleitung einer Regierungserklärung – wir haben es eben gehört – als Gesetzentwurf verkündet, ist bereits im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU am 11. November hinreichend berücksichtigt und vereinbart.

(Michael Boddenberg (CDU): Was meinen Sie, warum das wohl darin steht?)

– Herr Kollege Boddenberg, wir kommen gleich dazu, warum das darin steht.

(Beifall bei der SPD)

Grundlagen für ein Planungsbeschleunigungsgesetz sind dort zwischen den Regierungsparteien abgestimmt und verankert. Die SPD-Fraktion steht zu dem Koalitionsvertrag in Berlin.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Jetzt sind wir Freunde!)

Jetzt wäre es doch angesagt, sich zukunftsorientiert und konstruktiv mit der Umsetzung der in Berlin gemeinsam vereinbarten Positionen zu befassen. Dagegen beschreitet Roland Koch mit der Hessen-CDU wieder einen Sonderweg und will anscheinend schon in der frühen Phase der Regierungskoalition diese aushöhlen. Flexibilität ist auch nicht gerade ein Markenzeichen dieser Landesregierung, sonst würde sie zur Kenntnis nehmen, dass mit den Ereignissen in der Bundesrepublik die so genannte Expertenkommission zur Beschleunigung von Planungsverfahren durch Zeitablauf einfach überflüssig geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Boddenberg, Sie haben nicht einmal die Größe, dies auch einzugestehen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Die hessische SPD-Fraktion trägt den Koalitionsvertrag mit und steht ausdrücklich zu den vereinbarten Punkten. Die Koalition in Berlin ist sich einig. Es ist unbestritten,

dass Planungsprozesse als kurzfristig umzusetzendes Ziel gestrafft, vereinheitlicht und verkündet werden sollen. Wir von der SPD fragen allerdings auch immer, auf wessen Kosten dies geschehen soll. Die Bürgerbeteiligung, Naturschutz und Umwelt dürfen dabei nicht ausgeschaltet werden.

(Beifall bei der SPD)

Da haben wir auch eine Vorbildfunktion. Wer eine lebendige Demokratie und eine aktive Bürgergesellschaft will, der muss auch Beteiligungen an Entscheidungsprozessen zulassen. Herr Dr. Rhiel, Sie haben – sei es aus Unwissenheit oder mit Vorsatz – in Ihrer Erklärung verschwiegen, dass die ehemalige rot-grüne Regierungskoalition bereits im Mai dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen vorgelegt hat.

(Minister Dr. Alois Rhiel: In der Schublade!)

Dieser Entwurf befindet sich noch im Verfahren des Bundesrates. In diesem Entwurf ist es geschafft worden, eine Gratwanderung zwischen der Verkürzung von Planungsverfahren und der Aufrechterhaltung von Bürgerinteressen hinzukriegen. Planungsrechtliche Vorhaben sind von vielen Nutzungsansprüchen gekennzeichnet und berühren viele Schutzgüter und Interessen. Dadurch sind sie – das ist nun einmal so – komplizierter geworden. Wer meint, dies einfach wegdiskutieren zu können, der frönt einem Populismus.

(Beifall bei der SPD)

Ohne vernünftige Planungsverfahren müsste gegebenenfalls eine Fülle von Einzelrechtsstreitigkeiten abgearbeitet werden. Die können mindestens genauso lange dauern, aber womöglich noch viel länger. Die Beschleunigung von Planungsverfahren setzt in stärkerem Maße als bisher kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Behörden voraus. Diese Kompetenz baut diese Landesregierung seit Beginn dieser Legislaturperiode – seit Ihrer „Operation düstere Zukunft“ – in den zuständigen Behörden massiv ab. Das weiß ich aus eigener leidvoller Erfahrung z. B. beim Regierungspräsidium Kassel. So gefährden Sie selbst den Abbau von Bürokratie und die Vereinfachung von Genehmigungs- und Planungsverfahren, meine Damen und Herren von CDU und von der Regierung.

Es ist zwischen den Koalitionspartnern in Berlin verabredet worden, dass der im Bundesrat anhängige Entwurf Grundlage für weitere Beratungen ist. Anregungen der Länder sind einzubeziehen. Aber bitte schön, Herr Dr. Rhiel, blamieren Sie das Land Hessen im Kreis der Bundesländer nicht mit Ihren Vorschlägen, und fangen Sie keine Verzögerungstaktik an.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben einen gemeinsamen Zeitplan verabredet. Der Entwurf soll Anfang 2006 verabschiedet werden. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf schreibt ganze Passagen aus dem Gesetzentwurf der ehemaligen rot-grünen Koalition ab.

(Zuruf von der SPD: So kennen wir sie!)

Da werden wir uns sicherlich alle schnell einig. Aber schauen wir uns einmal an, was Sie anders machen wollen. Hier nur ein paar Beispiele. Sie wollen den Wegfall des Raumordnungsverfahrens zugunsten von landesplanerischen Stellungnahmen. Nach § 15 Raumordnungsgesetz sind aber die Länder verpflichtet, Raumordnungsverfahren



ren durchzuführen. Wir können da Ziel- und Zeitvorgaben bestimmen. Wir Sozialdemokraten sehen auch nicht, dass die geforderte Abschaffung der Raumordnungsverfahren zu einer Verkürzung der gesamten Planungszeit des Vorhabens führt. Sie verlagern die Arbeit nur auf eine andere Ebene, und zwar auf die Fachplanung im Zulassungsverfahren. Mir ist schleierhaft, warum das zwingend zu einer Zeitersparnis führen soll.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie wollen bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung Schwellenwerte und Kriterien einführen. Herr Dr. Rhiel, nehmen Sie zur Kenntnis, dass Irland das bereits versucht hat und vor dem Europäischen Gerichtshof damit gescheitert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Gesetzentwurf der ehemaligen rot-grünen Koalition stellt die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts im ersten und letzten Rechtszug ausdrücklich fest. Diese Regelung ist eine Konsequenz aus den guten Erfahrungen in den neuen Bundesländern. Der Vorteil ist: Im Vergleich zum Rechtsschutzverfahren vor Oberverwaltungsgerichten entfällt das Risiko von zeitaufwendigen Revisionsverfahren. In Revisionsverfahren wird oft nicht in der Sache entschieden, sondern es wird zur Aufklärung weiterer Tatsachen an das OVG zurückverwiesen. Dieses oft mehrfache Wechselspiel behindert und verlängert die Infrastrukturplanung enorm. Daher bietet die Verlagerung an das Bundesverwaltungsgericht für Infrastrukturvorhaben mit überragender verkehrlicher Bedeutung eine große Vereinfachung. Hiervon profitieren die Länder, deren Gerichte übrigens spürbar entlastet werden. Das alles steht in dem Entwurf der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung, was die Grundlage für die jetzige Berliner Koalition ist, wenn sie ihre Vorhaben Anfang 2006 umsetzen wollen.

Herr Wirtschaftsminister, bevor Sie sich das nächste Mal vom Ministerpräsidenten dazu überreden lassen, Vorschläge einer Kommission, die er eingesetzt hat, in Ihrer Regierungserklärung zu verkaufen, empfehle ich Ihnen: Informieren Sie sich auch an anderen Stellen über den tatsächlichen Sachstand. Dann wäre uns hier vieles erspart geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam die in der Berliner Koalitionsvereinbarung vereinbarten Grundlagen und Ziele abarbeiten, anstatt hier in Hessen weitere Baustellen einzurichten.

Herr Dr. Rhiel, Sie haben eben hier auf die A 4 hingewiesen. Das ist schon merkwürdig. Sie fangen hier mit der A 4 eine neue Baustelle in Hessen an, während bei der A 44 und A 49 nichts weitergeht. Das ist doch nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das hilft auch nicht den betroffenen Regionen und den dort wohnenden Menschen. – Herr Boddenberg, jetzt komme ich zu Ihrem Antrag, in dem Sie die Landesregierung bejubeln. Der Lückenschluss der A 49 – davon bin ich örtlich ein bisschen betroffen, und da bin ich auch ein bisschen näher dran –: Zweieinhalb Jahre ist dieser Wirtschaftsminister sozusagen drum herum gefahren. Jetzt wird eine neue Trasse vorgeschlagen. Dabei ist vollkommen unklar, ob bei dieser neuen Trasse ein neues Raumordnungsverfahren durchgeführt werden muss.

1999 – die Menschen in der Region können sich noch genau daran erinnern – hat die Regierung versprochen, jetzt würden die Bagger kommen, und es würde losgehen. Bilanz nach sechs Jahren: Kein einziger Zentimeter der A 49 ist weitergebaut worden. Nichts ist passiert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bau der A 44 Kassel – Eisenach, man höre und staune: Knapp 3 km Autobahn sind nach sechs Jahren Regierungszeit von Roland Koch gebaut.

(Zuruf von der SPD)

Gemessen daran, wie Sie zu Beginn Ihrer Regierungszeit die Backen aufgeblasen haben, ist das eine wahrlich peinliche Bilanz.

(Beifall bei der SPD)

Bei der A 44 und der A 49 zeigt sich: Es ist die Landesregierung, die für viel zu lange Verfahrensdauern bei diesen Infrastrukturmaßnahmen verantwortlich ist. Das ist so, weil sie nicht in der Lage ist, diese Verfahren ordnungsgemäß nach Recht und Gesetz abzuwickeln. Da hilft es auch nicht, wenn Roland Koch eine so genannte Expertenkommission einsetzt, um von diesem Unvermögen abzulenken. Das ist viel zu durchsichtig. Gerade die Menschen in Nordhessen wissen sehr wohl, wer die Verantwortung für diese Pannenserie bei der A 44 und der A 49 trägt.

(Beifall bei der SPD)

Beim Lückenschluss der A 66 hat sich doch diese Landesregierung am Anfang recht passiv verhalten. Es ist den ortsansässigen Bürgermeistern, bei denen wir uns alle gemeinsam bedanken sollten – das sage ich auch gern der Kollegin Waschke –, zu verdanken, die sich zielstrebig und hartnäckig eingesetzt haben. Denn ansonsten, wenn diese Landesregierung die alleinige Verantwortung gehabt hätte, wäre nichts passiert. Herr Kollege Rhiel, das können Sie alles in der örtlichen Presse nachlesen.

(Beifall bei der SPD)

Ausbau des Frankfurter Flughafens:

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Die Entscheidung für Ihre Vorzugsvariante hat sich als hochgradig angreifbar herausgestellt. Sie hatten sich einen Zeitplan gesetzt und sind aufgrund Ihrer eigenen Fehler bereits zwei Jahre im Verzug. Das ist schlimm für das nationale und internationale Renommee des Frankfurter Flughafens. Es ist aber besonders schlimm für die Arbeitsplätze, die durch die zeitliche Verzögerung nicht entstehen konnten.

Das hat der Wirtschaftsminister eben nicht gesagt. Auch in diesem Herbst gilt: Es gehen unter dieser Landesregierung in Hessen immer noch jeden Tag mehr Arbeitsplätze verloren, als neue geschaffen werden. Das ist ein Beleg dafür, dass Hessen weiterhin bei Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Wachstum unter dieser Landesregierung zurückfällt.

(Beifall bei der SPD)

Staufreies Hessen 2015: Mit viel Getöse wurde dieses Projekt vereinbart, aber auch hier ist diese Landesregierung kein Vorreiter. Stolz wird verkündet, dass 2,1 Millionen € an Volumen für dieses Projekt bis 2007 zur Verfügung gestellt werden. Wir sind schon gespannt, wie Sie das umsetzen werden.

zen wollen. Aber um das Ziel zu erreichen, müssen doch andere Beträge in die Hand genommen werden. Da schauen wir einmal in das Nachbarland Nordrhein-Westfalen. Für das ruhrgebietsweite intermodale Verkehrsinformations- und Steuerungssystem Ruhrpilot werden 29 Millionen € von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt. Von privaten Partnern kommen noch einmal 21 Millionen € dazu.

Die Regierungserklärung hat aber auch offenbart: Neben den Baustellen A 44 und A 49 sowie dem Flughafenausbau in Frankfurt hat der Wirtschaftsminister keine Antworten auf die drängendsten Aufgaben, die in diesem Land angegangen werden müssen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich habe in der Regierungserklärung keine Antwort auf die Frage gehört, wie denn diese Landesregierung die Grundversorgung des ÖPNV in den nächsten Jahren in Hessen sicherstellen will. Sie haben etwas aufgezählt. Aber das war es schon. Sie haben keine Perspektiven aufgezeigt.

(Michael Boddenberg (CDU): Was ist denn Ihre Perspektive?)

Ich komme jetzt gleich zu dem FDP-Antrag. Meine Damen und Herren von der FDP, unter anderen politischen Vorzeichen hätten Sie einen solchen Antrag als höchst unseriös gebrandmarkt. In dem Antrag tun Sie so, als gebe es in Berlin bereits Beschlüsse, die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV zu kürzen. Sie machen hier Nachrichten zum Thema einer Landtagsdebatte. Das ist höchst unseriös. Es gibt in der Koalition in Berlin überhaupt noch keine Beschlüsse dazu.

(Beifall bei der SPD – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann man die Richtung ja noch beeinflussen!)

Herr Dr. Rhiel, wir haben von Ihnen nicht gehört, mit welchen Instrumenten Sie im Verkehrsmanagement die gleichberechtigten Verkehrsträger zur Integration bewegen wollen. Hierzu haben wir zu Recht in der Regierungserklärung Antworten erwartet, wie Sie diese Aufgaben anpacken wollen. Hessens Wirtschaftslage spricht der Wirtschaftsminister in seiner Regierungserklärung erst gar nicht an. Denn es ist auch nicht zu leugnen, dass Hessen unter Roland Koch und seiner Mannschaft seinen Spitzenplatz in Deutschland verloren hat.

(Beifall bei der SPD – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Im Dynamikranking der „Wirtschaftswoche“ vom 06.10.2005 ist Hessen von Platz neun auf Platz zwölf abgefallen, während unser Nachbar Rheinland-Pfalz sich konsequent in den letzten Jahren nach vorn gearbeitet hat. Rheinland-Pfalz steht jetzt auf Platz zwei. Das sind zehn Plätze besser als Hessen. Beim Arbeitsmarkt sind die Zahlen noch schlechter. Hessen ist von Platz sieben auf Platz zwölf abgerutscht. Auch hier ist unser Nachbar deutlich besser. Rheinland-Pfalz kann mit Platz drei um neun Plätze besser als Hessen punkten.

Das Wachstum der hessischen Wirtschaft ist im ersten Halbjahr dieses Jahres deutlich hinter dem der gesamten Bundesrepublik zurückgeblieben, wie die Landesbank Hessen-Thüringen gemeldet hat. Das Bruttoinlandsprodukt Hessens ist von Januar bis Juni 2005 gerade einmal um 0,3 % gewachsen. Damit ist Hessen hinter dem Wachstum der gesamten Bundesrepublik zurückgeblieben. Jetzt

findet sich kein Wort des Wirtschaftsministers in seiner Regierungserklärung, wie er diese Abwärtstrends für das Land Hessen umkehren will.

Herr Minister Rhiel, anstatt hier in großen Aufzählungen das als etwas Neues zu verkaufen, was im Berliner Koalitionsvertrag bereits geregelt ist, sollten Sie sich besser darum kümmern, wie Sie Hessen im Ländervergleich wieder auf einen dem Land gebührenden vorderen Platz bringen. Diese Regierungserklärung war eine defensive Rede voller Allgemeinplätze. Wir haben aber nicht erfahren, wie diese Landesregierung dafür sorgen will, dass Hessen endlich wieder Spitze in Deutschland wird.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Sie haben wohl nicht zugehört!)

#### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Frankenberger. – Inzwischen ist noch eingegangen und auf Ihren Plätzen hoffentlich verteilt der **Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Förderung des ÖPNV auch weiterhin auf hohem Niveau sichern, Drucks. 16/4697**, der von Herrn Kahl angekündigt war. Wird die Dringlichkeit hier bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag jetzt Tagesordnungspunkt 73 und mit den bereits aufgerufenen Tagesordnungspunkten 2, 40, 70 und 72 behandelt.

Herr Kollege Wintermeyer, Sie haben das Wort.

#### Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur der Ordnung halber will ich darauf hinweisen, dass wir das ausnahmsweise zulassen. An und für sich ist es üblich, dass auch die Dringlichen Anträge vor Aufruf der verbundenen Tagesordnungspunkte verteilt sind. Denn ansonsten haben die Redner keine Möglichkeit, auf den Dringlichen Antrag Bezug zu nehmen.

Da die Initiativen aber vermutlich sowieso dem Ausschuss überwiesen werden, können wir es dieses Mal so machen, wie es vorgeschlagen wurde.

#### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank. – Dann verfahren wir so.

Als nächster Redner hat Herr Kollege Posch für die FDP-Fraktion das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber jetzt! Er ist der Namensgeber der Posch-Kommission! – Gegenruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die heißt aber doch die Kotau-Kommission!)

#### Dieter Posch (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es mit einer Regierungserklärung zu tun, in der die verkehrspolitische Situation des Landes dargestellt wurde. Sehr verehrter Herr Minister Rhiel, da ist es selbstverständlich, dass nach dem Motto gehandelt wird: Tue Gutes und rede darüber.

Ich habe sehr sorgfältig zu gehört. Sie haben die einzelnen Maßnahmen dargestellt und mitgeteilt, was mittlerweile realisiert wurde.

Insbesondere wenn es um die Verwirklichung des Baus oder des Ausbaus von Bundesautobahnen oder Bundesfernstraßen und Ortsumgehungen geht, wird das Land im Wege der Auftragsverwaltung tätig. Das impliziert, dass alle diese Maßnahmen nur im Einvernehmen mit dem Bund realisiert werden können.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich glaube, es ist dann etwas vermessen, sich die Erfolge ausschließlich ans eigene Revers zu heften.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage das nicht, weil ich den Wert der einzelnen Maßnahmen gering schätze. Vielmehr sage ich das, weil ich Folgendes glaube: Wenn wir Politiker – da beziehe ich uns alle ein – über Gebühr etwas feiern, was nach 30 Jahren tatsächlich realisiert wurde – ich meine damit gerade Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur –, dann führt das nicht unbedingt dazu, dass das Vertrauen in die Politik gestärkt wird. Ich sage das jetzt einmal sehr offen: Ich empfinde das hinsichtlich des Weiterbaus der A 49 und – Herr Quanz – auch hinsichtlich des Weiterbaus der A 44 so. Wenn ich in dieser Region bin und mit den Leuten spreche, dann sagen die: Es ist schön, dass der Ausbau jetzt kommen soll. Aber manches glauben wir euch einfach nicht mehr.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Denn die Zeit, bis etwas passiert, ist einfach zu lang.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Wenn wir dann propagieren, dass wir es endlich geschafft haben, klingt das ein wenig hohl.

Ich habe das jetzt sehr selbstkritisch an uns alle gerichtet gesagt. Es ist nicht so, dass die Leute in Jubel ausbrechen, wenn wir dafür gesorgt haben, dass nach 30 Jahren tatsächlich etwas realisiert wird.

(Beifall bei der FDP)

Vielmehr ist dann immer ein fader Geschmack dabei. Das treibt mich um. Denn im Grunde genommen führt das dazu, dass die Menschen nicht mehr so recht an die Institutionen glauben, die die Infrastruktur verbessern sollen.

Hinsichtlich der Frage, wann wir uns auf die Schultern klopfen sollten, gilt also, dass weniger manchmal ein bisschen mehr wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage das sehr deutlich vor dem Hintergrund, dass ich solches in unterschiedlichen Diskussionen und in unterschiedlichen Funktionen erlebt habe. Das wissen Sie.

Ich nehme das jetzt zum Anlass, im Einzelnen auf die Regierungserklärung einzugehen. Ihre Regierungserklärung hat den Titel: „Einfacher planen, schneller bauen – Zukunft sichern“. Ich glaube, wir brauchen niemanden mehr aufzufordern, schneller zu bauen. Die Bauwirtschaft leistet heute Unglaubliches. Im Grunde genommen hat sich das Verhältnis von Planungszeit zu Bauzeit genau umgekehrt. Früher hatten wir kurze Planungs- und lange Bauzeiten. Heute haben wir es genau mit dem Gegenteil zu tun. Ich meine, man muss sich deshalb mit der Frage auseinandersetzen, ob einfacher geplant werden sollte. Dazu hätte ich gerne etwas mehr gehört.

Herr Kollege Frankenberger hat das aufgegriffen. Herr Kollege Frankenberger, ich will das deswegen auch etwas intensiver behandeln.

Sie haben eben so getan, als habe die rot-grüne Koalition im Mai letzten Jahres ein Beschleunigungsverfahren in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht, das par excellence sei. Das Essential – heute würde man sagen: der Leuchtturm – besteht darin, dass das Bundesverwaltungsgericht schon in der ersten Instanz zuständig sein soll.

Ich sage Ihnen dazu Folgendes: Das wird für Vorhaben in den neuen Bundesländern relevant sein. In den alten Bundesländern wird das keine Relevanz haben. Denn die Dauer der Verfahren hängt da nicht von der Dauer der Gerichtsverfahren ab. Vielmehr brauchen wir schon 25 Jahre, bevor das überhaupt vor Gericht kommt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

In der Kommission, von der Sie gesprochen haben – ich bedanke mich recht herzlich für die eben erfolgte Würdigung dieser Tätigkeit –, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht unbedingt sinnvoll ist, wenn das Bundesverwaltungsgericht schon in erster Instanz zuständig ist. Ich sage das aufgrund einer sehr grundsätzlichen Überlegung. Wenn man nur noch eine Tatsacheninstanz und keine Revisionsinstanz mehr hat, dann muss man auch darüber nachdenken, was das für einen Rechtsstaat bedeutet. Ich halte das aus prinzipiellen Gründen für falsch. Man braucht eine Tatsacheninstanz, die unabhängig von der Revisionsinstanz Recht spricht.

Wir haben das nur für eine Übergangszeit vorgesehen. Ich persönlich habe da Bedenken, ob das aus verfassungsrechtlichen Gründen auf Dauer hält. Abgesehen davon ist das vorgesehene Verfahren nicht sonderlich effizient.

Schauen Sie einmal: Das ist es, was in den alten Bundesländern von dem Beschleunigungsgesetz an Nutzen eigentlich übrig bleibt.

Wir haben uns deswegen auch mit den anderen Fragestellungen auseinander gesetzt. Sie sagten, das stehe alles in der Koalitionsvereinbarung. In der Koalitionsvereinbarung steht so gut wie gar nichts zum Thema Verkehrspolitik. Da finden sich nur Allgemeinplätze.

(Beifall bei der FDP)

Das bietet natürlich auch die Chance, dass diese Allgemeinplätze noch mit Inhalt gefüllt werden können. Ich will mich deswegen damit auseinander setzen.

Sie gehen einfach über diese Fragestellung hinweg und sagen: Auf das Raumordnungsverfahren können wir nicht verzichten. – So gut wie nirgendwo anders in der Welt gibt es Raumordnungsverfahren. Trotzdem wird auch dort die Umwelt geschützt.

Heute gibt es eine Vielzahl an Doppelprüfungen. Das kann Ihnen jeder sagen, der sich mit dem Raumordnungsverfahren beschäftigt. Es ist ausreichend, wenn eine Stellungnahme aus Sicht der Landesplanung erarbeitet wird. Wie das dann in den einzelnen Ländern durchgeführt wird, kann durchaus unterschiedlich sein.

Wenn man wirklich die Chance nutzen will, effektiv und grundlegend etwas zu verändern, dann muss man an die grundlegenden Probleme herangehen, die beim Planungsrecht bestehen. Ich erwarte, dass die Koalition die Chancen wirklich nutzt, die darin bestehen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sich darauf zurückziehen, zu sagen: „Es muss alles schneller werden“, dann ist damit noch gar nichts getan.



Wir sollten mit einem aufhören: Jeder Politiker, der am Sonntag in einer Rede sagt, die Bürokratie müsse abgebaut werden und es müsse alles schneller gehen, erhält donnernden Applaus. Diesen erhält er aber nur von denjenigen, die entweder nichts davon verstehen oder Parteifreunde sind. Denn in Wahrheit hat sich auf diesem Gebiet viel zu wenig getan. Es handelt sich dabei immer nur um Sprechblasen. Es ist zu keiner effizienten Verkürzung gekommen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Bodenberg (CDU))

Es wird immer wieder gesagt: Der Umweltschutz und die Bürgerbeteiligung müssen gewährleistet sein. – Wir haben in dieser Kommission das Problem besprochen, ob ein Erörterungstermin tatsächlich sinnvoll ist. Glauben Sie, ein Erörterungstermin, in dem es nur noch darum geht, dass sich die Anwälte produzieren und gegenüber ihren Mandanten verdeutlichen, dass sie erfolgreiche Anwälte sind, entspricht noch der ursprünglichen Intention, die man bei Schaffung der Erörterungstermine hatte?

(Beifall bei der FDP)

Im Falle des Frankfurter Flughafens kostet der Erörterungstermin über 6 Millionen €. 3,5 Millionen € müssen allein für die Anmietung der Räumlichkeiten bezahlt werden. Glauben Sie wirklich, dass es noch etwas mit Partizipation zu tun hat, wenn von den 14.000 Einwendern am Schluss gerade einmal 70 da sind? Das hat doch mit Partizipation nichts mehr zu tun. Wir müssen uns diesen Fragen stellen. Die Leute glauben uns das nicht mehr. Dabei sehe ich schon von den Kosten ab, die dabei entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Minister, ich sage dazu: Der Ministerpräsident hat angekündigt, diese Vorschläge einbringen zu wollen. – Ich kann das nur hoffen. Wir sind gerne bereit, da weiterhin mitzuarbeiten.

Wenn wir nicht anfangen, diese substanziellen Änderungen durchzuführen, dann wird es bei dem bleiben, was ich eben sehr selbstkritisch gesagt habe. Die Bürgerinnen und Bürger werden dann im Grunde genommen uns gegenüber sehr viel Misstrauen haben.

Herr Minister Rhiel, ich möchte als Beispiel den Ausbau der A 49 nehmen. Der Ministerpräsident ist hinsichtlich seiner Formulierungen sehr erfindungsreich. Das klingt dann immer auch sehr schön. Ich finde, er hat das sehr plastisch ausgedrückt, als er sagte: Der Kammolch wird auch zukünftig Verfahrensbeteiligter bleiben. – Wir sind es gewöhnt, über so etwas amüsiert zu lachen.

Aber, wissen Sie, es erinnert mich schon an ein Märchen, dass eineinhalb Jahre lang in Deutschland über das Schicksal des Kammolches diskutiert wurde und dann ex cathedra eine Variante auftaucht, die den Lebensraum des Kammolchs überhaupt nicht beeinträchtigt und zudem auch noch kostengünstiger ist. Das erinnert mich an ein Märchen.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, wovon ich rede. Das werde die Leute doch auch so sehen. Es wurde immer gesagt, dort würden sich 12.000 Kammolche befinden. Warum musste es dann so viele Gutachten geben? Warum wurde die Trasse nicht von vornherein so geplant, dass sie am Lebensraum der Kammolche vorbeiführt? Jetzt auf einmal scheint das möglich zu sein. Ich habe das jetzt gesagt, ohne einen Vor-

wurf erheben zu wollen. Ich wollte versuchen, zu verdeutlichen, wie problematisch das ist.

Das, was ich zu Eingang meiner Rede gesagt habe, gilt auch für den Ausbau der A 49. Da wird immer wieder versucht, etwas zu erklären. Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Regionen nehmen das den Personen zu Recht oder zu Unrecht nicht mehr ab. Ich will es dahingestellt lassen, ob sie es ihnen zu Recht oder zu Unrecht nicht mehr abnehmen. Ich glaube, sie tun es zu Recht.

Ich will das jetzt nicht zu weit ausdehnen. Ich glaube, wir sollten gemeinsam die Chance nutzen und tatsächlich etwas tun.

Sie haben gesagt, wir hätten da Schwellenwerte. Herr Frankenberger, ich weiß nicht, wer Ihnen das aufgeschrieben hat, dass das in Irland, oder welches Land Sie auch immer genannt haben, gescheitert sei. Herr Kollege Frankenberger, um das zu erkennen, brauchen Sie nicht nach Irland zu schauen. Da reicht es, nach Brandenburg zu schauen. Das ist das Land, aus dem der frühere Bundesverkehrsminister Stolpe herkommt und in dem er Ministerpräsident war. Die haben dieselben Schwellenwerte in ihrem Landesgesetz vorgesehen, die wir auch in Hessen haben. Warum können wir das nicht auf Bundesebene machen? Da geht es um marginale Dinge, mit denen man die Verfahren beschleunigen könnte.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Bodenberg (CDU))

Das heißt doch nicht, dass es dann weniger Umweltschutz gibt.

Herr Minister Rhiel, ich möchte zu dem Genehmigungsrecht noch einen Hinweis geben. Ich habe eines mit Interesse vernommen. Wir sind es gewöhnt, häufig zu sagen, das geht auf die böse Europäische Union zurück. Das betrifft z. B. die Verbandsklage. Wir sagen oft: Wegen der bösen Europäischen Union können wir das alles gar nicht mehr ändern.

Es gibt den Bericht der Europäischen Kommission vom 25.10. dieses Jahres, in dem die Kommission sagt:

Bei der Vereinfachung der Vorschriften und Verfahren der EU muss übermäßige Komplexität vermieden werden, da sie mit echten Kosten für Bürger und Wirtschaft verbunden ist. Vorschläge für neue Rechtsvorschriften werden rigoros überprüft, und auch bereits geltende Rechtsvorschriften sind einer unvoreingenommenen Neubewertung zu unterziehen.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, „hört, hört“, in der Tat. Die Europäische Union ist jetzt selbst bereit, bestimmte Normen zurückzudrehen. Greifen wir das auf, und wagen wir diesen europapolitischen Diskurs.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben häufig die Frage der Verbandsklage diskutiert. Ich persönlich bin der Auffassung, dass die Verbandsklage ein Teil der Partizipation in Europa ist. Das werden Sie nicht mehr zurückdrehen können. Man kann allerdings darüber nachdenken, ob man dieses Institut nicht in der Weise verändert, dass darüber nicht die Nullvariante durchgesetzt werden kann.

(Beifall bei der FDP)



Natürlich wollen wir etwas für den Naturschutz tun. Natürlich wollen wir etwas gegen die Verschandelung der Landschaft tun und Ersatz sowie Ausgleich gewährleisten. Aber muss es denn so weit gehen, dass Verbände, um ihre eigene Existenzberechtigung nachzuweisen, per Gericht erwirken können, dass das, was zu 99 % politisch gewollt wird, nicht mehr umgesetzt werden kann? Das geht mir schlicht und ergreifend zu weit.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Bodenberg (CDU))

Wir haben die Chance, auch auf europäischer Ebene etwas zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wir sind uns ohne Frage in der Zielsetzung einig. Bei der Verkehrsinfrastruktur geht es nicht darum, den schnellsten Weg von A nach B zu finden, sondern es geht darum, die Infrastrukturvoraussetzungen für wirtschaftliches Wohlergehen in diesem Lande zu schaffen.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Deswegen sind wir in dieser Frage so engagiert. Wir wollen das auch tatsächlich realisieren. Wir können aber nicht darüber hinweggehen, dass mittlerweile sowohl die Zeiten als auch das Finanzierungsvolumen in einer unglaublichen Weise manifest sind, die nicht mehr hinnehmbar ist. Ich will ein Beispiel nennen. Ich habe versucht zu ermitteln, wie hoch die so genannten Bauherrenkosten bei der Durchführung von Planfeststellungsverfahren sind. Meine Damen und Herren, niemand in diesem Lande kann Ihnen das sagen. Wir wissen zwar, was die Ingenieurleistungen kosten, aber wir wissen nicht, was der Planfeststellungsbeschluss an Mannstunden kostet. Wir wissen nicht, was der Erörterungstermin kostet. Wir können es erahnen. Die Frankfurter Fraport ermittelt die Kosten für den Erörterungstermin in Höhe von insgesamt 6 bis 7 Millionen €. Das alles wird häufig vernebelt, indem gesagt wird: Das sind ungefähr zwischen 10 und 15 % der Investitionskosten. – Diese Vernebelung mit einer Prozentangabe ist ganz fatal. Wir müssen uns vergewissern, was tatsächlich gezahlt wird. Wenn der Erörterungstermin 7 Millionen € kostet, ist das meiner Ansicht nach nicht mehr vertretbar. Das geht überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Nehmen wir einmal den Erörterungstermin im Zusammenhang mit dem Riederwaldtunnel, den Sie, Herr Dr. Rhiel, angesprochen haben. Es gibt dort eine 34-jährige Planungszeit, ein Investitionsvolumen von 170 Millionen €, aber das ganze Ding ist gerade einmal 1 km lang. Die Verwaltungskosten betragen ungefähr 11 Millionen €. Wenn ich das prozentual ausrechne, ist das alles nicht so schlimm. Mir sind aber diese insgesamt 11 Millionen € zu viel.

(Zuruf von der FDP: Jawohl!)

Das Geld, das wir dafür ausgeben, könnten wir in vielen Bereichen unseres Haushaltes sinnvoller ausgeben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Frankenberger, ich möchte ein Wort zum ÖPNV sagen, weil Sie dieses Thema angesprochen und weil wir als FDP-Fraktion hierzu einen Antrag eingebracht haben.

Mich betrübt es schon. Wir haben gestern das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr beschlossen. Die Sozialdemokratische Fraktion problematisiert insbesondere das Thema Wettbewerb. Meine Damen und Herren,

sehr verehrte Frau Pfaff, wenn es tatsächlich stimmt, dass den Ländern Regionalisierungsmittel in Höhe von 3,1 Milliarden € weggenommen werden sollen, ist die Grundlage für unser ÖPNV-Gesetz völlig im Eimer.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie das konsequent umsetzen, werden Sie in der Tat etwas bekommen, was Sie heute schon als Dumpingwettbewerb bezeichnen. Deswegen: Der ÖPNV befindet sich in jeder Hinsicht im Übergang, und er ist darauf angewiesen, in absehbarer Zeit vernünftige Größenordnungen zu haben. Ich sage auch ganz offen, dass hier noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist.

Es kann doch nicht angehen, dass wir just in diesem Moment die Fahrkartenpreise um zweistellige Prozentzahlen erhöhen. Das kann doch nicht sein. Wir können doch nicht auf der einen Seite versuchen, im Ballungsraum die Infrastruktur zu verbessern, damit die Fahrgäste einen vernünftigen ÖPNV haben, und dieses Bestreben auf der anderen Seite dadurch konterkarieren, dass möglicherweise 3,1 Milliarden € Regionalisierungsmittel gestrichen werden.

Sagen Sie bitte nicht, wie Sie es heute schon getan haben, wir hätten noch gar keine Haushaltsdebatte, wir müssten doch erst einmal sehen, wie es sich entwickelt. So ist die neue Diktion. Immer wenn wir all das ansprechen, was in Berlin quer läuft, wird uns gesagt: Regt euch nicht so auf. Das ist doch noch gar nicht spruchreif. Das kommt erst bei den Haushaltsberatungen. – Wenn das so wäre, wäre das eine Katastrophe. Wenn wir das aufgreifen, Herr Kollege Frankenberger, dann ist das nicht unsubstanziert oder grob fahrlässig. Ich habe heute Morgen gelesen und vernommen, dass der stellvertretende Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seines Zeichens Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, genau dies problematisiert hat. Deswegen ist das keine Zumutung, sondern es ist geradezu eine Einladung an die Sozialdemokraten, unserem Antrag zuzustimmen.

(Zuruf von der FDP: Bravo!)

Es ist interessant: In der Koalitionsvereinbarung wird es zunächst einmal ganz geschickt gemacht und gesagt, ÖPNV sei keine Subvention. Es wird also ein enger Subventionsbegriff zugrunde gelegt. Das aber ändert überhaupt nichts daran, denn anschließend ist das Geld trotzdem nicht da. Das geht so nicht.

Um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen, Herr Frankenberger: Auch diese Fragen muss man in einem Miteinander diskutieren. Es kann nicht angehen, dass auf diese Art und Weise möglicherweise Geheimvereinbarungen von Herrn Koch und Herrn Steinbrück zulasten der Länder getroffen werden.

(Beifall bei der FDP)

Es gehört Ehrlichkeit dazu. Tun Sie nicht so, als hätten Sie – so muss man Ihren Antrag interpretieren – mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die FDP-Fraktion ist bezüglich der Zielsetzung und Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur der gleichen Meinung wie die Landesregierung. Insofern wird das fortgesetzt, was in der Vergangenheit begonnen wurde. Aber ein klein wenig mehr Bescheidenheit wäre schon angebracht. Ich habe die Diskussion mit Interesse verfolgt. Es ist prima: „Staufreies Hessen“ ist die konsequente Fortsetzung der Telematikeinführung. Bei der Telematikeinführung hat jedoch die

Union das Erstgeburtsrecht beim besten Willen nicht. Ich kann mich daran erinnern, dass der Kollege Klemm seinerzeit mit diesen Dingen begonnen hat.

Wenn wir unsere Interessen gegenüber dem Bund gemeinsam vertreten wollen, lassen Sie uns das auch in der Weise tun, dass wir unsere Wünsche in gemeinsamer Weise gegenüber dem Bund formulieren.

Zu dem Antrag der SPD-Fraktion merke ich an: Sie haben versucht, unseren Antrag zu unterlaufen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, so weit es um die Frage der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, ich halte mich schon etwas an den Formulierungen fest. Sie sagen: „Der Landtag betont, dass das Land den Anforderungen an eine moderne Infrastruktur in beispielhafter Weise nachkommt, und begrüßt, ...“

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

– Herr Kollege Boddenberg, Sie sagen auch noch Ja. – „Beispielhaft“ soll doch wohl heißen, dass sich andere an uns ein Beispiel nehmen können. Wissen Sie, was? Wenn Sie nur die Pflichtaufgaben, nicht aber die Kür erfüllen, sodass Sie bei der B-Note überhaupt nicht belohnt und nicht klassifiziert werden können, ist es wohl etwas überheblich, zu sagen, das, was wir hier gemacht haben, sei beispielhaft. – Ich will nicht missverstanden werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Dieter Posch (FDP):**

Mir geht es in gleicher Weise, wie Sie es getan haben, darum, all denen recht herzlich zu danken, die gerade bei der Verwirklichung der Verkehrsinfrastruktur eine unglaubliche Arbeit geleistet haben, weil sie häufig die Prügelnaben für politische Entscheidungen sind. Das ist insbesondere die Straßen- und Verkehrsverwaltung. Deshalb mein Schluss mit einem persönlichen Satz: Herzlichen Dank an all diejenigen, die unter schwierigen Bedingungen mindestens ein klein wenig und manchmal mehr erreichen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Kollege Wagner von den GRÜNEN.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wirtschafts- und Verkehrsminister, ich war sehr erstaunt über Ihre Rede an diesem heutigen Tag. Sie haben in Ihrer Rede nahezu die gesamte Zeit darauf verwandt, uns Sachen mitzuteilen, die wir alle schon wissen. In Ihrer Rede war überhaupt nichts Neues. Aber gerade heute gibt es eine sehr neue Entwicklung für die Verkehrsinfrastruktur in Hessen: Die neue Koalition in Berlin, bestehend aus CDU/CSU und SPD, beabsichtigt, wie Herr Kollege Posch bereits angesprochen hat, 3,1 Milliarden € an Regionalisierungsmitteln zu kürzen. Davon wird unser Land sehr unmittelbar betroffen sein, denn das wird sehr konkrete Auswirkungen auf die Busse und Bahnen in unserem Land haben, Herr Minister Rhiel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu hätten Sie etwas sagen müssen, Herr Verkehrsminister, und zwar etwas mehr, als Sie mit dem einen Satz gesagt haben, wir müssten damit irgendwie umgehen. Das ist falsch, Herr Verkehrsminister.

Die Regionalisierungsmittel und das Regionalisierungsgesetz sind im Bundesrat zustimmungspflichtig. Herr Minister, Sie haben also unmittelbar Einfluss darauf, wie das gestaltet wird. Dann war es sehr wenig, was Sie zu diesem Thema gesagt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt erfahren wir, dass die Regionalisierungsmittel ab 2006 gekürzt werden sollen. Das heißt, die hessischen Verkehrsverbände haben überhaupt keine Gelegenheit, sich irgendwie auf diese Kürzungen einzustellen, sich irgendwie anzupassen. Sie sagen immer, das müssen wir aus Effizienzgewinnen erwirtschaften. Aber das kann hier überhaupt nicht greifen, weil es holterdiepolter kommt, weil in Berlin die verkehrspolitischen Prioritäten neu gesetzt werden.

Die Allianz pro Schiene hat heute ausgerechnet, dass, wenn das kommt, was wir jetzt von den schwarz-roten Plänen wissen, es bedeuten kann, dass jeder fünfte Nahverkehrszug in Hessen gestrichen werden muss. Das ist die Dimension, über die wir reden. Herr Minister, ich finde, da wäre es angemessen gewesen, wenn Sie einen Großteil Ihrer Rede auf diese Entwicklung verwendet hätten und uns nicht Sachen mitteilen, die wir alle schon wissen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die CDU und auch der Minister wissen es besser. Wir haben Anfang dieses Jahres schon einmal über die Regionalisierungsmittel in diesem Haus diskutiert. Damals haben wir über etwas geredet, was sich dann als Gerücht herausgestellt hat. Schon damals stand im Raum, dass es angeblich zu Kürzungen kommen soll. Aber sie kamen nicht.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie sind abgewählt worden!)

Heute stellen wir fest, es gibt sehr konkrete Pläne. Was hat die CDU damals zu den Plänen der alten Bundesregierung gesagt, die Regionalisierungsmittel zu kürzen? Ich zitiere den Kollegen Walter Lübcke, CDU,

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Guter Mann!)

aus der Plenarsitzung vom 17. März 2005:

Bei diesem Thema kann man wieder einmal feststellen, dass die unglücklich handelnde rot-grüne Bundesregierung die Entwicklungshemmnisse auf Hessen überträgt, sodass sich Hessen nicht entsprechend weiterentwickeln kann. ... In Berlin war angedacht, beim ÖPNV 1 Milliarde € zu streichen. Wir haben sie dabei erwischt, und dann wurde das nicht gemacht.

Genau diese Partei schlägt jetzt vor, nicht 1 Milliarde € zu kürzen, sondern 3,1 Milliarden €, mit den Folgen, die der Kollege Dr. Lübcke hier beschrieben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Der Kollege Dr. Lübcke führte weiter aus:

Zur Handschrift Eichels zählt, dass er die Verkehrspolitik – d. h. die Verbesserung der Infrastruktur, die Mobilität und damit die Freiheit des Menschen – zum Steinbruch seiner verfehlten Finanzpolitik machen will.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Schnee von gestern!)

Ich stelle fest: Die neue große Koalition will exakt das tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Auch der Herr Minister hat sich zu der Frage geäußert. Der Kollege Al-Wazir hat Sie in der Fragestunde schon gefragt, wie es sein kann, dass das, was Sie Anfang des Jahres noch vehement bekämpft haben, auf einmal richtig sein soll.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Das habe ich nicht gesagt!)

Sie haben gesagt, Sie hätten keine Partei ergriffen. – Sie haben sehr wohl Partei ergriffen und sehr richtig Partei ergriffen, Herr Verkehrsminister. Sie sagten im Plenum am 17. März 2005:

Diese Mittelkürzungen sind bedrohlich, denn sie bedeuten allein für Hessen ein Minus von 70 Millionen €. Um eine Größenordnung zu nehmen, um das anschaulich darzustellen: Das ist in der Summe genau das Budget, das wir jedes Jahr für den NVV aufwenden.

Das wäre in der Tat das falsche Signal, leisten doch das Land und die Kommunen viel, um die Qualität des Bus- und des Schienenverkehrs im regionalen und lokalen Bereich dauerhaft qualitativvoll aufrechtzuerhalten und zu sichern.

Sie haben Recht, Herr Minister, und deshalb hätten Sie in Ihrer Regierungserklärung etwas dazu sagen müssen. Sie hätten sagen müssen, wie Sie in dieser Frage die hessischen Interessen vertreten, und sich nicht zum Büttel der großen Koalition in Berlin machen dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Da der Herr Kollege Milde gerade so schön dazwischenruft, sage ich: Die CDU-Fraktion hat zu dieser Debatte am 17. März dieses Jahres – es ist gar nicht so lange her, nur wenige Monate – sogar einen Antrag eingebracht. In diesem Antrag heißt es im ersten Punkt:

Der Landtag verurteilt die geplanten Kürzungen des Bundesfinanzministers und des Bundesverkehrsministers im öffentlichen Nahverkehr in Höhe von 1 Milliarde €.

(Zurufe von der CDU)

Ich hoffe, dass die CDU, die diesen Antrag damals beschlossen hat, jetzt die Kürzungen der neuen Regierung in Höhe von 3,1 Milliarden € ebenso scharf verurteilen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Der Herr Verkehrsminister teilte uns in der Fragestunde mit, dass man es schon irgendwie hinkriegen wird mit den Kürzungen, dass das gar keine so großen Auswirkungen hat,

(Minister Dr. Alois Rhiel: Bitte präzise!)

das werde man dann praktisch mit dem Ausschreibungswettbewerb ausschwitzen, und es würde irgendwie gehen. – Die CDU-Fraktion hat es im März dieses Jahres ganz anders gesehen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Haben Sie damals zugestimmt?)

Der zweite Punkt Ihres Antrags lautet nämlich:

Der Landtag befürchtet, dass eine Vielzahl bedeutender Verkehrsprojekte im öffentlichen Nahverkehr in Hessen erheblich gefährdet ist.

Genau das ist der Fall.

(Wortmeldung des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Jetzt fragt der Kollege Milde ständig dazwischen, und wahrscheinlich will es der Kollege Dr. Lübcke auch mit einer Zwischenfrage wissen, ob wir dem damals zugestimmt haben. – Das kann ich Ihnen sagen, Herr Kollege Milde: Zu dem Zeitpunkt, als wir diesen Antrag im Landtag beraten haben,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Waren Sie noch in der Regierung!)

waren wir noch in der Regierung, das ist richtig, aber war von dieser Regierung richtig gestellt, dass sie diese Kürzungen nicht machen wird. Sie hat diese Kürzungen nicht vorgenommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Das ist nicht zu fassen!)

Jetzt reden wir über eine neue Bundesregierung, die ein Vielfaches dieser Kürzungen vornehmen will.

(Michael Boddenberg (CDU): Es gab noch mehr Listen von dieser rot-grünen Bundesregierung! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Natürlich gibt es in jeder Bundesregierung Listen. Das ist gar keine Frage. Aber, Herr Kollege Boddenberg, der entscheidende Unterschied ist, dass Ihr haushaltspolitischer Sprecher heute diese Liste und diese Planungen bestätigt hat. Wir haben es damals dementiert und auch nicht gemacht. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Das wird ja immer schlimmer!)

Das hat ganz konkrete Auswirkungen auf Hessen. Herr Minister, Sie können Ihren Traum von einem staufreien Hessen glatt vergessen, wenn das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur, nämlich ein leistungsfähiger ÖPNV, durch diese Kürzung der Regionalisierungsmittel kaputtgemacht wird. Dann können Sie das vergessen, was Sie immer mit Ihrem staufreien Hessen als Monstranz vor sich her tragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann erwähnen Sie in Ihrer Rede den Ausbau der A 66, von beiden Teilen. Ich rede jetzt erst einmal nur über den Teil zwischen Wiesbaden und Frankfurt. Ja, da wird zusätzliche Verkehrskapazität geschaffen. Aber wenn der Rhein-Main-Verkehrsverbund durch Ihre Kürzung der Regionalisierungsmittel nicht mehr in der Lage ist, eine leistungsfähige Schienenverbindung zwischen Wiesbaden und Frankfurt zu organisieren, dann werden wir für die



Gesamtverkehrsleistung im Rhein-Main-Gebiet gar nichts erreicht haben, Herr Verkehrsminister Rhiel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Minister Dr. Alois Rhiel: 100 neue S-Bahnen!)

Wie wichtig Ihnen Ihr Prestigeprojekt des staufreien Hessen ist, hat man auch bei Ihrem qualifizierten Staatssekretär gesehen. Wir wollten in der kursorischen Lesung die simple Frage beantwortet haben, welches Volumen dieses Programm hat. Ich finde, das ist keine unsittliche Frage für einen Leuchtturm dieser Landesregierung. Der personifizierte Leuchtturm dieser Landesregierung, Staatssekretär Abeln, sagt, er weiß es nicht. – Da sehen wir, welche Priorität dieses Projekt bei Ihnen wirklich hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die Kürzung der Regionalisierungsmittel, die von der großen Koalition vorgesehen ist, zeigt eines ganz eindeutig: CDU und leider auch SPD reden von Verkehrspolitik, meinen aber Straßenbau. Das ist die Wirklichkeit, und die FDP ist da leider immer mit dabei, auch wenn sie bei den Regionalisierungsmitteln jetzt eine richtige Position hat. Aber auch für die Kollegen von der FDP ist Verkehrspolitik meistens nur Straßenbau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

In diesem Hause gibt es leider Gottes eine ganz große Koalition der ökologischen und der ökonomischen Unvernunft.

(Reinhard Kahl (SPD): Das stimmt doch schlicht nicht!)

Meine Damen und Herren, die Verkehrsprobleme der Zukunft und die Verkehrszuwächse der Zukunft werden wir mit immer mehr Straßen nicht lösen können. Der Verkehrsminister hat es angesprochen: Die Zuwachsraten werden auf 15 % beim Personenverkehr und auf 60 % beim Güterverkehr prognostiziert. Wenn wir das alles über Straßen machen wollen, wenn wir so viele Straßen bauen wollen, um diesen Zuwachs aufzunehmen, werden wir kein lebenswertes Hessen mehr haben. Dieser Weg kann so nicht gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir eine andere Verkehrspolitik. Wir brauchen eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Das ist ein ganz wichtiges Projekt.

(Zurufe der Abg. Rudi Haselbach (CDU) und Clemens Reif (CDU))

– Herr Kollege Haselbach hat es noch nicht begriffen, aber das überrascht jetzt nicht sonderlich. – Die Straßen werden diese Zuwächse nicht auffangen können. Deshalb brauchen wir neue Konzepte. Wir brauchen die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Verkehrsminister, in Ihrem schriftlichen Redeskript, das Sie uns zur Verfügung gestellt haben, stand es noch drin, in Ihrer mündlichen Rede haben Sie es nicht mehr gesagt. Aber ich glaube, es ist Ihre Position. Es ist aber grundfalsch, wenn Sie sagen, dass die Einnahmen aus der LKW-Maut nur für den Straßenverkehr verwendet werden. Diese Position ist grundfalsch. Wenn wir unsere Verkehrsprobleme lösen wollen, dann müssen wir in Rich-

tung Schiene umsteuern. Dann müssen wir Güter auf die Schienen holen. Dafür brauchen wir natürlich auch die Mittel, die aus der LKW-Maut eingenommen werden. Denn es geht darum, Verkehrsprobleme zu lösen, und nicht darum, immer neue Straßen zu bauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen natürlich auch etwas – dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt – für Verkehrsvermeidung tun.

(Michael Boddenberg (CDU): Das sagt der König auf Mallorca!)

– Herr Boddenberg, ich möchte jetzt nicht über Ihre Urlaubsgewohnheiten diskutieren. Das interessiert mich vielleicht heute Abend beim Bier. Aber es ist jetzt nicht ganz das Niveau dieser Debatte, Herr Kollege Boddenberg, über Ihre Urlaubsgewohnheiten zu sprechen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Verkehrsvermeidung brauchen wir eine andere Siedlungsplanung. Wir müssen nämlich von Anfang an berücksichtigen, welche Verkehre wir erzeugen, statt uns nach einer verfehlten Siedlungsplanung zu wundern, dass wir zusätzliche Verkehre erzeugt haben. Das hätte in die Grundsatzklärung eines Verkehrsministers auf jeden Fall hineingehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Tragen Sie nicht so dick auf!)

– Herr Kollege Reif, wenn ausgerechnet Sie sagen, man dürfe nicht so dick auftragen, ist das ein Treppenwitz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Was haben Sie denn bisher erarbeitet? Was haben Sie denn bisher geschafft, Junge?)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Wagner, Sie haben das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Reif, Sie können ruhig noch ein bisschen dazwischenrufen. Ich bin sehr stolz auf den Weg, den ich gegangen bin und den mir meine Eltern ermöglicht haben. Mein Bruder und ich gehören zu den Ersten in unserer Familie, die studiert haben. Ich bin auf meinen Lebensweg und darauf, dass meine Eltern ihn mir ermöglicht haben, stolz. Wenn Sie ihn hier infrage stellen, richtet sich das selbst, Herr Kollege Reif.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es um das Thema Verkehrsvermeidung geht, muss in einer Grundsatzklärung des Wirtschafts- und Verkehrsministers auch von lokalen Wirtschaftskreisläufen die Rede sein. Es ergibt einfach keinen Sinn – um ein Beispiel zu nennen –, dass die Verpackung des Joghurts, den man morgens zu sich nimmt, Tausende von Kilometern hinter sich gebracht hat und dass die Milch, aus der dieser Joghurt produziert wurde, Tausende von Kilometern durch die Landschaft gefahren wurde, während wir gleichzeitig Existenzprobleme bei hessischen Bauern haben.

Das ist nicht sinnvoll. Darüber muss man reden. Verkehrsvermeidung verbindet sich hier mit sinnvollen regionalen Wirtschaftsstrukturen.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen in unserem Land intelligente Mobilitätskonzepte – nicht nur aus Umweltgründen, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Wenn wir unsere Verkehrssysteme exportieren wollen

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Transrapid! – Clemens Reif (CDU): Das machen wir auch!)

und wenn wir den Nationen, die sich jetzt auf den Weg in den Weltmarkt machen und einen großen Nachholbedarf haben, intelligente Mobilität verkaufen wollen, werden sie uns nicht danach fragen, ob wir die besten Straßen bauen können. Vielmehr werden sie uns nach vernetzten Systemen und nach Konzepten für eine vernetzte Mobilität fragen. Wer diese Konzepte hat, wird Marktchancen und Marktanteile haben. Deshalb ist es ökonomisch falsch, Verkehrspolitik nur aus der Perspektive desjenigen zu betrachten, der hinter einer Windschutzscheibe sitzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Verkehrsminister hat in seiner Grundsatzklärung zur Verkehrspolitik kein einziges Wort zu dem Thema Klimaschutz gesagt. Herr Minister, ich finde das sehr erstaunlich. Alle sind sich einig, dass, wenn wir den Treibhauseffekt abwenden oder abmildern wollen, der Verkehr einen wesentlichen Beitrag leisten müssen und dass wir nicht ständig neue Straßen und immer mehr Autos bauen können, sondern dass uns etwas sehr viel Intelligenteres einfallen muss. Herr Minister, wenn Sie dazu überhaupt nichts sagen, sind Sie wirklich nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben auch zu dem Thema Feinstaub überhaupt nichts gesagt. Das hat ebenfalls sehr viel mit dem Verkehr und damit, wie man Verkehrsprobleme löst, zu tun. Auch dazu haben Sie nichts gesagt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Radwege!)

Jetzt möchte ich auf das Arbeitsplatzargument eingehen. Herr Wirtschaftsminister, wenn es doch so einfach wäre, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen, indem man ein paar neue Straßen baut. Das wäre sehr schön. Aber für den Wirtschaftsminister eines Landes ist das eine – lassen Sie es mich so sagen – unterkomplexe Analyse unserer wirtschaftlichen Probleme.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass es nicht stimmt, was Sie hier sagen, kann man in den neuen Bundesländern beobachten. Da wurden wirklich viele neue Straßen gebaut. Zugegebenermaßen gab es dort einen Nachholbedarf.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Blühende Landschaften!)

Diese vielen neuen Straßen wurden übrigens auf der Grundlage eines vereinfachten Planungsrechts gebaut. Dort gibt es also all das, was Sie uns als Heilsweg zu mehr Wirtschaftswachstum versprechen. Die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern betrug 1991 10,2 %. 2004 lag sie bei 20,1 %. An Ihrer Argumentation, dass der Bau von Straßen der Heilsweg zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen sei, kann etwas nicht stimmen, Herr Minister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns die hessische Entwicklung an. Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung, Sie hätten seit sechseinhalb Jahren alles richtig gemacht. In Hessen brummt es. Es

wird gebaut. Da ist der Aloisius mit dem Bagger, und er baggert immer noch. – Das haben Sie uns hier dargestellt.

Wie sieht denn die Entwicklung aus? Hessen liegt bei der Arbeitslosenquote – das hat es unter den vorherigen Landesregierungen nie gegeben – mittlerweile über dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer. Beim Wirtschaftswachstum befindet sich Hessen im ersten Halbjahr dieses Jahres am Ende der Liste der westdeutschen Länder. Das zeigt, dass Ihre Ideologie, wonach man Straßen und Flugplätze bauen müsse, um Arbeitsplätze zu schaffen, auf keinen Fall greift.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas zum Thema Nordhessen sagen. Auf den Flugplatz Kassel-Calden möchte ich gar nicht mehr detailliert eingehen. Diese Debatte hatten wir schon heute Morgen. Aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass in Nordhessen eine der wesentlichen Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung im Tourismus liegt;

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

die Menschen fahren gerne dorthin, leben gerne dort und können sich dort erholen. Das passt einfach nicht zusammen. In eine Region, wo viele Straßen sind und viel Fluglärm ist, werden die Menschen nicht gerne fahren, um sich zu erholen. Da haben Sie zumindest einen Zielkonflikt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist doch lächerlich, was Sie da sagen!)

– Herr Boddenberg, das müssen Sie zumindest zugeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Es wäre noch vieles zu sagen. Mein Punkt war: Wenn ein Verkehrsminister hier eine Grundsatzklärung abgibt, nichts über die Kürzungen sagt, die diesem Land vonseiten der Bundesregierung drohen, und auch die Themen Verkehrsvermeidung, Klimaschutz und Feinstaub nicht erwähnt, ist er der Komplexität dieses Themas bzw. der Verkehrspolitik in diesem Lande schlicht und ergreifend nicht gerecht geworden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Boddenberg für die Fraktion der CDU.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal sagen, dass ich dem Wirtschaftsminister sehr dankbar dafür bin, dass er heute umfassend – was auch sehr notwendig war – dargelegt hat, wo dieses Land wirtschafts- und verkehrspolitisch steht.

(Lothar Quanz (SPD): Note Vier plus!)

Herr Frankenberger, der Titel dieser Regierungserklärung hat etwas mit Verkehrspolitik zu tun. Das haben Sie

gesehen; aber möglicherweise haben Sie es im Laufe Ihrer Rede vergessen.

Ich bin dem Herrn Minister sehr dankbar, weil es offensichtlich notwendig ist – das zeigt auch die Emotionalität, mit der die Debatte geführt wird –, über die Verkehrspolitik in Hessen und einige damit zusammenhängende grundsätzliche Fragen zu reden.

Das sage ich insbesondere mit Blick auf das, was Herr Kollege Wagner eben hier vorgetragen hat. Ich will einen Punkt herausgreifen, damit das nicht im Raum stehen bleibt. Es entspricht nicht dem Niveau, auf dem ich eine solche Debatte führe, mit solchen Vorschlägen aufzuwarten. Es war Ihr Fraktionsvorsitzender, der wortwörtlich gesagt hat, er finde es ohnehin besser, wenn die Menschen, statt nach Mallorca zu fliegen, im Urlaub nach Nordhessen – in die Rhön – fahren, um dort Schafe zu zählen. Diesen Dirigismus des Staates wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Menschen selbst entscheiden, wo sie Urlaub machen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist diffamierend! Das ist unwahr, Herr Kollege!)

Wir wollen, dass die Menschen selbst entscheiden, wo sie wohnen und arbeiten, wobei das eine mit dem anderen – also mit der gebotenen räumlichen Nähe – viel zu tun hat.

Zu dem Thema Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene – um ein weiteres Ammenmärchen vom Tisch zu haben, das Sie den Menschen seit über zehn Jahren erzählen, Herr Wagner und Herr Kaufmann –:

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie erzählen Märchen, Herr Kollege! Das ist alles nicht wahr, was Sie erzählen!)

Kennen Sie die Daten? Wissen Sie, dass allein in Deutschland pro Jahr 3 Milliarden t Güter auf der Straße transportiert werden? Wissen Sie, dass in Deutschland pro Jahr ca. 300 Millionen t Güter auf der Schiene transportiert werden? Was heißt denn das, was Sie sagen? Das heißt doch, dass wir in den nächsten zehn Jahren, wenn es nach Ihren Vorstellungen geht, den Umfang des Schienennetzes verdreifachen, verfünffachen oder verzehnfachen müssen. Trotzdem haben wir das Problem dann immer noch nicht gelöst, Herr Wagner.

Hören Sie doch auf, solche virtuellen Debatten zu führen und den Menschen ein X für ein U vorzumachen. Sie glauben das doch sowieso nicht. Alles, was Sie gesagt haben, läuft nämlich bei uns und bei den Menschen draußen im Land unter der Rubrik, dass Sie die größten Arbeitsplatzvernichter in diesem Land sind und bleiben. Es ist gut, dass Sie abgewählt worden sind.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das stimmen würde, müssten Sie nicht so schreien!)

– Herr Kaufmann, machen Sie sich keine Sorgen um meinen Gesundheitszustand.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da habe ich keine Sorge!)

Da ich Sie häufig im Ausschuss erleben muss, wissen Sie, dass ich eine Menge aushalte.

Ich bin der Meinung, dass wir über das Thema Verkehr und seine wirtschaftspolitischen Folgen in Zukunft noch häufiger werden reden müssen.

Wir haben gestern über den Koalitionsvertrag gesprochen. Ich habe mir gestern erlaubt, in diesem Zusammenhang noch einmal auf einige wesentliche Parameter der Wirtschaftspolitik und des Wettbewerbs hinzuweisen. Ich glaube, wenn wir einen großen Standortvorteil in diesem Lande haben, so ist es zunächst einmal der, dass wir im Vergleich mit vielen anderen Ländern gar nicht so schlecht dastehen, was die Verkehrsinfrastruktur und die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger angeht. Das ist genau der Punkt, weshalb wir gleichzeitig sagen, dass wir dieses Thema nicht vernachlässigen dürfen. Auch in einer schwierigen Haushaltslage gilt es, klare Prioritäten zu setzen.

Ich will jetzt auf das kommen, was Sie in Ihrem Antrag bemängelt haben. Ich hatte mir vorgenommen, der Kommission ein Lob auszusprechen. Das, was die Kommission erarbeitet hat, beinhaltet weit mehr als die von Herrn Frankenberger angesprochene Vorlage von vor eineinhalb Jahren. Es geht sehr viel mehr ins Detail und konkretisiert das, was von Rot-Grün im Deutschen Bundestag in der Form von Sprechblasen zu diesem Thema produziert worden ist. Dafür wollte ich Sie loben, Herr Posch.

Aber dass Sie so reflexartig reagieren, halte ich nicht für in Ordnung, nachdem Sie gestern und heute Vormittag immer wieder auf die notwendige Konsolidierung des Haushalts ohne Steuererhöhungen hingewiesen haben. Heute haben Sie offensichtlich in die Schubladen gegriffen, wie es offensichtlich alle Lobbyisten getan haben, die sich heute schon zu Wort gemeldet haben, nachdem Sie gehört haben, dass es auch im Bund Überlegungen gibt, im öffentlichen Personennahverkehr zu sparen.

Ich wundere mich ein bisschen über die grundsätzliche Ausrichtung der FDP, die immer wieder die Marktwirtschaft propagiert, die immer wieder davon spricht, dass wir Subventionen abbauen müssen, während sich Herr Posch heute darüber beschwert, dass wir das Thema ÖPNV aus der Diskussion über Subventionen herausgenommen haben.

Meine Damen und Herren, Verkehrspolitik ist gerade in unserem Bundesland der wichtigste Standortfaktor. Ich will das überhaupt nicht allein für die aktuelle Hessische Landesregierung reklamieren. Deswegen bin ich froh, dass die meisten, die heute hier gesprochen haben, sagen, dass das so ist. Aber, Herr Frankenberger, das war nicht immer so. Vieles von dem, was wir hier auflisten, ist doch in dem derzeitigen Verfahrensstand, den Sie hier bemängelt haben, weil Sie mit dem grünen Partner bis 1998 bewegungsunfähig waren.

(Beifall des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Das gilt auch für den Frankfurter Flughafen. Herr Frankenberger, warum ausgerechnet Sie sich hierhin stellen und Verfahrensmängel anführen, die angeblich zwei Jahre Verzögerung bedeutet haben, müssen Sie mir einmal erklären. Denn Sie waren diejenigen, die das Thema Flughafenerweiterung bis 1998 in der Form tabuisiert haben. Sie müssen mir nachweisen, wann es Verzögerungen durch die vorherige CDU/FDP-geführte oder die jetzige Landesregierung gegeben hat. Das hätte ich von Ihnen gerne gewusst. Wir werden im Ausschuss darüber reden. Ich bin gespannt, wie Sie sich aus diesem Argument herauswinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Frankenberger, bei dem Verfahren um den Flughafen ausbau gibt es jetzt wenigstens einen zeitlichen Planungshorizont.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Bei Ihnen war das tabuisiert und durfte noch nicht einmal mit Ihren grünen Partnern besprochen werden. Deswegen bleibt es dabei: Diese Landesregierung macht in Fragen der Verkehrspolitik einen hervorragenden Job – wenn ich das so salopp sagen darf.

Ich will noch einmal auf das eingehen, was die Expertenkommission unter Federführung des Kollegen Posch zu Papier gebracht hat.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kaufmann, das gehört auch zur Qualität der Debatte. Wenn Sie behaupten, dass diejenigen, die dort sitzen, keine Experten sind, dann ist das Ihr Problem. Ich glaube, dass dort ein hoher Sachverstand angesiedelt ist, nicht nur mit Herrn Posch, den Bundestagsabgeordneten Gehb und Friedrich, sondern auch mit Herrn Prof. Ronellenfitsch und Herrn Prof. Steinberg. Dort sitzen durchaus Menschen, die wissen, wovon sie reden, und die vor allem das Verwaltungs- und Gesetzgestrüpp dieser Republik kennen. Also kurzum: Herr Posch, ich vertraue darauf, dass vieles von dem jetzt in die grundsätzliche Ausrichtung und Aussage der großen Koalition in Berlin einfließen kann.

Sie haben einige Punkte angesprochen. Ich will darauf hinweisen, dass uns sehr wohl bewusst ist, dass viele unterschiedliche Rechtsbereiche und Rechtssphären angesprochen sind, möglicherweise durchaus auch europäische. Das will ich ausdrücklich dazu sagen. Denn dort sitzen Menschen, die wir dorthin schicken, damit sie eine ordentliche Politik machen. Insofern ist das eine oder andere, was dort möglicherweise nachjustiert werden muss, ebenfalls nicht mit einem Tabu zu belegen, sondern in eine nationale politische Debatte einzufügen. Ich glaube, am Ende ist das Ziel aber unumstritten.

(Der Redner hält ein Schaubild in die Höhe.)

Wenn Sie sich dieses Schaubild anschauen – das können Sie nicht lesen –, dann erkennen Sie darauf auch aus der Entfernung, was es bedeutet, in Deutschland ein Bundesfernstraßenprojekt zu realisieren. Es zeigt die unterschiedlichen Verfahrensschritte, die unterschiedlichen Voruntersuchungen, die unterschiedlichen Stellungnahmen von Bund, Kommunen, Landkreisen und anderen mehr, zwischendrin noch der EU, die Umweltverträglichkeitsprüfungen und das Ganze wieder zurück, bevor wir irgendwann mit dem Raumordnungsverfahren beginnen. Herr Posch, ich bin sehr bei Ihnen und Ihrer Kommission, zu sagen: Last uns doch aufhören, die Dinge zu doppeln. Denn es kann nicht sein, dass das, was einmal seriös geprüft worden ist, ständig neu hinterfragt wird, indem beispielsweise von den GRÜNEN motivierte Bürgerinitiativen versuchen, Knüppel zu werfen.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir viele Chancen in diesem Lande haben, wenn wir diese Aufgaben weiterhin so ernst nehmen, wie es diese Landesregierung tut. Ich bin deswegen davon überzeugt, dass dies zumindest eine der wichtigsten Aufgaben ist, die wir hier erledigen können. Wir wollen nicht nur die Ergebnisse einer Enquetekommission zur demographischen Entwicklung des Bundeslandes Hessen zur Kenntnis nehmen, sondern wir wollen, dass die Menschen in allen Tei-

len dieses Bundeslandes eine Chance haben, dort zu arbeiten, wo sie wohnen. Deswegen müssen wir in Mittelhessen, ganz besonders auch in Nordhessen, alles tun, was dazu führt, dass die Menschen einen Grund haben, sich nicht ausschließlich in das Rhein-Main-Gebiet oder andere Regionen zu bewegen. Sie müssen durch eine vernünftige verkehrliche Erschließung und Anbindung die Chance bekommen, ihrer beruflichen Tätigkeit vor Ort nachzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie auch das noch einmal zur Kenntnis nehmen wollen:

(Der Redner hält ein weiteres Schaubild in die Höhe.)

Sie können dies in einer Broschüre der Landesregierung nachlesen. Diese Broschüre zeigt den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Bruttosozialprodukt in den einzelnen Landkreisen und Regionen Hessens und der verkehrlichen Erschließung. Herr Wagner, ich glaube, Sie haben beim letzten Mal gefragt, wie das mit der Henne und dem Ei war. Daraufhin sage ich Ihnen: Das ist mir am Ende Wurscht – –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Keine Werbung machen!)

– Ich weiß, das passt am besten zu mir. Deswegen benutze ich das hin und wieder. – Herr Wagner, dann ist es mir völlig Wurscht, ob die Autobahn solche Bruttosozialprodukte implizierte, oder ob es umgekehrt war, dass wir die Autobahn dorthin gebaut haben, weil es dort prosperierende Entwicklungen gab. Das Ergebnis ist entscheidend.

Eine letzte Bemerkung. Hier ist Nordhessen angesprochen worden. Lieber Herr Frankenberger, lieber Herr Wagner, schauen Sie sich doch einmal die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung an, und schauen Sie sich die Ergebnisse in Nordhessen an.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Jawohl!)

Herr Frankenberger, wenn wir auf die nächste Landtagswahl zusteuern, werden wir einen großen Strich ziehen und sehen, was sich wo verändert hat. Bei der letzten Landtagswahl haben die Menschen erkannt, dass das, was wir gemeinsam mit der FDP unternommen haben, zu dem Ergebnis geführt hat, das Sie kennen, nämlich dass die Arbeitsmarktentwicklung in Nordhessen im Bundesdurchschnitt hervorragend ist – wenngleich wir mit den Zahlen nicht zufrieden sein können. Das ist nicht das Thema, aber wir haben nichts anderes als die statistische Größe der durchschnittlichen Entwicklung, an der man sich messen kann.

Insofern bin ich guter Dinge, dass wir mit den Projekten, die wir heute besprochen haben, nicht nur viel für die Menschen in Nordhessen erledigen können, sondern dass wir den Menschen Perspektiven geben, die am Ende dazu führen, dass diejenigen, die diese Perspektiven geboten haben, auch politisch erfolgreich sind und diese Arbeit fortsetzen können. Wir freuen uns auf diese Auseinandersetzung. Ich freue mich schon jetzt auf die Auseinandersetzungen im Wahlkampf, der wahrscheinlich in zwei Jahren beginnt. Herr Frankenberger, dann werden wir das verteidigen, was gerade die SPD so geärgert hat, nämlich fast alle Wahlkreise in Nordhessen direkt zu gewinnen. – Vielen Dank.



(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Boddenberg. – Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Posch das Wort.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Kollege Boddenberg, ich will noch einmal kurz darauf eingehen, dass Sie gemeint haben, in meinem Diskussionsbeitrag zum Thema ÖPNV irgendwo einen Paradigmenwechsel in der Beurteilung der Verkehrspolitik zu sehen. Mitnichten, ich habe versucht, deutlich zu machen, dass wir in der Zielsetzung durchaus einer Auffassung sind. Aber es ist die Aufgabe der FDP, dort den Finger in die Wunde zu legen, wo wir der Meinung sind, dass das eine oder andere noch effizienter gemacht werden kann. Diese Aufgabe nehmen wir wahr. In dem Zusammenhang bin ich auf die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs eingegangen.

Wir haben bei dem öffentlichen Personennahverkehr gemeinsam einen Weg eingeschlagen, der unumkehrbar und auch richtig ist, nämlich Wettbewerb, Besteller-Ersteller-Prinzip. Verstehen Sie eines: Wenn wir gestern genau diese Grundlagen beschließen und heute aus Rheinland-Pfalz die Meldung kommt, dort sollen 3,1 Milliarden € gespart werden, dann bin ich insoweit erschüttert und kann das nicht glauben. Denn ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass Mindereinnahmen im zweistelligen Millionenbetrag durch Wettbewerb in zwei, drei Jahren nicht kompensiert werden können. Das ist genau der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte nicht missverstanden werden. Wenn wir in der Situation wären, einsparen zu müssen, würde auch diese Frage eine Rolle spielen. Aber ich muss so etwas in einer Art und Weise machen, dass ein Land sich bei der Gestaltung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs darauf einstellen kann. Genau das ist nicht der Fall,

(Beifall bei der FDP)

wenn von jenseits des Rheins heute die Meldung kommt: 3,1 Milliarden €.

(Michael Boddenberg (CDU): Haushalt 2006! – Können Sie zaubern?)

– Verehrter Herr Kollege Boddenberg, das Argument Haushalt haken wir ab. Das machen wir später. Herr Kollege Boddenberg, deswegen verstehe ich gar nicht, warum Sie sich an dieser Stelle so aufregen. Sie haben doch gemerkt, dass die Sozialdemokraten an dieser Stelle einen abgespeckten ÖPNV-Antrag eingebracht haben. Genau dahin wollte ich argumentieren und sagen: Diejenigen, die das gestern propagiert haben, müssen sich heute dafür einsetzen, dass die Einsparungsrate nicht in der Weise ausfällt, wie das jetzt droht.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Eine weitere Kurzintervention hat der Kollege Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg hat die so genannte Posch-Kommission zur Beschleunigung von Planungsverfahren angesprochen. Sicher, Herr Kollege Boddenberg: In dieser Kommission sind viele respektable und kompetente Menschen; aber es sitzt eben auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Gehb darin,

(Zuruf von der FDP: Na und?)

und dieser Dr. Jürgen Gehb sagte in einer Pressemitteilung von 17. Juli 2005, dass es in Deutschland naturschutzrechtlichen Klageterror gibt. Das zeigt doch ganz eindeutig, welchen Auftrag diese Kommission hat.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Da hat er Recht! Das ist Missbrauch!)

Da geht es nicht um eine ergebnisoffene Prüfung von irgendetwas, sondern das ist eine Kotau-Kommission, um Vorschläge zum Abbau von Umwelt- und Naturschutz und zum Einschränken von Bürgerrechten abzusegnen. Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ersten Vorschläge dieser Kommission unterstreichen das ja auch.

Liebe Kollegen von der CDU und auch von der FDP, Bürgerrechte fangen eben nicht erst bei der Wahrung des Steuergeheimnisses an, sondern Bürgerrechte sind auch dann betroffen, wenn Anwohner zu Recht Bedenken gegen eine Baumaßnahme haben. Bürgerschaftliches Engagement gibt es nicht in zwei Ausfertigungen: in einem guten Engagement und in einem schlechten Engagement.

(Zuruf von der CDU: Wir haben doch gar nichts dagegen!)

Auch das, was die Umweltschutzverbände leisten, ist ehrenamtliches Engagement,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wir können ihnen sehr dankbar sein, dass sie dieses Engagement leisten. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dann ist es die Debatte um die A 49. Wenn es da den Protest nicht gegeben hätte, dann wäre dieser Minister niemals auf die Idee gekommen, eine Trasse vorzuschlagen, die um 40 Millionen € billiger ist. 40 Millionen € bei 4.000 Kammolchen. Das heißt, jeder Kammolch hat diesem Land 10.000 € gespart.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Boddenberg.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wagner, ich will noch einmal deutlich machen: Es geht überhaupt



nicht darum, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht zu berücksichtigen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schneiden sie doch ständig ab!)

Es geht überhaupt nicht darum, irgendwelche Rechte von Verbänden oder sonst Interessierten zu kappen und zu ignorieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen wohl die Vorschläge nicht!)

Aber, Herr Kaufmann und Herr Wagner, Sie wissen doch am besten, worüber wir reden. Sie wissen doch am besten, dass Sie dazu beigetragen haben – ich nehme noch einmal den Ausbau des Frankfurter Flughafens –, dass Sie dort in vorgefertigten Rundschreiben, auf die man gerade mal unten rechts noch die Unterschrift setzt,

(Beifall bei der FDP)

Menschen auf Bürgerversammlungen dazu überredet haben, diese Klagen und Einwendungen bei Erörterungen, wo auch immer, in die Post zu stecken und damit die Verwaltung zu torpedieren. Jetzt sagen Sie mir doch bitte nicht, dass es 127.000 Individualinteressen waren, die dort vorgetragen worden sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist das, worüber wir reden, über nichts anderes.

Sie reden über Bürgerinteressen. Herr Al-Wazir ist gerade nicht hier, aber er hatte ja das Vergnügen, mit mir in der Debatte in Mittelhessen zu sein, als es um die Anliegeninteressen der A 49 ging. Es gibt eben nicht nur die Interessen, die Sie lautstark einfordern, sondern es gibt auch Interessen von Menschen, die Arbeit suchen, die Verkehrsanbindung und Verkehrserschließung suchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deren Interessen nehmen wir gleichermaßen wahr wie die Interessen derjenigen, die Sie häufiger vertreten, deren Interessen wir aber genauso wenig gering schätzen, weil sie zu einer komplexen und in vielen Teilen heterogenen Gesellschaft und Diskussionskultur gehören.

Es ist unlauter, Herr Wagner, an dieser Stelle zu polarisieren und demjenigen, der dort Beschränkungen will, vorzuwerfen, dass er etwas völlig abschaffen will. Das versuchen Sie halt immer wieder. In dieser Hinsicht kommen wir eben an vielen Stellen nicht weiter.

Ich will zu Herrn Posch noch zwei Sätze sagen. Herr Posch, die Expertenkommission – ich habe es schon gesagt – hat aus meiner Sicht in vielen Details wertvolle Vorlagen geliefert. Wir haben in einem Artikelgesetzentwurf auch einmal aufgelistet, an wie vielen Stellen wir als Gesetzgeber oder auf welchen anderen Ebenen wir aktiv werden müssen.

Das alles sind, so finde ich, zunächst einmal wichtige Punkte, über die man jetzt wird diskutieren müssen. Ich will noch einmal sagen: Eine solche Expertenkommission ist mit dem Tag der Abgabe eines solchen Papiers nicht fertig.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Boddenberg, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Es ist ja schon angedeutet worden, dass es am Ende hier nicht nur um Straßenverkehr geht, sondern genauso um die von Ihnen und von uns allen so geliebten Schienenverkehrswege und anderes mehr. Wir sind weit weg davon, nur in eine Richtung Politik zu machen. Wir umfassen mit dem, was wir vorhaben, alle Verkehrsträger.

Wir wissen doch, nachdem wir weltweit erkennen müssen, dass nicht immer nur der Bessere, sondern häufig eben der Schnellere gewinnt, dass wir in diesen Fragen erheblich und deutlich werden zulegen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es gibt jetzt keine Wortmeldungen mehr.

Ich stelle noch einmal für das Protokoll fest, dass die Dringlichkeit des Dringlichen Entschließungsantrages der Fraktion der SPD, Drucks. 16/4697, bejaht ist und dass dies der Tagesordnungspunkt 73 geworden ist. Ich stelle dann fest, dass es Einigkeit gibt, dass wir die vier Anträge Drucks. 16/4651, 16/4687, 16/4696 und den eben zitierten Tagesordnungspunkt 73, das ist Drucks. 16/4697, an den Wirtschaftsausschuss überweisen. – Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch. Dann wird das so gemacht.

Meine Damen und Herren, wir behandeln jetzt noch den Tagesordnungspunkt 14, die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und machen im Anschluss noch das, was gemacht werden muss, damit wir hier einigermaßen vernünftig vorankommen.

Ich rufe den **Punkt 14** auf:

#### **Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gesundheit von Kindern in Hessen – Drucks. 16/4145 zu Drucks. 16/2241 –**

Vereinbarte Redezeit sind zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat die Frau Kollegin Schulz-Asche, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir die Gesundheitssituation von Kindern in Deutschland betrachten, dann müssen wir feststellen, dass sich in den letzten 20 bis 30 Jahren eine erhebliche Verschiebung der Krankheitsbilder ereignet hat. Die Kinder heute leiden weniger an Keuchhusten, glücklicherweise auch nicht mehr an Kinderlähmung, an Scharlach und anderen Kinderkrankheiten, sondern wir haben inzwischen ein verändertes Krankheitsbild, bei dem Gesundheitsstörungen im Vordergrund stehen, die sich als wesentliche Risikofaktoren für die Entwicklung chronischer Krankheiten darstellen. Wir haben enorm steigende Zahlen von Allergien, wir haben enorme Anstiege bei den Maßnahmen der Frühförderung, und wir haben erhebliche Folgen falscher Ernährung und des Bewegungsmangels.

Meine Damen und Herren, die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Sie liegen in den Familien, in den Lebenssituationen, in den Lebensgewohnheiten, und deswegen ist für uns Gesundheitspolitik für Kinder auch Familienpolitik. Aber darauf komme ich noch zurück.

Das Hauptproblem, das wir aktuell haben – deswegen haben wir diese Große Anfrage auch gestellt –, ist, dass praktisch unser gesamtes Gesundheitssystem überhaupt nicht auf diese veränderte Gesundheitssituation, Krankheitssituation, die veränderten Krankheitsbilder von Kindern eingestellt ist. Wir haben die klassischen Versorgungssysteme, die wir schon immer hatten, haben aber erhebliche Veränderungen bei den Kindern. Von daher ist, so denke ich, auch die Frage berechtigt, inwieweit die Landesregierung und die verschiedenen Strukturen tatsächlich zur Verbesserung der Situation der Kinder in Hessen beitragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deswegen danke ich ausdrücklich der Landesregierung, nicht nur für die Ankündigung, noch einen eigenständigen Bericht zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hessen vorzulegen. Ich vermute, dass die Beantwortung unserer Großen Anfrage wesentlich dazu beigetragen hat, dass entsprechendes Datenmaterial jetzt vorhanden ist.

Ich danke auch dafür, dass in vielen Fragen sehr ernsthaft versucht wurde, aktuelle Konzepte des Umgangs mit verschiedenen Krankheitsbildern, aber auch mit verschiedenen Versorgungssystemen anzugehen. Es war zum Teil sehr interessant. Allein für die Tatsache, dass man sich im Ministerium mit solchen strukturellen und medizinischen Fragen befasst und sie auch darstellt, möchte ich mich auch ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zur inhaltlichen Bewertung der dargestellten Antworten. Wie gesagt, ich bin nicht der Meinung, dass die Landesregierung hier besonders hinterherhinkt. Es ist insgesamt in Deutschland ein Thema, das zu wenig aufgegriffen wird. Ich hoffe, dass sich die anderen Parteien ebenfalls in der Lage sehen, sich ernsthaft mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Wir haben zuerst festzustellen, dass wir eine katastrophale Datenlage haben – und das, obwohl wir eine Unmenge von Daten erheben. Wir haben U-1- bis U-9-Untersuchungen. Wir haben die verschiedensten Untersuchungen, also wirklich Unmengen von Daten. Aber die Auswertung dieser Daten erfolgt im Prinzip individuell. Sie werden auf keiner Ebene generiert, um Aussagen darüber zu erhalten, welche ergänzenden gesundheitsfördernden oder präventiven Leistungen erbracht werden müssten.

Ich denke, das ist ein grundsätzliches Problem unseres Gesundheitswesens, und das stellt sich auch nach der Beantwortung der Großen Anfrage dar.

Wir haben durch die Vielfalt und auch Beliebigkeit von Angeboten kaum eine Übersicht, was tatsächlich in einzelnen Bereichen vorhanden ist, noch haben wir eine qualitative Wertung dessen, was angeboten wird.

An dem folgenden Punkt möchte ich auch zumindest die Landesregierung auffordern, bevor sie diesen Bericht zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hessen ausarbeitet, sich noch einmal Gedanken zu machen, welche Konzepte sich aus bestimmten Erkenntnissen ergeben. Es gibt, wie gesagt, für verschiedene Bereiche keine Konzepte. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen.

Wir haben in den letzten Jahren enorme Zuwachsraten bei der medikamentösen Behandlung von ADHS, das

heißt beim Aufmerksamkeitsdefizit und bei hyperkinetischen Störungen, dem so genannten Zappelphilipp. Wir haben in diesem ganzen Bereich Zuwachsraten von bis zu 50 %, Kinder, die zusätzlich mit Psychopharmaka behandelt werden.

Meine Damen und Herren, dies ist eine ganz zentrale Frage: Wie geht eine Gesellschaft mit der Entwicklung von Kindern und auch mit bestimmten Notlagen von Familien um, die mit Kindern überfordert sind, die sich dementsprechend verhalten? Diese Kinder kommen in unser Gesundheitssystem, und dann passiert das Klassische, was in unserem Gesundheitssystem passiert: Sie werden mit Medikamenten behandelt, aber die Frage, was man statt dieser medikamentösen Behandlung machen könnte, wird nicht weiter verfolgt, und dafür gibt es in diesem System auch keine Berücksichtigung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann ich vielleicht noch dazu sagen: Wir haben hier eine Konzentration auf die Gruppe von sieben- bis dreizehnjährigen Jungen, bei denen diese medikamentöse Behandlung vor allem einsetzt. Ich denke, dass es tatsächlich eine grundsätzliche Frage der Gesellschaft ist, ob sie Verhaltensweisen von Kindern wirklich pathologisieren und mit Medikamenten behandeln will oder ob sie sich hinsichtlich anderer Strukturen Fragen stellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist tatsächlich so, dass die Landesregierung in der Beantwortung der Großen Anfrage ausführlich verschiedene Wissenschaftler zitiert, die eigentlich eine gute Antwort auf die Frage geben, was notwendig wäre. Sie betonen insbesondere die Leistungen, die im Rahmen der Beratung und Unterstützung von Familien angeboten werden müssen. Es wird auch die Vielzahl von Selbsthilfegruppen in diesem Bereich erwähnt.

Am Ende der Beantwortung fehlt aber eine klare Aussage, welche Möglichkeiten seitens der Landesregierung und der politisch Verantwortlichen in diesem Land gesehen werden, mit diesem Problem umzugehen und entsprechende Strukturen aufzubauen.

Wir werden noch öfter über die präventiven Förderungen im Bereich der Familienbildung und Erziehungsberatung diskutieren, die im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ gestrichen wurden. Sie wurden zu einem Zeitpunkt gestrichen, als sie gerade in der Familienberatung strukturell sehr sinnvoll hätten eingesetzt werden können und zu erheblichen Kosteneinsparungen dadurch geführt hätten, dass wir viele Zappelphilipps in dieser Gesellschaft nicht mehr medikamentieren müssten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte ganz kurz einen zweiten Punkt ansprechen. Wir haben einen relativ schlechten Überblick über das, was den Eltern vor, während und nach der Geburt tatsächlich angeboten wird, und zwar nicht nur im klassischen Gesundheitssystem, sondern auch an Familien begleitenden Leistungen. Wir wissen, dass es gerade in den ersten Tagen nach der Geburt eine ganze Reihe von Bedürfnissen junger Mütter, aber auch junger Väter gibt. Wir haben in unserer Fraktion ein aktuelles Beispiel dafür. Ich denke, ist es unsere Aufgabe, darüber nachzudenken, welche Leistungen seitens der Kassen oder seitens des Landes angeboten werden können, um die Familien gerade im Umfeld einer Geburt stärker zu unterstützen, und zwar

nicht nur durch medizinische Hilfeleistungen, sondern auch durch unterstützende Familiendienste.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sehr ausführlich über Maßnahme der Prävention und der Gesundheitsförderung im schulischen Bereich gesprochen. Ich denke, in allen Antworten zum Komplex II – Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen – wird deutlich, dass es überhaupt kein Konzept für die Kinder gibt, die noch nicht in der Schule sind. Das heißt, die gesamte Altersgruppe zwischen null und sechs Jahren ist von den Überlegungen weitgehend ausgeschlossen. Ich denke, dass es deshalb darauf ankommt, auf den Komplex „Frühkindliche Gesundheitsförderung“ – vielleicht auch in Bezug auf den Erziehungs- und Bildungsplan – noch stärkeres Augenmerk zu richten. Wir wissen nämlich, dass sich die meisten Gesundheitsschäden und -störungen nicht erst ab dem sechsten Lebensjahr entwickeln, sondern bei den meisten Kindern schon weit davor entstehen. Deshalb geht es darum, dass Sie auch an den Kindergärten neue Kooperationsformen einrichten, Frau Lautenschläger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben außerdem Probleme bei der flächendeckenden Kooperation zwischen den Schulen und dem außerschulischen Bereich. Dazu gehören z. B. die Sportvereine. Es gibt zwar sehr viele Initiativen, aber ich denke, dass wir im Interesse einer umfassenden Gesundheitsförderung zu flächendeckenden Kooperationsformen von Sportvereinen und Schulen kommen müssen.

Ich möchte einen grundsätzlichen Punkt ansprechen, der nicht landespolitisch, sondern bundespolitisch bedingt ist. Das möchte ich der großen Koalition in Berlin gerne mit auf den Weg geben.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, denken Sie aber daran, dass die Redezeit langsam zu Ende geht, um es vorsichtig auszudrücken.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme gleich zum Ende. Ich bin ja schon auf der bundespolitischen Ebene.

(Heiterkeit)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Aber nicht, dass Sie noch auf die europäische Ebene gehen.

(Große Heiterkeit)

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage zeigt uns, dass es eine Vielzahl von Initiativen gibt, die in Kooperation von gesetzlichen Krankenkassen, örtlichen Trägern, Kommunen usw. durchgeführt werden.

Ich möchte abschließend ganz ernsthaft die Frage stellen, aus welchem Grund die Mitglieder privater Kassen an diesen Maßnahmen finanziell nicht beteiligt werden. Warum werden die privaten Kassen eigentlich nicht in die Finanzierung von Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung von Kindern einbezogen? Diese Frage ist

meiner Meinung nach berechtigt. Sie wissen, dass wir für eine Bürgerversicherung eintreten. Ich denke, dass wir es gerade bei der Gesundheit unserer Kindern mit einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu tun haben. Deshalb bin ich der Meinung, dass es keinen einzigen vernünftigen Grund geben kann, dass sich die privaten Kassen aus der Finanzierung solcher Leistungen heraushalten, warum Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention bei Kindern einzig und allein von den Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden und damit Leistungen für die bei den Privatkassen Versicherten auf diese Weise subventioniert werden. Damit muss Schluss sein. Es handelt sich nämlich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Oppermann für die CDU-Fraktion.

**Anne Oppermann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Schulz-Asche, für eine Diskussion über das Thema Bürgerversicherung – oder über eine solidarische Gesundheitsprämie, diesen Ausdruck finden wir besser – ist heute leider weder die Zeit noch der Ort. Wir sollten über dieses Thema aber an anderer Stelle weiterhin diskutieren.

Das Thema Gesundheit von Kindern findet seit geraumer Zeit sowohl fachlich als auch politisch eine wachsende Aufmerksamkeit. Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder als Menschenrecht einen Anspruch auf ein Höchstmaß an Gesundheit. Wachsende Aufmerksamkeit liegt auf dem demographischen Wandel, der für Deutschland im europäischen Vergleich die geringste Geburtenziffer verzeichnet. In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren.

Gesundheit bedeutet nicht nur das Freisein von Krankheit, sondern es ist positiv als Zustand von Wohlbefinden und physischer sowie psychischer Aktionsfähigkeit und Vitalität zu definieren. Wir brauchen somit ein Gesundheitsverständnis, das neben medizinisch-biologischen Aspekten auch psychische, soziale und ökologische Gesichtspunkte einbezieht.

Damit ist bereits angedeutet, dass die Sicherung der Gesundheitsbelange von Kindern nicht nur eine Aufgabe medizinischer Versorgung und Rehabilitation ist, sondern zunehmend als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe gesehen werden muss – mit vielfältiger Verantwortung all derer, die in gesundheitsrelevanten Lebenslagen auf die Verstärkung der Gesundheitsressourcen, auf die Förderung von Gesundheitskompetenz und auf eine gesundheitsfördernde Kultur maßgebenden Einfluss haben.

Die Palette von Fragen zu Vorsorge, Geburt, Wochenbettbetreuung, zum Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen, zu Ernährungsproblemen und Bewegungsmangel, Allergien und chronischen Krankheiten, Suchterkrankungen und ihrer Vorbeugung bis hin zu psychischen Erkrankungen zeigt, welch breites Feld sich bei dem Thema „Gesundheit von Kindern“ auftut.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))



Ich habe eben auf den demographischen Wandel hingewiesen, der auch vor der Krankenhausplanung nicht Halt macht. Frauenheilkunde und Geburtshilfe bilden das viertgrößte medizinische Fachgebiet. Aufgrund des Geburtenrückgangs haben wir es hier logischerweise mit einem Teilzahlenrückgang zu tun.

Bei dem Themenkomplex „Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen“ wird deutlich, dass in Hessen ein umfangreiches System früher Hilfen für Kinder existiert, die behindert oder von Behinderung bedroht sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Hörscreening eingehen, das zwar noch nicht an allen hessischen Einrichtungen durchgeführt wird; von den insgesamt 109 hessischen Geburtskliniken und neonatologischen Abteilungen in Kliniken beteiligt sich aber inzwischen etwa ein Drittel am regelmäßigen Hörscreening bei Neugeborenen. Wenn man bedenkt, dass in Deutschland jährlich 1 bis 2 Promille der Kinder mit einem permanenten, bilateralen behandlungsbedürftigen Hörschaden geboren werden, erkennt man: Je früher solch ein Hörschaden behandelt wird, umso geringer sind die Störungen bei der Sprachentwicklung, beim Hören und bei der sozialen Entwicklung des betroffenen Kindes.

Ab dem Jahre 2000 hat das Land für das Hörscreening mehr als 400.000 € aufgewendet. Die frühzeitig eingeleitete Behandlung von Hörstörungen bei Neugeborenen ist ein gesundheits- und sozialpolitisches Ziel hoher Priorität.

Einer der Schwerpunkte der Hessischen Landesregierung im Gesundheitswesen ist die Gesundheitserziehung ab dem frühen Kindesalter, die auch in die Lehrpläne der Grundschulen integriert werden soll. Als Beispiel darf ich die umfassende Suchtprävention oder die Förderung des Schul- und Breitensports nennen.

Der Gesundheitsbericht des Bundes mit dem Titel „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ aus dem Jahre 2004 besagt, dass – je nach Definition – 10 bis 20 % aller Schulkinder und Jugendlichen als übergewichtig bzw. adipös einzustufen sind. Diese Zahlen sind alarmierend. Damit ist das Risiko, später beispielsweise an Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes zu leiden, geradezu vorprogrammiert.

Deshalb ist eine Bewegungsförderung für Kinder und Jugendliche elementar wichtig. Wenn derzeit 363 Schulen in mehr als 600 Gruppen auf der Grundlage des Landesprogramms zur Förderung der Kooperation von Schulen und Vereinen mit den örtlichen Sportvereinen zusammenarbeiten, sind dies ermutigende Zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Bewegung und Sport sind die eine Antwort beim Thema Übergewicht. Aber einer ausgewogenen und gesunden Ernährung kommt gleichwohl hohe Bedeutung zu. Die Verwaltungsvorschrift des Hessischen Kindergartengesetzes wurde dahin gehend geändert, dass bei einer Betreuung über mindestens sechs Stunden ein vollwertiges Mittagessen anzubieten ist. Das Angebot einer durchgehenden Öffnungszeit mit Mittagversorgung in Kindergärten wird durch besondere Landeszuweisungen an die Träger unterstützt. Ebenso werden Schulen gefördert, die gesunde Verpflegung anbieten oder die Einführung von gesunder Verpflegung planen.

Meine Damen und Herren, aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage geht eindeutig hervor, dass die Suchtprävention einen hohen Stellenwert für die

Hessische Landesregierung hat. In den hessischen Schulen sind 750 Beratungslehrer für Suchtprävention eingesetzt, die bei ihrer Arbeit von den Fachberaterinnen und -beratern für Suchtprävention an den Staatlichen Schulämtern unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, die Suchtgefahr durch Alcopops ist in den letzten Jahren bedauerlicherweise gestiegen. Hier ist zu begrüßen, dass die Hessische Landesregierung auf verstärkte Kontrollen im Einzelhandel setzt. So werden verstärkt Lebensmittel- und Großmärkte, Tankstellen und Kioske daraufhin kontrolliert, ob dort die Platzierung von Alcopops ordnungsgemäß erfolgt und ob das Jugendschutzgesetz zur Abgabe von Alkohol eingehalten wird.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich Folgendes festhalten. Maßnahmen der Gesundheitsförderung für Kinder haben einen hochrangigen Stellenwert. Eine aktive Gesundheitsförderung muss die strukturellen ebenso wie die verhaltensrelevanten Gesundheitsfaktoren angehen. Gesundheitsbewusstsein zu schaffen, gesundheitsrelevantes Verhalten zu erreichen, Lebensweisen zu beeinflussen, Gesundheitskompetenz junger Menschen sowie von Eltern und Familien zu stärken erfordert in besonderem Maße pädagogische Kompetenz und sozialpädagogisches Engagement.

Hier wird deutlich, dass die Gesundheit von Kindern eine Querschnittsaufgabe darstellt. Hier gilt es, stetig weiterzuarbeiten, im Sinne der Gesundheit unserer Kinder. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Oppermann. – Das Wort hat der Kollege Dr. Spies, SPD-Fraktion.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch seitens der SPD-Fraktion den herzlichen Dank an das Ministerium und die Fachabteilung für eine wortgewaltige Antwort von nahezu enzyklopädischem Ausmaß.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Fragen waren auch toll!)

– Die Fragen waren wunderbar.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Und die Formulierungen auch!)

Sie haben Anlass zu einer außerordentlich detaillierten und differenzierten Darstellung dessen gegeben, was denn für die Gesundheit von Kindern wichtige Aspekte sind.

Wenn man diese Wortvase von 51 Seiten – deren gründliche Lektüre ein mehrstündiger Auftrag ist, um sie in all ihren Details zu verstehen – betrachtet und ein überquellendes Blütenmeer an Leistungen dieses Landes zum Wohle der Gesundheit von Kindern erwartet, eine Leistungsbilanz, die deutlich macht, dass Hessen bundesweit einsam an der Spitze steht, dann finden wir beim genauen Hinsehen doch eher ein paar etwas trockene Feigenblätter auf dem Vasenboden, und das wars.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))



Denn wenn man genau hinschaut, dann erläutert uns die Landesregierung zwar – angeregt von einer differenzier-ten Struktur der Fragestellung – sehr genau, welche Themen zu beachten sind, welche wissenschaftlichen Standards einzuhalten wären; allein die Erwartung, man würde nun auch hören, was das Land alles an Bedeutendem leistet, wird enttäuscht. Man kommt fast der Frage näher,

(Zuruf des Abg. Rafael Reißer (CDU))

ob denn nicht vielleicht der Aufwand zur Beantwortung dieser Großen Anfrage teurer war als das, was das Land für diese Aufgabe tatsächlich ausgibt.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Wann fängt denn Ihre Rede an?)

Meine Damen und Herren, ich will das an zwei wesentlichen Punkten festmachen. Ich will mich nicht damit aufhalten, diese Feigenblätter, die uns eben einzeln aufgezählt wurden, zu wiederholen.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

Der erste und, wie ich glaube, wichtigste Aspekt ist die Prävention. Da lese ich mit großem Interesse in der Antwort vom 22. Juni dieses Jahres – ich zitiere –:

Das bisher schwerwiegendste Problem der mangelnden Kooperation unterschiedlicher Verbände der gesetzlichen Krankenversicherung, die begrenzte Möglichkeit zur Poolfinanzierung gemeinsamer Vorhaben, ...

Ja, meine Damen und Herren, das ist eines der zentralen Probleme der Prävention. Und wo, wenn nicht bei Kindern, ist Prävention wichtig?

Wir lesen diesen Satz und denken: Mein Gott, die Landesregierung hat es verstanden. Sie wird kreativ vorgehen. – Dann aber lesen wir heute in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucks. 16/4415: Am 27. Mai 2005, also vier Wochen vorher, hat die Landesregierung im Bundesrat dazu beigetragen, den Gesetzentwurf für ein Präventionsgesetz in den Vermittlungsausschuss – und da wir alle wussten, dass eine Bundestagswahl ansteht, also in den Orkus der Diskontinuität – zu werfen: ein Gesetz, das für das Land Hessen Präventionsmittel, zur Hälfte zur Finanzierung im Pool, in der Größenordnung von fast 20 Millionen € bereitgestellt hätte.

Nun denken wir, die Landesregierung handelt so, weil sie diese Mittel gar nicht nötig hat und ihr Engagement in der gesundheitlichen Prävention – insbesondere, aber nicht nur bei Kindern – so herausragend ist, dass sie auf diese Mittel verzichten kann.

Weit gefehlt. Von 1999 bis heute finden wir eine Halbierung der Mittel, die das Land Hessen selbst für Prävention ausgibt, und wir verbleiben bei gerade einmal 4 % dessen, was das Präventionsgesetz gebracht hätte. Meine Damen und Herren, das Land Hessen halbiert seine Ausgaben für die Vorsorge und verzichtet darauf, Bundesmittel in erheblichem Umfang zu mobilisieren.

(Reinhard Kahl (SPD): Unerhört!)

Meine Damen und Herren, wir würden uns wünschen, dass der Erkenntnisgrad der Landesregierung, wie er in der Antwort auf die Große Anfrage aufscheint, doch auch in praktischer Politik seine Konsequenzen hätte. Denn das Schwierigste in den Präventionsaufgaben ist die Verhaltensprävention – also die, die das Verhalten von Menschen in gesundheitlichen Fragen beeinflusst. Sie muss so

früh wie möglich einsetzen. Also bedarf es erheblichen Engagements des Landes, gerade bei Kindern und Jugendlichen. Da reicht es nicht, zu erklären, das sei ein Problem, und man müsse etwas tun. Man sollte an den Stellen, an denen man handeln kann, auch tatsächlich handeln.

Dann kommen wir zu einem zweiten, wie ich meine, zentralen Problem der Gesundheitsfürsorge für Kinder und Jugendliche. Meine Damen und Herren, die Lebenserwartung in Deutschland im untersten und im obersten Einkommensfünftel unterscheidet sich um acht Jahre. Die Ursache dieser Entwicklung wird im Kindesalter gelegt. Acht Jahre ist eine Menge Zeug, acht Jahre nach sozialer Differenzierung.

Wir würden nun erwarten, dass die Landesregierung diesem Problem eine besondere Aufmerksamkeit widmet. Denn wir wissen, dass sich das Land Brandenburg seit zehn Jahren mit besonderem Engagement der Frage der Zusammenhänge gerade des gesundheitlichen Zustands von Kindern und des sozialen Status widmet.

Was aber finden wir in der Antwort? Kein Wort. Keine Daten. Kein Thema. Kein Interesse. Keine Antwort.

Meine Damen und Herren, gerade die sozialen Unterschiede in ihren Auswirkungen auf die Gesundheit, die im Kindesalter gelegt werden, dürften eine der wichtigsten Aufgaben im Umgang mit Kindergesundheit sein.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch eine Bemerkung, was die zukünftigen Entwicklungen angeht. Inzwischen gibt es wohl beleumundete Wissenschaftler, die sagen: All unsere Prognosen in der Demographie, Herr Müller, über die zukünftige Lebenserwartung sind Schall und Rauch – wenn wir uns den Gesundheitszustand der Kinder anschauen. Denn wir sehen uns einer Generation von Kindern gegenüber, die im Alter von sechs Jahren keine drei Schritte rückwärts laufen können, die im Alter von zehn Jahren zu 20 % Übergewicht haben und die im Alter von 30 Jahren Rückenschäden, mit 40 Jahren Diabetes Typ II haben werden – die also keinesfalls diese prognostizierte Lebenserwartung erreichen werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, welche Kinder das sind, dann finden wir genau diese soziale Differenzierung. Und dabei geht es um die Frage der allgemeinen Lebenserwartung.

Gerade für eine Landesregierung, die an so vielen Stellen auf den Gesichtspunkt der Eigenverantwortung setzen möchte und meint, Menschen in besonderer Weise Selbstverantwortlichkeit für ihren Gesundheitszustand zumuten zu können, wäre es doch eine elementare Voraussetzung, bei den Kindern die Chance für richtiges, gesundheitsbewusstes Verhalten zu schaffen – wenn man denn will. Wenn man die Menschen mit zunehmendem Alter für ihr Gesundheitsverhalten verantwortlich machen will, dann muss man zu dem Zeitpunkt, an dem die Prägungen gesetzt werden – und das ist, bevor man zehn Jahre alt ist –, dafür sorgen, dass sie dazu überhaupt in der Lage sind, also dass das Bewegungs- und das Ernährungsverhalten angemessen gebahnt sind.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Jetzt loben Sie aber einmal den Sport!)

Meine Damen und Herren, wenn man sich anschaut, welches der richtige Ort dafür ist, dann ist das die Schule. – Herr Müller, den Sport möchte ich gerne loben. Die Sportvereine, der Landessportbund, die allerdings engagieren sich. Und man fragt sich, wo denn das Engagement

der Landesregierung über ein bisschen Unterstützung hinaus bleibt. Wo bleibt es denn, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Das könnten Sie an einem ganz einfachen Beispiel festmachen, nämlich an den Bearbeitungskosten, die das Land von den IZPP-Mitteln übrig behält.

(Ministerin Karin Wolff: Wie war das?)

Statt Schulen bewegungsgerecht auszubauen, meint es, allein die Überprüfung der Genehmigung führe dazu, dass dem Land ein Bearbeitungsanteil zusteht. Wenn wir die Ganztagschulen anschauen – Frau Oppermann, Sie haben darauf verwiesen –, stellen wir fest, es gibt Schulen, in denen gesunde Ernährung geboten wird. Jetzt sage ich Folgendes. Wenn wir Schulen haben, in denen Kinder den ganzen Tag bleiben müssen, dann wäre eigentlich die Erwartung an die Landesregierung, dass sie dafür Sorge trägt, dass alle diese Kinder nach modernen Regeln der gesunden Ernährung ernährt werden und es keineswegs der Initiative vor Ort, sondern der Initiative des Landes bedarf, das durchzusetzen.

Ein letzter Punkt zum Thema Gesundheitserziehung. Davon ist wirklich weit und breit nichts zu spüren. Schon im Jahre 2002 stellte eine Expertentagung in Weimar klar, dass wir, wollten wir 12 Millionen Schulkinder in Deutschland einer angemessenen Gesundheitsausbildung zuführen, die dem Standard des 21. Jahrhunderts genügt, 60.000 Amtsärzte bräuchten – 1.200 gibt es in Deutschland. Da wäre ziemlich viel Arbeit zu leisten, um diese Aufgabe zu schultern.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Dr. Spies.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Ich komme zum Schluss!)

– Danke sehr.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Wir sehen in der Antwort das Bemühen, die vielfältigen Aufgaben, die in der Förderung der Gesundheit unserer Kinder liegen, zu erkennen – das ist schon einmal viel wert – und sie zu beschreiben, was auch schon viel wert ist. Wir würden uns wünschen, dass wir zukünftig von der Landesregierung auch mitgeteilt bekommen, dass sie die Aufgabe auf eine Art und Weise angeht, die erfolgversprechend ist, und sich nicht mit kleinen trockenen Feigenblättern in einer schönen großen Vase begnügt. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Doktor. – Das Wort hat der Kollege Rentsch, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, nach so einem langen Arbeitstag hier

im Hessischen Landtag hätte ich Verständnis dafür, wenn sich der ehemalige Landrat des Hochtaunuskreises wieder in den Hochtaunuskreis zurücksehnt, was so einige Reden angeht.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja, ja, ja! – Zurufe von der CDU)

Aber Sie sollten nicht die Flucht ergreifen.

(Zurufe)

– Ich wollte eigentlich nicht zu einem Dialog einladen, aber das fällt unter die Vorbemerkung.

Meine Damen und Herren, nach der langen Reise von Herrn Dr. Spies am Anfang kann ich sagen, ich teile einige Punkte, die Sie zum Thema Prävention gesagt haben, was man daraus entwickeln kann. Bei der Frage, wie man mit Kindern im Rahmen der Gesundheitsbildung umgeht, hatte man schon das Gefühl, dass Ihre lange Reise zum Präventionsgesetz – ich hatte schon fast damit gerechnet, dass das kommt – eigentlich nur den Sinn hat, noch einmal zu erwähnen, dass die CDU das Präventionsgesetz gemeinsam mit den Stimmen der FDP im Bundestag abgelehnt hat. Herr Kollege Dr. Spies, das hatte einen Grund, weil das Präventionsgesetz, das damals vorgelegt worden ist, nicht den Anforderungen entsprochen hat, die wir politisch wollten. Das war der Grund.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Anne Oppermann (CDU))

Man kann unterschiedlicher Meinung sein. Aber das sollte man auch einmal darstellen. Ich glaube, dass es einen großen Konsens zwischen den Fraktionen in diesem Haus und auch im Deutschen Bundestag gibt, wenn es um die Frage geht, dass wir in der Prävention deutlich mehr machen müssen, als wir zurzeit tun. Ich glaube, das ist unbestritten. Insofern das vielleicht als Vorbemerkung.

Meine Damen und Herren, ich darf mich bei der Landesregierung für die Beantwortung der Anfrage sehr herzlich bedanken, auch wenn sie möglicherweise eine ganze Abteilung lahm gelegt haben sollte, was bei dem Umfang möglich erscheint. So ist es eine Anfrage, die sicher ein wichtiges Thema behandelt. Frau Kollegin Schulz-Asche hat das dargestellt. Nichtsdestotrotz müssen wir überlegen, was wir mit diesen Daten anfangen, denn es hat alles nur einen Sinn, wenn wir auch Konsequenzen aus diesen Daten ziehen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass wir einmal darüber gesprochen haben, ist sicherlich nicht der richtige Weg. Ich will auf drei, vier Themen eingehen, die die Vorredner gebracht haben, und dann versuchen, einen Weg aufzuzeigen, was wir machen könnten. Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie haben über das ADS-Syndrom gesprochen. Das ADS-Syndrom ist eine Thematik, die auch mich beschäftigt. Ich habe im eigenen Bekanntenkreis so einen Fall. Ich glaube, dass es sehr en vogue ist, dieses Krankheitsbild auf Kinder zu übertragen, mit denen man nicht klarkommt. Das ist immer schnell nach dem Motto gemacht: Das ist ein ADS-Syndrom; das sind Kinder, die sich nicht konzentrieren können; die sind sehr verhaltensauffällig. – Ich glaube aber, dass das schon in einem Zusammenhang mit der Ernährung und dem Verhalten in der Freizeit steht. Das kann man alles nicht von vornherein trennen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Und den Eltern!)

Wer sich mit ADS beschäftigt, weiß, dass es einen Hintergrund hat, nämlich dass bei diesen Kindern häufiger Bewegungsmangel stattfindet – ein sehr häufiger Grund für das ADS-Syndrom, wenn man schaut, was für eine Vorgesichte besteht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Fuhrmann, Herr Dr. Spies redet gar nicht mehr.

Das zweite Thema ist natürlich der Tagesablauf an sich, wenn man den neuen Studien – Frau Kollegin Oppermann sprach es an – folgt und sieht, dass Kinder heutzutage quasi einen dreigeteilten Tagesablauf haben: zehn Stunden schlafen und nicht bewegen, zehn Stunden in der Schule und vor dem Computer sitzen, noch maximal vier Stunden Bewegung, worin der Gang von der Schule nach Hause eingerechnet ist. Das zeigt, dass es mittlerweile nicht mehr in einem richtigen Verhältnis steht. Deshalb kann man sozusagen diese Krankheitsbilder erklären. Es sind Krankheitsbilder dieser Gesellschaft. Ich denke auch, sie sind nicht nur mit Medikamenten behandelbar. Da bin ich voll Ihrer Meinung, Frau Kollegin Schulz-Asche.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist nicht ausreichend, zu sagen: Wir haben eine Problematik, und da gebe ich dem Kind eine Medizin, um dieses Thema in den Griff zu bekommen. – Das ist sicher nicht die richtige Antwort.

Das zweite Thema wurde von Frau Kollegin Oppermann angesprochen. Das ist die Frage Alcopops. Ich will das Thema Rauchen mit hineinnehmen, weil Sie die Landesregierung so gelobt haben. Es ging nicht so schnell, dass die Landesregierung im Bereich der Kontrollen aktiv geworden ist. Wir haben erst einmal über die Frage von Verboten gesprochen. Ich hörte gerade in der Debatte, mittlerweile nehmen die Jugendlichen andere Sachen. Ich denke auch, dass in dem Bereich eher eine Verdrängung stattfindet.

Frau Kollegin Oppermann, aber das ist die gleiche Frage wie beim Rauchen. Ich bin mittlerweile der Auffassung, dass das Rauchverbot an den Schulen richtig ist, weil man als öffentliche Hand ein Zeichen setzen muss. Natürlich hat es auch eine Verdrängung zur Folge. Wir haben in Wiesbaden ein aktuelles Problem, wo Schüler einfach woanders rauchen. Weiter ist es wichtig, dass die Politik und auch die Lehrer mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn ich sehe, was hier draußen geraucht wird, besteht die Frage, ob wir immer so ein gutes Beispiel sind. – Jetzt habe ich alle Nichtraucher auf meiner Seite, Herr Kollege Denzin.

Das Dritte ist das Entscheidende. Es geht nicht nur um Verbote oder Gebote. Es geht darum, dass wir aufklären und wirklich präventiv handeln. Da bin ich bei dem, was Herr Kollege Dr. Spies gesagt hat. Es ist wichtig, dass wir den Leuten erklären, warum es sich nicht lohnt, zu rauchen. Es ist wichtig, dass wir das Bewusstsein schaffen, keinen Alkohol im Übermaß zu trinken. Das Bewusstsein allein ist der Schlüssel zu Erfolg. Verbote sind immer nur eine Möglichkeit, ein Fehlverhalten einzugrenzen, aber nie eine Lösung.

(Beifall bei der CDU)

Wir können lange darüber diskutieren, ob es richtig oder nicht richtig ist. Beim Rauchen bin ich mittlerweile der

Auffassung, dass es ein richtiger Weg war. Aber er ersetzt noch lange nicht die politische Arbeit, die davor passieren muss. Ich will deshalb ganz konkret auf die Frage eingehen. Bildung und Gesundheit – das ist eigentlich der Schlüssel, über den wir reden müssen. Ich glaube, da hat die Landesregierung viel getan. Das will ich nicht bestreiten, Frau Ministerin. Ich glaube auch, dass hier viele Projekte am Laufen sind, die vereinzelt Erfolg haben. Klar ist doch – deswegen ist auch die Kultusministerin an dieser Stelle angesprochen –, wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir die Gesundheitsbildung in den Schulunterricht implementieren. Das ist eigentlich die Kernfrage dieser Diskussion. Wie können wir es schaffen, mehr Gesundheitserziehung zu implementieren? Ich weiß, da passiert etwas. Ich sage Ihnen aber auch, dass ich das nicht ausreichend finde. Wie können wir es erstens schaffen, diesen Bereich zu implementieren – stärker, als das bis jetzt bei Ihnen vorgesehen ist?

Wie können wir zweitens gerade im Bereich der Ganztagschulen das Programm so stricken, dass auch die Gesundheit nicht zu kurz kommt? – Klar ist, dass im Bereich der Ganztagschule der Bewegungsanteil deutlich zunehmen wird. Das ist unbestritten. Aber was auch wichtig ist, ist natürlich die Frage: Wie kann ich Kinder und Jugendliche darüber informieren, was man sozusagen selbst für seine Gesundheit tun kann, wie man sein Leben so gestalten kann, dass man sich gesundheitsbewusst verhält, und möglicherweise auch an die Eltern weitergeben kann? Wie kann ich das erreichen – bis hin zu der Frage: Wie kann ich den Mittagstisch an den Ganztagschulen organisieren, der möglicherweise einen Vollwerthintergrund hat? – Das will ich in diesem Zusammenhang auch diskutieren.

Wir haben das konkrete Beispiel zurzeit in Wiesbaden. Das ist alles sehr schwierig, wenn man das sieht. Wir haben auch, wenn wir die Frage konkret behandeln, eine Schule im Herzen Wiesbadens, die gegenüber einer großen Fastfoodkette liegt. Die Schüler sagen es zu Recht. Wir können nicht auf Vollwert umsteigen, weil das Risiko viel zu groß ist, dass die Kinder während der Pause oder in der Mittagszeit die Küche überhaupt nicht besuchen, weil da drüben für einen relativ günstigen Betrag ein Essen zusammengestellt werden kann, das viel mehr en vogue ist als das, was wir anbieten. Auch da stellt sich die Frage: Wie kann Schule, wie kann Bildung darauf hinwirken, dass dieser Schritt nicht mehr gemacht wird? Das ist die Frage, die meines Erachtens im Mittelpunkt stehen müsste.

Ich will an der Stelle anfügen, dass ich schon glaube, dass wir ein erhebliches Problem haben. Der Kollege Dr. Spies und ich waren vor einigen Wochen bei einer Veranstaltung in Frankfurt, die genau über diese Thematik informiert hat. Prof. Dr. Konrad, der den Vortrag über die Frage, wie die Gesundheitsentwicklung von Kindern zurzeit ist und wie sie sich fortentwickeln wird, gehalten hat, hat etwas ganz Interessantes und meines Erachtens Wichtiges zur demographischen Entwicklung gesagt. Das, was wir zurzeit bei der demographischen Entwicklung machen – wir haben es mit Ruth Wagner diskutiert –, ist, dass wir die Sterberate nehmen und daraus projizieren, wie sich die Lebenserwartung der Bevölkerung entwickeln wird. Das ist das, was wir machen. Wir stellen dabei fest, dass die Bevölkerung älter werden wird, was eigentlich impliziert, dass sie gesünder ist.

Fakt ist aber, dass die Kinder, die dort an den verschiedenen Projekten beteiligt sind, alles andere als gesund sind. Diese Kinder sind schon so krank, dass sie auch als Er-



wachsene niemals mehr dieses Problem loswerden. Die haben teilweise Übergewicht. Es sind auch Kinder, die überwiegend schlank sind, aber unter erheblicher Bewegungsarmut leiden, was zu einer völligen Degeneration des Muskelsystems am Körper führt. Alle diese Probleme finden statt – bis hin zu der Frage, dass es eine ganze Anzahl von Kindern gibt, die unter Diabetes leiden. Das ist eine erschreckende Zahl. Da muss man sich wirklich überlegen: Wie stellt sich das im Rahmen der demographischen Entwicklung dar?

Ich glaube auch, es ist richtig, dass wir nicht davon ausgehen können, dass Menschen älter werden, nur weil wir heute medizinisch andere Möglichkeiten haben. Das allein ist nicht ausreichend. Wenn Kinder heute kränker als im Durchschnitt vieler Erwachsener sind, dann kann es nicht sein, dass diese Kinder eine Lebenserwartung von 80 bis 90 Jahren haben. Da müssen wir aufklären. Wir müssen nicht mit dem Spiegel herumlaufen: Alle werden älter, macht euch keine Sorgen, wir haben Medikamente, wir haben Medizin. – Das ist sicherlich nicht die Conclusio aus dieser ganzen Diskussion.

Wir als Politiker haben in diesem Bereich viel zu tun. Es gibt gute Ansätze. Das ist unbestritten, das kam auch in dem Bericht zutage. Es wird viel gemacht. Deshalb bin ich da in einigen Bereichen frohen Mutes. Aber ich denke, das reicht noch lange nicht aus.

Ich möchte einmal ein Beispiel aus Wiesbaden nennen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Florian, sei so lieb, das letzte Beispiel. Die Redezeit ist vorbei.

**Florian Rentsch (FDP):**

Ich bin so lieb und nenne das letzte Beispiel. Es ist die Wiesbadener Scholl-Schule, die im Bereich des Vollwertessens einen Preis gewonnen hat, nämlich den Preis der Rainer-Wild-Stiftung, weil sie es geschafft hat, ein Angebot zu machen, das auch angenommen wird und das Kinder auch im privaten Umfeld weiterentwickeln können. Die Kinder verstehen seitdem, dass es nicht ausreicht, sich mittags nur etwas Gesundes zum Essen zu holen, sondern dass da noch ganz andere Komponenten hinzukommen müssen. Dieses Beispiel können wir meines Erachtens auch landesweit zur Nachahmung empfehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Abschließend möchte ich sagen: Wir haben viel zu tun. Da bin ich mit den Vorrednern einer Meinung. Ich würde mir wünschen, dass wir gerade im schulischen Bereich hier konkreter werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank. – Das Wort hat die Sozialministerin, Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war am Anfang schon fast beängstigt wegen der so großen Übereinstimmung hier im Parlament.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das muss doch auch mal sein!)

Der Kollege Spies hat mich aber wieder beruhigt, weil dann doch einige Worthülsen vorgetragen wurden, die nicht ganz so viel mit der Realität zu tun hatten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Na, na, na!)

Aber ich glaube durchaus, dass wir an dieser Stelle, wenn es um die Gesundheit von Kindern geht, einen großen Konsens haben. Man muss sich natürlich anschauen, welche Ebene an dieser Stelle was leisten kann, wo Familien gestärkt werden können, was in der Vergangenheit verbessert worden ist und wo Prävention tatsächlich ansetzen kann.

Da will ich doch noch einmal deutlich machen, dass es vom Kindergarten bis zu den Schulen eine ganze Menge Punkte gibt, wo sehr flächendeckend daran gearbeitet wird, Kindergesundheit zu verbessern.

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit für die Sozialministerin. Herr Kollege Gerling.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Wir haben sowohl im Kindergarten als auch in der Schule Programme, wo das deutlich gestärkt wird. Ein Beispiel ist die „Klasse 2000“. Aber ich würde jedem auch raten, einmal zu schauen, was Lehrer in den Grundschulen mit den Kindern machen. Denn es ist nicht sinnvoll, sich in Frontalunterricht mit Gesundheit und Sonstigem auseinander zu setzen, Herr Kollege Rentsch, sondern es gibt dort sehr viele, die den Kindern nicht einfach Vollwertkost verordnen. Den Kindern muss es schmecken, und den Kindern muss ein Empfinden für Essen, Kochen und vieles mehr vermittelt werden. Das müssen Sie nicht unbedingt in einen Lehrplan einbauen. Wer sich mit Kindern beschäftigt und wer Schulen besucht, der weiß, dass viele Lehrer dort etwas tun – ob das in der Weihnachtszeit oder im Sommer ist. Dort sind in den Lehrplänen in vielen Bereichen entsprechende Möglichkeiten vorhanden. Aber das Interesse daran muss noch geweckt werden, Frau Kollegin Fuhrmann, wie man hier feststellt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ihre Fraktion hört Ihnen nicht zu!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, darf ich Sie noch einmal um Aufmerksamkeit bitten?

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Es gibt unglaublich viele Initiativen, die von der „Klasse 2000“ ausgehen und die viele Lehrer bereits in ihrem Unterricht umsetzen. Ich glaube, diejenigen, die das im Bereich Prävention schon machen, müssen auch unterstützt werden – sowohl von der Familie als auch von der Gesellschaft. Es gibt Beispiele von der „Klasse 2000“ bis zur Gesundheitsprävention und zu gesundem Frühstück im Kindergarten. Das sind Beispiele, die wir im Übrigen sehr zielgerichtet in bestimmten Bereichen einsetzen, wo wir wissen, dass es wesentlich größere Schwierigkeiten



mit der Kindergesundheit gibt. Das geht so weit, dass wir in Hessen auch die Zahngesundheitspflege in den Kindergärten fest verankert haben. Dort wenden sich Kindergärten auch an Ärzte und sagen: Wir sind ein problematischer Bereich, und bei uns haben wir es mit einer schwierigen Klientel zu tun. – Diese Kindergärten werden dann dauerhaft tatsächlich von Medizinern, die sich freiwillig als Partner zur Verfügung stellen, betreut.

Wir haben aber auch eine flächendeckende Vernetzung – auch sie ist planmäßig erfolgt –, wenn es um die Frühförderung von Kindern und die Zusammenarbeit von Frühförderstellen und Kindergärten geht. Mit dem Projekt QUINT wurde diese noch einmal verbessert, sodass das nun tatsächlich in allen Kindergärten aller Kreise umgesetzt wird. Nur ganz wenige haben sich nicht beteiligt. Dort gibt es eine enge Verzahnung zwischen den Frühförderstellen und den Kindergärten sowie wiederum auch den weiterführenden Schulen.

Wir haben in Hessen die Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung, die HAGE, die alle hessischen Projekte bündelt, in der die Krankenkassen, die Selbsthilforganisationen und die Ärzteschaft vertreten sind. Sie war im Übrigen auch darauf vorbereitet, ein Präventionsgesetz umzusetzen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Warum haben Sie dann dagegen gestimmt?)

– Sehr geehrter Herr Dr. Spies, wir waren uns an einigen Punkten nicht darüber einig, ob man erst neue Institute aufbauen muss oder ob man es direkt an so eine Arbeitsgemeinschaft weitergeben kann, die das in Hessen hätte umsetzen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Wir werden sehen, ob es eine neue Möglichkeit gibt. Wir sind jedenfalls darauf vorbereitet. Aber, sehr geehrter Herr Kollege Spies, die Bundesregierung hat dort keine Mittel zur Verfügung gestellt, sondern es waren Mittel der Krankenkassen. Darauf möchte ich noch einmal ausdrücklich hinweisen. Es waren Mittel der gesetzlichen Krankenkassen. Auch das stimmt. Es wird sicher weiter zu diskutieren sein, wie alle daran beteiligt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch im Bereich Sport und Bewegung wurden flächendeckende Initiativen gestartet – ob das mit den hessischen Sportvereinen, der Sportjugend Hessen, im Kindergarten oder im Schulbereich ist. Dort gibt es die Vernetzung. Das ist einer der ganz wichtigen Punkte, um die Kindergesundheit weiter zu fördern.

Ich möchte schon noch einmal darauf hinweisen, dass Hessen eines der Länder ist, die frühzeitig – bereits bei den Säuglingen – ein Neugeborenen-Screening durchführen, um mit Zustimmung der Eltern auf Krankheiten aufmerksam machen zu können. Das geschieht in den ersten fünf Lebensstagen eines Kindes. Dort stellen wir auch Mittel zur Verfügung, um das Hörscreening einzuführen. Denn dort kann tatsächlich etwas verhindert werden. Das ist Prävention im besten Sinne, wenn diese Untersuchung tatsächlich bei einem Neugeborenen gemacht und Abhilfe geschaffen wird.

Auch das Thema Impfen ist eines der ganz wichtigen Themen im Bereich Vorsorge. In diesem Bereich findet regelmäßig gemeinsam mit Ärzteschaft und Krankenkassen eine flächendeckende Aufklärungsarbeit statt. Sie hat

immerhin dazu geführt, dass die Durchimpfungsrate seit 1998, als wir ca. 40 % hatten, inzwischen auf 60 % gestiegen ist. Das ist immer noch zu wenig, weil in diesem Bereich viele auch falsch aufklären. Dort wird im Übrigen auch viel Schindluder getrieben. Aber das Thema Impfen ist immer noch eines der ganz wichtigen, um Krankheiten zu vermeiden und Durchimpfungsraten zu stärken.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Es freut mich, wenn wir beim Thema Kindergesundheit in diesem Haus weiterhin zusammenarbeiten können und uns darüber einig sind, dass Sport, Bewegung und Ernährung im Mittelpunkt stehen müssen. Sie müssen vor allem im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, denn das wird weder die Schule noch der Kindergarten, noch die Krippe allein lösen können. Dort gehören die Familie, aber auch alle gesellschaftlichen Gruppen weiterhin mit dazu.

Als Landesregierung werden wir die Aufklärungsaktionen weiter durchführen und verstärken. Aber ich will auch vor der Illusion warnen, Sie könnten in diesem Bereich flächendeckend neue Institute aufbauen und vieles mehr tun. Das Ganze ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es hilft auch nichts, etwas in Lehrplänen festzuschreiben, sondern alle müssen daran mitarbeiten, dass gesundes Verhalten und gesunde Ernährung tatsächlich umgesetzt werden. Das fängt bereits bei entsprechenden Planungen an, die dafür sorgen müssen, dass Kinder überhaupt Bewegungsmöglichkeiten haben – gerade in den Großstädten. Das wird auch eine der ganz wichtigen Aufgaben der Stadtplanung in Zukunft sein.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Denn wir können uns hier sehr schön mit der Gesundheit von Kindern auseinandersetzen. Aber das ist nutzlos, wenn überhaupt keine Bewegungsräume für Kinder vorhanden sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es wäre gut, wenn alle an dem Thema weiter Interesse zeigen und wenn diejenigen, die vor Ort in der Präventionsarbeit tätig sind, unterstützt werden würden. Ich kann zu sagen, dass wir als Landesregierung weiterhin breit angelegte Kampagnen machen werden – gleich, ob das mit dem Sport oder den Krankenkassen zusammen ist oder ob es die flächendeckende Einführung des Neugeborenen-Hörscreenings ist. Das sind wichtige Punkte, und die werden wir auch in Zukunft umsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Damit ist die Große Anfrage behandelt.

Wir müssen jetzt an die Tagesordnung gehen.

**Tagesordnungspunkt 15** wird einvernehmlich ins nächste Plenum geschoben.

#### **Tagesordnungspunkt 17:**

**Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel (SPD) und Fraktion betreffend medizinische Versorgung von Personen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben – Drucks. 16/4275 –**

wird zur abschließenden Beratung an den Sozialpolitischen Ausschuss und den Innenausschuss, federführend, überwiesen.

(Reinhard Kahl (SPD): Sozialpolitischer Ausschuss!)

– Sozialpolitischer Ausschuss federführend.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 46** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Grundgesetzverstoß im hessischen Strafvollzug – Drucks. 16/4617 zu Drucks. 16/4517 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Alfons Gerling. – Aber er wird im Interesse aller verzichten.

Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN angenommen.

**Tagesordnungspunkt 47:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend PISA bestätigt hessische Schulpolitik – Erfolgskurs konsequent fortsetzen – Drucks. 16/4630 zu Drucks. 16/4402 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Weinmeister. – Er verzichtet auch.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. Wie verhält es sich mit der FDP-Fraktion? Da hinten habe ich etwas gesehen. – Es ist also so: Die Abgeordneten der CDU-Fraktion stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Abgeordneten der FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 49:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Windenergienutzung in Hessen voranbringen – unberechtigte Ängste nicht weiter schüren – Drucks. 16/4639 zu Drucks. 16/3755 –**

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Mitglieder der CDU- und der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 50:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend hessische Windkraftpotenziale realistisch einschätzen – Drucks. 16/4640 zu Drucks. 16/3789 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Wintermeyer. – Er ist auch so lieb und verzichtet auf die Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 55:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Scheinvaterschaften entschiedener bekämpfen – Drucks. 16/4665 zu Drucks. 16/3757 –**

Berichterstatterin ist Frau Abg. Hartmann. – Auch sie verzichtet auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 56:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend Scheinvaterschaften wirksam bekämpfen – Drucks. 16/4666 zu Drucks. 16/3790 –**

Berichterstatterin ist ebenfalls Frau Abg. Hartmann. – Sie verzichtet wieder auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 57:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Rücknahme der kinder- und familienfeindlichen Vorgaben im Erlass des hessischen Innenministers vom 3. August 2005 – Drucks. 16/4667 zu Drucks. 16/4337 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Reißer aus Darmstadt. – Auch er verzichtet auf die Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Abgeordneten der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN haben dafür gestimmt. Die Mitglieder der FDP-Fraktion haben sich der Stimme enthalten. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 58:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Bouffier macht Kindergartenplätze teuer – Drucks. 16/4668 zu Drucks. 16/4358 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Reißer. – Er verzichtet wieder auf Berichterstattung.

Wer stimmt dafür? – Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion, der Fraktion der GRÜNEN und der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Niemand enthält sich. Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 59:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kinderbetreuungsangebote sind Zukunftsinvestitionen – Drucks. 16/4669 zu Drucks. 16/4405 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Reißer. – Er verzichtet auf Berichterstattung.

Wer stimmt dafür? – Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend die Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte des Innenministers steht im Einklang mit der familienfreundlichen Politik Hessens – Drucks. 16/4670 zu Drucks. 16/4442 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Reißer. – Er verzichtet wiederum auf Berichterstattung.

Wer stimmt dafür? – Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Es stimmt niemand dagegen. – Die Mitglieder der FDP-Fraktion enthalten sich der Stimme. Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Es geht dann weiter mit **Tagesordnungspunkt 18:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Sonderrechte der Landesregierung im Straßenverkehr – Drucks. 16/4385 –**

Der Antrag soll zur abschließenden Beratung dem Ausschuss für Wissenschaft und Verkehr überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Dem wird also zugestimmt.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 19:**

**Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend Hessischer Ausbildungspakt gescheitert – Roland Koch lässt junge Menschen im Stich – Drucks. 16/4386 –**

Der Antrag soll in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Dann machen wir das so.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 20:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gründung eines Jobnetzwerkes – Drucks. 16/4391 –**

Hinzu kommt **Tagesordnungspunkt 22:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verbesserung der Arbeitsvermittlung bei den Optionskommunen – Drucks. 16/4518 –**

Beide Anträge sollen zur abschließenden Beratung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Jawohl, dann ist das so.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 21:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Verhandlungen über die Beziehungen zwischen EU und Türkei müssen auch die Zypern-Frage berücksichtigen – Drucks. 16/4398 –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucks. 16/4446 –**

Hinzu kommt **Tagesordnungspunkt 24:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – Drucks. 16/4557 –**

Die beiden Anträge und der Änderungsantrag sollen zur abschließenden Beratung dem Europaausschuss überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

Ich sehe Zustimmung.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 23:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherstellung der Altenpflegeausbildung in Hessen – Drucks. 16/4521 –**

Der Antrag soll in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden.

Wir kommen dann zu **Tagesordnungspunkt 25:**

**Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in Hessen – Drucks. 16/4578 zu Drucks. 16/4140 –**

Die Große Anfrage soll zur abschließenden Beratung dem Hauptausschuss überwiesen werden. – Ich sehe, dem wird zugestimmt.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 26:**

**Große Anfrage der Abg. Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend Störungen im Atomkraftwerk Biblis – Drucks. 16/4580 zu Drucks. 16/4243 –**

Die Große Anfrage soll in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 27:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend 7. EU-Forschungsrahmenprogramm – Drucks. 16/4577 –**

Der Antrag soll zur abschließenden Beratung dem Europaausschuss überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Okay.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 28:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten – Einsatz von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sicherstellen – Drucks. 16/4596 –**

Er soll zur abschließenden Beratung dem Rechtsausschuss überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

Dem wurde zugestimmt.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 29:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gesundheitskarte – Drucks. 16/4601 –**

Soll auch dieser Antrag in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden? – Jawohl, das ist so.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 30:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Durchführung von Schülerwahlen vor der Kommunalwahl 2006 – Drucks. 16/4602 –**

Auch er soll in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 31:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend gegen Verrohung und Gewalt an hessischen Schulen – Drucks. 16/4613 –**

Auch er wird in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden.

Weiter geht es mit **Tagesordnungspunkt 32:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Zusammenarbeit des Landes Hessen mit den afrikanischen Staaten Mali und Malawi – Drucks. 16/4618 –**

Er soll zur abschließenden Beratung dem Hauptausschuss überwiesen werden.

(Reinhard Kahl (SPD): An den Auswärtigen Ausschuss! – Michael Siebel (SPD): An den Europa-ausschuss!)

Frau Kollegin Wagner, Sie schütteln den Kopf. Aber das wurde hier vorgeschlagen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ich bin aber nicht dafür!)

– Sie sind also nicht dafür. Soll ich darüber abstimmen lassen, damit wir feststellen können, ob die anderen dafür sind?

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ich bin nicht dafür!)

– Sie sind weiterhin nicht dafür.

Ich frage deshalb: Wer stimmt dafür, dass der Antrag zur abschließenden Beratung dem Hauptausschuss überwiesen wird? – Gegenstimmen? – Bei einer Gegenstimme wurde beschlossen, den Antrag zur abschließenden Beratung dem Hauptausschuss zu überweisen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 33:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Interessenvertretung Hessens bei der EU stärken – Drucks. 16/4620 –**

Er soll zur abschließenden Beratung dem Europaausschuss überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja! – Michael Siebel (SPD): Eigentlich sollte er auch dem Hauptausschuss überwiesen werden!)

Das ist dann so.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 34:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend endlich fördern statt nur fordern – Sicherstellung der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose in Hessen – Drucks. 16/4643 –**

Der Antrag soll in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 35:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am Lebensende – Drucks. 16/4644 –**

Er soll dem Rechtsausschuss ohne Aussprache überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht zur abschließenden Beratung!)

– Er wird dem Rechtsausschuss überwiesen, aber nicht zur abschließenden Beratung. Hat irgendjemand etwas dagegen?

(Axel Wintermeyer (CDU): Nein!)

– Das ist also nicht der Fall.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 36:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Vorsorgemaßnahmen und gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung gegen die drohende Vogelgrippe in Hessen – Drucks. 16/4646 –**

Auch dieser Antrag soll in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 41:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Weinhandelsabkommen EU – USA schadet heimischen Winzern und Weinkonsumenten – Drucks. 16/4652 –**

Er soll zur abschließenden Beratung dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen werden.

(Michael Siebel (SPD): Und auch dem Auswärtigen Ausschuss! – Michael Denzin (FDP): Und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt!)

– Er soll also dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, mit überwiesen werden. – Ich sehe, dass das eine Mehrheit findet, trotz des Protestes und der Erregung des Herrn Kollegen Kaufmann. – Aber es gab eine Mehrheit dafür.

(Reinhard Kahl (SPD): Herr Präsident, wir hatten vereinbart, das nur einem Ausschuss zu überweisen!)

– Leute, ihr müsst schon wissen, was ihr wollt.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir wissen das genau!)

– Herr Kollege Wintermeyer, Sie haben das Wort.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Geschäftsführer hatten sich darauf geeinigt, dass der Antrag zur abschließenden Beratung dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen werden soll. Da gehört er auch hin.

(Reinhard Kahl (SPD): Dabei sollte es auch bleiben!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Ich wiederhole das jetzt – ich muss das jetzt also noch einmal vorlesen –: Der Antrag der Fraktion der CDU betreffend Weinhandelsabkommen EU – USA schadet heimi-



schen Winzern und Weinkonsumenten, Drucks. 16/4652, wird zur abschließenden Beratung dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen und keinem anderen Ausschuss. – Das ist jetzt so beschlossen.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 42:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Aufhebung der Ladenöffnungszeiten mit Ausnahme der Sonntage und gesetzlichen Feiertage – Drucks. 16/4653 –**

Außerdem rufe ich **Tagesordnungspunkt 65** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Freigabe der Ladenöffnungszeiten – Drucks. 16/4680 –**

Beide Initiativen sollen zur abschließenden Beratung dem Sozialpolitischen Ausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden, wobei der Sozialpolitische Ausschuss der federführende sei soll. – Das ist hiermit so beschlossen.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 43:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Förderung der deutschen Sprache – Drucks. 16/4654 –**

Auch er soll in der nächsten Plenarsitzungsrunde behandelt werden. – Ich sehe, auch damit sind Sie einverstanden.

Damit haben wir die Tagesordnung abgehandelt. Hat noch irgendjemand etwas zur Tagesordnung zu sagen? – Das ist nicht der Fall.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt. Meine Damen und Herren, ich entlasse Sie in Frieden und wünsche Ihnen einen schönen ersten Advent. Glückauf.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.11 Uhr)